

Volk, Wille, Herrschaft

Was versteht Pegida Dresden unter „Volks-souveränität“ und welche Vorstellungen demokratischer Ordnung hängen damit zusammen?

HANNAH EITEL

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im Juni 2016

„Vollziehe ich die kollektive Erregung mit, symbolisiert im Schrei der Akklamation oder im Pfiff der Verachtung, dann trägt mich das Echo; höre ich diese Äußerung von außen, so erschreckt sie mich als überspülende Brandung, in der die Artikulation, die Einzelmerkmale verschwinden.“

Alexander Mitscherlich¹

¹ „Massen - oder: Zweierlei Vaterlosigkeit“, in *Analytische Sozialpsychologie / Texte aus den Jahren 1910-1980*, hg. von Helmut Dahmer (Gießen: Psychosozial-Verlag, 2013), 402.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Zur methodischen Vorgehensweise	14
3. Was heißt Volkssouveränität?	24
3.1 Monarchomachische Volkssouveränität: Widerstand gegen Tyrannei	27
3.2 Jean-Jacques Rousseau: Volkssouveränität als kollektive Autonomie	31
3.3 Von Rousseau zur Diskussion der Volkssouveränität	37
3.3.1 Carl Schmitt: radikal-konkretistische Volkssouveränität.....	38
3.3.2 Peter Kielmansegg: institutionalisierte Souveränität.....	43
3.3.3 Jürgen Habermas: diskursive Volkssouveränität	47
3.3.4 Ingeborg Maus: prozedural-rechtliche Volkssouveränität.....	50
3.4 Von völkischer Konkretisierung zur prozessualen Entsubjektivierung	54
4. „Wir sind das Volk!“ Volkssouveränität bei Pegida	61
4.1 Entwicklung von Pegida und des Diskurses	61
4.1.1 Entwicklung Pegidas	61
4.1.2 Strukturanalyse: Islam, Volk, Souveränität und Widerstand	64
4.2 Feinanalyse: „ihr habt <i>unseren</i> Anweisungen zu folgen!“	68
(a) Lutz Bachmann, 24.11.2014	68
(b) Lutz Bachmann, 01.12.2014.....	72
(c) Tatjana Festerling, 09.02.2015	74
(d) Tatjana Festerling, 09.03.2015	76
(e) Tatjana Festerling, 30.03.2015.....	80
(f) Lutz Bachmann, 06.04.2015.....	83
(g) Tatjana Festerling, 21.09.2015.....	87
(h) Tatjana Festerling, 18.01.2016	90
5. Mit der Mistgabel gegen das Verschwörungsphantasma	96
6. Ausblick: Mit Volkssouveränität gegen abstrakte Herrschaft?	104
Literaturverzeichnis	112
Anhang	119

1. Einleitung

„Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“² Bis heute mahnt Theodor W. Adornos Aufsatz zu genauem Hinsehen, wie antisemitische, völkische und autoritäre Ideologien auch innerhalb der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik fortleben und die Demokratie gewissermaßen ‚von innen‘ unterminieren oder pervertieren können. Trotz ihrer Bekanntheit schlägt sich diese Mahnung in aktuellen Diskussionen nur sehr bedingt nieder. Im Bezug auf die Dresdner „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ scheiden sich die Geister stattdessen an der Frage: Demokrat*innen, ja oder nein? Sind sie „harte Rechtsextremisten“³? Sind sie „Latenznazis“⁴, die sich der Tatsache nicht voll bewusst sind, dass ihre Einstellungen mitunter neonazistisch sind? Sind sie Nazis, die keine Nazis sein wollen?⁵ Oder sind sie zwar nationalistisch und ‚ausländerfeindlich‘ eingestellt, aber eben nicht antidemokratisch und rechtsextremistisch?⁶ Sind sie einfach besorgte Bürger, die einen überhörten Volkswillen etwas plump artikulieren?⁷ Sind sie also Extremist*innen oder Demokrat*innen? In Anbetracht von Adornos Warnung ist die Frage nach Pegida und der Demokratie jedoch gerade nicht als Entscheidungsfrage zu stellen. Zu fragen ist stattdessen danach, ob die Bewegung die Demokratie innerhalb des formal-demokratischen Rahmens aushöhlen könnten. Dazu wäre grundsätzlich zu erläutern, was Pegida-Teilnehmende – aber auch jene, die Pegida zu deuten versuchen – unter Demokratie überhaupt verstehen. Diese Arbeit soll zur Klärung zumindest der ersten Frage beitragen.⁸

² Theodor W. Adorno, „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“, in *Eingriffe / neun kritische Modelle*, von dems. (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1964), 126.

³ Thomas de Maizière, zit. nach: FAZ/dpa/AFP, „Ein Jahr Pegida: ‚Bleiben Sie weg von denen, die Hass in unser Land spritzen‘“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. Oktober 2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ein-jahr-pegida-harte-rechtsextremisten-13863942.html>.

⁴ Sascha Lobo, „Die Mensch-Maschine: Nichts sehen, nichts hören, viel sagen“, *Spiegel Online*, 17. Dezember 2014, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sascha-lobo-ueber-pegida-der-latenznazi-a-1008971.html>.

⁵ Vgl. Philip Meinhold, „Die Nazis haben den Ruf der Nazis so versaut, dass heute nicht mal mehr Nazis Nazis sein wollen.“, microblog, *Twitter*, (15. Dezember 2014), https://twitter.com/Philip_Meinhold/status/544577804814532608.

⁶ Vgl. Hans Vorländer, Maik Herold, und Steven Schäller, *PEGIDA / Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung* (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 104, <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-10982-0>.

⁷ Vgl. Werner J. Patzelt, „Die Verortung von Pegida / Edel sei der Volkswille“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. Januar 2015, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-verortung-von-pegida-edel-sei-der-volkswille-13381221.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.

⁸ Beiträge zum Demokratieverständnis der Teilnehmenden der Debatte über Pegida liefern unter anderem Francesca Barp und Hannah Eitel, „Weil die Mitte in der Mitte liegt. Warum Pegida mit dem Extremismus-Paradigma nicht zu erklären ist und es zur Verharmlosung der Bewegung beiträgt“, in *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, hg. von Tino Heim, im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016); Tino Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen / Das Verhältnis von Pegida, Politik und Massenmedien als Symptom multipler Krisen“, in *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, hg. von dems.,

Die Pegida-Bewegung versammelt sich seit Oktober 2014 mit wenigen Ausnahmen jeden Montag in Dresden. Neben konkreten Einzelforderungen, die sich um das Themengebiet Asyl, Immigration, Islam und ‚Fremde‘ gruppieren, demonstriert sie für grundlegende Prinzipien wie Meinungsfreiheit und Volkssouveränität und in diesem Zusammenhang für Strukturreformen, etwa die Einführung von Plebisziten.⁹ Denn Pegida versteht sich als Ausdruck eines demokratischen Mehrheitswillens in Deutschland, der von der politischen Elite nicht beachtet wird und dessen Anerkennung und Ausführung sie daher fordert.¹⁰ Die Bewegung selbst positioniert sich dabei regelmäßig gegen jegliche Form der Diktatur und gegen Extremismus und versteht sich als Widerstand gegen antidemokratische Politiker*innen, Entscheidungen, Strukturen und kulturelle Einflüsse. Wie der einleitende Widerstreit in Forschung und Publizistik zeigt, kann dies einerseits als falsche Selbstwahrnehmung kritisiert oder andererseits als teilweise zutreffende Einschätzung interpretiert werden. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt nun nicht darin, Pegida nach ordnungspolitischen Kriterien auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen. Es geht nicht darum, sie vom Vorwurf des Extremismus freizusprechen oder sie als extremistisch zu ‚enttarnen‘, sondern: Mein Erkenntnisinteresse besteht in der Frage, welches Verständnis von Demokratie Pegida hat, und wie ihre Forderungen und Kritiken damit im Zusammenhang stehen. *Wie stellt Pegida Dresden sich eine gute demokratische Ordnung vor?*

Zu den Einstellungen von Pegida-Teilnehmenden sind mehrere empirische Studien entstanden, von denen ein Großteil auf quantitativen Umfragen basiert, die zum Teil durch Demonstrationsbeobachtung¹¹ oder Gruppengespräche¹² ergänzt werden. Zudem sind einige theoretische Beurteilungen Pegidas vorgelegt worden sowie qualitative Analysen der Reden¹³ bei Pegida. Bei den quantitativen Studien wurden die Ansichten zur Demokratie neben anderen Items abgefragt, die in der Regel Forschungsansätzen zum Rechtsextremismus und zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entnommen sind. Während die-

im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016); Lars Geiges, Stine Marg, und Franz Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* (Bielefeld: transcript-Verlag, 2015), Kap. 4 und 8; sowie Vorländer, Herold, und Schäller, *Pegida / Empörungsbewegung*, Kap. 3.

⁹ Vgl. etwa das „19-Punkte-Papier“, in: Jens Eumann und Oliver Hach, „Pegida-Positionen im Faktencheck: Zuwanderung oder Abschottung?“, *freiepresse.de*, 20. Dezember 2014, <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Pegida-Positionen-im-Faktencheck-Zuwanderung-oder-Abschottung-artikel9068425.php>.

¹⁰ Pegida wird hier als Bewegung besprochen und daher im Singular beschrieben.

¹¹ So eine Berliner Forschungsgruppe, vgl. Dieter Rucht u. a., „Protestforschung am Limit / Eine soziologische Annäherung an Pegida“ (Berlin: ipb working paper, 2015), https://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf.

¹² So das Forschungsteams aus Göttingen um Franz Walter, vgl. Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, Kap. 4.

¹³ So einige Beiträge in Tino Heim, Hrsg., *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016).

ser Fokus angesichts der zentralen Themen bei Pegida durchaus berechtigt ist, lassen diese Umfragen nur stark verkürzte Aussagen über Vorstellungen von Demokratie bei Pegida zu, weil sie diese meist aus wenigen Fragen „Zustimmung zu einer Diktatur/zu einem Führer“ oder „Zustimmung zur Demokratie“ ableiten.

So argumentiert Werner J. Patzelt in drei Forschungsberichten, die Demonstrierenden seien überwiegend keine Rechtsextremist*innen.¹⁴ Die Mehrheit der Teilnehmenden gab an, Demokratie sei „alles in allem eher etwas Vorteilhaftes“ und äußerte Kritik am gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik.¹⁵ Hans Vorländer et al. erklären auf Basis verschiedener Umfragen und Beobachtungen, die Bewegung nutze zwar nationalistische und ‚fremdenfeindliche‘ Parolen, könne „auf der anderen Seite aber nicht als ‚antidemokratisch‘, ‚diktaturaffin‘ oder gar ‚neo-nationalsozialistisch‘ charakterisiert werden“¹⁶. Laut der vorsichtigen Einschätzung des Forschungsteams um Dieter Rucht handelt es sich bei Pegida nicht „in der Mehrheit um harmlose, wenngleich von Sorgen geplagte[] ‚Normalbürger‘“, sondern es gehe „um die Artikulation von ‚gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ und zugespitzter, um einen kaum verhüllten Rassismus.“¹⁷ Zum Thema Demokratie zog die Gruppe keine weitergehenden Schlüsse, erfragte aber die Zustimmung zu einer rechtsautoritären Diktatur, die sich mit Zustimmungswerten im einstelligen Bereich nicht weit von den Ergebnissen der Mitte-Studien unterschied, die als Vergleichswert herangezogen wurden.¹⁸

Oliver Nachtwey beschreibt Pegida unter Bezug auf die Theorie des Autoritären Charakters als „rechte Wutbürger“, die aufgrund der postdemokratischen Verhältnisse einen „sub-

¹⁴ Vgl. Werner J. Patzelt u. a., „Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? / Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht“ (Dresden, 2015), 30, https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf; „Grundsätzliche Demokratiegegnerschaft ist nicht erkennbar, ebensowenig eine Radikalisierung weg von der Demokratie!“ (Werner J. Patzelt, „„Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!‘ Hat sich Pegida radikalisiert? / Januar 2015 - Januar 2016: Ein Jahr Pegida im Vergleich“ [Dresden, 26. Februar 2016], https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-praesentation_pk_pegida-februar-2016.pdf).

¹⁵ Vgl. Werner J. Patzelt, „Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? / Vergleichende Analyse der Pegida-Demonstrationen vom 25. Januar, 27. April und 04. Mai 2015 in Dresden“ (Dresden, 2015), 74–81, https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf; Patzelts Umfragen und Interpretationen wurden unter anderem aufgrund ihres extremismustheoretischen Interpretationsschemas kritisiert, das Demokratie idealtypisch von Extremismus und Diktatur abgrenzt und dabei keine genauere Bestimmung unternahme, und außerdem selbst ein wenig partizipatives und konflikthafte Demokratieverständnis habe, siehe Barp und Eitel, „Weil die Mitte in der Mitte liegt“.

¹⁶ Vorländer, Herold, und Schäller, *Pegida / Empörungsbewegung*, 104.

¹⁷ Rucht u. a., „Protestforschung am Limit“, 51.

¹⁸ Vgl. ebd., 27f.

jektive[n] Souveränitätsverlust“¹⁹ gegenüber den politischen Institutionen erlitten hätten, wogegen sie jedoch konformistisch und autoritär (in Bezug auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung) rebellieren würden. „Bei Pegida schlägt die Unzufriedenheit mit den demokratischen Institutionen in eine Verachtung ebendieser um“²⁰, denn anstatt für ökonomische Gerechtigkeit zu kämpfen, würden sie die direkte Herrschaft jener fordern, die scheinbar bereits mächtig seien. Das könne ein Führer sein, jedoch auch die abstrakte Autorität des Marktes. In der Mitte-Studie des Jahres 2014 wurde dies als „sekundärer Autoritarismus“ beschrieben, der den Verlust von nationalistischem Stolz und Führergehorsam im Postnationalsozialismus mit wirtschaftlicher Leistung zu kompensieren sucht.²¹ Einige Autor*innen sehen Pegida zudem als Arm der „Neuen Rechten“ auf der Straße²² und damit als Teil einer völkisch-nationalen Bewegung mit elitären Ordnungskonzepten, die sich jedoch nicht mehr positiv auf den Nationalsozialismus bezieht. Ein weiterer Ansatz bewertet Pegida als strukturell fundamentalistische Bewegung, die einen absoluten Wahrheitsanspruch eines unmittelbaren Kollektivs und dessen Führung vertritt.²³ Diese Argumentationen stellen infrage, inwieweit die Ablehnung einer Diktatur oder die Zustimmung zu Demokratie allgemein als hinreichendes Maß für autoritäre Ordnungsvorstellungen und demokratiegefährdende Ideologien dienen können. Heribert Schiedel argumentiert entsprechend, die gängigen Rechtsextremismuskonzepte seien zur Analyse Pegidas nur unzureichend aussagekräftig.²⁴ Dies bestätigt die Ausgangsthese dieser Arbeit: Es ist notwendig und relevant, das konkrete Demokratieverständnis Pegidas zu erforschen.

Zur konkreten Ordnungsvorstellung Pegidas liegen bisher keine umfassenden Studien vor, aber verschiedene Einschätzungen: Laut Rucht setze Pegida auf eine rechtspopulistische Antwort auf das postdemokratische Politikmodell und damit auf eine „akklamatorische Form der direkten Demokratie, in der ein authentischer, identitärer, unverfälschter und möglicherweise auch durch starke Führer verkörperter Volkswille zu Geltung kommen

¹⁹ Oliver Nachtwey, „Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3 (2015): 83.

²⁰ Ebd., 88.

²¹ Vgl. Oliver Decker, „Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus“, in *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*, hg. von Oliver Decker und Johannes Baldauf, Orig.-Ausg. (Gießen: Psychosozial-Verl, 2015), 20–25.

²² Vgl. Julia Bruns, Kathrin Glösel, und Natascha Strobl, *Rechte Kulturrevolution / Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, 1. Aufl. (Hamburg: VSA, 2015), 50–56.

²³ Vgl. Marc Drobot und Martin Schroeder, „Wie man bekämpft, was man selbst repräsentiert / Pegida – eine fundamentalistische Gruppierung“, in *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, hg. von Tino Heim, im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016).

²⁴ Vgl. „Abendland in Christenhand!“ / Autoritäre und rassistische Mobilisierungen in der Post-Demokratie“, *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 19.

soll“.²⁵ Vorländer et al. sehen bei Pegida „weniger de[n] Ruf nach der Autorität eines starken Führers, sondern die ‚vulgärdemokratische‘ Vorstellung (Ernst Fraenkel), dass Politiker als schwache, abhängige und unmittelbar Rechenschaft schuldige ‚Angestellte des Volkswillens‘ anzusehen seien“²⁶. Tino Heim erklärt, in den Redebeiträgen bei Pegida werde „eine eher regressive, autoritäre und paternalistische Variante der Repräsentativdemokratie angerufen [...], in der ‚das Volk‘ zwar Unmut äußert, die Aushandlung und Formulierung von Entscheidungen aber im selben Atemzug wieder an die (abgelehnten) politischen Eliten delegiert.“²⁷ Direkte Demokratie werde zwar gefordert, eigene langfristige Partizipation jedoch nicht angestrebt. Samuel Salzborn beschreibt die Pegida-Proteste ähnlich wie Nachtwey als „demokratiefeerne“, die nach einer „antidemokratischen und autoritären Lösung“²⁸ rufen. Schiedel begreift Pegida als autoritär-populistische Bewegung mit strukturell-antisemitischer Ablehnung schwach erscheinender Eliten, die sie autoritär-rebellisch durch vermeintlich starke Eliten ersetzen wollen.²⁹ Diesen Deutungsversuchen ist gemein, dass die Ordnungsvorstellung Pegidas erstens auf einer starken Autorität beruht, die in Personen oder Strukturen liegen kann, aber auch beim Volk selbst, und zweitens auf einer unmittelbaren Verbindung von Politiker*innen und Volk. Meine Analyse zeigt, dass die Vorstellung der Unmittelbarkeit es Pegida erlaubt, die Autorität des Volkes und die Autorität politischer Eliten nicht als Widerspruch, sondern Zusammenhang zu verstehen.

Nur die Gruppengespräche der Göttinger Forscher*innen mit Pegida-Demonstrant*innen erlauben bisher genauere Aussagen: Sie schätzen die Teilnehmenden als gut informierte Bürger*innen ein, die viele Änderungsvorschläge einbringen. Deren Hauptkritik richtet sich gegen ‚die Medien‘, einzelne Politiker*innen und die Partei *Die Grünen*, aber auch gegen die Parteiendemokratie und eine vermeintlich von den USA gelenkte Außenpolitik. Demgegenüber fordern sie Bürgerdialog, Direktwahlen und Volksentscheide. Sie wännen sich dabei in der Mehrheitsmeinung und gehen davon aus, dass das Volk die ‚richtigen‘

²⁵ Dieter Rucht, *Pegida & Co.–Aufstieg und Fall eines populistischen Unternehmens* (Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung, 2015), 15, <https://www.fes.de/buergergesellschaft/documents/BB-41PegidaInternet.pdf>.

²⁶ Vorländer, Herold, und Schäller, *Pegida / Empörungsbewegung*, 124. Bei der Betonung, dass Pegida nicht nach einem Führer rufen würden, gehen sie jedoch nicht auf die Möglichkeit entsubjektivierter Autoritäten ein, wie die Theorie des Sekundären Autoritarismus sie beschreiben; gegen die These der „Vulgärdemokratie“ hat Patzelt eingewandt, dass sie auf einen Großteil der Bevölkerung zutreffen würde, vgl. „Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!“, 46; und die Forscher*innen aus Göttingen kritisieren die idealistische Trennung der Gesellschaft in populistische Pegida-Bewegung und rational-diskursorientierte „gute“ Zivilgesellschaft, vgl. Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, 179ff., 183f.

²⁷ Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“, Abschn. Einleitung.

²⁸ Samuel Salzborn, „Demokratiefeerne Rebellionen“, *Deutsche Polizei* 3 (2015): 27; siehe ebenso Samuel Salzborn, „Demokratiefeerne Rebellionen / Pegida und die Renaissance völkischer Verschwörungsphantasien“, in *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ / Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen*, hg. von Wolfgang Frindte u. a. (Wiesbaden: Springer VS, 2016), 359–66.

²⁹ Vgl. Schiedel, „Abendland in Christenhand!“, 19ff.

Entscheidungen treffen würde. Demokratie heißt für die Teilnehmenden: Volksherrschaft. Das heißt, in ihren Beschreibungen kommen weniger individuelle Rechte, abgesehen von Meinungsfreiheit, vor, sondern hauptsächlich der Bezugspunkt des Volkes als Gegenüber der Regierung.³⁰ Geiges et al. kommen zu dem Schluss, dass der Forderung nach mehr plebiszitärer Demokratie bei Pegida ein homogener Volksbegriff, der die „kollektive Vernunft“ repräsentiere, und ein identitäres Demokratieverständnis zugrunde liegen würden, das sich kaum an Pluralismus und Minderheitenrechten orientiere.³¹ Zudem interpretieren sie die Organisator*innen der Bewegung als Populist*innen, die letztendlich kein Interesse an der wirklichen Lösung gesellschaftlicher Probleme motivieren würde, weil sie vom Fortbestehen der Probleme zur Mobilisierung abhängig sind.³² Diese Studie zeigt also bereits in Ansätzen, dass Volkssouveränität und daraus abgeleitet Demokratie als Volksherrschaft zentrale Konzepte für Pegida-Teilnehmende darstellen und dass ihre organisatorischen Vorschläge mit ihrer Vorstellung des Volkes und dessen Willen zusammenhängen. Daran knüpft diese Arbeit an.

Ein weiterer Diskussionspunkt der Forschung ist, inwieweit die Ordnungsvorstellungen mit den anderen Inhalten bei Pegida zusammenhängen. Patzelt argumentiert, dass die Demonstrant*innen nicht ‚xenophob‘ seien, sondern dass die Asylpolitik der Kristallisationspunkt ihrer Unzufriedenheit mit Politik sei, die durch das Thema ‚Islamisierung‘ einen „besonderen Akzent“³³ erhalte. Damit schließt er sich der ersten Studie von Vorländer et al. an, laut der nur ein Viertel der Befragten „Islam, Islamismus oder Islamisierung“ als Grund für ihre Teilnahme bei Pegida nennen, während sich über 70 Prozent zum Themenfeld „Unzufriedenheit mit der Politik“ äußern.³⁴ Beide Dresdner Studien nehmen eine Trennbarkeit der Themenbereiche Demokratie, Ordnung und Repräsentation und Migration, Zugehörigkeit und Rassismus an und beschreiben Politik bzw. Demokratie als konsti-

³⁰ Vgl. Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, 107–18.

³¹ Ebd., 181, 184f. Aufgrund ihrer Erfahrung in der Bewegungsforschung erklären sie zudem, dass Populismus und die Darstellung der eigenen Meinung und Interessen als die universal gültigen keine Besonderheit Pegidas darstellen, sondern gewöhnliche Phänomene bei Protestbewegungen.

³² Vgl. ebd., 186.

³³ Patzelt u. a., „Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten?“, 24.

³⁴ Vgl. Hans Vorländer, Maik Herold, und Steven Schäller, „Wer geht zu PEGIDA und warum / Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden“, *Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung Dresden*, Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung, 2015, 62–65, 72f.,

[https://www.researchgate.net/profile/Maik_Herold/publication/281120960_Wer_geht_zu_PEGIDA_und_warum_Eine_empirische_Untersuchung_von_PEGIDA-](https://www.researchgate.net/profile/Maik_Herold/publication/281120960_Wer_geht_zu_PEGIDA_und_warum_Eine_empirische_Untersuchung_von_PEGIDA-Demonstranten_in_Dresden/links/55e02df608ae2fac47196bca.pdf)

[Demonstranten_in_Dresden/links/55e02df608ae2fac47196bca.pdf](https://www.researchgate.net/profile/Maik_Herold/publication/281120960_Wer_geht_zu_PEGIDA_und_warum_Eine_empirische_Untersuchung_von_PEGIDA-Demonstranten_in_Dresden/links/55e02df608ae2fac47196bca.pdf). Sie erklären im Weiteren diesen Fokus der Befragten, die nicht unter Items wählen mussten, sondern ihre Motivation selbst nennen konnten, als Reaktion auf die Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin. Es ist also nicht klar, ob abseits dieses konkreten Anlasses das Thema Islam in gleicher Weise ungenannt bliebe, noch ist sicher, ob die Befragten sich inhaltsunabhängig solidarisch mit Pegida gegen „die Politik“ positioniert haben oder durchaus im Bewusstsein darüber, dass es der Bewegung um den Themenbereich Immigration geht.

tuierendes Problemfeld und letzteren Themenbereich eher als Auslöser und kontingenten Inhalt.³⁵ Hingegen stellen Geiges et al. heraus, dass die Frage nach Zugehörigkeit für die Teilnehmenden höchst relevant und eine wiederkehrende Ursache für die Kritik an Politik ist.³⁶ Schiedel weist darauf hin, dass Pegida mit ihrem Bezugspunkt Volk „eine vordiskursive Gemeinschaft der Identischen“³⁷ bezeichnet, was eine Tendenz zum Rassismus impliziert. Pegida wird zudem als völkische Bewegung interpretiert, die nach der Auflösung des Individuums im Ganzen strebe, und daher das Nichtidentische auszulöschen verlange.³⁸ Laut Philipp Knopp deuten die Redner*innen der Pegida die gesellschaftliche Krise nationalistisch und rassistisch und fordert ihre Lösung mit „neuen Mustern der Ein- und Ausgrenzung“³⁹ anhand stereotyper Konstruktionen kollektiver Identitäten. Das Volk wird dabei anhand nationalistischer, ökonomistischer und politisch-inhaltlicher Kriterien definiert, von denen die ‚Fremd‘-Gruppen angeblich abweichen. Knopp zufolge sind die rassistischen Forderungen bei Pegida keine zufälligen Auslöserinnen einer Reaktion auf nur politische Entfremdung, sondern Pegida verschiebe Probleme, etwa die Krise der Repräsentativdemokratie, in ihr kulturalistisches Deutungsschema. Das spricht für die These, dass die Demokratievorstellungen und rassistischen Inhalte Pegidas im Zusammenhang zu verstehen sind, welche durch diese Arbeit bestätigt werden kann. Dabei eignet sich der Begriff Volkssouveränität als zentrale Analysekategorie besonders zur Klärung dieser Debatte, weil er Ordnungs- und Gemeinschaftsvorstellungen miteinander verbindet.

Beinahe alle Forscher*innen konstatieren eine Situation gesteigerter Entfremdung bzw. problematischer Repräsentation, Ohnmachtsgefühle und autoritäre Ordnungskonzeptionen, die sie unterschiedlich erklären: Patzelt versteht Pegida als Aufbegehren gegen eine Repräsentationslücke.⁴⁰ Vorländer et al. sehen die Ursache für die Proteste in einer Krise der Repräsentativdemokratie, in komplexen und intransparenten Prozessen und Entscheidungen, in einer Transnationalisierung der Politik und einer eventmäßigen Darstellung des Politischen in den Medien.⁴¹ Nachtwey begreift Pegida als konformistische Rebellion, die auf

³⁵ Eine Herangehensweise, die laut Daniel Keil nicht nur für die Rechtsextremismus- sondern auch für die Populismusforschung typisch ist, weil sie die Form vor den Inhalten priorisiere, vgl. „Botschaften aus der Vorhölle / Pegida und die Wiederbelebung des Völkischen“, *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 67f.

³⁶ Vgl. Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, 119–27.

³⁷ Schiedel, „Abendland in Christenhand!“, 19.

³⁸ Vgl. Keil, „Botschaften aus der Vorhölle“.

³⁹ Philipp Knopp, „Abstand halten / Zur Deutung gesellschaftlicher Krisen im Diskurs Pegidas“, in *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, hg. von Tino Heim, im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016), Abschn. Einleitung.

⁴⁰ Vgl. Patzelt, „Drei Monate nach dem Knall“, 27f.

⁴¹ Vgl. Vorländer, Herold, und Schäller, *Pegida / Empörungsbewegung*, 130f.

kapitalistische Strukturzwänge und Gesellschaftsentwicklungen reagiert,⁴² Salzborn als autoritären Versuch, eine Krise zu bewältigen, die vor allem aufgrund eigener rassistischer Einstellungen, Abstiegsängste und völkischer Verschwörungsideologien empfunden würde.⁴³ Geiges et al. nennen Pegida die Mobilisierung einer Zivilgesellschaft wegen des postdemokratischen Mangels an Alternativen und solidarischen Gesellschaftsentwürfen.⁴⁴ Heim versucht, Pegida anhand neomarxistischer Repräsentationstheorien zu charakterisieren und somit die demokratietheoretische Perspektive mit der gesellschaftskritischen zu verbinden: Anstatt einer Repräsentationslücke konstatiert er eine „entfremdeten Komplizenschaft“⁴⁵ zwischen Pegida und politischen Eliten, die Ausdruck einer strukturellen Krise der neoliberalen Repräsentativdemokratie sei. Er erklärt die Pegida-Proteste als regressive Krisenlösung, die auf Globalisierungsprozesse und die postdemokratische Politik des Sachzwangs innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung reagierten, dabei aber abstrakte und fetischisierte gesellschaftliche Herrschaft affirmieren. Diese Arbeit beschränkt sich darauf, Pegidas Verständnis von Demokratie darzulegen. Auf mögliche Ursachen wird daher nur am Rande eingegangen. Das, was von Pegida als Krise empfunden und bekämpft werden soll, ist jedoch in die Analyse mit einzubeziehen, weil es als Begründung für demokratisches Engagement dient und darüber hinaus zu zeigen ist, inwieweit es mit den Ordnungsvorstellungen in Zusammenhang steht. Dabei ist darauf zu achten, dass die Problembeschreibung Pegidas mitunter projektiv, verschwörungstheoretisch und stereotyp ist. Eine angemessene Analyse muss also die ideologische Ebene einbeziehen.

Aus ersten Sichtungen des Materials und der vorhanden Literatur lässt sich die Fragestellung der Arbeit konkretisieren:

Was versteht Pegida Dresden unter Volkssouveränität?

Welche Ordnungsvorstellungen und Demokratiekonzeptionen hängen damit zusammen?

Wie begründet die Pegida-Bewegung ihren Widerstand? Welche Rolle spielen dabei Stereotypie und Verschwörungsdenken?

Was versteht Pegida unter Volk?

Pegida leitet ihren Anspruch auf die Umsetzung ihrer Forderungen aus dem Prinzip der Volkssouveränität ab. Und, wie diese Arbeit zu zeigen versucht, auch ihre Vorstellung guter politischer Ordnung, ihre Demokratievorstellung, ist eng und mehr als mit anderen

⁴² Vgl. Nachtwey, „Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom“.

⁴³ Vgl. Salzborn, „Demokratiefeine Rebellionen“.

⁴⁴ Vgl. Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, Kap. 8.

⁴⁵ Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“, Abschn. Einleitung.

Prinzipen oder Werten mit der Norm der Volkssouveränität verbunden.⁴⁶ Eine Klärung des Demokratieverständnisses bei Pegida muss also bei der Bestimmung ihrer Konzeption von Volkssouveränität beginnen. Dazu gehört auch die Klärung des Verständnisses von Volk. Diese Arbeit kommt zu folgenden Thesen: Pegida hat ein konkretistisches Verständnis von Volkssouveränität als unmittelbare Äußerung eines kollektiven, einheitlichen Willens. Weil Pegida das Volk strikt homogen begreift, kann es überhaupt nur einen eindeutigen Einheitswillen haben, der nicht vermittelt werden muss. Zudem hat Knopp bereits gezeigt, dass das nationale Kollektiv einen zentralen Bezugsrahmen für Pegida darstellt. Vermeintliche Gefahren für die Homogenität des Volkes sind eine Ursache, warum die Volkssouveränität bei Pegida angerufen wird. Somit kann am Begriff Volkssouveränität gezeigt werden, was bisher keiner Studie gelang: Dass der Rassismus bei Pegida und ihre autoritär-identitäre Vorstellung demokratischer Ordnung keinesfalls zu trennen sind. *Im zentralen Prinzip Volkssouveränität sind der völkische Nationalismus und der Autoritarismus der Pegida-Bewegung verbunden.*

Um die Fragen zu beantworten, sollen in dieser Arbeit die Reden der beiden zentralen Redner*innen von Pegida Dresden, Lutz Bachmann und Tatjana Festerling, auf Grundlage der Kritischen Diskursanalyse untersucht werden. Die Kritische Diskursanalyse ist am besten geeignet, einerseits eine spezifische Konzeption herauszuarbeiten und in ihren Begründungs- und Bedeutungszusammenhang zu stellen und andererseits ideologische Annahmen in die Untersuchung einzubeziehen. In Kapitel 2 sollen zunächst das konkrete Vorgehen und die Methode der Kritischen Diskursanalyse dargelegt werden. Sodann werden in Kapitel 3 verschiedene theoretische Konzeptionen von Volkssouveränität aufgefächert, anhand derer die Redeanalyse durchzuführen ist. Zwar handelt es sich hier um unterschiedliche Formen von Diskursen: Wissenschafts- und Alltagsdiskurs. Die Kritische Diskursanalyse geht jedoch von einem Einfluss der Spezialdiskurse aus.⁴⁷ Die Auswahl der Theorien soll die hier dargelegten Thesen abdecken: Volkssouveränität wird bei Pegida einmal als Widerstand gegen Diktatur proklamiert; derart führten die Monarchomachen das Konzept ein (3.1). Volkssouveränität begründet bei Pegida auch eine Staatsform, in der ein Volkswille die politischen Entscheidungen trifft; was darunter genau zu verstehen ist, wird jedoch widersprüchlich dargestellt. Dieses Spannungsverhältnis lässt sich am besten anhand des Gemeinwillens Jean-Jacques Rousseaus zeigen (3.2), der selbst Widersprüche aufweist,

⁴⁶ Vgl. Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, 107, 118.

⁴⁷ Vgl. Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse / eine Einführung*, 5., gegenüber der 2., überarb. erw. (1999), unveränd. Aufl. (Münster: Unrast-Verlag, 2009), 159.

vor allem aber Grundlage für eine kontroverse Debatte um Volkssouveränität und somit Ausgangspunkt für anschließende Konzeptionen ist (3.3): Carl Schmitts Theorie wird dargestellt, um die Fragen nach identitärer und akklamatorischer Demokratie erörtern zu können (3.3.1). Jürgen Habermas' Theorie stellt gewissermaßen den Gegensatz dazu dar; im Vergleich zu seinem Diskursmodell (3.3.3) lässt sich zeigen, was bei Pegida unter Dialog verstanden wird. Ingeborg Maus' Theorie prozedural-rechtlicher Volkssouveränität steht zwischen den beiden Vertretern. Zwar anerkennt sie die Relevanz des diskursiven Prozesses, betont aber auch die letztendlich zu treffende Entscheidung in Form von Plebisziten (3.3.4), einer der konkreten Vorschläge Pegidas. Als weitere Gegenposition zu Schmitt befürwortet Peter Kielmansegg eine expertokratische Repräsentativdemokratie gegen die Volkssouveränität (3.3.2), als antithetische Position zu Pegida können daran ihre Kritik und die postdemokratischen Erklärungsansätze verdeutlicht werden. Für die Analyse werden die Theorien nochmals vergleichend zusammengefasst (3.4). Sodann erfolgt in Kapitel 4 die empirische Untersuchung, beginnend mit einer Charakterisierung der Bewegung, der beiden Redner*innen (4.1.1) und einer strukturellen Analyse der Inhalte (4.1.2). Unter 4.2 werden dann acht Reden der Feinanalyse unterzogen, in Kapitel 5 werden alle Ergebnisse synoptisch diskutiert und die Forschungsfrage beantwortet. Zum Abschluss sollen die vorgelegte Arbeit, die Ergebnisse und der Begriff Volkssouveränität diskutiert werden (6.).

2. Zur methodischen Vorgehensweise

Um herauszufinden, welche Konzeption von Volkssouveränität bei Pegida vertreten wird, wie diese begründet wird, womit sie zusammenhängt und welche Ordnungs- und Demokratievorstellung daraus abgeleitet wird, führe ich eine Kritische Diskursanalyse (KDA) der Reden der Organisator*innen Lutz Bachmann und Tatjana Festerling durch. Als Kritische Diskursanalyse werden verschiedene Forschungsmethoden zusammengefasst, die basierend auf linguistischen und sozialwissenschaftlichen Theorien und Modellen entwickelt wurden und deren Gegenstand Diskurse sind, das heißt: Zeichen, Sprache, Wissen, Strukturen und gesellschaftliche Vorstellungen. Diese werden anhand von Diskursfragmenten, das sind: Texte, Gesprochenes, Bilder und Symbole, rekonstruiert.

Die Kritische Diskursanalyse (KDA) wie sie vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in Anlehnung an Michel Foucaults Begriffe von Diskurs, Macht, Wissen und Subjektivierung entwickelt wurde, hat zum Ziel, Diskurse als Wissens- und Wahrheitsproduktion innerhalb von Herrschaftsverhältnissen zu analysieren. Schon die Beschreibung des Diskurses soll dabei zeigen, „mit welchen Mitteln und für welche ‚Wahrheiten‘ in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und tubar) ist und was nicht.“⁴⁸ Die KDA soll demgegenüber keinen äußeren, objektiven, moralisch ‚richtigen‘ Standpunkt einnehmen, sondern sie kritisiert eine (hegemoniale) Wahrheit als Ausdruck und Produzentin von menschlichem Handeln und Machtverhältnissen – in diesem Sinne ist sie immanente Herrschaftskritik. Was als Standpunkt bleibt, ist die Annahme, dass menschliches Zusammenleben sinnhaft ist und dass gutes Zusammenleben gesellschaftlich auszuhandeln ist.⁴⁹ Die KDA zeigt jedoch nicht nur, wie Wissen im Diskurs produziert wird, sondern betrachtet und kritisiert darüber hinaus die dem zugrundeliegenden ideologischen Annahmen wie Menschenbild, Gesellschaftsvorstellung und politische Positionierung.⁵⁰

Der Ansatz der KDA basiert auf vier Grundfragen:⁵¹ Die Fragen nach dem geltenden Wissen und dessen (Re-) Produktion, also nach den Inhalten und deren Zustandekommen, bilden den Kern der methodischen Arbeit. Bezogen auf die Fragestellung dieser Untersuchung bedeutet das: Was verstehen die Redner*innen bei Pegida unter Volkssouveränität, wie

⁴⁸ Ebd., 223.

⁴⁹ Ebd., 226ff.

⁵⁰ Vgl. ebd., 184, 231.

⁵¹ Für das folgende siehe die Zusammenfassung bei Daniel Bartel, Peter Ullrich, und Kornelia Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse: Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien“, in *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*, hg. von Ulrike Freikamp u. a., Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung 42 (Berlin: Karl Dietz Verlag, 2008), 55.

begründen sie diese und womit hängt sie zusammen? Wie vermitteln und reproduzieren sie diese Inhalte? Die anschließenden Fragen nach der Funktion dieses Wissens für die Verfasstheit von Gesellschaft und Subjekten sowie nach den Auswirkungen auf die Gesellschaft sind nicht mehr ausschließlich anhand des Materials zu untersuchen, dennoch strebt die KDA solche weitergehenden Reflexionen und Erklärungen an. Es ist also anschließend zu fragen, welche Auswirkungen ein bestimmtes Verständnis von Volkssouveränität auf Individuen und Gesellschaft hat und welche Subjekte, Praxen und Institutionen sie hervorzubringen tendiert.

Neben der vom DISS entwickelten KDA haben österreichische Forschungszusammenhänge um Ruth Wodak für ihre Untersuchungen des sekundären Antisemitismus in Österreich⁵² einen diskurs-historischen Ansatz erarbeitet, der stärker historisch, psychologisch und „hermeneutisch-interpretativ[]“⁵³ angelegt ist und explizit nicht poststrukturalistisch, also nicht an Foucault anschließt: „Nicht ‚die Sprache‘ als solche, sondern Sprecher und Sprecherinnen besitzen in bestimmten kulturellen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen wie auch in spezifischen Kontexten und Settings Macht und sind daher in der Lage, Gruppen ein- oder auszuschließen, ja sogar zu verschlingen oder zu vernichten.“⁵⁴ Hier steht das Subjekt mit seiner Sprache stärker im Zentrum, die auf Inhalte, Intentionen und Strategien hin untersucht wird. Die Frage wäre also eher, welches Subjekt mit welcher Intention ein bestimmtes Verständnis von Volkssouveränität verbreitet. Es geht hier nicht darum, zwei vermeintlich monokausale Erklärungsansätze gegeneinander zu stellen, sondern beide Blickwinkel zu nutzen: Die KDA des DISS fragt eher nach der Sprache und ihrem Subjekt, Wodak et al. nach dem Subjekt und seiner Sprache. Für die Analyse politischer Reden, darunter auch ein politischer Laie, sind beide Ansätze relevant: Die Redner*in argumentiert aus einer bestimmten Intention heraus mit Volkssouveränität, diese Ideologie bzw. dieses Wissen sind jedoch nicht von Anfang an vollständig, sondern werden im Diskurs produziert und verändert. Das Verständnis von Volkssouveränität kann rückwirkend Vorstellungen und Ziele verändern.

Der Forschungsablauf orientiert sich an Siegfried Jägers Leitfaden für die konkrete Anwendung der KDA,⁵⁵ den er als Werkzeugkiste versteht: Die Methode soll nicht statisch angewendet werden, sondern dem Forschungsgegenstand angemessen sein und ist dahin-

⁵² Vgl. Ruth Wodak u. a., „*Wir sind alle unschuldige Täter*“ / *diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, 1. Aufl. (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1990).

⁵³ Ebd., 53.

⁵⁴ Ruth Wodak und Florian Menz, „Vorwort“, in *Sprache in der Politik - Politik in der Sprache / Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch*, hg. von dies. (Klagenfurt: Drava, 1990), 7.

⁵⁵ Vgl. Jäger, *Kritische Diskursanalyse*, 190–95; vgl. außerdem zusammenfassend und anhand eines Beispiels Bartel, Ullrich, und Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse“, 58–70.

gehend erweiterbar und veränderbar. Auch folgen die einzelnen Arbeitsschritte keiner starren Reihenfolge, sondern sind hermeneutisch aufeinander zu beziehen. Zuerst ist die Forschungsfrage zu konzeptualisieren und die Herangehensweise zu begründen. Sodann ist der Korpus des Diskursstrangs, also das Material, zu erheben und aufzubereiten, der dann als nächstes thematisch und strukturell zu analysieren ist. Es folgt die Feinanalyse einzelner Diskursfragmente anhand von fünf Arbeitsschritten. Zuletzt ist der Diskurs (-strang) als ganzer zu interpretieren.

Konzeptualisierung und Begründung

Zunächst sind Erkenntnisinteresse und Methodik darzulegen. Das Erkenntnisinteresse wurde bereits in der Einleitung dargestellt: Diese Arbeit befasst sich mit der Konzeption von Volkssouveränität bei Pegida und damit zusammenhängend mit deren Demokratieverständnis und Ordnungsvorstellungen. Dazu sollen Reden analysiert werden, die bei Kundgebungen der Pegida in Dresden gehalten wurden. Weil die Diskurse in ihren politischen, kulturellen, historischen und gesellschaftlichen Kontexten interpretiert werden sollen,⁵⁶ und konzeptuelle Untersuchungsgegenstände vor der Analyse theoretisch zu klären sind,⁵⁷ wird der Begriff „Volkssouveränität“ ideengeschichtlich und theoretisch erläutert und in verschiedene Konzeptionen unterteilt (Kapitel 3). Dabei zeigt sich, dass verschiedene Vorstellungen von Volkssouveränität je unterschiedliche Konzeptionen von Volk implizieren, sodass die jeweiligen Volksbegriffe ebenfalls dargelegt werden. Zudem werden auch die theoretisch-wissenschaftlichen Texte in ihren Kontext eingeordnet und darauf geachtet, in welcher *Funktion* der Begriff Volkssouveränität verwendet wird und in welcher *Relation* er zu anderen Themen steht, mit denen er auch im empirischen Material in Verbindung gebracht wird: Staat, Verfassung, Menschenrechte, Demokratie und ‚Fremde‘. Die Verbindung der KDA mit dem theoriegeleiteten Vorgehen erhöht die intersubjektive Nachvollziehbarkeit und verringert selektive Perspektivität.

Die verschiedenen Formen der KDA eignen sich zur Analyse von politischen Reden besonders, weil sie auf Sprache und Form der gesagten Inhalte achten.⁵⁸ Beim ersten Sichten des Materials wurde bereits deutlich, dass beide Redner*innen Argumentationsstrategien und sprachliche Realisierungsformen verwenden, die Wodak et al. ihrer Funktion nach bereits analysiert haben. Nur unter Bezugnahme der sprachlichen Form können „Anspielun-

⁵⁶ Vgl. Wodak u. a., *Wir sind alle unschuldige Täter*, 52f.

⁵⁷ Vgl. Bartel, Ullrich, und Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse“, 60.

⁵⁸ Wodak et al. untersuchen etwa antisemitische Inhalte, deren Argumentationsstrategien und sprachliche Realisierungsformen, vgl. *Wir sind alle unschuldige Täter*, 348–59; vgl. auch Jäger, *Kritische Diskursanalyse*, 179–84, der hier stärker quantitativ und syntaktisch (z.B. Sammlung aller Pronomen) vorgeht.

gen, Verleugnungen oder Verzerrungen“⁵⁹, Nicht-Gesagtes wie Rechtfertigungsformeln in ihrer Funktion und Bedeutung tatsächlich verstanden werden.

Ebenso sollen die Inhalte *kritisch* analysiert werden: Erstens sind sie mit historischen Fakten, Ereignissen und anderen Interpretationen zu konfrontieren.⁶⁰ Zweitens übt die KDA immanente Kritik, indem sie Wissen als historisches Produkt, das wiederum Gesellschaft und Subjekte formt, erklärt. In dieser Arbeit werden drittens ideologiekritisch inspirierte Ansätze hinzugezogen.⁶¹ Dies ist notwendig, weil der Korpus vielfach Verschwörungsideologien enthält, zu deren Erklärung die sozial-psychologischen und ideologiekritischen Studien des Frankfurter Instituts für Sozialforschung bereits zahlreiche Thesen aufgestellt haben. Zwar grenzt Jäger die KDA explizit von der marxistischen Ideologiekritik ab, die ihrerseits einen objektiven Standpunkt behauptet. Stattdessen seien „mögliche Alternativen“⁶² zu den Wahrheiten aufzuzeigen, ihre Absurdität oder Irrationalität. Gleichzeitig liegt es nicht in seinem Interesse, Rassismus und Verschwörungsdenken bloß eine ‚alternative Wahrheit‘ gegenüberzustellen, auch wenn solcher Relativismus zu den gängigen Kritiken an der Foucault-inspirierten Diskursanalyse gehört. Jäger geht es darum, aus einer reflektierten Haltung heraus, eine subjektive Wahrheit zu vertreten, womit sie „eine [...] objektiv vertretene Wahrheit“⁶³ wird. Damit ist er von ideologiekritischen Ansätzen jenseits der orthodox-marxistischen nicht so weit entfernt, die „Werte und Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft“ nicht einfach als Klasseninteressen entlarven will, noch ihre Verwirklichung anstrebt, sondern sie aus „den kategorial erfaßten gesellschaftlichen Formen“ erklären will.⁶⁴ Es geht also darum, Werte und Wissensannahmen zu historisieren und aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus zu erklären. Dabei ist der Standpunkt der Forschenden ebenso gesellschaftlich immanent.⁶⁵ So sind diskurshistorische, diskursanalytische und ideologiekritische Ansätze durchaus produktiv miteinander zu verbinden.

⁵⁹ Wodak u. a., *Wir sind alle unschuldige Täter*, 58.

⁶⁰ Vgl. ebd., 57. Dies wird bei Wodak et al. m.E. stärker betont als bei Jäger.

⁶¹ U.a. Theodor W. Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, in *Studien zum autoritären Charakter* (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013), 176–279; und Leo Löwenthal und Norbert Guterman, „Lügenpropheten / Eine Studie über die Techniken und Themen des amerikanischen Agitators“, in *Der autoritäre Charakter / Studien über Autorität und Vorurteil*, hg. von Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main, Bd. 1 (Amsterdam: de Munter, 1968), 3–87.

⁶² Siegfried Jäger, „Von der Ideologiekritik zu Foucault und Derrida / Ein (noch sehr vorläufiger) Beitrag zu einer möglichen Wende kritischer Wissenschaft“, in *Wie kritisch ist die kritische Diskursanalyse? / Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft*, hg. von Siegfried Jäger, 1. Aufl. (Münster: Unrast-Verlag, 2008), 24.
⁶³ Ebd., 32.

⁶⁴ Moishe Postone, *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft / eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx* (Freiburg im Breisgau: Ça-ira Verlag, 2003), 254.

⁶⁵ Dies bedeutet jedoch gerade keine Schwäche, sondern belegt, dass Bewusstsein nicht ökonomistisch oder anderweitig determiniert ist, vgl. Ebd., 74f. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Kritik ihr Ziel, verstehen und reflektiert zu werden und Veränderungen herbeizuführen, überhaupt möglicherweise erreichen. Sowohl die KDA als auch die Ideologiekritik der kapitalistischen Gesellschaft wollen also nicht einfach normativ beurteilen, sondern sie wollen kritisch erklären.

Erhebung und Aufbereitung des Korpus

Als nächstes muss das Material gesammelt und aufbereitet werden. Dazu gehören alle relevanten Reden zum Thema Volkssouveränität. Dieser „Korpus soll[] grobe Aussagen über den Diskurs innerhalb der untersuchten“⁶⁶ Veranstaltungen erlauben. Als Korpus dienen die online verfügbaren Reden⁶⁷ von Lutz Bachmann und Tatjana Festerling bei Pegida-Kundgebungen in Dresden im Zeitraum vom 24. November 2014 bis 14. März 2016. Beide sind die wichtigsten konstanten Redner*innen bei Pegida in Dresden. Lutz Bachmann hat die Bewegung gegründet, war häufig Hauptredner und ist auf fast jeder Veranstaltung mindestens als Moderator zugegen. Tatjana Festerling kam im Februar 2015 dazu, ist seitdem Hauptrednerin und war die Oberbürgermeisterkandidatin von Pegida in Dresden, was heißt, dass ihre Reden vom Organisationsteam geschätzt werden.⁶⁸ Durch die Reden der beiden lassen sich sowohl Konstanten als auch Entwicklungen der Pegida-Bewegung zeigen. Auch ihre breite Rezeption in den Medien macht diese Auswahl logisch.

Aus der Analyse der Reden zweier Personen lassen sich die Einstellungen der Gesamtheit der Teilnehmenden nicht unmittelbar ableiten, Rückschlüsse lassen sich aber durchaus ziehen. Zwar kann eingewendet werden, dass anstatt Reden des Organisationsteams zu analysieren, Teilnehmer*innen repräsentativ befragt werden sollten. Dem ist zu entgegen, dass bereits quantitative Befragungen von Teilnehmenden durchgeführt worden sind,⁶⁹ die zwar die Zustimmung zu einem abstrakten Konzept („Demokratie“) messen können, nicht aber dessen spezifische Konzeptionen. Für die hier zu beantwortende Fragestellung wären quantitative Erhebungen daher nicht sinnvoll. Erst recht können sie keine Analyse von Sprache und Form leisten. Qualitative Befragungen einzelner Teilnehmer*innen oder Gruppeninterviews wären eine Möglichkeit, jedoch ließen sich daraus noch weniger Rückschlüsse auf Pegida Dresden als Bewegung ziehen, weil nicht nachvollziehbar ist, inwiefern eine größere Anzahl anderer Demonstrant*innen dem zustimmen würde.

Dahingegen lässt sich aus der Analyse der Reden unter Einbeziehung der Anwesenden und der hohen Teilnahmezahlen zumindest mittelbar auf ein geteiltes Verständnis schließen. Erstens applaudiert die versammelte Menge und drückt damit ihre Zustimmung aus. Häufig ruft eine beträchtliche Anzahl der Kundgebungsteilnehmer*innen – in dramatisch ge-

⁶⁶ Bartel, Ullrich, und Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse“, 61.

⁶⁷ Weil die Pegida-Organisation selbst großen Wert auf die Verfügbarkeit der Reden legt, sind die allermeisten auf dem Portal *youtube* einzusehen. Von den ersten Reden Bachmanns existieren keine öffentlichen Videos, jedoch liegen der Autorin private Mitschriften vor, die sich zwar nicht für die Feinanalyse eignen, für die Strukturanalyse jedoch ausreichend sind. Es fehlt einzig seine Rede auf der ersten Kundgebung.

⁶⁸ Zur Charakterisierung von Pegida und den ausgewählten Protagonist*innen siehe 4.1.1.

⁶⁹ Vgl. etwa Patzelt u. a., „Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten?“; Patzelt, „Drei Monate nach dem Knall“; Patzelt, „Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!“; sowie Vorländer, Herold, und Schäller, „Wer geht zu PEGIDA und warum“.

setzten Redepausen aber auch zu ungeplanten Zeitpunkten – Sprechchöre, die dem Gesagten zustimmen. Die Sprechchöre zeigen, dass viele Teilnehmenden durchaus die Rede verfolgen oder zumindest auf einzelne Schlagworte achten, weil sie den jeweils inhaltlich passenden Ruf von sich geben.⁷⁰ In den Transkripten der Reden sind daher die Sprechchöre mitaufgeführt, sofern sie nicht nur von Einzelpersonen oder aus dem Umfeld der Videokamera kommen, drei Sekunden oder länger andauern und/oder eine Rede unterbrechen. Zweitens lässt die wiederholte Teilnahme vieler Personen⁷¹ auf eine Zustimmung zumindest zu grundlegenden Positionen schließen, auch wenn Einzelpersonen und Gruppen nicht jeder Rede (in Gänze) aufmerksam zuhören.⁷² Drittens weisen die mitgebrachten Schilder auf Zustimmung zu den inhaltlichen Setzungen in den Pegida-Reden hin.⁷³ Auch haben die Schilder und Flaggen des Publikums ihrerseits die Themensetzung der Reden beeinflusst.⁷⁴ Viertens deuten bisherige Analysen der Einstellungen von Pegida-Teilnehmenden auf eine große Schnittmenge mit dem Organisationskreis hin.⁷⁵ Fünftens geht die KDA davon aus, dass Wissen im Diskurs produziert wird. Es muss also nicht vorausgesetzt werden, dass die Demonstrierenden mit einem jeweils abgeschlossenen Verständnis von Volkssouveränität oder ‚fertigen‘ Einstellungen bei Pegida teilnehmen, die mit den Inhalten der Reden völlig identisch sind, sondern dass sich ihre Einstellungen dort verändern oder verstärken und dass die Reden für sie ein bestimmtes Agenda-Setting bedeuten. Klar wurde aus den Punkten 1 bis 4 jedoch, dass die Reden kaum auf Widerspruch und häufig auf starke Zustimmung stoßen.⁷⁶

Das Videomaterial ist aus zwei Gründen problematisch: Zum einen hängt es vom Standpunkt der Kamera ab. Besonders die Sprechchöre sind daher nur stark perspektivisch und

⁷⁰ Geht es um Medien, rufen die Versammelten in aller Regel „Lügenpresse“, geht es um Politiker*innen „Volksverräter“, geht es um „kriminelle Ausländer“ „Abschieben“ und so weiter. Auch Rucht et al. stellen fest: „Das Publikum und die OrganisatorInnen wirkten wie ein eingespieltes Team; teilweise stellte sich ein Rede-Antwort Spiel ein und die Reaktionen der Demonstrierenden wirkten vorhersehbar.“ („Protestforschung am Limit“, 40).

⁷¹ Laut Patzelt, „Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!“, 5, hatten die Befragten im Januar 2016 durchschnittlich an 25 Demonstrationen teilgenommen.

⁷² So die Einschätzung von Vorländer laut welt.de/epd/dpa/ith, „Das Pegida-Fußvolk hört Bachmann gar nicht zu“, *Die Welt online*, 20. Januar 2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151256658/Das-Pegida-Fussvolk-hoert-Bachmann-gar-nicht-zu.html>.

⁷³ Vgl. Vorländer, Herold, und Schäller, *Pegida / Empörungsbewegung*, 50; sowie Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, 35f.

⁷⁴ Zumindest lässt sich das für das Thema „Frieden“ und „Russland“ zeigen. Als Lutz Bachmann zum ersten Mal forderte die „Kriegstreiberei“ gegen Russland zu beenden, hatten Teilnehmende bereits Pro-Putin-Schilder dabei, vgl. Stefan Locke, „Kundgebung in Dresden: ‚Putin, hilf uns!‘“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Dezember 2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/noch-mehr-zulauf-fuer-pegida-in-dresden-13324123.html>.

⁷⁵ Siehe etwa die Ergebnisse der Gruppendiskussionen von Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, 89–130.

⁷⁶ Ähnlich begründet dies Tino Heim, vgl. „Einleitung“, in *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, hg. von dems., im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016).

selektiv nachvollziehbar. Daher werden Sprechchöre nur eingeschränkt transkribiert; ihre Dauer sowie Pause und Wiederholungen in den Reden geben Hinweise darauf, wie verbreitet gerufen wurde. Zum anderen handelt es sich um Videomaterial des Organisations-teams, von Teilnehmenden sowie von *Russia Today*, die ihrerseits selektiv beim Filmen der Veranstaltung vorgehen, etwa gibt es aus Pegida-Kreisen keine Videos von Angriffen auf Journalist*innen oder Gegendemonstrant*innen. Als Wiedergabe der Reden ist das Videomaterial jedoch hinreichend verlässlich, Schnitte im Material sind in den Transkripten erwähnt.⁷⁷

Analyseschritte

Mit der Strukturanalyse beginnt die im engeren Sinne analytische Arbeit am Material. „Es kommt zur Ermittlung grundlegender Trends, zur Charakterisierung der offensichtlichsten Differenzen bspw. zwischen den behandelten Medien oder im Zeitverlauf, zur Charakterisierung der dominierenden Diskurspositionen und deren inhaltlicher Ausgestaltung.“⁷⁸ Aus dem Korpus sind die wichtigsten Themen und Unterthemen und Zusammenhänge mit anderen Diskurssträngen hinsichtlich der Volkssouveränität zu sammeln und zu systematisieren (vgl. Themen und Unterthemen, Anhang A.3). Volkssouveränität wird immer in Zusammenhang artikuliert mit einer Kritik an politischen Entscheidungen, Prozessen, Personen bzw. als Begründung legitimen Widerstands gegen illegitime Herrschaft. Besonders relevant für die Fragestellung sind dabei Aussagen zum Themenkomplex direkte Demokratie, Dialog, Verfassung/Staat/Menschenrechte, Widerstand/Diktatur sowie Volk/Nation. Damit zusammenhängende Diskurse sind insbesondere Asyl, Migration, Islam, ‚Fremde‘; die Medienberichterstattung aber auch Geschlecht, Frauenrechte, Gendermainstreaming; Frieden und Russland sowie Nationalsozialismus und Rassismuskorrekturen an Pegida. Im Rahmen der Strukturanalyse werden einzelne Reden für die Feinanalyse ausgewählt, sodass alle Themen und Unterthemen erhalten bleiben und Doppelungen möglichst aussortiert werden. Diese Reden wurden transkribiert (siehe Anhang C). Weil sich bei der Analyse vorwiegend auf Inhalte konzentriert wird, ist eine wörtliche Transkriptionstechnik ausreichend, die syntaktische Fehler übernimmt, Dialektsprache

⁷⁷ Dennoch ist explizit darauf hinzuweisen, dass aufgrund mangelnder anderer Quellen *Russia Today* verwendet wird, obwohl der Sender gezielt Gegenöffentlichkeit gegen Öffentlichkeit nutzt. Etwa kritisiert Medienwissenschaftler Bernard Pörksen: „dass RT Deutsch ja eigentlich das Schüren von Medienverdrossenheit als journalistisches Programm verkauft. Und das ist ein durchaus hochinteressanter Versuch, weil hier – dahinter steht ja der Kreml – staatlich gelenkte Öffentlichkeit den Schulterchluss mit der Gegenöffentlichkeit, der Medienverdrossenen gegen Öffentlichkeit sucht. Also es ist die Inszenierung von Staatsöffentlichkeit als Gegenöffentlichkeit und die Entdeckung von aktueller Medienverdrossenheit als publizistische Marktlücke.“ (Brigitte Baetz und Bernhard Pörksen, „RT Deutsch - ‚Dahinter steht ja der Kreml‘ / Bernhard Pörksen im Gespräch mit Brigitte Baetz“, *Deutschlandfunk*, 15. November 2014, http://www.deutschlandfunk.de/rt-deutsch-dahinter-steht-ja-der-kreml.761.de.html?dram:article_id=303297).

⁷⁸ Bartel, Ullrich, und Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse“, 62.

aber ausgleicht.⁷⁹ Die Strukturanalyse gehört wie die folgenden Schritte nicht mehr zu den methodischen Überlegungen, sondern bereits zur empirischen Analyse. Sie wird in Kapitel 4.1.2 vorgenommen.

In der Feinanalyse (4.2) werden einzelne Diskursfragmente, also einzelne Reden analysiert. Dies erfolgt in fünf Schritten,⁸⁰ die allerdings eher miteinander verknüpft sind als dass sie eine Abfolge darstellten. Jäger bezieht sich auf die Analyse schriftlicher Texte, sodass von seinen Angaben zu abstrahieren ist. Zuerst ist die Rede in ihren *institutionellen Kontext* (Autor*in, Medium, Textsorte) einzuordnen. Dies kann jeweils einmalig für Tatjana Festerling und Lutz Bachmann erfolgen und schließt eine Charakterisierung Pegidas ein (4.1.1). Als zweites ist nach Jäger die *Textoberfläche* zu charakterisieren. Das bedeutet, die „inhaltliche und argumentative Struktur“⁸¹, Anliegen, Thema und Gliederung der Rede zu erarbeiten. Hierzu zählt für die Analyse der Reden auch die Umgebung, Stimmung und Platzierung der Rede sowie ihr Kontext, soweit relevant. Das Motto der Rede sowie alle aufgeführten Themen werden nur auf der Ebene der Textoberfläche benannt; die Schritte 3-5 werden sich auf die Stellen konzentrieren, in denen es um Volkssouveränität und den Volksbegriff geht.

Drittens sind die *sprachlich-rhetorischen Mittel* zu untersuchen. Dazu nutze ich Jägers Hinweise zu Kollektivsymbolen (nach Jürgen Link):⁸² Kollektivsymbole sind bildliche Begriffe, die neben ihrem direkten Sinn weitere, allgemein bekannte – nicht zufällige – Bedeutungen tragen. Sie dienen häufig als Analogien und der Reduktion von Komplexität, und können dabei zur Übertreibung oder Emotionalisierung beitragen.⁸³ Zudem löst die Verwendung eines Kollektivsymbols meist Assoziationen weiterer Bilder und Szenarios aus und somit eine Kette von Vorstellungen, die nicht einfach zu reflektieren oder verändern sind und dabei das Alltagsbewusstsein signifikant beeinflussen.⁸⁴ Davon abgesehen weiche ich von Jägers syntaktischer Analyse ab und fokussiere auf Argumentationsstrategien und sprachlichen Realisierungsformen, wie sie Wodak et al. in ihren Analysen her-

⁷⁹ Vgl. Thorsten Dresing und Thorsten Pehl, *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse / Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende* (Marburg: Eigenverlag, 2015), 20–23, http://www.audiotranskription.de/audiotranskription/upload/Praxisbuch%206.%20Auflage_web.pdf. Die Transkriptionszeichen werden im Anhang (4.) erklärt. .

⁸⁰ Vgl. Jäger, *Kritische Diskursanalyse*, 175–87.

⁸¹ Bartel, Ullrich, und Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse“, 64.

⁸² Vgl. Jäger, *Kritische Diskursanalyse*, 140f.

⁸³ Ein häufiges Beispiel sind Flutmetaphern beim Reden über Migration: „Wird ein Anstieg der Zahl der Asylanträge kollektiv als Asylantenflut symbolisiert, [...] erscheint das Phänomen als eine quasi-naturmächtige, de-individualisierte Bedrohung von außen, gegen die das Innere konsequent durch ‚Deiche‘ geschützt werden muss.“ (Bartel, Ullrich, und Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse“, 65).

⁸⁴ Vgl. Siegfried Jäger, *BrandSätze / Rassismus im Alltag* (Duisburg: DISS, 1992), 251–56.

ausgearbeitet haben,⁸⁵ und verbinde die Sprachanalyse stark mit der Deutung *inhaltlich-ideologischer Aussagen*. Denn viertens sollen solche (impliziten) Annahmen über Normalität und Wahrheit, Gesellschafts- und Menschenbild wie auch politisch-ideologische Herleitungen in die Analyse einbezogen werden. Hier werden die Überlegungen Adornos zu politisch-ideologischen Aussagen zu Rate gezogen.⁸⁶ Er beschreibt ideologische Schemata, in denen Politik und Wirtschaft verstanden und beschrieben werden, etwa pseudokonservative und -demokratische Selbstpositionierung, Ticket-Denken und Personalisierung wie die Einbildung der Usurpation politischer Macht. Ebenfalls wird auf die Überlegungen zur antidemokratischen Charakterzügen⁸⁷ und zur Typenbildung autoritärer Syndrome⁸⁸ eingegangen. Zwar sollen keine Aussagen über die psychische Struktur der Redner*innen oder Teilnehmenden getroffen werden. Jedoch lassen sich diese Analysen auf Ideologien, Erklärungsmuster und politische Ordnungsvorstellungen übertragen. Bei der Untersuchung politischer Reden hilft es außerdem, Analysen von Techniken politischer Agitator*innen zuziehen.⁸⁹ Sie beschreiben Welt- und Feindbilder, Verschwörungsdenken, demokratiefeindliche Propaganda und die Methoden, mit denen sich Agitator*innen soziales Unbehagen zunutze machen und die Desillusionierung befördern, ohne nach strukturellen Ursachen zu suchen und adäquate Lösungen vorzuschlagen. Dies dient der Einordnung und kritischen Analyse der Argumente. Fünftens folgt die *Gesamtinterpretation* des einzelnen Diskursfragments, die sich hier auf die für die Fragestellung relevanten Thesen beschränkt.

Zuletzt geht es um die „synoptische Interpretation“⁹⁰ der einzelnen Fragmente und eine Vermittlung zwischen Struktur- und Feinanalyse. Dabei ist es wichtig, auf Konstanten, Wiederholungen, Verschiebungen und Widersprüche zu achten. Hier soll der gesamte Diskurs analysiert werden, „da er in dieser Bandbreite auch auf das Bewusstsein einer ‚Gesellschaft‘ wirkt“,⁹¹ wobei der Diskurs nicht einfach übernommen wird, sondern das Individuum interpretiert, verändert, verkürzt oder ergänzt ihn. Hier ist zu zeigen, welches Verständnis von Volkssouveränität Tatjana Festerling und Lutz Bachmann vertreten und bei Pegida artikulieren und wofür sie breite Resonanz und Zustimmung erhalten. Dieses

⁸⁵ Siehe zusammenfassend Wodak u. a., *Wir sind alle unschuldige Täter*, 352–59; sowie Jägers angewandte Analyse, vgl. Jäger, *BrandSätze / Rassismus im Alltag*, 242–78.

⁸⁶ Vgl. Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“.

⁸⁷ Vgl. R. Nevitt Sanford u. a., „Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur“, in *Studien zum autoritären Charakter* (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013), 37–104.

⁸⁸ Vgl. Theodor W. Adorno, „Typen und Syndrome“, in *Studien zum autoritären Charakter* (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013), 303–59.

⁸⁹ Vgl. Löwenthal und Guterman, „Lügenpropheten“.

⁹⁰ Bartel, Ullrich, und Ehrlich, „Kritische Diskursanalyse“, 68.

⁹¹ Jäger, *Kritische Diskursanalyse*, 194.

Verständnis von Volk und Volkssouveränität wird dabei in Zusammenhang mit den verschiedenen Unterthemen gestellt und abschließend diskutiert (5.). Erklärungsversuche, die sich aus den ideologiekritischen Ansätzen ergeben, werden im Ausblick (6.) aufgegriffen.

3. Was heißt Volkssouveränität?

Der Begriff der Volkssouveränität ist zentral für die moderne politische Ideengeschichte wie auch für das Selbstverständnis demokratischer Nationalstaaten. Denn es liegt in der Idee der Volkssouveränität begründet, dass die „verfassungsgebende Gewalt [als ...] die Wahrheit der modernen Demokratie“⁹² gilt. Dennoch ist Volkssouveränität heftig umstritten und kritisiert: als anachronistisch in Zeiten globaler Interdependenz und kosmopolitischer Wertevorstellungen, als hierarchische Gewalt des Faktischen außerhalb des Rechts und somit als Gefahr für universale Menschenrechte.⁹³ Advokat*innen der Volkssouveränität versuchen demgegenüber, das Spannungsverhältnis zu den Menschenrechten in unterschiedlicher Weise aufzulösen.⁹⁴

Dem liegen letztendlich unterschiedliche Konzeptionen von Volkssouveränität zugrunde. Eine erste, grobe Unterscheidung trifft der politische Theoretiker Andreas Kalyvas zwischen den grundlegenden Kritiker*innen von Volkssouveränität und jenen, die das Konzept in demokratischer Absicht verteidigen wollen: Volkssouveränität kann einerseits verstanden werden als höchste Befehlsgewalt im Sinne Jean Bodins, die vom absolutistischen Herrscher auf das Volk übertragen worden sei. Das Volk als Souverän verschmilzt zu einer Einheit, die die Eigenschaften des Monarchen übernimmt.⁹⁵ Volkssouveränität bezeichnet hier eine absolute Gewalt, die eine Beziehung von Befehl und Gehorsam ausdrückt und daher reguliert und begrenzt oder gar aufgehoben werden muss. Andererseits kann unter *Volkssouveränität* eine gänzlich andere Form der politischen Macht verstanden werden, die keine Übertragung der absolutistischen Souveränität ist, sondern ein Gegenkonzept zu dieser: Volkssouveränität als konstituierende Gewalt, als eine gemeinsame Macht eines Volkes, sich eine politische Form zu geben, ein Gemeinwesen zu konstituieren, sich eine Verfassung und Gesetze zu geben.⁹⁶ Volkssouveränität dient so dem Widerstand gegen absolute Souveränität (siehe 2.1).

⁹² Andreas Kalyvas, „Constituent Power“, *Political Concepts. A Critical Lexicon*, 2013, 1, <http://www.politicalconcepts.org/constituentpower/>.

⁹³ Vgl. Andreas Kalyvas, „Popular Sovereignty, Democracy, and the Constituent Power“, *Constellations: An International Journal of Critical & Democratic Theory* 12, Nr. 2 (Juni 2005): 223ff., doi:10.1111/j.1351-0487.2005.00413.x.

⁹⁴ Vgl. Martin Loughlin und Neil Walker, „Introduction“, in *The Paradox of Constitutionalism / Constituent Power and Constitutional Form*, hg. von dens. (Oxford: Oxford University Press, 2007), 1–8.

⁹⁵ Vgl. Andreas Kalyvas, *Democracy and the Politics of the Extraordinary / Max Weber, Carl Schmitt, and Hannah Arendt* (Cambridge, New York: Cambridge University Press, 2008), 210–22.

⁹⁶ Zur Betonung der Differenz zwischen monarchischer und Volkssouveränität vgl. Kalyvas, „Popular Sovereignty, Democracy, and the Constituent Power“; Kalyvas, „Constituent Power“; vgl. auch Ingeborg Maus, *Über Volkssouveränität / Elemente einer Demokratietheorie*, 1. Aufl., Orig.-Ausg. (Suhrkamp, 2011); sowie Hauke Brunkhorst, *Demokratie und Differenz / Vom klassischen zum modernen Begriff des Politischen* (Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1994), 199–204.

Auch als verfassungsgebende Gewalt steht Volkssouveränität in einem für das moderne politische Denken zentralen Spannungsverhältnis mit der institutionellen Ordnung, Menschenrechten und verfasster Gewalt.⁹⁷ Dieses Spannungsverhältnis wird wiederum unterschiedlich gewichtet und behoben, wovon sich Unterscheidungskategorien für das Verständnis von Volkssouveränität ableiten lassen. Loughlin und Walker⁹⁸ unterscheiden erstens die *These juridischer Einhegung*, die liberale Sichtweise, laut der die Verfassung der Macht des Volkes Grenzen setzen muss, das Recht also über der Politik steht. Zweitens gehen Ansätze der *radikalen Souveränität* davon aus, dass das Volk die Souveränität über das von ihm konstituierte Gemeinwesen behält. Revolution oder Neugründung sind immer möglich und der Wille des Souveräns ist ungebunden. Der erste Ansatz bleibt also skeptisch gegenüber der Volkssouveränität und verlangt deren rechtliche Begrenzung; der zweite räumt ihr das Primat ein, vor und über dem Recht zu stehen. Eine Neukonstituierung darf nicht durch die Bindung an eine Verfassung verunmöglicht werden. Der dritten These zufolge besteht ein produktives Spannungsverhältnis: Die *These der Gleichursprünglichkeit und wechselseitigen Artikulation* geht von einer wechselseitigen Bedingtheit von Volkssouveränität und Menschenrechten aus, die daher nicht einseitig zu privilegieren sind, wobei die meisten Theoretiker*innen letztendlich zu einer Seite tendieren.⁹⁹ Ein vierter *Unauflösbarkeitsansatz* beschreibt konstituierende Gewalt als permanent vorhanden, ausgeübt innerhalb und gegen die konstituierte Ordnung.¹⁰⁰

Eine weitere Möglichkeit Konzeptionen von Volkssouveränität zu kategorisieren steht mit diesem Spannungsverhältnis im Zusammenhang, ist aber nicht deckungsgleich. Es ist die Unterscheidung zwischen *konkretistischen* und *prozessualen* Vorstellungen der Volkssouveränität.¹⁰¹ Jürgen Habermas führte den Begriff „Volkssouveränität als Verfahren“ ein, in Abgrenzung zur Rousseauschen Konzeption und besonders deren jakobinischer Adaption,

⁹⁷ Vgl. Robin Celikates, „Die Demokratisierung der Demokratie / Etienne Balibar über die Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht“, in *Das Politische Denken / Zeitgenössische Positionen*, hg. von Ulrich Bröckling und Robert Feustel (Bielefeld: Transcript, 2010), 60ff., <http://www.academia.edu/download/30278752/celikates-balibar-transcript-final.pdf>.

⁹⁸ Vgl. Loughlin und Walker, „Introduction“; die drei ersten Formen bilden schon bei Habermas These, Antithese und Synthese, vgl. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung / Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 5. Aufl. (Suhrkamp, 1997), 109–65.

⁹⁹ Vgl. Kalyvas, „Popular Sovereignty, Democracy, and the Constituent Power“, 225; Celikates, „Die Demokratisierung der Demokratie“, 63.

¹⁰⁰ Vgl. Loughlin und Walker, „Introduction“, 6f. Dazu zählen etwa Walter Benjamins, Michel Foucaults oder Giorgio Agambens Ansätze. Sie werden hier ausgeblendet, weil sie wenig mit der Debatte um Volkssouveränität in der BRD sowie bei Pegida gemein haben. In der politischen Debatte wird eben in der Regel um die Priorität von verfassungsgebender Gewalt und verfasster Gewalt gerungen. Dieser vierte Ansatz reflektiert diese Debatten theoretisch, indem er die Möglichkeit der Trennung der beiden zurückweist.

¹⁰¹ Vgl. Jürgen Habermas, „Volkssouveränität als Verfahren“, in *Faktizität und Geltung / Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 5. Aufl. (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1997), 600–631.

die er als konkretistisch interpretiert: Der Gesellschaftsvertrag als Ausdruck des souveränen Volkswillens transformiere die Individuen zu Citoyens als „Glieder eines kollektiven Körpers“, der einheitlich, als Gemeinwillen, und notwendig rational Gesetze erlässt.¹⁰² Stattdessen konzipiert Habermas Volkssouveränität als Prozess der diskursiven Willensbildung: Das Volk wird nicht als Einheit, sondern als plurales, weil „vielstimmig diskutierende[s] [...] [Staatsbürgerpublikum]“¹⁰³ gesehen, dass durch Diskussion, also durch Sprechen und Aushandeln, zu einer Entscheidung kommen soll. Gemäß eines prozessualen Verständnisses ist die Vernunft und Gültigkeit einer Entscheidung daran zu bemessen, dass sie sich im Diskurs gegenüber anderen durchgesetzt hat, wobei sie nie als absolut vernünftig gilt, sondern die *Vermutung* der Vernunft gewinnt.¹⁰⁴ Ein konkretistischer Begriff liegt dann vor, wenn es keiner Aushandlung des Gemeinwillens bedarf, weil ohnehin alle das Gleiche wollen müssen. Ob die Vorstellung von Volkssouveränität konkretistisch oder prozessual ist, hängt demnach wesentlich damit zusammen, ob das Volk *individualistisch-plural* oder *kollektivistisch-homogen* verstanden wird: Individuelle Staatsbürger*innen müssen zur Willensbildung diskutieren, ein homogenes Volk, als Kollektivsubjekt begriffen, kann einen einheitlichen Willen unvermittelt äußern. Es geht also um das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft und Konzeptionen der Gemeinschaft bzw. des Volkes.¹⁰⁵

Diese Konzeptionen tendieren zu bestimmten der oben dargestellten Lösungsversuche und Priorisierungen im Spannungsverhältnis von konstitutiver und konstituierter Macht: Die konkretistische Lesart tendiert einerseits zur radikalen Souveränität,¹⁰⁶ in der die souveräne Willensentscheidung absolut gedacht wird und jeder Rechtsetzung vorweg geht. Hier werden Menschenrecht und Rechtsstaatlichkeit als Grenze eines eindeutigen Volkswillens kritisiert (Carl Schmitt). Andererseits fordern konkretistische Interpretation juristische Einhegung. Aus demselben Verständnis von Volkssouveränität ziehen sie gegenteilige Schlüsse,

¹⁰² Ebd., 610ff.

¹⁰³ Ebd., 615.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., 614.

¹⁰⁵ Vermeintlich ist klar, dass dabei der Volkbegriff die unabhängige Variable ist und Volkssouveränität die abhängige. Davon gehe ich hier nicht aus. So hat Bernard Yack gezeigt, dass die Vorstellung von Volkssouveränität ihrerseits das Verständnis von Volk und Nation nachhaltig verändert hat, vgl. „Popular Sovereignty and Nationalism“, *Political Theory* 29, Nr. 4 (August 2001): 517–36. Weil diese Arbeit sich mit dem Konzept Volkssouveränität beschäftigt, wird dieses priorisiert, ohne dabei eine einseitige Konsekutivität zu behaupten.

¹⁰⁶ Das geht nicht notwendigerweise mit einem homogen-kollektivistischen Volksbegriff einher, etwa geht auch Antonio Negri von einem beständigen revolutionären Potential der konstituierenden Gewalt aus, legt dieser jedoch kein einheitliches Volk zugrunde, sondern eine ständig wechselnde differenzierte Multitude, vgl. Antonio Negri, *Insurgencies / Constituent Power and the Modern State*, Bd. 15 (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999), Vgl.; siehe auch Paolo Carrozza, „Constitutionalism’s Post-Modern Opening“, in *The Paradox of Constitutionalism / Constituent Power and Constitutional Form*, hg. von Martin Loughlin und Neil Walker, 1. publ. (Oxford: Oxford University Press, 2007), 169–87.

um die Gefahren eines absoluten Volkswillens zu bannen, Souveränität in institutionelle Gefüge einzugliedern und andere Legitimationsformen zu finden (Peter Kielmansegg). Dieses Verständnis von Volkssouveränität ist nicht immer abgrenzbar von Vorstellungen willkürlicher, absoluter Souveränität, die auf Hierarchie und Zwang basiert. Denker*innen, die Volkssouveränität als Prozess verstehen, betonen deren wechselseitige Bedingtheit mit den Menschenrechten. Diese seien eine Voraussetzung demokratischer Entscheidungsprozesse, die ihrerseits Verfassung und Menschenrechte erst begründen können, sollen letztere nicht als unhistorische Naturrechte verstanden bleiben (Jürgen Habermas, Ingeborg Maus). Im folgenden soll der Rousseausche Begriff von Volkssouveränität zum Ausgangspunkt genommen werden (3.2), um die verschiedenen Lesarten aufzuzeigen (3.3), die in Adaption und kritischer Auseinandersetzung mit Rousseau verbunden sind. Um die Begriffe für die Analyse fruchtbar zu machen, sollen nicht die Theorien in ihrer Gänze wiederholt werden, sondern zentral auf die Begriffe „Volk“ und „Volkssouveränität“ hin dargelegt werden sowie in deren Verhältnis zur institutionellen Ordnung, wobei Menschenrechte, Staat und volkssouveräne Institutionen je unterschiedlich stark gewichtet werden. Zuvor soll die Vorgeschichte der modernen Volkssouveränität dargestellt werden, um den Begriff ideengeschichtlich einordnen zu können: Volkssouveränität wurde als politischer Kampfbegriff gegen den absolutistischen Staat populär gemacht. Sie hatte damit zu Anbeginn eine herrschaftskritische Funktion.

3.1 Monarchomachische Volkssouveränität: Widerstand gegen Tyrannei

Kalyvas, dessen Darstellungen diese Arbeit hier folgt, rekonstruiert die Geschichte der Volkssouveränität nicht als Übertragung monarchischer Befehlsgewalt auf das Volk,¹⁰⁷ sondern als Gegenbegriff zum Absolutismus, formuliert in der Zeit zwischen dem späten Mittelalter und der Frühmoderne als „power to constitute“¹⁰⁸. Volkssouveränität verstan-

¹⁰⁷ Souveränität als unbeschränkte Macht eines Herrschers lässt sich laut Kalyvas zuerst im Römischen Kaiserreich als „absolute Gewalt des kaiserlichen Befehls“ (Kalyvas, „Popular Sovereignty, Democracy, and the Constituent Power“, 224) entdecken, und überlebte im Heiligen Römischen Reich. Jean Bodin als Begründer der modernen Theorie von Souveränität und Advokat des Absolutismus formulierte Souveränität als absolute, unbegrenzte Zwangs- und Befehlsgewalt des Herrschers gegenüber den Untertanen. Seitdem wird Souveränität als statisches, hierarchisches und etatistisches Konzept verstanden, vgl. Kalyvas, „Constituent Power“, 224; Hannah Arendt weist darauf hin, dass sich das moderne Souveränitätskonzept aus der judeo-christlichen Vorstellung eines allmächtigen Schöpfers speist, der nur zu wollen braucht, um ein Gesetz zu erlassen, der aus dem Nichts heraus schöpfen kann. Der Wille des Herrschers ist Gesetz, lässt sich dieses Verständnis auf den Punkt bringen, vgl. Hannah Arendt, *On Revolution* (New York: Viking Press, 1969), 183; Das pure menschliche Wollen ist jedoch mit Freiheit gerade nicht gleichzusetzen, vgl. Hannah Arendt, „What is Freedom?“, in *Between Past and Future / Six Exercises in Political Thought* (New York: Viking Press, 1961), 162.

¹⁰⁸ Kalyvas, „Constituent Power“. Das Wort „konstituieren“ weist bereits etymologisch auf diese Auslegung von Volkssouveränität hin: gemeinsam etwas errichten. Schon in der Römischen Republik habe consituere

den als verfassungsgebende Gewalt bedeutet, dass sich ein Volk als freier Zusammenschluss gemeinsam eine politische Form, eine Verfassung gibt. Das Konzept beschreibt also einen Akt der Selbstgesetzgebung und ist ein Vorläufer des modernen Kontraktualismus und Demokratieverständnisses. Die Monarchomachen verwendeten den Begriff im 16. Jahrhundert, um Widerstand gegen absolutistische Herrschaft zu legitimieren und dieser Herrschaft Grenzen zu setzen.¹⁰⁹ Konkret kämpften diese calvinistischen Denker für die Religionsfreiheit von Protestanten im katholischen französischen Staat und reagierten auf Unterdrückung und Massaker an Hugenotten wie in der Bartholomäusnacht im Jahr 1572. Mit dem Konzept der Volkssouveränität als Suprematie des Volkes gegenüber den Herrschenden und der konstituierten Ordnung begründeten die Monarchomachen das Recht auf Ungehorsam, gewaltsamen Widerstand und Mord eines Tyrannen, also eines illegitimen Herrschers.

Herrschaft gilt den Monarchomachen dann als tyrannisch, wenn sie usurpiert wurde oder wenn sie entgegen der Gesetze und Verträge ausgeübt wird, entgegen dem, was als „recht und billig“¹¹⁰ gilt. Der Tyrann wird beschrieben als Lügner, der sich habgierig bereichert, sich vor dem eigenen Volk verbarrikadiert hält, und nicht zuletzt als jemand, der die Öffentlichkeit scheut.¹¹¹ Während ein König zum Wohl des Volkes regiert, herrscht ein Tyrann zu seinem privaten Wohl: Er macht sich des Verrats schuldig und ist daher ein „Feind des Volkes“¹¹². Wenn ein Tyrann die Herrschaft usurpiert, sind alle Bürger zum Wider-

einen explizit weltlichen (nicht-religiösen) Bezug gehabt, einen Bezug zu pluralen, öffentlichen Akteuren sowie zu politischen Transformationen und Akten von Gründung, bevor seine Bedeutung im Römischen Reich zum Dekret des Kaisers transformiert wurde, vgl. ebd. 2.

¹⁰⁹ Schon in den mittelalterlichen Machtkämpfen zwischen Papst und Kaiser hatte Marsilius von Padua das Konzept aufgebracht. Die Multitude sollte das Recht haben, ihre Herrscher zu autorisieren und die Form ihre Regierung zu bestimmen. Marsilius von Padua schafft so eine politische Innovation, denn „he brings together the legislator, the sovereign, and the multitude in the new form of a collective power of the many to constitute their political world.“ (ebd., 5) Die Macht der Multitude geht der Regierung (der verfassten Gewalt) zeitlich wie ontologisch voraus und ist ihr außerdem normativ vorrangig. Die Menge hat somit als politisches Subjekt keine Vorbedingung, weder die Herrschenden noch den Staat, die ihrerseits jedoch der Menge bedürfen. Grundzüge der Ideen des modernen Begriffs von Volkssouveränität sind bei Marsilius von Padua bereits vorhanden. Zentral ist die Vorstellung einer logischen und normativen Vorrangigkeit des Volkes vor der politischen Ordnung. Das Volk als Multitude bezeichnet die nicht-Herrschenden in ihrer pluralen Existenz. Das Volk schafft die politische Ordnung weniger in einem singulären politischen Akt als durch dauerhafte soziale Tätigkeit. Die konstituierte Ordnung ist noch nicht an Menschenrechte oder Verfassung gebunden, wenn auch an den guten Zweck, und das Volk kann auf diese Weise auch eine monarchische oder religiöse Herrschaft begründen.

¹¹⁰ Stefan Junius Brutus the Celt, *Vindiciae Contra Tyrannos / or, concerning the legitimate power of a prince over the people, and of the people over a prince*, hg. von George Garnett (Cambridge, New York: Cambridge University Press, 1994), 140.

¹¹¹ Vgl. ebd., 143–46.

¹¹² Ebd., 155; In den Schriften zu Volkssouveränität und Tyrannenmord findet sich das Verständnis von Tyrannie aus der griechischen Antike wieder: Tyrannische Herrschaft wird interpretiert als eine Form despotischer Herrschaft, die eigentlich dem Oikos, also dem privaten Raum zugehörig ist, und dort auch als legitim gilt. Das Eindringen einer privaten, weil eigennütigen und nicht normierten, Form von Herrschaft in den öffentlichen Raum wird hingegen als illegitim gesehen und daher mit dem Begriff der Tyrannie belegt, siehe etwa Aristoteles, *Politik / Schriften zur Staatstheorie*, hg. von Franz Ferdinand Schwarz (Stuttgart: Reclam,

stand verpflichtet. Gleichgültigkeit angesichts illegitimer Machtergreifung gilt dem monarchomachischen Autor Junius Brutus als Verrat.¹¹³

Die Monarchomachen begriffen die politische Ordnung explizit als konstituiert. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Multitude ohne Regierung in einen Naturzustand ohne Sicherheit zurückfallen würde.¹¹⁴ Gemäß Junius Brutus soll die politische Verfassung allerdings besondere Stetigkeit gewährleisten. Der König wird konstituiert, um für Wohlergehen und Gerechtigkeit aller zu sorgen.¹¹⁵ Während das Volk also für sich allein bestehen kann, kann der Fürst nur durch das Volk existieren: „For such is the force of the word: one who is constituted by another is held to be lesser; and one who receives his authority from another is inferior to his appointer“.¹¹⁶ Junius Brutus führt hier eine Form der Repräsentation ein, der König wird als Diener des Volkes beschrieben, die konstituierte Gewalt als abhängig von der konstituierenden und daher niedriger als diese. Weil monarchische Herrschaft erst durch das Volk errichtet wird, ist sie zweckgebunden und somit begrenzt. Wird die Herrschaft illegitim, gilt ihre Ausübung als Verrat und Widerstand als legitim. Volkssouveränität als konstituierende Gewalt begründet so das Recht auf Widerstand. In diesem Sinne greift Junius Brutus dem modernen Kontraktualismus vor: Der Tyrann als schlechter König bricht den Vertrag mit dem Volk.¹¹⁷ In dieser Lesart setzt die ‚Verfassung‘ (also die vom Volk vertraglich verfasste Herrschaftsform) nicht der Macht des Volkes Grenzen, wie es später der liberale Konstitutionalismus interpretiert, sondern der verfassten Regierung gegenüber dem Volk. Kalyvas sieht hierin bereits erste Vorstellungen des „limited government“: Der Tyrannenmord ist eine Antwort auf Willkür und zu umfassende Herrschaftsansprüche, die Volkssouveränität fungiert als extra-konstitutionelle Kontrolle der Regierung.¹¹⁸ Volkssouveränität impliziert das Recht, nur zu einem legitimen Zweck und innerhalb bestimmter Schranken regiert zu werden.

Basierend auf den Schriften der Monarchomachen schrieb Johannes Althusius eine Staatstheorie. Er reagierte damit auf die fortlaufende Legitimation absolutistischer Herrschafts-

2007), Abs. 1287b–1288a, 1297b; Plato definierte den Tyrannen als Menschen, der sich nur mit Schmeichlern umgibt, gegen das Gesetz verstößt, die Stadt unterwirft und in Gefahr bringt, vgl. Plato, *Republic*, hg. von Chris Emlyn-Jones und William Preddy, Loeb Classical Library (Cambridge: Harvard University Press, o. J.), Z. 9.579a; 9.578c.

¹¹³ Vgl. Junius Brutus, *Vindiciae Contra Tyrannos*, 150.

¹¹⁴ Vgl. ebd., 71.

¹¹⁵ Vgl. ebd., 93f., 96.

¹¹⁶ Ebd., 74.

¹¹⁷ Vgl. ebd., 158.

¹¹⁸ Vgl. für diesen Absatz Kalyvas, „Constituent Power“, 6f.

ansprüche, nämlich auf die Theorie Jean Bodins.¹¹⁹ Volkssouveränität begründete nun eine politische Ordnung gegen den absolutistischen Staat. Souveränität gilt Althusius als höchste Gewalt, die politische Form der universellen Assoziation zu konstituieren. Diese Souveränität liegt bei allen Mitgliedern des Commonwealth und niemals bei einzelnen, ist also unteilbar und unveräußerlich.¹²⁰ Der Körper des Commonwealth würde zugrunde gehen, wenn ihm sein souveränes Recht genommen würde. Dem König oder Fürst wird nur die Verwaltung der Souveränität anvertraut, sie verbleibt beim Volk,¹²¹ das die Regierung (den Fürsten) konstituiert und ihm daher auch seine Autorität aberkennen und ihn vertreiben kann.¹²² Dem Volk kommt des Weiteren das Recht zu, die politische Körperschaft im Falle des Tods des Fürsten zu verändern und sich einen neuen Regenten zu wählen.¹²³ Im Falle tyrannischer Herrschaft gilt der Vertrag ohnehin als nichtig und das Volk kann sich eine neue politische Form geben.¹²⁴ Das Volk kann die Verfassung also nicht einseitig auflösen, sondern bleibt dabei an das Verhalten bzw. den Tod des Regierenden gebunden. Volkssouveränität wird nicht absolut verstanden: Das Volk ist souverän, wenn es sich eine politische Form gibt, dann jedoch an seinen Vertrag gebunden und als Untertanen bestimmt. Althusius begründet keine demokratische Herrschaftsform, sondern überträgt die Regierungsgewalt per Vertrag dem König bzw. den Magistraten. Das Widerstandsrecht existiert nur im Bezug zu Tyrannei.

Volkssouveränität als konstituierende Gewalt und Legitimation von Widerstand fand Eingang in zahlreiche politische Debatten, etwa wurde sie von den englischen Radikalen und den Diggers adaptiert. Sie prägte das moderne politische Denken nicht zuletzt durch John Lockes Staatstheorie.¹²⁵ Locke modernisiert die Theorie, indem er das Individuum zum Subjekt des Gesellschaftsvertrages macht und individuelle Rechte und Freiheiten auch im und gegenüber dem Staat begründet. Staatliche Herrschaft wird an natürliche individuelle Rechte gebunden. Auch eine demokratische Gestaltung der konstituierten Ordnung wird nun aus dem Prinzip Volkssouveränität und natürlichen Rechten abgeleitet. Erst Jean-

¹¹⁹ Althusius grenzt sich hier explizit vom Bodinschen Souveränitätsverständnis ab, siehe etwa Johannes Althusius, *The Politics of Johannes Althusius*, übers. von Frederick S. Carney (Boston: Beacon Press, 1964), 66ff.

¹²⁰ Vgl. ebd., 65f., „The power of the realm [...] is always one power and never many“. Althusius geht als ständischer Denker noch nicht vom modernen Individuum aus, sondern von kleineren Kollektiven, was wiederum seinen Föderalismus begründet. Im Gegensatz zu zentralistischen Einheitsvorstellungen bleiben in der ständischen Assoziation die Vielheiten innerhalb der Einheit bestehen, vgl. Thomas O. Hüglin, *Sozietales Föderalismus / die politische Theorie des Johannes Althusius* (Berlin, New York: de Gruyter, 1991).

¹²¹ Vgl. Althusius, *The Politics of Johannes Althusius*, 10.

¹²² Vgl. ebd., 67f.

¹²³ Vgl. ebd., 123f.

¹²⁴ Vgl. ebd., 129.

¹²⁵ Vgl. Kalyvas, „Constituent Power“, 8.

Jacques Rousseau unternimmt den Versuch, Volkssouveränität und Menschenrechte wechselseitig aneinander zu binden und nicht als verschiedenartige Prinzipien herzuleiten.¹²⁶

3.2 Jean-Jacques Rousseau: Volkssouveränität als kollektive Autonomie

Jean-Jacques Rousseaus Begriff von Volkssouveränität, seine Konzeption von Volk und deren Verhältnis zu Staat und Menschenrechten dienen der Klärung des modernen Verständnisses von Volkssouveränität. An der und ausgehend von der Interpretation Rousseaus entfaltet sich eine kontroverse und bis heute andauernde Diskussion in der politischen Theorie,¹²⁷ anhand derer sich im Anschluss die konkretistische und prozessuale Konzeption vertiefen lassen. Rousseaus *Gesellschaftsvertrag* dient der Begründung politischer Autonomie gegen Heteronomie. Denn der Gesellschaftsvertrag entsteht aus der konsensualen Zustimmung aller Individuen aus ihrer ursprünglichen Freiheit,¹²⁸ das heißt aus ihrer individuellen Autonomie heraus. Mit diesem Gesellschaftsvertrag entsteht ein Volk, das zur Selbstgesetzgebung fähig ist, es kann den bürgerlichen Akt vollbringen, eine politische Körperschaft zu konstituieren und Gesetze zu erlassen.¹²⁹ Die Volkssouveränität ist eine Form der kollektiven Autonomie, deren Zweck und Begründung die individuelle Autonomie ist: In der Republik sollen alle Mitglieder „sich selbst [gehörchen] und frei bleiben wie zuvor“.¹³⁰ Der Souverän ist die politische Körperschaft, die durch den Gesellschaftsvertrag aus den einzelnen Individuen entsteht,¹³¹ ihre Souveränität besteht in der „Ausübung des Gemeinwillens“¹³² durch das Erlassen allgemeiner Gesetze.¹³³ Die Frage, ob diese Volkssouveränität konkretistisch oder prozessual zu verstehen ist, wird widersprüchlich beantwortet, weil der Gemeinwille als ihre Ausdrucksform Elemente von beidem enthält. Die zentralen Fragen sind, wie der Gemeinwille zustande kommt und ob er inhaltlich oder formell bestimmt ist.

¹²⁶ Dies unterscheidet ihn von der liberalen Auffassung, nach der individuelle Rechte und kollektive Selbstbestimmung unterschiedliche Prinzipien seien, vgl. Habermas, *Faktizität und Geltung*, 130ff; vgl. für die Unterscheidung Locke-Rousseau auch Peter Kielmansegg, *Volkssouveränität / eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität* (Stuttgart: Klett, 1977), 147ff.

¹²⁷ Etwa konzentriert sich Kielmanseggs grundlegende Kritik der Volkssouveränität auf Rousseau als deren „geistige[n] Vater“, Kielmansegg, *Volkssouveränität*, 243; Maus erklärt diesen Fokus auf Rousseau durch die Rezeption der falschen Interpretation Rousseaus durch Carl Schmitt, durch die Rousseau als Vordenker totalitärer Souveränitätstheorie missverstanden worden sei, sh. Maus, *Über Volkssouveränität*, 115ff.

¹²⁸ Vgl. Jean-Jacques Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, hg. von Hans Brockard (Ditzingen: Reclam, 2008), 15.

¹²⁹ Ebd., 16.

¹³⁰ Ebd., 17.

¹³¹ Vgl. ebd., 20.

¹³² Ebd., 27.

¹³³ Die Volkssouveränität dient hier nicht mehr ausschließlich der (stummen) konsensualen Legitimierung von Herrschaft wie bei den Monarchomachen und noch bei John Locke, sondern bedeutet die konkrete Teilhabe an der politischen Herrschaft, vgl. Jürgen Behre, *Volkssouveränität und Demokratie / Zur Kritik staatszentrierter Demokratievorstellungen* (Hamburg: VSA-Verlag, 2004), 58, 64.

Einerseits ist der Gemeinwille mehrfach allgemein bestimmt: Er ist unteilbar, sodass alle Mitglieder des Souveräns an seiner Entstehung beteiligt sein bzw. ihm zustimmen müssen. Außerdem erlässt der Souverän nur allgemeine Gesetze. Demgegenüber kann ein partikulärer Wille auch nur Partikularentscheidungen treffen, also etwa Verordnungen.¹³⁴ Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Gewaltenteilung: Der Souverän übt die Legislativgewalt aus, die Regierung¹³⁵ die Exekutivgewalt. Die Trennung von Einrichtung und Ausführung des Rechts ist nötig um zu verhindern, dass das Gemeinwesen „ein Opfer jener Gewalt [wird], gegen die [es] eingerichtet worden ist.“¹³⁶ Als Teil des Souveräns können alle Bürger¹³⁷ allgemeine Gesetze für alle erlassen, nicht jedoch können Bürger Einzelpersonen etwas vorschreiben, was für sie nicht gilt.¹³⁸ Dies obliegt der Staatsgewalt, welcher der Einzelne als Untertan gehorchen muss, während er sie als Souverän überhaupt erst hervorbringt.¹³⁹ Das entspricht einer formellen Bestimmung des Gemeinwillens: Seine strikt allgemeine Form stellt sicher, dass niemand beim Prozess der Entscheidung oder dem Inhalt des Gesetzes nach diskriminiert werden kann.

Andererseits erscheint der Gemeinwille zuweilen inhaltlich als a priori feststehendes Gemeinwohl konzipiert. So habe er zum Beispiel immer recht, auch wenn das Volk sich darüber täuscht, was für ihn das Beste wäre.¹⁴⁰ Im schlimmsten Fall wird der Gemeinwille von den Bürgern verkannt und ihrem Sonderwillen untergeordnet, bleibt jedoch auch ohne ihre Zustimmung erhalten.¹⁴¹ In einem optimalen Gemeinwesen hingegen gibt es „keine verwickelten und widersprüchlichen Interessen, das Gemeinwohl ist immer offenbar“¹⁴². Hier erscheint der Gemeinwille eher als eine moralisch richtige Erkenntnis über das Leben der Gemeinschaft, in der alle derselben Meinung sind. Aus dieser Identität der Willen begründet Rousseau auch die Unbegrenztheit des Gemeinwillens: Der Wille des Souveräns kann dem Willen seiner Mitglieder nicht widersprechen, da er sich aus letzteren zusammensetzt.¹⁴³

¹³⁴ Vgl. Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, 28.

¹³⁵ Die Regierung kann die Form einer Monarchie, Aristokratie oder Demokratie haben, also sowohl bei einem Einzelnen als auch bei einer Körperschaft liegen, vgl. Ebd., B. 3.3-6. Eine demokratische Regierung (also demokratische Form der Exekutive) wäre zwar ideal, aber auch unbeständig und riskant, daher hält er sie für die Menschen als ungeeignet.

¹³⁶ Ebd., 106.

¹³⁷ Weil die vorgestellten Theorien alle mit dem (generischen) Maskulinum arbeiten, wird diese Form hier beibehalten. Beim Schreiben über konkrete Personen verwende ich weiterhin den Asterisk.

¹³⁸ Vgl. Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, 106.

¹³⁹ Vgl. ebd., 19.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., 30.

¹⁴¹ Vgl. ebd., 113; besonders stark gemacht wird diese scheinbare Unabhängigkeit des Gemeinwillens von seinen konkreten Trägern bei Kielmansegg, *Volkssouveränität*, 150ff.

¹⁴² Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, 112.

¹⁴³ Vgl. ebd., 20.

Diesen mehrdeutigen Bestimmungen des Gemeinwillens entsprechen widersprüchliche Bewertungen von Konflikt, Diskussion und Sonderwillen der Bürger. Einmal beschreibt Rousseau einen hypothetischen Zustand, in dem sich der Gemeinwille problemlos bilden würde, nämlich „[wenn] die Bürger keinerlei Verbindung untereinander hätten,“ würde bei einem aufgeklärten Volk „aus der großen Zahl der kleinen Unterschiede immer der Gemeinwille hervorgehen, und die Entscheidung wäre immer gut.“¹⁴⁴ Dieses Gedankenspiel ist widersprüchlich: Die Volkssouveränität scheint einerseits konkretistisch, da isolierte Individuen ohne Aushandlung spontan einen Gemeinwillen herausbilden, der automatisch die richtige Entscheidung sei. Auch wendet Rousseau sich gegen Parteien und partikulare Versammlungen, die einen Sonderwillen organisieren könnten. Diese würden die Einstimmigkeit der Versammlung stören, „lange Debatten“¹⁴⁵ und Streit verursachen. Er sieht keinen Gewinn in Vereinigungen und intermediären Versammlungen, die zur Meinungs- und Willensbildung ja erst dienen könnten. Nur wenn jeder Bürger seine ‚eigene‘ Meinung vertrete, entstehe daraus ein aufgeklärter Gemeinwille.¹⁴⁶ Der einzelne Bürger scheint einen unmittelbaren, ursprünglichen Willen zu haben, der keiner Aushandlung bedarf, sondern sich in der Versammlung automatisch mit anderen Sonderwillen zum Gemeinwillen aufhebt. Einstimmigkeit ohne Dissens bestimmen hier den idealen Zustand der Versammlung, alle Bürger teilen einen gemeinsamen Willen.

Gleichzeitig entsteht der Gemeinwille gerade aus den „kleinen Unterschieden“, also aus der Pluralität heraus; die Sonderwillen werden nicht zum Verschwinden gebracht, denn: „Wenn es keine unterschiedlichen Interessen gäbe, spürte man den Gemeinwillen [...] kaum: alles andere ginge von selbst, und die Politik hörte auf, eine Kunst zu sein.“¹⁴⁷ Auch bleibt das individuelle Recht auf Meinungsäußerung für den einzelnen Bürger immer erhalten.¹⁴⁸ Anstelle eines vollkommen vergemeinschafteten Bürgers beschreibt dies die Trennung des modernen Menschen in den egoistischen Bourgeois und in den gemeinwohl-orientierten Citoyen, der in der Lage ist, von seinen Privatinteressen zu abstrahieren.¹⁴⁹ Es besteht eine Spannung zwischen privatem und öffentlichem Individuum sowie dem Einzelnen und der Körperschaft. Zudem schränkt Rousseau die vollkommene Einigkeit der Willen ein: Einstimmigkeit kann sich nur in einem Zustand der Freiheit einstellen, da ansons-

¹⁴⁴ Ebd., 31.

¹⁴⁵ Ebd., 114.

¹⁴⁶ Vgl. ebd., 31f.

¹⁴⁷ Ebd., 31, Fußnote.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., 114.

¹⁴⁹ Vgl. dazu sowie zur anschließenden Marxschen Entfremdungskritik: Brunkhorst, *Demokratie und Differenz*, 192f.

ten die Abstimmungen zu „Beifallsbekundungen“¹⁵⁰ verkümmern. Außerdem kann der Gemeinwille durch einen Mehrheitsentscheid ermittelt werden, nur der Gesellschaftsvertrag bedarf konsensualer Zustimmung.¹⁵¹ Bürger, die im Mehrheitsentscheid unterliegen, müssen sodann ihren eigenen Willen als Sonderwillen gegenüber dem majoritären Gemeinwillen anerkennen.

Je nach Interpretation des Gemeinwillens wird auch Rousseaus Satz gedeutet, ein Individuum, das sich dem Gemeinwillen nicht beugt, könne vom Gesamtkörper „zur Freiheit“ gezwungen werden.¹⁵² Nach der prozeduralen Lesart bedeutet dies die Umsetzung geltenden Rechts, das zu unterlaufen die kollektive Selbstgesetzgebung infrage stellen würde. Die Körperschaft ist letztlich überlegen, weil sie das Individuum zur Einhaltung der Gesetze zwingen kann, an deren Entstehung der Bürger jedoch beteiligt sein muss. Nach der konkretistischen Lesart kann dies als totalitärer Zwang zu einem vorbestimmten Gemeinwohl gelesen werden, auch deswegen, weil die Mehrheitsentscheidung nicht als vorläufig gültig beschrieben ist, sondern als wahrer Ausdruck des Gemeinwillens. Einer prozeduralen Argumentation zufolge würde der Mehrheitsbeschluss nicht deswegen akzeptiert, weil der eigene Wille falsch liege, sondern aufgrund seines Zustandekommens nach konsensualen Verfahrensregeln.

Hier ließen sich bereits einige konkretistische und prozedurale Merkmale aufzeigen: Konkretistische Volkssouveränität heißt, dass ohne lange Aushandlung ein Gemeinwille entsteht oder besteht, der inhaltlich definiert ist. Alle wollen dasselbe und brauchen daher keine Diskussion. Prozedural-rechtlich bedeutet Volkssouveränität den Austausch unterschiedlicher Meinungen, die Beteiligung aller an der Gesetzgebung und das Diskriminierungsverbot der Gesetze. Der Gemeinwille wird anhand seiner Form und des Verfahrens seines Zustandekommens bestimmt. Im nächsten Kapitel (3.3) ist zu zeigen, wie Volkssouveränität ausgehend von der Bewertung Rousseaus für den modernen Flächenstaat konzipiert wird. Zuvor ist jedoch noch auf das Verhältnis der Volkssouveränität zur institutionellen Ordnung und auf den Volksbegriff von Rousseau einzugehen.

Es ist bereits deutlich geworden, dass die Volkssouveränität einen gewaltenteiligen Staat hervorbringen muss, um die Umsetzung der Gesetze zu garantieren und dabei dem Gebot der Allgemeinheit zu entsprechen. Der Souverän ist nicht der Staat, die Befehlsgewalt obliegt nicht dem Volk, sondern einer ernannten Exekutive. Diese Delegation der Macht des

¹⁵⁰ Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, 115.

¹⁵¹ Vgl. ebd., 114ff.

¹⁵² Vgl. ebd., 21.

Souveräns¹⁵³ bedeutet weder die Veräußerung der Souveränität noch ihre Repräsentation, denn das Legislativrecht bleibt beim Volk. Ein Volk, das sich Vertreter gibt, ist zum einen privatisiert, vor allem ist es unfrei und hört somit auf, Volk zu sein.¹⁵⁴ Mit der Regierung besteht dementsprechend kein Unterwerfungsvertrag.¹⁵⁵ Das Volk bleibt ihr gegenüber souverän, sodass es sie jederzeit ernennen oder absetzen und ihre Form verändern kann.¹⁵⁶ Das Volk sollte dies aus Gründen der Stabilität und Sicherheit nicht zu oft tun, aber rechtlich ist es unbeschränkt in dieser Entscheidung. Widerstand gegen die Regierung bleibt nicht – wie noch bei den Monarchomachen – an deren Missbrauch gebunden. Die Regierung darf allerdings nur vom ganzen Volk und nicht von Sonderwillen geändert werden. Regelmäßige Volksversammlungen dienen dazu, einem Missbrauch oder der Usurpation der Regierung vorzubeugen,¹⁵⁷ eine Gefahr, die dem Staat inhärent ist.¹⁵⁸ Die Volkssouveränität konstituiert die Regierungsgewalt, aber bleibt souverän über sie.

Die Frage nach dem Verhältnis zu Verfassung und Menschenrechten hängt wiederum von der Gesamtinterpretation ab. Die Souveränität des Volkes soll unbegrenzt sein, denn jede Beschränkung widerspräche ihrer Logik. Der Souverän kann sich weder selbst begrenzen, „für den Volkskörper“ kann es „keinerlei verpflichtendes Grundgesetz“ geben,¹⁵⁹ nicht einmal den Gesellschaftsvertrag, denn damit der Wille frei ist, kann er sich nicht für die Zukunft binden.¹⁶⁰ Noch kann und darf die Macht des Souveräns gegenüber den Einzelnen eingeschränkt werden, aus deren Willen er sich ohnehin konstituiert.¹⁶¹ Als Akt des Gemeinwillens findet die Souveränität jedoch in der Tat ihre Schranke im Partikularen: Sie darf keine besonderen Entscheidungen treffen und wenn das Volk solche besonderen Entscheidungen trifft, Rousseau nennt Wahlen für Ämter als Beispiel, handelt es sich nicht um einen souveränen Akt.¹⁶² Genauso wenig darf der Souverän mehr als notwendig in das Leben der Bürger eingreifen und dieser Eingriff muss rational begründet sein.¹⁶³ Dies kann als radikal-souverän gelesen werden: Der Souverän kann willkürlich entscheiden und ist dabei unbegrenzt, selbst durch ein Grundgesetz oder individuelle Rechte. Es kann aber

¹⁵³ Vgl. ebd., 27.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., 102–5.

¹⁵⁵ Hier widerspricht Rousseau Thomas Hobbes; auch bei den Monarchomachen besteht ein Vertrag zwischen Volk und Fürst.

¹⁵⁶ Vgl. Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, 109.

¹⁵⁷ Vgl. ebd., 110.

¹⁵⁸ Ebd., B. 3, Kap. 10.

¹⁵⁹ Vgl. ebd., 20.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., 28.

¹⁶¹ Vgl. ebd., 20.

¹⁶² Vgl. ebd., 33f.

¹⁶³ Vgl. ebd., 33, 37; gleichzeitig kann der Souverän, eben weil er dem Willen der Bürger entspricht, weitgehend auf ihr Leben zugreifen, vgl. dafür Daniel Loick, *Kritik der Souveränität* (Frankfurt/Main: Campus-Verlag, 2012), 104ff.

auch als wechselseitige Bedingtheit verstanden werden, denn der Souverän bleibt an die allgemeine Form seiner Entscheidungen gebunden, dann sind gleiche Teilhabe und Gleichheit vor dem Gesetz als Formprinzipien der Souveränität zu verstehen. In diesem Sinne wäre das Volk radikal-souverän gegenüber einem bestimmten Staat, kann aber immer nur dieselbe konstitutionelle Form, die Republik, hervorbringen.

Eine weitere Grenze der Volkssouveränität liegt in schweren Krisen: Die allgemeinen Gesetze sind nicht flexibel genug, um auf krisenhafte Gefahren für den Staat zu reagieren. Dann ist entweder die Macht der Regierung zu steigern, oder das Volk muss sogar „einen obersten Machthaber [ernennen], damit dieser alle Gesetze zum Schweigen bringt und für einen Augenblick die souveräne Gewalt außer Kraft setzt“¹⁶⁴. Das Volk suspendiert für die Zeit der Krise seine eigenen Gesetze und begrenzt sich selbst zugunsten eines Diktators,¹⁶⁵ der aber keine legislativen Rechte hat. Volkssouveränität ist also nicht die Antwort auf schwere Krisen und Gefahren für den Staat, sondern qua ihrer Form hinderlich für deren Überwindung.¹⁶⁶ Im Normalfall setzt Volkssouveränität dem Staat Grenzen, weil er nur ihre allgemeinen Gesetze exekutieren darf. Im Ausnahmefall jedoch ermächtigt ihn die Volkssouveränität über ihren gesetzförmigen Willen hinaus.

Das Volk ist bei Rousseau vor allem eine politische und rechtliche Gemeinschaft, jedoch hat sie kulturelle Voraussetzungen. Der Gesellschaftsvertrag ist der Akt, „durch welchen ein Volk zum Volk wird.“¹⁶⁷ Es existiert zwar vor der Regierung, welche es in einem zweiten Schritt erst konstituiert, doch es hat eine rechtliche Begründung, nämlich eine vertragliche Übereinkunft. Dieser konsensuale Gesellschaftsvertrag begründet eine Republik, in der die Mitglieder die bürgerlichen Freiheiten gewinnen, sich jedoch ihrer natürlichen Rechte und Freiheiten entäußern. Bei Verletzung des Gesellschaftsvertrages gewinnen sie diese wieder. Das Volk entsteht und endet also mit seiner politischen Form. Auch wenn es seine Freiheit verliert, durch Eroberung oder weil es sich Repräsentanten gibt, hört es auf zu existieren.¹⁶⁸ Ein Volk ist also an die Ausübung der Souveränität, an politische Akte, an das Erlassen von Gesetzen und Versammlung gebunden.

Durch den Gesellschaftsvertrag entsteht also ein Volk, ein Körper bzw. eine „Gesamtkörperschaft“, die durch die Übereinkunft „ihre Einheit, ihr gemeinschaftliches Ich, ihr Leben

¹⁶⁴ Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, 135.

¹⁶⁵ Die Institution eines Diktators für Krisenzeiten entspringt der römisch-republikanischen Ordnung und findet sich bei vielen republikanischen Denker*innen, vgl. Andreas Kalyvas, „The Tyranny of Dictatorship / When the Greek Tyrant Met the Roman Dictator“, *Political Theory* 35, Nr. 4 (2007): 416.

¹⁶⁶ Vgl. auch Andreas Kalyvas, „The Sublime Dignity of the Dictator / Republicanism and the Return of Dictatorship in Political Modernity“, in *African, American and European Trajectories of Modernity / Past Oppression, Future Justice?*, hg. von Peter Wagner (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2015), 93ff.

¹⁶⁷ Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, 16.

¹⁶⁸ Vgl. ebd., 102–5.

und ihren Willen erhält.“¹⁶⁹ Wer dem ursprünglichen Vertrag nicht zustimmt, bleibt ein Fremder unter den Bürgern, wird nicht Teil des Volkes.¹⁷⁰ Rousseau beschreibt das Volk wesentlich mit vereinheitlichenden Begriffen, jedoch steht ihnen direkt ein Verweis auf die einzelnen Mitglieder gegenüber, den „Gliedern“, „Stimmen“ der Versammlung, die souveräne „Bürger“ und gleichzeitig „Untertanen“ ihrer eigenen Gesetze sind.¹⁷¹ Die Spannung zwischen Individuum und Kollektiv besteht auch im Volksbegriff.

Ein Volk kann dabei von unterschiedlicher Qualität sein. Idealerweise hat es eine entsprechende ökonomische Basis, es sollte unabhängig, autark und eher klein sein, die ökonomische Ungleichheit innerhalb des Volks darf nicht zu groß sein. Das Volk sollte zudem durch gemeinsamen Ursprung, Interesse oder Konsens miteinander verbunden sein.¹⁷² Zuletzt sollte das Volk guten Charakters und guter Sitten sein.¹⁷³ Diese Qualitäten weisen also auf ein großes Maß an Homogenität hin, wobei einschränkend zu sagen ist, dass Rousseau von Stadtstaaten ausgeht und nicht von völliger Gleichheit spricht, sondern meist von nicht zu großer Ungleichheit.¹⁷⁴ Dennoch stellt Rousseau bei seiner Beschreibung die Gemeinsamkeiten und nicht die Verschiedenheit der Bürger heraus.

3.3 Von Rousseau zur Diskussion der Volkssouveränität

Die Debatte um die korrekte Auslegung Rousseaus spiegelt die Diskussionen um die richtige Konzeption von Volkssouveränität und um die Lösung des Spannungsverhältnisses zwischen letzterer und der institutionellen Ordnung wider. So lesen ihn einige politische Theoretiker*innen als Vermittler zwischen Pluralität und gemeingültiger Entscheidungsfindung, zahlreiche andere hingegen verstehen Rousseau als konkretistisch. Die jeweiligen Lösungsvorstellungen entsprechen diesen Interpretationen, aber auch dem historischen Kontext und den Anliegen der Autor*innen. Im Folgenden soll nicht die Debatte um Rousseau in ihrer Vollständigkeit nachgezeichnet, noch die Theorien ausführlich diskutiert werden,¹⁷⁵ sondern es sollen anhand der unterschiedlichen Positionen für und gegen Rousseau, aber auch darüber hinaus für und gegen Volkssouveränität, unterschiedliche Konzeptionen als Kategorien für die Analyse des empirischen Materials veranschaulicht werden. Außerdem ist zu zeigen, dass die Kategorien konkretistisch und prozessual in un-

¹⁶⁹ Ebd., 18.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., 116.

¹⁷¹ Ebd., 18f.

¹⁷² Vgl. ebd., 55.

¹⁷³ Vgl. ebd., 60.

¹⁷⁴ Vgl. Iring Fetscher, „Volk und Gesellschaftsvertrag bei Jean-Jacques Rousseau“, 1994, <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr110.htm>.

¹⁷⁵ Siehe dafür Philipp Erbenraut, *Volkssouveränität / ein obsoletes Konzept?* (Marburg: Tectum-Verlag, 2009).

terschiedlichen Graden zu verstehen sind. An den Kategorisierungen soll zwar festgehalten werden, jedoch soll der folgende Teil Widersprüchlichkeiten und Uneindeutigkeiten der Typenbildung theoretisch reflektieren.

Diese Arbeit fokussiert auf Theoretiker*innen im deutschen Kontext, weil ihre Konzeptualisierung dazu dienen soll, das Verständnis von Volkssouveränität von Pegida zu klären und zu kontextualisieren.¹⁷⁶ Carl Schmitt strebt eine vollständige *Realisierung der konkretistischen Elemente* an; entgegen der von ihm attestierten Entscheidungslosigkeit des Weimarschen Parlamentarismus setzt er auf die These radikaler Souveränität. Peter Kielmansegg sieht die Gefahr der Volkssouveränität nicht zuletzt in deren totalitärer Vereinnahmung und setzt auf juristische Einhegung: Souveränität ohne Souverän. Jürgen Habermas will die Probleme konkretistischer Kollektivierung und gleichzeitig liberalen Naturrechtsdenkens mit seiner prozessualen diskursiven Volkssouveränität lösen, in der sich Gleichursprünglichkeit und wechselseitige Artikulation ausdrücken sollen.¹⁷⁷ Ingeborg Maus kritisiert den Legalismus und die Dominanz des Verfassungsgerichts in der Bundesrepublik und will eine starke prozedural-rechtliche Volkssouveränität als Gegengewicht zu den Staatsapparaten in Anlehnung an Rousseau und Kant begründen.¹⁷⁸

3.3.1 Carl Schmitt: radikal-konkretistische Volkssouveränität

In der *Verfassungslehre* beschreibt Carl Schmitt die Volkssouveränität als konstituierende Gewalt. Das Volk ist präpolitisch und homogen als formlose Nation bestimmt, die Volkssouveränität ist dementsprechend konkretistisch gedacht als kollektiver Wille der Nationsmitglieder, der unmittelbar vorhanden ist und akklamiert werden muss. Schmitt entwirft eine autoritäre Form der Demokratie mit einem mächtigen Staat, in der die Volkssouveränität von der öffentlichen Meinung verkörpert und akklamiert wird. Menschenrechte und andere konstitutionelle Grenzen der demokratischen Verfassung gelten ihm als Produkte des Liberalismus und somit als der Volkssouveränität äußerlich.

¹⁷⁶ Die Kritiken und Adaptionen Rousseaus begannen dabei schon zu seiner Zeit: Schon Benjamin Constant kritisierte die unbegrenzte Souveränität, die aus liberaler Sicht durch Grundrechte beschränkt werden müsste, vgl. Behre, *Volkssouveränität und Demokratie*, 60; Rousseau wird oft als grundlegender Theoretiker der Französischen Revolution interpretiert und seine Konzeption von Volkssouveränität mit der Instabilität der nachrevolutionären Verfassungen in Verbindung gebracht. Etwa kontrastiert Hannah Arendt die Amerikanische und Französische Revolutionen auch im Hinblick auf Volkssouveränität und „blames Rousseau’s intellectual and political legacy“, die öffentliche Aushandlung verhindert hätten, vgl. Kalyvas, *Democracy and the Politics of the Extraordinary*, 220f; Arendt, *On Revolution*, 122, 181ff; dabei wird leicht übersehen, dass auch der Marquis de Condorcet von dieser „legacy“ inspiriert gewesen sein muss, der keinen eindeutigen, zu exekutierenden Gemeinwillen beschwor, sondern eine eher rätendemokratische Verfassung mit zahlreichen kleinen Versammlungen vorschlug, vgl. Marie Jean Antoine Nicolas Caritat Marquis de Condorcet, „On the Principles of the Constitutional Plan Presented to the National Convention“, in *Condorcet: selected writings*, hg. von Keith Michael Baker (Indianapolis: Bobbs-Merrill Company, 1976), 150–54.

¹⁷⁷ Vgl. Habermas, „Volkssouveränität als Verfahren“, 611.

¹⁷⁸ Vgl. Maus, *Über Volkssouveränität*, 113; ein ähnliche Interpretation von Rousseau findet sich bei Brunkhorst, *Demokratie und Differenz*, 186–231.

Bekannter als Schmitts Theorie der Volkssouveränität ist seine Formulierung totaler Souveränität als Entscheidungsgewalt über den Ausnahmezustand¹⁷⁹ und über die existenzielle Freund-Feind-Unterscheidung¹⁸⁰. Bevor wir auf Volkssouveränität als verfassungsgebende Gewalt eingehen, ist zu erwähnen, dass diese der absoluten Souveränität bisweilen nahe kommt: „Das Volk ist aber in einer Demokratie der Souverän; es kann das ganze System der verfassungsgesetzlichen *Normierung durchbrechen* und einen Prozeß entscheiden, *wie der Fürst* in einer absoluten Monarchie Prozesse *entscheiden* konnte.“¹⁸¹ In dieser Argumentation zum Thema Volksjustiz wird aus der formgebenden Gewalt des Volkes eine de- zisionistische Macht abgeleitet, die sich über verfasste Normen hinwegsetzt wie ein Allein herrscher; das Volk ist nicht nur Gesetzgeber sondern auch höchster Richter, eine Möglichkeit, die ihm etwa bei Rousseau aufgrund der notwendigen Allgemeinheit des souveränen Willens verwehrt bleibt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Auslegung von Volkssouveränität als absolute Befehlsgewalt oder gemeinsame konstitutive Gewalt nicht immer trennscharf erfolgen kann. Schmitts konkretistische Volkssouveränität tendiert zu- mindest zur Form der Befehlsgewalt.

Bei der Bestimmung des Volkes, das heißt der Nation, als Subjekt der verfassungsgeben- den Gewalt folgt Schmitt Emmanuel Joseph Sieyès, einem zentralen Theoretiker der Fran- zösischen Revolution.¹⁸² Dieser geht von isolierten Individuen aus, deren Willen ausrei- chen, um sie als Nation zu verbinden. Diese hat den gemeinsamen Willen, ihrer Vereinigung mit einer Verfassung Beständigkeit zu geben. In einem dritten Schritt gibt die Nation sich eine stellvertretende Regierung, die verfassungsgebende Gewalt verbleibt bei der Nation. Sie existiert vor der Verfassung, denn eine verfasste Gewalt könnte nicht zu- gleich verfassungsgebende Gewalt sein. Ihr Zustandekommen bedarf also keines Vertra- ges, dieser erfolgt erst im zweiten Schritt. Damit die Nation Nation sein kann, genügt ihr Wille. Sie ist qua ihrer Existenz legal, ihre Faktizität schafft die Norm.¹⁸³ Dies beschreibt – in aller Kürze – die Innovationen von Sieyès: die vorpolitische Nation und die Trennung der verfassungsgebenden souveränen und der verfassten Gewalt.

¹⁷⁹ Vgl. Carl Schmitt, *Politische Theologie / Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität* (Berlin: Duncker & Humblot, 2004), 13; Maus bezichtigt ihn daher der Pervertierung der Volkssouveränität, vgl. Maus, *Über Volkssouveränität*, 7f; Kalyvas will an Schmitt als Denker des Konstitutionalismus und außerordentlicher Politik festhalten Kalyvas, *Democracy and the Politics of the Extraordinary*, 162, 185f.

¹⁸⁰ Vgl. Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen* (Berlin: Duncker & Humblot, 1991), 39f.

¹⁸¹ Carl Schmitt, *Verfassungslehre* (Berlin: Duncker & Humblot, 2012), 275, Herv. d. Verf.

¹⁸² Vgl. ebd., 77ff. Für eine Kritik der Schmittschen Sieyès-Interpretation siehe Maus, *Über Volkssouveräni- tät*, 105ff, 114.

¹⁸³ Vgl. Emmanuel Joseph Sieyès, *Political writings: including the debate between Sieyès and Tom Paine in 1791*, hg. von Michael Sonenscher (Indianapolis, Cambridge: Hackett Publishing, 2003), 134–37.

Schmitt beschreibt die Nation daran anknüpfend als „politisch-aktionsfähige Einheit mit dem Bewußtsein [ihrer] politischen Besonderheit und dem Willen zur politischen Existenz“¹⁸⁴, eine ethnisch-kulturell *und* politisch verbundene Einheit. Diese Nation ist ungebunden und formlos in einer Art Naturzustand situiert und gibt sich ihre Form erst mit der Verfassung. Schmitt nennt sie daher das „formlos Formende“.¹⁸⁵ Der notwendige konstitutionelle Akt der Nation ist ihr Wille, kein Vertrag und auch kein Aushandlungsprozess. Demokratische Legitimität bedarf daher auch keiner äußeren Normen, sondern ist gegeben, wenn das Volk die verfassungsgebende Gewalt innehat.¹⁸⁶

Demokratie bedeutet darüber hinaus den Modus der Entscheidungsfindung und die Beteiligung des Volkes an der Herrschaft.¹⁸⁷ Zentral für das Volksverständnis ist hier Schmitts Definition demokratischer Gleichheit: Darunter will er keine abstrakte oder allgemeingültige Gleichheit verstanden wissen – schon gar nicht universale Menschenrechte –, sondern eine besondere und substantielle Gleichheit nach innen, die erst durch Ungleichheit nach außen real Bedeutung gewinnt.¹⁸⁸ Demokratische, also politische Gleichheit gilt nur für die Mitglieder eines konkreten Volkes, das von anderen Völkern verschieden ist. Die Zugehörigkeit zu diesem Volk kann sich aus „Vorstellungen gemeinsamer Rasse, Glauben, gemeinsame[n] Schicksal und Tradition“¹⁸⁹ ergeben, ist also vorpolitisch begründet. Zwar betont Schmitt in seinen Ausführungen immer wieder den Willen und die Entscheidung als Grundkompetenz der Nation. Sie bedarf jedoch zusätzlich essentialistischer Vorstellungen als Basis.¹⁹⁰ Es kann sich nicht jeder Mensch für eine politische Gemeinschaft entscheiden und nur die substantiell und konkret Gleichen erlangen die staatsbürgerlichen Gleichheitsrechte unter der Voraussetzung ihrer vorpolitischen Gleichheit.¹⁹¹ Schmitt kennzeichnet Vielvölkerstaaten klar als abnormal; nationale Homogenität müsse durch Assimilation, Aussiedlung oder kontrollierte Einwanderung sicher gestellt werden.¹⁹² Schmitts Volk als Nation ist also umfassend homogen (gleichartig) und teilt darüber hinaus einen unmittelbaren gemeinsamen Willen zur politischen Existenz.

¹⁸⁴ Schmitt, *Verfassungslehre*, 79.

¹⁸⁵ Ebd., 81.

¹⁸⁶ Vgl. ebd., 88ff.

¹⁸⁷ Vgl. ebd., 223ff.

¹⁸⁸ Vgl. ebd., 226ff.

¹⁸⁹ Ebd., 227.

¹⁹⁰ Siehe dazu Yack, „Popular Sovereignty and Nationalism“.

¹⁹¹ Vgl. Schmitt, *Verfassungslehre*, 227.

¹⁹² Vgl. ebd., 232f. Verschiedene Nationen können nicht als Staat, wohl aber durch koloniale oder imperiale Formen existieren.

Schmitt führt unter anderen Rousseau als einen Verfechter solcher „völlige[n] Gleichartigkeit“¹⁹³ an, aufgrund derer der Gemeinwille auch der Wille aller Mitglieder sei. Die politische Gemeinschaft gründe für Rousseau nicht auf Vertrag, sondern auf „Homogenität und Identität des Volkes mit sich selbst.“¹⁹⁴ Im Hinblick auf die obige Nachzeichnung von Rousseaus Gesellschaftsvertrag ist zu sagen, dass Schmitt hier die homogenen Elemente des Rousseauschen Volksbegriffs deutlich überzeichnet. Völlige Gleichartigkeit geht weit über dessen Anspruch hinaus, die Mitglieder des Souveräns sollten kulturell und sozial homogen sein, damit politische Einheit möglich sei. Ohne das vertragliche Recht, das Schmitt für irrelevant erklärt, kann bei Rousseau kein Volk bestehen noch den bürgerlichen Akt der Staatsgründung vollziehen. In Schmitts Interpretation ist Rechtsgleichheit (bezogen auf politische Rechte) unter „substantiell Ungleichen“ für unmöglich erklärt.

Wir kommen nun zur genaueren Bestimmung des Volkes als Souverän: Das Volk steht vor, neben und innerhalb der Verfassung. Erstens hat das Volk innerhalb der Verfassung bestimmte verfasste Rechte, darunter vor allem Wahlen, verschiedenen Formen der Volksabstimmung (Plebiszite, Referenda) und Volksinitiativen.¹⁹⁵ Das Volk ist hier als verfasstes, also regelgebundenes Gegenüber der Repräsentanten, der Regierung begriffen, es besteht aus jenen, die nicht herrschen. Dennoch besteht in der Demokratie Identität zwischen Regierenden und Regierten, nicht personell, sondern aufgrund jener substantiellen Gleichartigkeit. Kommt noch ein großer Legitimitätsglaube hinzu, kann die Herrschaft in der Demokratie besonders weitreichend und repressiv sein; gerade die Diktatur sei auf eine demokratische Grundlage angewiesen. Jede Grenze der Regierungsgewalt gilt Schmitt hingegen als der Demokratie äußerliches, liberales Prinzip.¹⁹⁶ Innerhalb der Verfassung ist das Volk also vor allem Untertan und doch identisch mit der repräsentativen Regierung, weil beide qualitativ homogen sind. Das Volk setzt hier qua seiner Macht der staatlichen Gewalt keine Grenze, sondern ermächtigt diese fundamental.

Zweitens hat das Volk vor und über der Verfassung die verfassungsgebende Gewalt inne, übt also Souveränität als gründende, formgebende Macht aus. Das Volk hat in dieser Rolle keine Form und keine geregelte Verfahrensgrundlage, aber einen unmittelbaren Willen zur politischen Existenz, den es erkennbar ausdrücken muss:

„Die natürliche Form der unmittelbaren Willensäußerung eines Volkes ist der zustimmende oder ablehnende Zuruf der versammelten Menge, die *Akklamation*. In modernen Großstaaten hat die Akklamation, die eine natürliche und notwendige Lebensäußerung jedes Volkes ist, ihre Gestalt verändert. Hier äußert sie sich als öffentliche Meinung [...] Immer aber kann das Volk im Allgemeinen nur Ja oder Nein sagen, zustimmen oder

¹⁹³ Ebd., 229.

¹⁹⁴ Ebd., 229f.

¹⁹⁵ Vgl. ebd., 239–42.

¹⁹⁶ Vgl. ebd., 234–38.

ablehnen, und sein Ja oder Nein wird umso einfacher und elementarer, je mehr es sich um eine fundamentale Entscheidung über die eigene Gesamtexistenz handelt.¹⁹⁷

Solange sich dieser Volkswille nicht erkennbar äußert, wird von schweigender Zustimmung ausgegangen. Allgemein schwer zu erkennen, zeigt sich ein verneinender Wille noch am deutlichsten; und aus der Negation einer politischen Form kann die Bejahung einer anderen hervorgehen. Unmittelbar ist der Volkswille, weil er sich außerhalb verfasster Formen artikuliert und unbegrenzt sein muss.¹⁹⁸ In Momenten der Verfassungsgebung kann das Volk also auch nicht repräsentiert werden.¹⁹⁹

Das Volk bleibt drittens neben der Verfassung als unmittelbare Größe in Form der öffentlichen Meinung anwesend.²⁰⁰ In dieser Funktion kann es wiederum nicht repräsentiert werden, hier bezieht Schmitt sich erneut auf Rousseau. Erst wenn es öffentlich versammelt ist, kann das Volk akklamieren, „durch einfachen Zuruf“²⁰¹ sein Einverständnis oder seine Missgunst ausdrücken – ohne öffentliches Zusammenkommen handelt es sich nur um die Summe von Privatmeinungen. Das versammelte Volk soll und kann nicht argumentieren oder anderweitig interagieren.²⁰² Die öffentliche Meinung bleibt notwendig diffus, unorganisiert, unkontrolliert und daher auch beeinflussbar von Machtinteressen, eine Gefahr, die umso größer wird, je heterogener das Volk ist. Außerdem wird sie nicht tatsächlich vom ganzen Volk artikuliert, sie muss noch nicht einmal von der Mehrheit vertreten werden, sondern von der aktiven Minderheit. Wer keinen politischen Willen hat, soll sich ihr gegenüber nicht stimmenmäßig durchsetzen können.²⁰³ In diesem Sinn kann Demokratie für Schmitt auch nicht mit Mehrheitsentscheid gleichgesetzt werden. Die Hauptfunktion der öffentlichen Meinung liegt in der Kontrolle staatlicher Macht.²⁰⁴ Hier steht also das Volk als Souverän, der nicht nach der Verfassungsgebung verschwindet, der verfassten Gewalt des Staates als Kontrollinstanz gegenüber. Es bindet ihn nicht an grundlegende Rechte, sondern an seinen Willen, deswegen kann das Volk die Staatsgewalt auch umfassend ermächtigen.

¹⁹⁷ Ebd., 83f., Herv. i. Org.

¹⁹⁸ Vgl. ebd., 84.

¹⁹⁹ Vgl. auch Kalyvas, *Democracy and the Politics of the Extraordinary*, 155.

²⁰⁰ Vgl. Schmitt, *Verfassungslehre*, 242–48.

²⁰¹ Ebd., 243.

²⁰² Selbst Kalyvas, der Schmitt sonst recht wohlwollend liest, kritisiert ihn hier scharf: Schmitt nehme durch das stumme, zustimmende Volk wieder ein Stück Demokratie aus seiner Theorie, vgl. Kalyvas, *Democracy and the Politics of the Extraordinary*, 124ff., 182f. Er folgt hiermit Arendt, die Sprechen als Basis für politisches Handeln sieht, das durch Geräusche nicht ersetzt werden kann, vgl. Arendt, *On Revolution*, 125.

²⁰³ Vgl. Schmitt, *Verfassungslehre*, 279.

²⁰⁴ Vgl. ebd., 248.

In der Schmittschen Demokratie²⁰⁵ ist das Volk also souverän, indem es einerseits durch seinen Willen die politische Form hervorbringt und andererseits durch öffentliche Meinung, im besten Falle Akklamation, seinen Willen gegen oder für etwas kundtut, was nur in wenigen Momenten geschieht. Der Volkswille ist der Nation inhärent und soll wegen der Gleichartigkeit des Volkes einheitlich sein. Der Wille ist völlig unbegrenzt und kann auch eine diktatorische Regierung legitimieren; das Individuum als Schranke und schützenswert verwirft Schmitt in seinen explizit anti-liberalen Argumenten. Die Volkssouveränität ist radikal, sie kann sowohl den Staat als auch die Verfassung überwerfen und sie ist keinen formalen Prinzipien und Menschenrechten unterworfen. Der Wille ist nicht diskutierbar, sondern wird einstimmig ausgerufen, je homogener das Volk, desto gesicherter gilt er. Volkssouveränität äußert sich demnach eindeutig konkretistisch. Sie begründet einen demokratischen Staat mit Repräsentanten, zwischen denen und dem Volk aber Identität herrschen soll. Das Volk ist möglichst unmittelbar durch direkte Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Neben dieser verfassten Rolle äußert es seinen souveränen Willen maßgeblich in nicht-institutionalisierter, formloser Weise als öffentlich zusammenkommende aber unorganisierte Masse. Die Souveränität wird aus dem bestehenden Willen des nationalen Kollektiv abgeleitet, nicht des Einzelnen. Schmitt konzipiert das Volk homogen und kollektivistisch.

Die nun folgenden Theorien unterscheiden sich von der Schmitts nicht nur ihrer Intention nach, sondern weil sie alle nach dem Nationalsozialismus entstanden sind. Von dieser geschichtlichen Erfahrung sind sie geprägt, sodass alle eine Abgrenzung zu konkretistischer Volkssouveränität suchen. Peter Kielmansegg steht für die hegemoniale, legalistische Seite der Debatte, die vor allem das Volk, seine Emotionen und den Populismus begrenzen will; ihr Ziel ist die Stabilität der bundesrepublikanischen Ordnung.²⁰⁶ Jürgen Habermas und Ingeborg Maus wollen demgegenüber die Gesetze und Verfassung der Unverfügbarkeit entziehen; sie kritisieren sowohl einen Einheitswillen als auch einen elitären Legalismus.

3.3.2 Peter Kielmansegg: institutionalisierte Souveränität

Peter Kielmanseggs Kritik der Volkssouveränität wird hier als beispielhaft für die These juridischer Einhegung eingebracht. Kielmansegg verbindet seine theoretische Auseinan-

²⁰⁵ Vgl. die ähnliche Zusammenfassung von Schmitts politischer Theorie als beispielhaft für die Konservative Revolution: Armin Pfahl-Traughber, *Konservative Revolution und Neue Rechte / Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat* (Opladen: Leske + Budrich, 1998), 66–79.

²⁰⁶ Für diesen Diskurs und seine geschichtliche Begründung siehe Christoph Möllers, „We Are (Afraid of) the People‘ / Constituent Power in German Constitutionalism“, in *The Paradox of Constitutionalism / Constituent Power and Constitutional Form*, hg. von Martin Loughlin und Neil Walker (Oxford: Oxford University Press, 2007), 87–105.

dersetzung mit Fragen konkreter politischer Ausgestaltung, so widerspricht seine Theorie in den 1970er Jahren auch Forderungen nach partizipativer Demokratie und nach sozialer Gleichheit.²⁰⁷ Er interpretiert Volkssouveränität als Ableitung absoluter fürstlicher Souveränität, als grundsätzlich konkretistisch und potentiell totalitär. Das zentrale Problem rühre von der modernen Konstruktion des autonomen Individuums her. Dadurch trägt die Darstellung Kielmanseggs sowohl dazu bei, grundsätzliche Kritik der (Volks-) Souveränität einzubinden, als auch ihre ideologischen Prämissen zu kritisieren.²⁰⁸ Von dieser Kritik gelangt Kielmansegg zu seiner Konzeption von Souveränität ohne Souverän. Verfassungen gelten dann nicht mehr als Ausdruck umfassender Gewalt eines souveränen Volkes, sondern sie organisieren „Souveränität als Entscheidungsmonopol eines konsistenten Kompetenzsystems“²⁰⁹.

Laut Kielmanseggs historischer Rekonstruktion wurde das autonome Individuum in der frühen Neuzeit als Antithese ständischer Ordnung und religiöser Legitimation ins Feld geführt; radikale Selbstbestimmung sollte fürstliche Heteronomie widerlegen. Das autonome und vernünftige Subjekt wird dabei zur menschlichen Natur erklärt. Kielmansegg kritisiert das als unhistorisch und schlicht falsch, da der Mensch geschichtlich und gesellschaftlich bestimmt sei. Das heißt, Selbstbestimmung existiert nicht getrennt von Fremdbestimmung, weil jedes Handeln sich auf andere auswirkt. Zudem wird individuelle Selbstbestimmung erst durch bestimmte gesellschaftliche Rahmenbedingungen möglich.²¹⁰ Deswegen könne politische Partizipation in einer Gemeinschaft niemals mit Selbstbestimmung identisch sein²¹¹ und Freiheit könne nur aus Gesellschaft, niemals aus dem Nichts des Naturzustandes hergeleitet werden.

Diese grundlegende Problematik strahlt auf alle folgenden Ebenen der Volkssouveränität aus, denn sie ist „die gesellschaftliche Erscheinungsform jener ursprünglichen Autono-

²⁰⁷ Vgl. Kielmansegg, *Volkssouveränität*, 249–54.

²⁰⁸ Kielmansegg dekonstruiert das moderne Bild vollständiger Autonomie, will dies aber nicht als Ideologiekritik verstanden wissen, denn die bestünde darin „hinter Normen die Interessen gesellschaftlicher Gruppen ausfindig zu machen“, und die Norm anschließend als bloßen Schein zu verwerfen (ebd., 10). Dies ist jedoch weder das Ansinnen der KDA noch jeder Form der Ideologiekritik (siehe Kapitel 2).

²⁰⁹ Ebd., 240; Für den Staatsrechtler Martin Kriele kann es im Verfassungsstaat keinen Souverän geben. Stattdessen gibt es „staatsrechtliche Souveränität“ des Staats und des Rechts gegenüber der Gesellschaft. Zwar anerkennt er eine verfassungsgebende Gewalt des Volkes, beschränkt diese jedoch auf die Wahl einer Nationalversammlung und die Entscheidung über die Verfassung per Akklamation. Die Volkssouveränität steht zudem immer außerhalb des Verfassungsstaates, innerhalb dessen darf sie nicht existieren, vgl. Martin Kriele, *Einführung in die Staatslehre / Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates*, 5., überarb. Aufl. (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994), Abs. 31.

²¹⁰ Vgl. Kielmansegg, *Volkssouveränität*, 234–237; 99ff.

²¹¹ An diesem Punkt unterscheiden sich die Analyse von Kielmansegg und Ideologiekritik. Letztere würde den Widerspruch zwischen Partikularem und Allgemeinem als historisches Verhältnis kritisieren und Herrschaft nicht als unüberwindbar affirmieren.

mie“²¹²: Die Kollektiventscheidung soll identisch sein mit dem Willen der autonomen Individuen – was sie freilich niemals kann, der personalisierte Volkssouverän kann genau den Zweck nicht erfüllen, zu dem er erfunden wurde.²¹³ Rousseau – für Kielmansegg ohnehin der geistige Vater der Volkssouveränität, weil er sie bis zu ihren weitesten Konsequenzen geführt habe,²¹⁴ – brauche jenen mystischen kollektiven Einheitswillen als Träger der Souveränität, sodass im Umkehrschluss alle nur ihren eigenen Willen folgen müssen, sodass er „Volkssouveränität und Herrschaftslosigkeit [...] in eins“²¹⁵ setzen konnte. Denn sobald es mehrere Willen im Volk gäbe, sobald sich der Gemeinwille als Resultat pluralistischer Willensbildung durchsetzen müsste, wären nicht mehr alle Individuen frei von Fremdbeherrschung. So sei das Prinzip der Volkssouveränität zwar individualistisch hergeleitet, jedoch in seiner Struktur kollektivistisch, weil es nicht mit der Pluralität von Meinungen zu vereinbaren sei,²¹⁶ und tendiere zu „organizistische[n] Vorstellungen vom Wesen des Kollektivs“²¹⁷. Außerdem könne das autonome Individuum Herrschaft nur begründen, doch nie beschränken: Die Figur der Souveräns suggeriert einen ursprünglichen Besitz von Macht und Gewalt, sodass diese keiner weitere Rechtfertigung mehr bedürfen würden.²¹⁸ Volkssouveränität als Antwort auf die fürstliche Souveränität sei deren Spiegelung.²¹⁹ Damit einher geht eine Annahme prästablierter Harmonie, sodass Volkssouveränität nur zum Gemeinwohl führen kann. Rousseau bestimme den Gemeinwillen zuweilen inhaltlich statt formal, er gehe in Wahrheit von einem zu erkennenden statt zu entscheidenden Gemeinwohl aus und die Ursache dafür liege schon in der problematischen Identität des Einzelnen mit dem Ganzen.²²⁰ In diesem Sinne sei der Souverän dann aber gar kein autonomer Gestalter mehr, sein Wille müsste „Einsicht“ genannt werden.²²¹ So verstanden öffnet das Konzept Volkssouveränität die Tür für totalitäres Denken, das ein erkanntes Gemeinwohl durchsetzen will.

Wir sehen hier eine ähnliche Interpretation Rousseaus wie bei Schmitt, wenn sie auch in jurisdischer Einhegung inklusive Beseitigung des Souveräns endet. Bei Schmitt bedarf Souveränität keiner Legitimation außer ihrer Existenz; bei Kielmansegg kann Herrschaft nicht ausreichend von ihrem Ursprung her legitimiert werden, sondern muss durch die

²¹² Kielmansegg, *Volkssouveränität*, 230.

²¹³ Vgl. ebd., 243.

²¹⁴ Vgl. ebd., 148f.

²¹⁵ Ebd., 231.

²¹⁶ Vgl. ebd., 243.

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Vgl. ebd., 154ff., 244f.

²¹⁹ Vgl. z.B. Ebd., 157, 231f.

²²⁰ Vgl. ebd., 150–53.

²²¹ Vgl. ebd., 233.

Rechtmäßigkeit ihrer Institutionen sichergestellt werden.²²² Souveränität bedeutet dann nur noch, dass die Gesetzgebung als die verbindliche Entscheidungsfindung monopolisiert ist; nicht aber, dass die verfassungsgebende Gewalt gegenüber anderen Organen höherrangig ist und allumfassend entscheiden kann.²²³ Eine Verfassung kann nicht durch ihren vermeintlich souveränen Autor legitimiert werden, sondern indem der politische Prozess derart institutionalisiert wird, dass er demokratischen und individualrechtlichen Bedingungen genügt. Die Legitimität politischer Entscheidung begründet sich durch die Legitimität entscheidungsfähiger Institutionen und durch ihre Zweckbindung an das Individuum. Das Volk ist also weder im Bezug auf Staat noch auf Verfassung souverän. Die Menschenrechte sind kein Formprinzip der Volkssouveränität, sondern eine externe Begrenzung.

Für die Ausgestaltung der politischen Prozesse bedeutet das, dass sie nicht auf egalitäre politische Teilhabe (qua Versammlung oder direkter Mehrheitsentscheide) fokussiert, sondern auf politische Arbeitsteilung, Professionalisierung und effiziente Institutionalisierung von Kompetenzen und Verantwortlichkeit. Die Massen partizipieren nur noch im kurzen Moment der Wahl und fungieren ansonsten als passive öffentliche Regierungskontrolle, während politische Initiativen von kleinen aktiven Minderheiten ausgehen. Das reduziere zum einen die Kosten von Partizipation, zum anderen mache gerade die arbeitsteilige professionalisierte Politik die Entscheidungen rationaler, weil komplexe Entscheidungen der Expertise bedürften.²²⁴

Kielmansegg betont die Pluralität und Individualität der Staatsbürger. Das Prinzip Volkssouveränität birgt für ihn jedoch die Gefahr, diese Pluralität zunichte zu machen. Deswegen muss das Entscheidungsmonopol institutionell eingehegt werden. Verfassung und Staat werden nicht von ihrem Ursprung her legitimiert, sodass die politische Ordnung auch nicht mehr nach möglichst allumfassender Mitbestimmung auszugestaltet ist: Das Volk trifft keine eigenen Entscheidungen außer der Wahl seiner Repräsentanten und kann sich zudem am Agenda-Setting beteiligen. Um eine ‚Tyrannei der Mehrheit‘ zu verhindern, setzt Kielmansegg auf eine elitäre politische Struktur, die Verfassung und Institutionen dem Zugriff des Volkes weitgehend entzieht.²²⁵ Letztendlich spielt auch bei dem Kritiker

²²² Vgl. ebd., 240f, 255ff.

²²³ Vgl. ebd., 240ff.

²²⁴ Vgl. ebd., 249–55; ein konkreteres Modell will Kielmansegg nicht entwerfen.

²²⁵ Dies kann auch für die Verfasser*innen des Grundgesetzes konstatiert werden, weshalb die politische Ordnung der BRD fast ausschließlich repräsentativ ist und kaum direktdemokratische Elemente enthält, vgl. Lars Rensmann, „Populismus und Ideologie“, in *Populismus / Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, hg. von Frank Decker (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006), 59; gerade gegen diese Lesart, die in einem „legalen Fetischismus“ endet, richten Kalyvas „Popular Sovereignty, Democracy, and the Constituent Power“, 230, und Maus (3.3.4) ihre Versuche, über Volkssouveränität aufzuklären und sie zu verteidigen; dass eine grundlegende Kritik an der Volkssouveränität möglich ist, die Kielmanseggs in

der konkretistischen Willensäußerung der allgemeine diskursive Aushandlungsprozess eine verschwindend geringe Rolle, weil Entscheidungen durch Experten getroffen werden. Er konzipiert das Volk zwar plural, unterstellt ihm jedoch einen Hang zum Kollektivismus, dem nur durch die Beschränkung seiner Macht beizukommen scheint.

3.3.3 Jürgen Habermas: diskursive Volkssouveränität

Jürgen Habermas will in *Faktizität und Geltung* und dem nachgestellten Aufsatz „Volkssouveränität als Verfahren“ auf beide Thesen eine Antwort finden, sowohl auf die radikale, konkretistische Volkssouveränität als auch auf die juristische Einhegung, die beide wegen ihres unhistorischen Vorgehens eine Konkurrenz zwischen Menschenrechten und Volkssouveränität voraussetzen würden.²²⁶ Dagegen will Habermas zeigen, dass „private und öffentliche Autonomie, Menschenrechte und Volkssouveränität“ einander bedingen.²²⁷ Was er Rousseau anerkennt, ist der Versuch, mit dem Autonomiebegriff Vernunft und souveränen Willen zu verbinden und entsprechend mit dem Gesellschaftsvertrag einen inneren Zusammenhang zwischen den Prinzipien Menschenrechte und Volkssouveränität zu begründen. Der Versuch scheitert jedoch, weil Rousseau schließlich den souveränen Willen als Ausdruck der Autonomie priorisiert.²²⁸

Wie oben bereits kurz angerissen, beschreibt Habermas Rousseaus Begriff der Volkssouveränität als konkretistisch. Für Rousseau gelten die individuellen Menschenrechte schon dadurch als gesichert, dass der Gemeinwille der Wille aller ist, und dass er sich nur in allgemeinen Gesetzen ausdrückt. Dies gelinge jedoch nicht, weil Rousseau an Stelle eines Prozesses einen bloßen Willensakt isolierter Individuen setze, die sich zu Citoyens verwandeln und zum „Großsubjekt“²²⁹ verschmelzen. Selbstgesetzgebung brauche bei Rousseau die „Substanz eines in seiner Werteordnung bereits vorverständigten Volkes“²³⁰. Die Einzelinteressen der privaten Bürger sollen dahinter zurücktreten. Rousseau könne zwischen Sonder- und Gemeinwillen daher nur mit Zwang vermitteln, weil es an Diskursen fehlt, in denen ausgehandelt wird, weshalb ein Gesetz das für alle relativ Beste sein soll, weil der Prozess der Willensbildung ausgeblendet wird.²³¹

vielen Punkten ähnlich ist, ohne Revolution und Neugründung zu verwerfen, zeigt die politische Theorie Hannah Arendts, vgl. Arendt, *On Revolution*, Kap. 4 und 5; Kalyvas, *Democracy and the Politics of the Extraordinary*, Kap. 7 und 8.

²²⁶ Vgl. Habermas, *Faktizität und Geltung*, 112–35; Habermas, „Volkssouveränität als Verfahren“, 610–16.

²²⁷ Habermas, *Faktizität und Geltung*, 112.

²²⁸ Vgl. ebd., 130ff.

²²⁹ Ebd., 132.

²³⁰ Ebd.

²³¹ Vgl. ebd., 132f.

An dieser Stelle bringt Habermas seine Idee der prozessualen Volkssouveränität als Diskurs²³² ein, womit er Rousseau nicht verwerfen, sondern ergänzen will:

„Der gesuchte interne Zusammenhang zwischen Volkssouveränität und Menschenrechten liegt im normativen Gehalt eines *Modus der Ausübung politischer Autonomie*, der nicht schon allein durch die Form allgemeiner Gesetze, sondern erst durch die Kommunikationsform diskursiver Meinungs- und Willensbildung gesichert wird.“²³³

Der Wille soll hier weder dem Einzelnen, noch dem Volk entspringen, sondern im Diskurs gebildet werden, wobei der Wille der Mehrheit die „Vermutung der Vernunft“ gewinnt, also von der Minderheit vorerst anerkannt wird, aber veränderbar ist, wenn die Minderheit ausreichend viele Personen davon überzeugen kann.²³⁴ Die Entscheidung muss von allen ohne Zwang aus Einsicht angenommen werden können, wozu auch die Akzeptanz des Verfahrens ausreicht.²³⁵ Willensentscheidungen müssen also ausgehandelt und rational begründet werden und können immer wieder in Frage gestellt und verändert werden; Recht soll nicht als unantastbares herrschen, sondern bleibt dem Willen unterworfen, der aber aufwendig und verfahrensgerecht gebildet werden muss.

Das daraus abgeleitete Demokratieprinzip besteht in der rechtsförmigen Institutionalisierung dieses Diskursprinzips. Alle Rechtsetzung wird diskursiv begründet, der Diskurs wird durch das Recht institutionalisiert. Das macht einige Grundrechte direkt notwendig für den Diskursprozess bis hin zu sozialen Rechten zur Ermöglichung der individuellen Partizipation.²³⁶ Der Zusammenhang von Rechten und Souveränität besteht darin, dass der Souverän nur Entscheidungen in Rechtsform treffen kann. Außerdem ermöglichen die grundlegende Rechte erst die Ausübung von Souveränität, sie stehen daher nicht zur Disposition, sind aber auch nicht als Einschränkung zu verstehen.²³⁷ Mit dieser zirkulären Begründung will Habermas einseitige Priorisierung und Ursprünglichkeitsgedanken vermeiden. Die Bedingungen der Volkssouveränität liegen in den grundlegenden Teilhaberechten und in den institutionalisierten Regeln ihres Verfahrens. Außerdem hat die diskursive Souveränität noch weitere Bedingungen wie Mündigkeit durch Sozialisation und eine libertäre politische Kultur, über die sie nicht unbedingt verfügen kann, weil die Politik, auch das delibe-

²³² Habermas' Diskursbegriff unterscheidet sich von jenem, der der Diskursanalyse zugrunde liegt. Während diese einen weiten Begriff hat, der Gesellschaft Wissen und Subjekt konstituiert und strukturiert, geht es bei den Ausführungen über Habermas hier um den politischen Diskurs im engeren Sinne, einen rationalen Diskurs des Aushandelns. Der Diskursbegriff der KDA ist empirisch und epistemologisch, der Habermas'sche vor allem normativ.

²³³ Habermas, *Faktizität und Geltung*, 133, Herv. i. Orig.

²³⁴ Habermas, „Volkssouveränität als Verfahren“, 614. Habermas bezieht sich hier auf Julius Fröbels „System der sozialen Politik“ von 1847.

²³⁵ Vgl. Habermas, *Faktizität und Geltung*, 134, 154.

²³⁶ Vgl. ebd., 154–60.

²³⁷ Vgl. ebd., 161f.

rative Modell, nur ein Teilsystem der Gesellschaft ist.²³⁸ Habermas' Versuch einer diskursiven Volkssouveränität lässt sich als Vermittlungsversuch zwischen Rechtsstaatlichkeit und radikalen Bestrebungen lesen. Im Gegensatz zu früheren Schriften, in denen er das demokratische Verfahren an das Ziel sozialer Gleichheit koppelte,²³⁹ besteht er auf rein prozessualer Legitimität. Anstelle radikaler Politik soll der Diskurs vermitteln, warum soziale Gleichheit für alle die relativ beste Entscheidung wäre. Zwar sind der Volkssouveränität inhaltlich keine Grenzen gesetzt, aber das begründet Habermas vor allem damit, dass sie eine kommunikative Macht ist, dass also aus der inhaltlichen Verhandlung bestimmter Themen noch keine Kompetenz zur Umsetzung automatisch hervorgeht. Gesetze entstünden im Diskursprinzip nur nach langwieriger Diskussion und nicht aus jeder inhaltlichen Debatte wird der Gesetzgeber ein Gesetz erlassen. Die kommunikative Macht besteht also besonders darin, Themen zu setzen und zu verhandeln.²⁴⁰

Die Souveränität wird nun nicht aus der Verfassung noch aus der Bürgerschaft abgeleitet, sondern: „Das ‚Selbst‘ der [...] Rechtsgemeinschaft verschwindet in den subjektlosen Kommunikationsformen“²⁴¹, die den Meinungsbildungsprozess so organisieren, dass sich eine Meinung mit der Vermutung der Rationalität durchsetzt. Die Volkssouveränität ist anonym, subjektlos, nur noch intersubjektiv in Aushandlungsprozessen vorhanden.²⁴² Die Macht dieser Souveränität liegt nicht in einer Befehlsgewalt, noch in einer konstituierenden Gewalt, aber sie soll dennoch mehr können, als nur Regierungsentscheidungen zu legitimieren. Ihre kommunikative Macht soll Regierungshandeln rationalisieren, sie kontrollieren, begründen und auf sie einwirken.²⁴³

Das Volk verkörpert also bei Habermas die Souveränität nicht mehr, da sie sich ins Verfahren hinein verschoben hat, dennoch übt es als Akteur der öffentlichen Meinung, geregelt wie informell, die kommunikative Macht letztendlich aus. Dieses Volk ist notwendigerweise plural und „viestimmig“, weswegen es der Aushandlungsprozesse überhaupt bedarf.²⁴⁴ Es handelt sich um ein „Kollektiv von Rechtsgenossen“²⁴⁵, die Gemeinsamkeit besteht also in einem geteilten Rechtsstatus, der nicht vorpolitisch zu begründen ist. Die notwendige kulturelle Gemeinsamkeit liegt in einem Selbstverständnis als Bürger eines

²³⁸ Vgl. ebd., 366.

²³⁹ Vgl. etwa Jürgen Habermas, „Über den Begriff der politischen Beteiligung“, in *Student und Politik / eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten*, hg. von Ludwig von Friedeburg u. a., 2. Aufl. (Neuwied: Luchterhand, 1967), 11–55.

²⁴⁰ Vgl. Habermas, *Faktizität und Geltung*, 379ff.

²⁴¹ Ebd., 365.

²⁴² Vgl. ebd., 362f.

²⁴³ Vgl. ebd., 364.

²⁴⁴ Habermas, „Volkssouveränität als Verfahren“, 615.

²⁴⁵ Habermas, *Faktizität und Geltung*, 157f.

demokratischen Rechtsstaates, auf dessen Basis unterschiedliche Kulturen nebeneinander bestehen können.²⁴⁶ Anhand der Staatsangehörigkeit wird zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern dieses Kollektivs unterschieden. Während der Austritt aus dem Kollektiv jederzeit möglich sein muss, bedarf die Aufnahme der Zustimmung der bisherigen Mitglieder.²⁴⁷ Dieses Recht auf Dissoziation belegt nochmals die Pluralität der Staatsbürger, die auch als solche nicht im Kollektiv aufgehen, sondern sich von diesem trennen können. Das Kollektiv kann sich außerdem beliebig erweitern, wenn dies der Willen aller Beteiligten ist; letztendlich entspricht dies der Vorstellung von Vertragstheorien, bei der die Mitgliedschaft an der Gemeinschaft konsensual entschieden wird.

Habermas ersetzt die konkretistischen Elemente von Rousseaus Gemeinwillen: seine Eindeutigkeit, sein spontanes Zustandekommen, die Feindlichkeit gegenüber Assoziationen und die zwangsmäßige Überlegenheit gegenüber den Sonderwillen, durch das Diskursprinzip als einer real vorstellbaren, wenn auch nicht unterkomplexe Vermittlung. Demokratie wird als wechselseitige Bedingtheit von Rechten und deren diskursiver Entstehung und Setzung bestimmt. So deutlich die Abgrenzung zu konkretistischen Verständnissen hier ist, so unklar wird, wie Souveränität als anonyme intersubjektive Diskursform und öffentliche Meinung noch politische Entscheidungen treffen und umsetzen kann. Mir geht es darum darauf hinzuweisen, dass die Eliminierung des konkretistischen Willensakts bei Habermas auch die konkreten Akteure und ihre Entscheidung zumindest verschwimmen lässt, wenn Souveränität gar nicht mehr in der Entscheidung sondern nur noch in anonymen Kommunikationsprozessen liegt. Es ist nicht klar, welchen Sinn es hat, die kommunikative Macht noch aus der Volkssouveränität herzuleiten.

3.3.4 Ingeborg Maus: prozedural-rechtliche Volkssouveränität

Auch Ingeborg Maus stellt infrage, inwieweit Habermas' kommunikative Macht der monopolisierten Staatsgewalt noch etwas entgegensetzen kann, weil er aus ihrer Sicht die grundlegende Asymmetrie und den notwendigen Antagonismus zwischen Staatsgewalt und Volkssouveränität aufhebt. Als kommunikative Macht sei die Volkssouveränität gleichsam überall und verliere ihren konkreten Ort, den sie doch benötige, um sich gegenüber der Staatsgewalt durchsetzen zu können. Der konkrete Ort der Volkssouveränität liegt für Maus allerdings nicht in einem Volk als Körper, sondern im Volk als Gegensatz zu Funk-

²⁴⁶ Vgl. Jürgen Habermas, „Staatsbürgerschaft und nationale Identität“, in *Faktizität und Geltung / Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 5. Aufl. (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1997), 658f.

²⁴⁷ Vgl. Habermas, *Faktizität und Geltung*, 158.

tionären staatlicher Administration.²⁴⁸ Maus will mit Immanuel Kant und Rousseau eine prozedural-rechtliche Volkssouveränität darlegen, die gleichursprünglich mit Menschenrechten ist, dabei jedoch radikaler sein als Habermas.

Maus wendet sich deutlich gegen Schmitt, allerdings ebenso stark gegen konservativ-liberale elitäre Konzeptionen²⁴⁹ von Volkssouveränität in der derzeitigen Bundesrepublik. Dort sei die Souveränität dem Volk durch das Verfassungsgericht entzogen, das zudem durch seine weitreichende Auslegung die Verfassung entformalisieren. An die Stelle souveräner demokratischer *Rechtsetzung* trete nun auch in basisdemokratischen Bewegungen die quasi-feudale Berufung auf das Widerstandsrecht in Form des Appells an das Gericht, geltendes Recht auszulegen.²⁵⁰ Die Gefahr liegt hier in der Vermischung inhaltlicher, weil einzelfallgebundener Rechtsauslegung mit allgemeiner Gesetzgebung. Damit hängt eine elitäre Konzeption von Rechtsstaatlichkeit zusammen, die den demokratischen Prozess zugunsten eines von Eliten zu interpretierenden Gemeinwohls, nämlich der konkreten Auslegung der Grundrechte, aufkündigt,²⁵¹ sodass ein „egalitäres Volk von ‚Passivbürgern‘“²⁵² entsteht. Die Ursache dafür sieht Maus in einer falschen Interpretation der Demokratietheorien der Aufklärung, die sie auf Carl Schmitt zurückführt. In dem Versuch, Demokratie gegen Schmitt und ohne die Fehler der Weimarer Verfassung zu begründen, sei das Verfassungsdenken der Bundesrepublik dessen falscher Adaption von Rousseau und Sieyès gefolgt, und dabei letzten Endes seinerseits zu einer autoritären Konzeption von Menschenrechten und Verfassung gelangt.²⁵³

Volkssouveränität als verfassungsgebende Gewalt war laut Maus hingegen schon für Rousseau²⁵⁴ prozedural²⁵⁵ und formell gedacht, also nicht konkretistisch und nicht auf ein vorbestimmtes Gemeinwohl ausgerichtet. Die Volkssouveränität werde bei Rousseau abgeleitet aus vorstaatlichen Freiheitsrechten, womit er den Einstieg in einen zirkulären Pro-

²⁴⁸ Vgl. Maus, *Über Volkssouveränität*, 267ff.

²⁴⁹ Maus' Konzeption kann im Vergleich zu Habermas als „das eigentliche Gegenmodell“ zu den liberalen Einhegungstheorien interpretiert werden, siehe Erbentraut, *Volkssouveränität / ein obsoletes Konzept?*, 87.

²⁵⁰ Vgl. Maus, *Über Volkssouveränität*, 25f.

²⁵¹ Diese Argumentation zieht sich durch den gesamten Band, vgl. für diesen Absatz vor allem ebd., 25–28, 57, 68, 71.

²⁵² Ebd., 196.

²⁵³ Vgl. ebd., 105–109, 117ff; vgl. auch die hier formulierte Kritik an Kielmansegg (3.3.2).

²⁵⁴ Maus bezieht sich immer auch auf Immanuel Kant, sogar wesentlich stärker als auf Rousseau, weil er die Theorie deutlicher ausgeführt habe. Sie macht jedoch kaum Unterschiede zwischen den beiden Denkern und widerspricht sogar Habermas, dass beide die Gleichursprünglichkeit unterschiedlich aufgelöst hätten. Stattdessen hätten beide die Gleichursprünglichkeit von Menschenrechten und Volkssouveränität beibehalten. Da diese Arbeit das Spannungsfeld um Rousseau nutzt, um verschiedene Konzeptionen der Volkssouveränität aufzuzeigen, wird Maus' Kant-Rekonstruktion hier ausgeblendet.

²⁵⁵ Die Begriffe prozedural und prozessual können synonym verwendet werden; ich nutze sie hier um zwischen der Konzeption von Habermas, der den Prozess als allmähliche Entstehung der Entscheidung betont, und jener von Maus, die das formale Prozedere herausstellt, sprachlich zu unterscheiden.

zess ähnlich dem Habermas' finde, in dem Menschenrechte und Volkssouveränität einander bedingen.²⁵⁶ Nur durch die freie und gleiche Teilnahme aller kommt die Entscheidung des Volkes zustande, deren Endzweck wiederum Rechte und Freiheit seien. Die Gesetze müssen allgemein sein nicht nur in ihrem Ergebnis, sondern auch in ihrem Zustandekommen: In der Beteiligung aller Betroffenen an der Konstituierung allgemeiner Gesetze besteht auch die Unteilbarkeit der Souveränität. Und diese „prozedurale Rationalität“²⁵⁷ hänge notwendig mit strikter Gewaltenteilung zusammen: Das souveräne Volk (oder seine Vertreter) erlässt als verfassungsgebende Gewalt eine Verfassung als Verfahrensordnung und auf deren Basis allgemeine Gesetze – ohne Kenntnis des Einzelfalls. Der Staat als Inhaber des Gewaltmonopols, Exekutive und Judikative, darf die Gesetze auf den Einzelfall beziehen, aber daher auf keinen Fall Gesetze erlassen. Die Verfassung bindet den Staat zum Schutz des Volkes, nicht umgekehrt.²⁵⁸ Daher brauche Volkssouveränität auch einen konkreten Ort, von dem aus sie die Staatsgewalt konstituiert, beschränkt und kontrolliert. Rousseaus Gemeinwille ist für Maus mitnichten der Wille eines Volkskörpers, sondern Minimalkonsens, der aus den Sonderwillen hervorgeht.²⁵⁹ Der Zwang zur Freiheit bedeute nicht mehr als den Zwang, Verfassung und Gesetzen Folge zu leisten; Rousseau habe schließlich keine soziologische, sondern eine Rechtstheorie geschrieben. Das Individuum ist dabei geschützt durch die formelle und abstrakte Natur der Gesetze, die willkürliche Entscheidungen verhindert.²⁶⁰ So ist Volkssouveränität einerseits also zu verrechtlichen, um die Verfahrensgerechtigkeit des demokratischen Prozesses zu gewährleisten.²⁶¹ In ihrer Funktion als Begründung und Begrenzung staatlicher Gewalt muss sie andererseits vorstaatlich situiert werden und darf nicht vollständig institutionalisiert im Staat aufgehen. Sie kann rechtsfreie Räume nutzen, die das formale Recht eröffnet, sobald etwas nicht gesetzlich geregelt ist. Diese rechtsfreien Räume sind für Maus keine Gefahr, sondern es ist notwendig „[dass] dem ‚Volk‘ als den Nicht-Funktionären die jedem Recht vorhergehende Handlungskompetenz verbleibt, die Bedingungen der Übertragung politischer Macht je neu zu reflektieren und gegebenenfalls zu ändern“.²⁶² Diese Volkssouveränität, die nicht rechtlich institutionalisiert ist, verbleibt nicht notwendig unorganisiert und formlos noch kann sie ohne die rechtsförmige bestehen, die der alltäglichen Gesetzgebung zugrunde liegt. Die erste ist jene verfassungsgebende Gewalt, die Innovationen ermöglicht, die ande-

²⁵⁶ Maus, *Über Volkssouveränität*, 230.

²⁵⁷ Ebd., 110–13.

²⁵⁸ Vgl. ebd., 46f, 78ff.

²⁵⁹ Vgl. ebd., 117.

²⁶⁰ Vgl. ebd., 60.

²⁶¹ Vgl. ebd., 92.

²⁶² Ebd., 91.

re ist legislative Gewalt, die durch aktives Handeln dauerhaft am politischen Prozess teilhat. Das könne, so Maus, Schmitts formlose Masse nicht leisten.²⁶³

Das Volk ist also keine formlose, und daher gefährlich steuerbare Masse, noch ein Kollektivkörper mit einheitlichem Willen; das sei ohnehin ein Missverständnis der modernen Revolutionstheorien.²⁶⁴ Stattdessen ist das Volk eine rechtliche Konstruktion,

„die Summe der durch vertraglichen Willensakt verbundenen, höchst abstrakten Citoyens. Die Abstraktion des Citoyen bedeutete nicht etwa die Eliminierung je besonderer konkreter Bedürfnisse und heterogener Gruppen, sondern die abstrakte Gewährleistung gleicher Partizipationsrechte ohne Ansehung dieser heterogenen Besonderheiten. Insofern implizierte das Volkssouveränitätskonzept weder eine Gemeinschaftsideologie noch eine Homogenisierung der Gesellschaft.“²⁶⁵

Das Volk ist notwendig vielstimmig und muss daher beraten, und das gelte auch für Rousseaus Konzeption. Ohnehin beschreibe dieser Volksbegriff nicht nationale Mythen, sondern das Volk als Gegenüber der Funktionsträger des Staatsapparats. Erst im antagonischen Verhältnis zum staatlichen Gewaltmonopol und dessen Trägern erhält der Volksbegriff der Aufklärung seinen Sinn.²⁶⁶ Das Volk sind jene, die den Rechtsstatuts der Staatsbürger teilen und dabei dem Staat unterworfen sind, ihn aber auch konstituieren. Weil Staat und Volk gerade in der Moderne ihre rein rechtliche, formale Begründung finden,²⁶⁷ kann kein Ausschluss aus dem Nationalstaat „aus Seßhaftigkeit, Abstammung oder Teilhabe an historischem Schicksal oder Kultur einer Gesellschaft“²⁶⁸ begründet werden. Zwar muss der demokratische Staat Grenzen haben, um Verfahrensgerechtigkeit und Geltungsbereich des Rechts zu markieren, aber diese sind notwendig überschreitbar, eben weil sie im formellen Verfahren begründet sind. Die Identität des Staates ist nicht vorpolitisch oder territorial vorgegeben, sondern wird erst durch Akte der Gesetzgebung festgelegt, deswegen können Nicht-Bürger die Grenze überqueren und in den Gesetzgebungsprozess integriert werden.²⁶⁹

Neben dieser Rekonstruktion von Strukturen und Begründung der Volkssouveränität zielt Maus auch auf deren Aktualisierung im Lichte der heutigen parzellierten Gesellschaft: Diese sei differenziert, dezentriert, plural und ohnehin multikulturell, sodass es kaum ge-

²⁶³ Ebd., 105ff.

²⁶⁴ Vgl. auch Ingeborg Maus, *Zur Aufklärung der Demokratietheorie / rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*, 1. Aufl. (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1994), Kap. 11.

²⁶⁵ Maus, *Über Volkssouveränität*, 60.

²⁶⁶ Vgl. ebd., 68.

²⁶⁷ Der Volksbegriff der Aufklärung sei gerade durch seine Entsubstantialisierung gekennzeichnet, so basiere die Nationszugehörigkeit gemäß der jakobinischen Verfassung viel weniger auf präpolitischen Kriterien als auf Beitritt durch Zustimmung zur Verfassung und erlaube nicht-Staatsbürgern politische Teilhabe. Die Kritik einer nationalistischen Volkssouveränität, etwa die von Hannah Arendt, gründe auf der Projektion ihrer „Entwicklung zum chauvinistisch pervertierten Nationalstaat“ (Ingeborg Maus, „Zur begrifflichen Differenzierung von völkischem und konstitutionellen Nationalismus“, 1994, <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr106s.htm>).

²⁶⁸ Maus, *Über Volkssouveränität*, 379f.

²⁶⁹ Vgl. ebd., 378f. Hier liegt für Maus die Zäsur zwischen dem abstrakten Bürger und dem prozeduralen formellen Recht der Moderne gegenüber feudal-ständischen substantiellen Rechts- und Grenzsetzungen.

teilte Werte gebe und die Lösung in einer Rückbesinnung auf formale Verfahren der Rechtsetzung liege. „Eine Rekonstruktion von Volkssouveränität in einer parzellierten Gesellschaft muß [...] eine Dezentralisierung der Gesetzgebung ins Auge fassen, während sie die generalisierenden Perspektiven der Rechtsform beibehält.“²⁷⁰ Zentral durch das Parlament entschieden werden sollen nur noch die Verfahrensregeln, auf welche sich die Verfassung zu reduzieren hat; basisdemokratisch regional oder anderweitig dezentral – aber eben durch die Verfahrensordnung geregelt – sollen alle weiteren Gesetze beschlossen werden, also durch dezentrale Volksentscheide.²⁷¹ Um die Unteilbarkeit der Souveränität zu gewährleisten, ist sicherzustellen, dass alle Betroffenen an der Entscheidung partizipieren können. Es ginge letztendlich um die Demokratisierung eines ohnehin schon laufenden Prozesses der Dezentrierung politischer Entscheidungen.²⁷²

Für Maus steht Volkssouveränität also in wechselseitigem Zusammenhang mit den Menschenrechten und in einem Spannungsverhältnis mit der staatlichen Gewalt, die sie konstituiert aber auch begrenzt. Volkssouveränität ist für sie prozedural-rechtlich zu verstehen, als Modus des Zustandekommens allgemeiner Gesetze, jedoch muss das Volk als souveränes Subjekt erhalten bleiben und in direkten Formen politisch beteiligt sein. Das Volk ist eine nur rechtliche begründete, hoch differenzierte Gemeinschaft, die weder Abstammung noch Werte teilen muss, sondern sich auf faire Verfahrensregeln einigen muss. Ihre Konzeption von Volkssouveränität ist mitnichten konkretistisch, aber doch konkreter als die von Habermas, weil sie auf die faktische Entscheidungsmacht fokussiert.

3.4 Von völkischer Konkretisierung zur prozessualen Entsubjektivierung

Dieses Kapitel diene dazu, den Begriff Volkssouveränität darzulegen und verschiedene Konzeptionen aufzufächern, um das Verständnis von Volkssouveränität bei Pegida einordnen zu können. Zuerst ist Volkssouveränität als gründende und legislative Gewalt von einer absoluten Befehlsgewalt abzugrenzen. Sie ist die verfassungsgebende Gewalt, die eine politische Form hervorbringt und eine politische Ordnung begründet. Sie ist staatsbegründend, überträgt jedoch das Gewaltmonopol an den Staat und seine Funktionsträger; das Volk sind in den Theorien der Volkssouveränität immer jene, die nicht den Staat repräsentieren bzw. keine staatlichen Funktionen innehaben. In diesem Sinne kann das Volk keine Befehlsgewalt ausüben. Gleichzeitig sind die Träger staatlicher Gewalt nicht souverän. Absolute Souveränität soll dadurch eliminiert werden. Diese Trennung gilt jedoch nicht

²⁷⁰ Ebd., 38.

²⁷¹ Für ihre Diskussion für und wider Plebiszite siehe ebd., 81–90.

²⁷² Vgl. ebd., 35–43, 89.

unbeschränkt, denn Kielmanseggs Kritik und Schmitts Konzeption zeigen, dass das Volk potentiell Befehlsgewalt ausüben oder den Staat ermächtigen kann.

Als nächstes ist das ständische Verständnis von den modernen Demokratietheorien abzugrenzen: Die Monarchomachen verwenden Volkssouveränität besonders zur Legitimierung von Widerstand gegen einen als tyrannisch beschriebenen Alleinherrscher; dieser Herrscher kann durch einen anderen ersetzt werden und die Ordnung umgestaltet, damit ist jedoch noch keine demokratische Ordnung mit dauerhafter Mitbestimmung des gesamten Volkes notwendig, die ständische Gesellschaft bleibt ohnehin unangetastet. Für die Monarchomachen kann Volkssouveränität einen guten König legitimieren, der jedoch die Stände einbinden muss. Demgegenüber dient die Volkssouveränität bei Rousseau der Sicherung individueller Autonomie im Staat, weshalb die Legislative demokratisch aufgebaut sein muss. Das Widerstandsrecht bleibt in den modernen Theorien erhalten, tritt jedoch hinter die Ausgestaltung der republikanischen Ordnung zurück. Darauf aufbauend sind die verschiedenen modernen Konzeptionen zu vergleichen. Einen Überblick gibt Tabelle 1 am Ende des Kapitels.

Am wichtigsten für die Unterscheidung in konkretistische und prozessuale Konzeptionen ist, welche Rolle dem Prozess der Meinungsbildung zugeschrieben wird (Abb. 1) und welche Handlungsoptionen das Volk hat. Zwischen Schmitt und Habermas als extremen Polen lassen sich verschiedene Abstufungen treffen. Schmitts Ziel ist ein eindeutiger und einheitlicher Wille, der unmittelbar und ursprünglich aus dem Volk heraus akklamiert wird. Das Volk soll explizit nicht diskutieren, weil dies schon ein Zeichen von Uneinheitlichkeit wäre und weil die Entscheidung selbst absolute Priorität hat, es bedarf der Diskussion wegen seiner Gleichartigkeit nicht und es kann nicht diskutieren, weil es nur als formlose Masse auftritt. Habermas' Volkssouveränität besteht in einem langen Diskussionsprozess, in dem verschiedene Meinungen und Argumente ausgetauscht werden. Es gibt in diesem Sinne keinen gemeinsamen Willen, sondern eine Vielzahl und diese sind durch Argumentation veränderlich. Der Diskurs kommt am Ende zu einer Entscheidung, jedoch liegt die Betonung klar auf dem Prozess und nicht dem Moment der Abstimmung. Die Entscheidung ist konsensual insoweit, dass alle gehört werden müssen und sie möglicherweise bereits einen Kompromiss enthält, bzw. Minderheitenmeinungen integriert wurden. Es besteht am Ende nicht notwendig ein Konsens über ihren Inhalt, sondern nur über ihre vorläufige Gültigkeit, die sie aufgrund des Verfahrens erhält. Im weitergehenden Diskurs können sich Überzeugungen verändern, sodass er niemals als abgeschlossen zu verstehen ist.

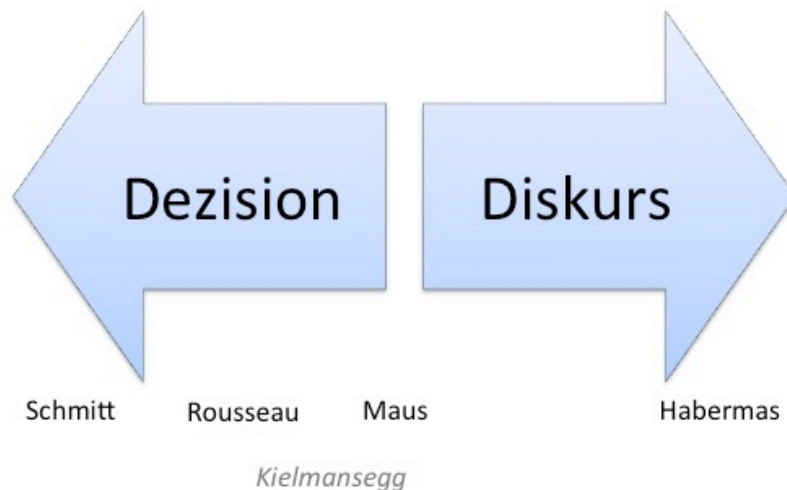


Abbildung 1: Volkssouveränität zwischen Dezision und Diskurs

Rousseaus Position enthält mehrere Widersprüche: Er verlangt Meinungsfreiheit und Versammlung, aber ihm widerstreben lange Diskussionen und Uneinigkeit. Um der Vorstellung gerecht zu werden, müsste das Individuum in der Lage sein, während der Versammlung vollständig von seinen privaten Bedürfnissen zu abstrahieren, allerdings ohne dazu in einen längeren Meinungsaustausch zu treten. Die Konzeption von Maus liegt zwischen Rousseau und Habermas: Gegenüber Rousseau kommt bei ihr die Verfahrensordnung stärker zur Geltung, aus der allein sich die Legitimität des Rechts ableiten lässt. Uneinigkeit problematisiert sie nicht, sondern sieht sie als Ausdruck einer differenzierten Gesellschaft. Sie legt allerdings mehr Wert auf die konkrete Entscheidung, als Habermas dies tut. Zu einem bestimmten Zeitpunkt muss das Volk abstimmen, um staatlichem Handeln einen Rahmen zu geben. Bei Kielmansegg existiert die Volkssouveränität fast nur noch in legalisierter Form und wird vorrangig durch Wahlen ausgeübt. Er schließt allgemeine Diskurse nicht aus, doch sind die politischen Entscheidungen von einer gewählten Elite zu treffen.

Die Volkssouveränität steht in unterschiedlichen Verhältnissen zur institutionellen Ordnung. Für Schmitt ist das Volk radikal souverän: Staatliche Ordnung steht zu seiner Disposition und es soll dabei nicht an interne oder externe Prinzipien gebunden sein. Mit seinen Vertretern soll das Volk durch Gleichartigkeit verbunden sein. Es kann diese umfassend ermächtigen, wenn es an ihre Legitimität glaubt, aus der Volkssouveränität lässt sich für Schmitt auch eine demokratische Diktatur ableiten. Auch bei Rousseau verfügt das Volk über die staatliche Ordnung, allerdings sind seine Entscheidungen an das Prinzip der Allgemeinheit gebunden. Daher etabliert es als legislative Gewalt eine Regierungsgewalt, die auf den Einzelfall zugreifen kann, aber an die Rechtsetzung des Volkes gebunden ist. In

Ausnahmefällen kann das Volk eine Diktatur zur Bewältigung einer Krise etablieren. Maus legt Wert auf einen konkreten institutionellen Ort der Volkssouveränität: Dem Volk als Subjekt gegenüber dem Staat kommt das Monopol zu, verbindliche Entscheidungen über die Verfahrensordnung und Gesetze zu treffen. Es ist dabei an ordentliche Verfahren und Rechtsförmigkeit als der Volkssouveränität inhärente Prinzipien gebunden. Außerdem existiert das Volk in rechtsfreien Räumen, in denen es spontan handeln kann. Dem Staat obliegt das Gewaltmonopol, aber er ist an die demokratischen Gesetze gebunden, die ihn nicht nachträglich begrenzen sollen, sondern: Staatliches Handeln ist überhaupt nur da legitim, wo es durch einen gesetzlichen Rahmen ausdrücklich gestattet ist. Im Habermas'schen Demokratieprinzip sind Diskursprinzip und Rechtsförmigkeit miteinander verbunden. Weil die kommunikative Macht explizit diffus ist, ist sie nicht klar als Gegenüber oder Inneres des Staates zu lokalisieren. Sie kontrolliert, inspiriert und vermittelt den Willen der Bürger mit der Rechtssetzung, ist aber nicht selbst rechtsetzend. Kielmansegg bindet den Staat an demokratische Modi der Entscheidungsfindung und die passive Kontrolle der Bürger, jedoch ist es vor allem die institutionelle Ordnung, die die Volkssouveränität begrenzt: Volk wie Staatsgewalt sind in ein Ordnungsgefüge eingebunden.

Gleichwohl die Volkssouveränität eine staatliche Ordnung begründet, begrenzt sie diese auch und erlaubt Widerstand. Zudem erlaubt das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auch eine Revolution der Ordnung. Widerstand gegen eine undemokratische, nicht verfassungskonforme Regierung lassen alle Theorien der Volkssouveränität zu, denn sie haben ihren Ursprung in der Begründung von Widerstand. Am stärksten begrenzt ist dies bei Kielmansegg, der wohl Widerstand gegen Staaten ohne Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit als legitim ansehen würde. Schmitt muss Widerstand zugestehen, wenn die Regierung dem vom Volk geäußerten Willen eklatant zu wider läuft; die radikale Souveränität erlaubt es aber ohnehin, über die verfasste Ordnung zu verfügen, sie jederzeit aufzuheben und eine neue zu erlassen, denn der souveräne Wille über die politische Existenz verbleibt immer beim Volk als der Verfassung vorrangiges. Auch bei Rousseau kann der Gemeinwille nicht zukünftig gebunden werden, und das Volk kann außer Widerstand zu leisten, eine neue Ordnung hervorbringen – auch wenn dies Gefahren und Instabilität mit sich bringt. Bei Maus ist Revolution prinzipiell möglich, wenn sie innerhalb der Verfahrensprinzipien abläuft. Ihre Theorie kann jedoch eher als Versuch verstanden werden, radikale Reformen zu ermöglichen. Das Widerstandsrecht gehört für sie zwar zur Volkssouveränität dazu, sie betont jedoch die aktive souveräne Gestaltung des demokratischen Prozesses, demgegenüber Widerstand eher eine Refeudalisierung ausdrücke. Ebenso ist Habermas' prozessuale

Volkssouveränität eher als Versuch zu verstehen, Emanzipation im Rahmen der bürgerlichen Ordnung zu ermöglichen.

Die Menschenrechte sind laut der prozessualen Theorien Bedingung und Ergebnis der volkssouveränen Entscheidung, sie werden weniger als begrenzend denn als *formgebend* verstanden. Für Maus und Rousseau sind die rechtssetzenden Verfahren hinreichend, um die Menschenrechte zu garantieren. Bei Habermas wird der Diskurs stärker betont, in dem alle Individuen an der Entscheidung beteiligt sind. Laut den konkretistischen Konzeptionen – sowohl der kritischen als auch der affirmativen – stellen die Menschenrechte Grenzen für den souveränen Willen dar; sie schützen als liberale Rechte das Individuum vor der Mehrheitsentscheidung (Kielmansegg) bzw. beschneiden den Volkswillen (Schmitt). Maus macht vor allen deutlich, dass Menschenrechte gegenüber dem Staat als Rechte der politischen Gemeinschaft zu verstehen sind, während sie bei Kielmansegg stärker als Rechte der Individuen gegenüber der Gemeinschaft interpretiert werden. Demzufolge werden die Menschenrechte durch das (staatliche) Institutionengefüge garantiert, das auch die Volkssouveränität einhegt. Für Maus sind sie zu sichern, indem das Volk aktiv am demokratischen Prozess teilhat und formell menschenrechtsadäquate Gesetze erlässt, anstatt sich auf Gerichte zu verlassen, Gesetze und Menschenrechte inhaltlich zu interpretieren.

Im Zusammenhang von Menschenrechts- und Volksverständnis steht auch das Verhältnis ‚Fremder‘ zum Souverän: Schmitts gleichartiges Volk ist substantiell definiert, eine vorpolitisch kulturelle oder biologische Unterscheidung, die nicht durch Vereinbarung überwunden werden kann. Ist das Volk rechtlich bestimmt, können prinzipiell immer neue Mitglieder aufgenommen werden; das ist bei Rousseau jedoch insoweit eingeschränkt, als er eine gewisse kulturelle und soziale Homogenität voraussetzt. Bei allen Theorien bleibt letztendlich ein Vorrang des demokratischen Kollektivs gegenüber Neuankommenden erhalten: Es kann entscheiden, ob es sie aufnehmen möchte. Dies ist von Maus und Habermas offen und verhandelbar konzipiert, sodass der „Zufall der Geburt“ (Hannah Arendt) nicht notwendigerweise das abschließende Kriterium bildet. Ein Vorrecht der bereits Anwesenden vor z.B. Migrierenden wird damit jedoch nicht aufgehoben.²⁷³

Den Konzeptionen liegen je unterschiedliche Volksbegriffe zugrunde (Vgl. Abb. 2). Zu trennen ist zuerst eine kollektivistische von einer individualistischen Konzeption: Bei Maus, Kielmansegg und Habermas gehen die Individuen nicht im Kollektiv auf, denn es kann immer zu Meinungsverschiedenheiten kommen und die Individuen können prinzipi-

²⁷³ Vgl. Loick, *Kritik der Souveränität*, 175–78; Loick argumentiert, dass Arendts bedingungsloses „Recht auf Rechte“ bzw. Recht auf Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft jede Art von Souveränität ausschließen würde.

ell aus dem Verbund austreten (Kielmansegg macht zu letzterem keine Angaben). Außerdem ist die politische Ordnung mit dem Individuum begründet. Bei Schmitt hat die Nation idealerweise einen einstimmigen Willen, individuelle Rechte werden als liberal verworfen und die Ordnung ist aus dem nationalen Kollektiv heraus begründet, sein Volksbegriff ist kollektivistisch. Rousseau befindet sich zwischen diesen Vorstellungen: Beispielsweise leitet er die Ordnung vom Individuum ab, das dann jedoch zum Körper verwächst und Teil des Gemeinwillen werden muss; andererseits bleiben die individuellen Sonderwillen erhalten. Zwischen Kollektiv und Individuum existiert eine Spannung, die mit der Trennung in privat und öffentlich korreliert.

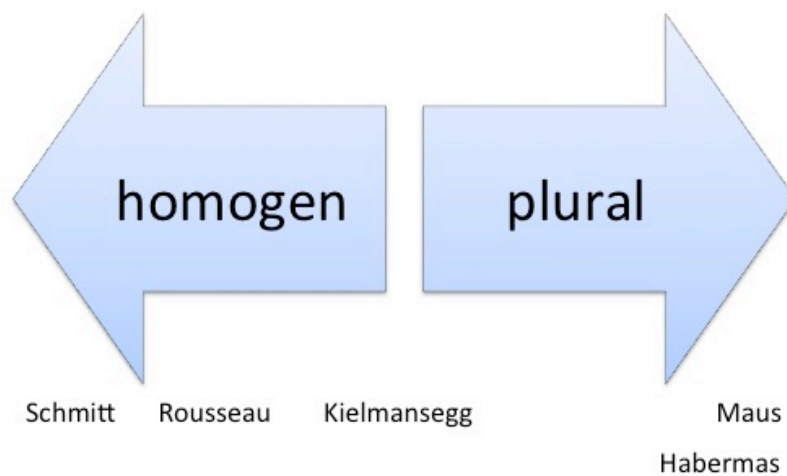


Abbildung 2: Volkbegriffe

Des Weiteren kann zwischen pluralen und homogenen Elementen unterschieden werden: Carl Schmitt setzt explizit auf fundamentale und substantielle Gleichartigkeit; Rousseau verlangt ein gewisses Maß an Homogenität und tugendhafter Identität; die anderen Denker*innen betonen dagegen Verschiedenheiten; Maus und Habermas gehen darüber hinaus von einer parzellierten, multikulturellen Gesellschaft aus, die nicht einmal grundlegende Werte teilt, sondern sich nur noch auf Verfahrensregeln einigen kann. Kielmansegg schwankt zwischen einem plural konstituierten Volk und der Gefahr dessen Vereinheitlichung im Namen eines Gemeinwohls.

Vertreter*in	Verhältnis zur Ordnung	Volk	Äußerung
Schmitt	radikale Souveränität keine universellen Menschenrechte ermächtigend	völlig homogen kollektivistisch vorpolitisch voluntaristisch	konkretistisch Willensakt Akklamation
Rousseau	Wechselseitige Bedingtheit, Tendenz Souveränität (Allgemeinheit) ermächtigend, begrenzend	homogen Spannung Individuum-Kollektiv Vertragspartner	konkretistisch/prozedural Willensakt Vertrag allgemeine Gesetze
Maus	Wechselseitige Bedingtheit (prozedurales Recht) ermächtigend, begrenzend	pluralistisch dezentriert multikulturell Rechtsverband	Verfahrensordnung allgemeine Gesetze Plebiszit
Habermas	Wechselseitige Bedingtheit (rechtsförmiger Diskurs) vermittelnd	pluralistisch gesellschaftlich Rechtsgenossen	prozessual rechtsförmiger Diskurs öffentliche Meinung
Kielmansegg	Einhegung und Begrenzung Teil des Institutionengefüges	pluralistisch individualistisch, Potenzial des Kollektivismus Wähler	Monopol der Gesetzgebung Wahl Öffentliche Meinung

Tabelle 1

4. „Wir sind das Volk!“ Volkssouveränität bei Pegida

Die in Kapitel 3 erarbeiteten Kategorien sollen nun anhand der Kritischen Diskursanalyse auf die Reden von Tatjana Festerling und Lutz Bachmann bei Pegida in Dresden angewandt werden. Die konkretisierten Fragestellungen lauten wie folgt:

- * Was versteht Pegida²⁷⁴ unter Volkssouveränität? Wie äußert sich diese? Welche Rolle spielt der Prozess der Willensbildung (Konkretismus und Prozeduralismus)?
- * In welchem Verhältnis steht die Volkssouveränität zur institutionellen Ordnung, zum Staat, zur Verfassung und zu den Menschenrechten? Welche politische Ordnung wird im Sinne der Volkssouveränität gefordert?
- * Welche Rolle spielen Widerstand, Konservierung, Revolution und Neugründung? Wogegen richtet sich Widerstand bei Pegida?
- * Was konstituiert und definiert das Volk? Wie ist es beschaffen (Pluralismus und Homogenität)? Welche Rolle spielt das Individuum gegenüber der Gemeinschaft (Individualismus und Kollektivismus)?

Um diese Fragen zu beantworten ist zuerst ein Überblick über die Bewegung zu geben sowie eine Strukturanalyse (4.1.2) vorzulegen, um den gesamten Korpus und Veränderungen zu bewerten. Sodann werden acht Reden einzeln analysiert (4.2). Anschließend werden in der synoptischen Analyse (5.) die Fragen beantwortet und die Ergebnisse in einen Zusammenhang gestellt.

4.1 Entwicklung von Pegida und des Diskurses

Die Strukturanalyse soll, wie in Kapitel 2 dargestellt, die verschiedenen Diskursstränge des Korpus aufzeigen und dabei Erkenntnisse über Zeitverlauf, Veränderungen und Trends zeitigen. Auf dieser Basis werden die Fragmente für die Feinanalyse ausgewählt. Der institutionelle Rahmen der Fragmente (Autor*in, Rahmung, Medium) soll ebenfalls hier besprochen werden, da es sich um dieselbe Veranstaltung (Medium) und dieselben Redner*innen handelt. An dieser Stelle ist es also nötig, Pegida, Tatjana Festerling und Lutz Bachmann kurz zu charakterisieren.

4.1.1 Entwicklung Pegidas

Lutz Bachmann hat die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ im Oktober 2014 gemeinsam mit elf weiteren Personen zuerst als Facebook-Gruppe ge-

²⁷⁴ Zur Verallgemeinerungsfähigkeit der Reden auf die Pegida-Organisation und die Teilnehmenden siehe Kapitel 2.

gründet. Seit Montag, 20. Oktober 2014 finden mit wenigen Ausnahmen wöchentliche Kundgebungen „gegen Glaubenskriege und für die Meinungsfreiheit“ statt. Bachmann redet auf beinahe jeder Pegida-Veranstaltung in Dresden und tritt als Gründer und ‚Herz‘ der Bewegung auf. Es ist nicht bekannt, dass er zuvor politisch organisiert gewesen wäre. Bachmann ist wegen mehrfachen Einbruch-Diebstahls und Rauschmitteln vorbestraft und gegen ihn liegen mehrere Anzeigen unter anderem wegen Volksverhetzung vor. Der anfängliche Organisationskreis setzte sich aus seinem Freundeskreis zusammen.

Die Entwicklung Pegidas wird vom Antifa Recherche Team, das die Bewegung kontinuierlich beobachtet hat, in drei Phasen unterteilt.²⁷⁵ In der Phase des Anfangs und Aufstiegs trifft Pegida die Stimmungslage der Menschen in Sachsen, die Einwanderung kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Pegida passt in dieser Zeit immer wieder Sprache und Forderungen an, um sich als bürgerlich-demokratisch darzustellen.²⁷⁶ Die Demonstrationen wachsen stetig, wobei auch vorher existierende Anti-Asyl-Initiativen teilnehmen, und erreichen bundesweit Aufsehen. Die Pegida-Organisation gibt eine Pressekonferenz vor Journalist*innen vieler überregionaler Medien und Kathrin Oertel nimmt an der Talkshow von Günther Jauch teil, was für eine junge Bürgerbewegung als herausragend bezeichnet werden kann. Ableger in anderen Städten bleiben marginal.

„In Sachsen jedoch entwickelte sich *Pegida* zu eine Art Katalysator: saugte *Pegida* zunächst regionale Anti-Asyl-Kampagnen auf, entwickelte die Bewegung 2015 eine Strahlkraft in Klein- und Mittelstädte, in denen – nicht zwangsläufig als Ableger, aber durchaus nach dem Vorbild *Pegidas* – unzählige ‚Nein zum Heim‘- oder ‚xy wehrt sich‘-Initiativen entstanden.“²⁷⁷

In der zweiten Phase von der Spaltung Ende Januar bis zum Frühsommer 2015 verändert sich das Organisationsteam; fünf Personen um die Hauptrednerin Kathrin Oertel sind ausgetreten, weil ihnen die Abgrenzung von offen neonazistischen Tendenzen nicht ausreichte. Sie gründen die Organisation „Direkte Demokratie für Europa“, die jedoch nur kurz Bestand hat.²⁷⁸ Nach der Spaltung fällt die Zahl der Teilnehmenden bei Pegida von 17.000

²⁷⁵ Vgl. „Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung“, in *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, hg. von Tino Heim, im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016); vgl. zudem Anhang, B. Timeline zu den wichtigsten Ereignissen.

²⁷⁶ Etwa fordert Bachmann auf den ersten Kundgebungen (und auch später wieder), keine Asylsuchenden aufzunehmen, die stattdessen ihre Staaten wieder aufbauen sollten (LB 27.10.2014); Pegida veröffentlicht später das 19-Punkte-Papier, in dem die Bewegung ihre Forderungen moderater formuliert, um sich gegen Kritik abzusichern.

²⁷⁷ Antifa Recherche Team Dresden, „Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung“, Abschn. Phase I, Herv. i. Org.

²⁷⁸ Vgl. Fabian Reinbold, „Spaltung der Anti-Islam-Bewegung: Pegida gegen Pegida“, *Spiegel Online*, 29. Januar 2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/dresden-kathrin-oertel-gruendet-pegida-konkurrenten-a-1015619.html>; die Einschätzung, dass es Oertel dabei nur um direkte Demokratie geht, ist mit Vorsicht zu genießen. Kurze Zeit später nahm sie an verschwörungsideologischen Kundgebungen teil (etwa Endgame, Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas). Zuletzt sprach sie auf einer Demonstration in Berlin, auf der neonazistische Gruppen und Parteien erkennbar anwesend waren und antisemitische und rassistische Redebeiträge gehalten wurden, siehe Theo Schneider, „Rechtsextremer Feind-

auf 2000, bevor sie sich bei einigen Tausend einpendelt.²⁷⁹ Spätestens mit der Spaltung werden Reden und Stimmung auf den Kundgebungen aggressiver.

Tatjana Festerling kommt im Februar 2015 zu Pegida und wird bald Hauptrednerin,²⁸⁰ im Juni tritt sie für Pegida zur Wahl der Oberbürgermeisterin Dresdens an und erhält 9,6 Prozent der Stimmen.²⁸¹ Festerling ist aus der *Alternative für Deutschland* ausgetreten, die ihr mit dem Partei-Ausschluss drohte, weil sie sich positiv auf die Kundgebung der Hogesa-Bewegung²⁸² in Köln bezogen hat, bei der es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen war. Sie entstammt also einer Partei der Neuen Rechten, deren Hamburger Landesverband sie mitgegründet hat. Sie hat Ton und Sprache bei Pegida nochmals deutlich verschärft.²⁸³ Gleichzeitig sind ihre Reden rhetorisch ausgefeilter und haben oft ideengeschichtliche und theoretische Bezüge.²⁸⁴ Bachmann fungiert seitdem oft nur noch als Moderator und Anmelder, fasst aktuelle Ereignisse zusammen und geht dabei weniger konzeptionell ins Detail. Pegida lädt regelmäßig Gastredner*innen ein. Nach einer Großveranstaltung mit Geert Wilders bleiben die Kundgebungen klein, wobei gleichzeitig in sächsischen Dörfern zahlreiche ‚Nein-zum-Heim‘-Initiativen aktiv werden. Im Sommer 2015 folgen Übergriffe, Anschläge und gewalttätige Ausschreitungen wie in Freital, Dresden und Heidenau.

Von diesem Sommer bis zum Anfang des Jahres 2016 wird die bisher letzte Phase der Bewegung charakterisiert, an deren vorläufigem Ende die Gründung der internationalen Plattform „Fortress Europe“ mit rechten Bewegungen und Parteien in Europa steht. Ab dem Hochsommer nehmen wieder regelmäßig 5.000 Personen an den Kundgebungen teil, ab September steigt die Zahl erneut an, bleibt jedoch bis auf ‚Großevents‘ niedriger als 10.000. Als Ursache sind die steigenden Zahlen tatsächlicher Eröffnung von Unterkünften und deren Bezug durch Asylsuchende anzunehmen, aber auch die Diskussion um ankommende Flüchtlinge, Fluchtwege, Grenzsicherungen, Grenzübertritte und Obergrenzen. Bei Pegida lässt sich eine Steigerung der Übergriffe, besonders auf Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen feststellen, in einigen Fällen sammeln sich Großgruppen von

bildmix“, *Blick nach Rechts*, 15. März 2016, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechtsextremer-feindbildmix>.

²⁷⁹ Zahlen immer laut Forschungsgruppe Durchgezählt, „Statistik zu Pegida in Dresden“, *Durchgezählt / Kllickern, Zählen und Schätzen*, 2016, <http://durchgezaehlt.org/pegida-dresden-statistik/>.

²⁸⁰ Sie sei „neues Gesicht und neue Stimme“ von Pegida, (Antifa Recherche Team Dresden, „Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung“, Abschn. Phase II).

²⁸¹ Vgl. Lars Radau, „Pegida-Kandidatin Festerling schafft fast zehn Prozent“, *Der Tagesspiegel*, 7. Juni 2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/oberbuergemeisterwahl-in-dresden-pegida-kandidatin-festerling-schafft-fast-zehn-prozent/11882698.html>.

²⁸² „Hooligans gegen Salafisten“, eine rechtsradikale und Hooligan-Gruppierung, die mehrere gewalttätige Demonstrationen in Westdeutschland durchgeführt hat.

²⁸³ Vgl. auch Antifa Recherche Team Dresden, „Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung“, Abschn. Phase II.

²⁸⁴ Festerling hat u.a. Philosophie studiert. Häufig verwendet sie in ihren Reden Zitate oder Gedichte oder versucht sich in einer psychoanalytischen Beurteilung ihrer politischen Gegner*innen.

Hooligans und versuchen gezielt, Gegenkundgebungen und alternative Stadtviertel anzugreifen.²⁸⁵ Im Jahr 2016 schwanken die Teilnehmendenzahlen in Dresden um bisher 4.000. Während die Großdemonstrationen der ersten Phase als Massenevents gelten können, zu denen auch überregional Erstteilnehmer*innen mobilisiert werden, spielen sich die ‚Spaziergänge‘ bald zum regionalen Ereignis ein und ritualisieren sich. Beispielhaft sei hier die Beschreibung eines typischen Kundgebungsbeginns wiedergegeben:

„Es sind vor allem ganze Gruppen schlecht gelaunter Männer zwischen 30 und 50, welche sich mit ausgerollten Fahnen und noch eingerollten Transparenten einfinden. Alles ist eingespielt, jeder weiß, wo er sich auf dem Kundgebungsplatz einzufinden hat. Man begrüßt sich, trinkt noch einen Kaffee, Wein oder Bier, unterhält sich und wartet. ‚Guten Abend Dresden‘ – Jubel. Diese doppeldeutige Begrüßungsfloskel [...] wird gefolgt von der Begrüßung jener Städte, in denen parallel ‚spaziert‘ wird, gleichwohl ohne die geringen Teilnehmezahlen zu erwähnen. Der*die Dresden-Spaziergänger*in soll sich als Teil einer großen Gemeinschaft wähnen. Selbst das versammlungsrechtlich notwendige Verlesen der Auflagen ist eine rituelle Inszenierung. ‚Keine Hunde außer Blindenhunde, kein Alkohol, keine Glasflaschen oder andere Wurfgegenstände. Fahnenstangen nicht länger als 1,50. Jeder ist Ordner.‘ Unter Johlen werden die teilweise an zusammengebastelten Besenstielen oder Teleskopangelruten befestigten Fahnen auf die erlaubte Länge eingeholt, um genauso rituell während der ersten Rede Stück für Stück wieder ausgefahren zu werden.“²⁸⁶

Ebenso rituell eingespielt sind einige Inhalte der Reden, etwa die Beschimpfung von Journalist*innen und Politiker*innen, die dann reflexartig vom Publikum mit den passenden Sprechchören beantwortet werden, während die Organisator*innen bis zum Dezember 2014 Parolen noch ausdrücklich untersagt haben.²⁸⁷ Die Demonstrationen enden mit dem gemeinschaftlichen Singen der Nationalhymne, zu der die Teilnehmenden ihre leuchtenden Smartphones in die Höhe halten.²⁸⁸

4.1.2 Strukturanalyse: Islam, Volk, Souveränität und Widerstand

Stabil in den Reden bei Pegida vorhanden sind die Themenfelder Islam, Asyl und ‚Islamisierung‘ sowie ‚Lügenpresse‘, politisches Versagen und Volkssouveränität. Hauptthema der Analyse bilden das Verständnis von Volkssouveränität und Volk, sowie daraus abgeleitete Forderungen und Ordnungsvorstellung bei Pegida.²⁸⁹ Der Diskursstrang Volk verhandelt die Frage nach Zugehörigkeit. Eng verwoben damit ist der Diskursstrang Migration, Asyl, Islam, ‚Fremde‘, der zur Negativdefinition des Volkes beiträgt. Strukturell wird das Volk von staatlichen Funktionsträger*innen abgegrenzt und klar als Souverän betitelt

²⁸⁵ Vgl. die Chronik von ADDN, Paul, „PEGIDA ist (nicht) friedlich“, *Alternative Dresden News*, 2. Januar 2016, <https://www.addn.me/nazis/pegida-ist-nicht-friedlich/>.

²⁸⁶ Eine Einschätzung regelmäßiger Kundgebungsbeobachtung (Antifa Recherche Team Dresden, „Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung“, Abschn. Einleitung).

²⁸⁷ Vgl. Nadine Lindner, „Pegida“-Demo in Dresden - Diffuse Ängste“, *Deutschlandfunk*, 25. November 2014, http://www.deutschlandfunk.de/pegida-demo-in-dresden-diffuse-aengste.1769.de.html?dram:article_id=304310.

²⁸⁸ Vgl. auch Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“, Kap. I.4, der dies als Teil einer apolitischen Selbstverortung Pegidas als Konsument*innen von Politik betrachtet.

²⁸⁹ Vgl. Anhang A.3 Themen und Unterthemen des Korpus.

(TF 30.03.15; „Wir sind das Volk“-Rufe)²⁹⁰. Sozial ist das Volk als gemeinsames Volk (LB 06.04.15) und als soziale Mitte der Gesellschaft bestimmt, als produktive Leistungsträger*innen und „Steuerzahler“ (TF 09.03.15, 11.05.15). Kulturalistisch wird das Volk als tugendhaft und pflichtbewusst (TF 09.03.15) christlich, aufgeklärt, liberal und demokratisch von Islam, ‚Fremden‘ und Islamisten (LB 01.12.14, TF 09.02.15) abgegrenzt. Biologisch und völkisch wird die Nation als Organismus (LB 24.11.14) mit natürlichem Lebensraum beschrieben, die von Vergewaltigung (TF 14.03.16), Verdrängung und Aussterben bedroht sei (TF 21.09.15). Politisch und existentialistisch wird das Volk anhand einer eindeutigen und homogenen politischen Haltung definiert (TF 09.03.15). Abweichungen davon schließen eine Zugehörigkeit zum deutschen Kollektiv aus; Patriotismus und politischer Wille zur Existenz sind konstitutiv für ein Volk (ebd.; TF 14.12.15). Das Volk ist außerdem patriarchal strukturiert und dabei vermeintlich tolerant gegenüber privater Homosexualität (19-Punkte-Papier; LB 01.12.14). Feminismus und Forderungen nach mehr Rechten für Homosexuelle oder nach liberaler Sexualpolitik sind Ausschlusskriterien (TF 09.03.15).

Volkssouveränität gliedert sich in die Diskursstränge Grundlage und Struktur der politischen Ordnung, Widerstand (mangelnde Repräsentation, politische Eliten, Entscheidungen und Strukturen, Diktatur, Meinungsdiktatur, Extremismus, Totalitarismus, Verschwörung, Gefahren für die Nation sowie Formen des Widerstandes, Streik Revolution), Prozess und Rolle des Diskurses, gute Politiker*innen, direkte Demokratie und ‚wahre Repräsentation‘ (Bindung von Politiker*innen an den Volkswillen). Positive Bezugspunkte bilden Russland und Wladimir Putin (LB 15.12.14). Gute Politiker*innen stellen Festerling selbst (LB 06.04.15) und Viktor Orbán (TF 21.09.15) dar. Sie zeichnen sich durch Identität mit dem und unmittelbare Bindung an das Volk aus sowie durch ihre Durchsetzungsfähigkeit und Tatkraft. Ansonsten werden Politiker*innen positiv erwähnt, wenn sie ähnliche Einschätzungen oder Forderungen wie Pegida vertreten (LB 24.11.14). Die Bindung entsteht durch Direktwahl und dem Befolgen des Volkswillens. Die Entscheidungen von Repräsentant*innen seien außerdem durch Plebiszite zu ergänzen, die eine konstante Kernforderung Pegidas darstellen (LB 12.01.15; Dresdner Thesen, 15.02.15). An Parteien im Allgemeinen übt Pegida derzeit harsche Kritik (LB 06.04.15; TF 30.03.15). Diese wird jedoch opportunistisch angepasst: Festerling kritisiert anfangs noch die AfD (ebd.), aus der sie kurz zuvor ausgetreten ist. Als die Partei im Jahr 2016 größere Wahlerfolge feiert, äußert sie sich je-

²⁹⁰ Zur Zitierweise des empirischen Materials: Die Reden werden mit Initialen der Redner*in und Datum angegeben. Sie sind im Anhang unter „A. Übersicht der zitierten Reden“ nach Person und Datum sortiert aufgelistet, Papiere unter „B. Timeline“. Der Lesbarkeit halber werden die genauen Quellen im Anhang angegeben.

doch zunehmend positiv (18.01.16), und Bachmann spricht sich für gemeinsame Wahllisten aus (LB 29.02.16). Er argumentiert längere Zeit gegen Gründung einer eigenen Pegida-Partei (LB 11.05.15), ändert jedoch seine Meinung ein halbes Jahr später aufgrund zahlreicher Nachfragen (14.09.15). Gegründet wurde die Partei bis heute nicht.

Eine andere Form der Partizipation des Volkes wird im Dialog gesehen (LB 24.11.14, TF 09.03.15), der besonders in der Anfangsphase und bis zum Sommer 2015 eingefordert wird. Gleichzeitig werden Dialogforen als Quasselrunden bezeichnet (ebd.), konkretere Ergebnisse und mehr Handeln gefordert. Dauerhafte Uneinigkeit kann ein Volk nicht aushalten (ebd.; TF 14.12.15). Bei Pegida selbst findet die Diskussion vorrangig auf Facebook statt, in privaten Kleingruppen auf den Kundgebungen, vor allem jedoch von der Bühne hinunter zum Publikum. Der Organisationskreis fällt die wichtigsten Beschlüsse, die dann nachträglich durch Akklamation der Teilnehmenden auf der Kundgebung bestätigt werden.²⁹¹ Es gibt keine institutionalisierte Regelung für Mitsprache und Mitbestimmung an den Entscheidungen für die unorganisierten Teilnehmenden. Stattdessen gibt es eine funktionelle Trennung zwischen Organisationskreis, Redner*innen und bloßen Teilnehmenden. Die Vorstellungen guter politischer Ordnung, Vertretung und guten politischen Handelns werden Pegida zufolge von den politischen Eliten der BRD nicht erfüllt und sogar aktiv verhindert. Dabei steigert sich die Kritik an einzelnen politischen Persönlichkeiten und Strukturen von der Feststellung einzelner Mängel, die der DDR gleichkämen (LB 24.11.14, 18.05.15) bis zur Bezeichnung der Regierung als totalitär (LB 22.06.15) und als nationalsozialistisch (TF 18.01.16). Dem zugrunde liegt, was es in der Feinanalyse zu vertiefen gilt, ein projektives Verschwörungsdenken, eine stereotype Einteilung der Welt verbunden mit ständiger Personalisierung politische Strukturen und gesellschaftlicher Prozesse. Von Anfang an wird die Rolle der Politiker*innen dargestellt, als würden sie absichtsvoll das Volk an der Mitbestimmung hindern (LB 24.11.14). Dies steigert sich dann bis zur Verschwörung gegen das Volk, die es in seiner Existenz bedroht (TF 21.09.15). Im Rahmen dessen wird die BRD immer deutlicher als Diktatur beschrieben (TF 18.01.16), ein Gedanke der zu anfangs bereits in der Gleichsetzung einzelner Strukturen mit der DDR angedeutet war. Besonders häufig wird eine „Meinungsdiktatur“ angeprangert, weshalb die Kundgebungen „Spaziergänge gegen Glaubenskriege und für die

²⁹¹ So geschehen bei den Thesen- und Forderungspapieren (19-Punkte-Papier, Dresdner Thesen), der Nominierung Festerlings zur OB-Kandidatin (LB 35f.), der Verkündung, eine Pegida-Partei zu gründen (LB 14.09.15), und der Gründung der internationalen Plattform „Fortress Europe“ (TF 25.01.16). Auch der Rückzug von Festerlings Kandidatur zur Oberbürgermeisterstichwahl und die Bitte, stattdessen Dirk Hilbert zu wählen, wurde unerwartet verkündet. Sie erntete viel Kritik und Buh-Rufe (LB 08.06.15). Im Frühjahr 2015 hat Pegida angekündigt, Teilnehmende Reden von drei Minuten halten zu lassen, die sie jedoch im Vorfeld dem Organisationsteam zur Kontrolle vorlegen mussten (LB 09.03.15).

Meinungsfreiheit“ heißen. Die Meinungsdiktatur ist dabei eine der vermeintlichen Gefahren bei muslimischer Immigration (LB 01.12.14), geht jedoch vor allem von ‚deutschen‘ Politiker*innen, Medien, Verbänden, linken und alternativen Personen aus (TF 30.03.15). Besonders Vorwürfe von Rassismus und Nazismus gegen Pegida werden als zensorische Herrschaftsmittel interpretiert, die das Volk an seinen Rechten hindern (ebd.; LB 24.11.14). Forderungen, die „Hetze“ gegen Russland zu beenden und nach „Frieden mit Russland“ schließen an die Vorstellung einer ungerechten Repräsentation von Meinungen an (LB 15.12.14, 12.01.15). Sie hängen zudem mit einem Antiamerikanismus und nationalistischer Kritik an der Europäischen Union als künstliches und undemokratisches System zusammen (TF 14.09.15).

Dagegen wird mit der Volkssouveränität das Recht und der Aufruf zu Widerstand begründet. In einzelnen Fällen kommt es dabei zu konkreten Gedanken wie Streik und Boykott (TF 09.02.15), zu vereinzelt Gewaltaufrufen²⁹² und zu Ideen der Institutionalisierung wie der Partei-Gründung. In der Regel bleibt jedoch ein Aufruf zu oder die Erklärung des Widerstandes ohne konkrete Vorschläge. Seiner Form nach soll der Widerstand sich immer auf dem Boden des Gesetzes, vor allem der Verfassung befinden und gewaltfrei sein (TF 18.01.16). Die Gewaltfreiheit wird bei Pegida fast wie ein Mantra beschworen und dient der positiven Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Sie wird häufig in Abgrenzung zu anderen gewaltbereiten Gruppen (Antifa, Islamisten, TF 09.03.15) gestellt.

Volkssouveränität bildet die entscheidende Begründung für die asylpolitischen Forderungen (Politik im Sinne des Volkes zum Wohle des Volkes), Vorstellungen direktdemokratischer institutioneller Ausgestaltung sowie Kritik und Widerstand (Politik gegen das Volk bzw. seinen Willen). Der Ruf „Wir sind das Volk“, der auf jeder Pegida-Kundgebung erklingt,²⁹³ seit das Organisationsteam Parolen nicht mehr untersagt,²⁹⁴ drückt aus, dass das Volk als konstituierende Gewalt Staat und Regierung vorrangig ist, und diese deshalb vom Volk abhängig sind. Er sagt zudem, dass das Volk genau jene Bürger*innen auf der Straße sind, und ihre Meinungen und Forderungen vor den ‚Anderen‘ zu priorisieren sind, die nicht die Allgemeinheit repräsentieren – Menschen, die sich dafür einsetzen, mehr Asylsuchende aufzunehmen und Menschen, die nicht zum ‚deutschen Volk‘ gehören: Asylsu-

²⁹² Vgl. Tagesspiegel/KNA, „Journalistenverband zeigt Pegida-Anführerin an“, *Der Tagesspiegel*, 15. Januar 2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-mistgabel-aufruf-journalistenverband-zeigt-pegida-anfuhrerin-an/12837678.html>.

²⁹³ Vgl. Christian Fischer, „PEGIDA-Erfinder: Wir hören erst auf, wenn die Asyl-Politik sich ändert!“, *Bild*, 1. Dezember 2014, <http://www.bild.de/regional/dresden/demonstrationen/pegida-erfinder-im-interview-38780422.bild.html>.

²⁹⁴ Vgl. Lindner, „Diffuse Ängste“.

chende, Migrant*innen und Menschen muslimischen Glaubens. Der Bezugsrahmen Pegidas beruht auf einer stereotypen Einteilung in ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘.²⁹⁵

Bei der Auswahl der Reden wurde berücksichtigt, dass alle verschiedenen Diskursstränge und anhängige Themen vorkommen, sie achtet dagegen nicht auf quantitative Repräsentativität. Bachmann und Festerling sind die wichtigsten Redner*innen bei Pegida. Ihre Reden sind unterschiedlich explizit und ausführlich. Bachmann redet weitaus ruhiger und deutet vieles nur an, was Festerling dann lautstark ausformuliert. Sie drücken einander regelmäßig die Zustimmung aus. Inhalte und Aussagen ihrer Reden überschneiden sich, wie in der Strukturanalyse dargestellt worden ist. Beide Redner*innen haben den Diskurs bei Pegida durch ihr regelmäßiges Sprechen geprägt, Bachmann am stärksten in der Anfangsphase, Festerling in der Phase ihres Dazustoßens. Inhaltlich verändert sich nach dem Frühling 2015 kaum etwas. Die Sprache ist erst in den Diskursfragmenten zu analysieren, jedoch ist schon bei der strukturellen Aufgliederung zu erkennen, dass sie sich im Rahmen der Beschimpfung von Asylsuchenden, Politiker*innen und Medien kontinuierlich zu Beleidigungen, Anschuldigungen, Diffamierung und Hetze steigert; sie wird aggressiver²⁹⁶ und bei Festerling auch vulgärer²⁹⁷. In der Anfangszeit hat Pegida noch versucht, kritisierte Forderungen umzuformulieren und sich zum Asylrecht zu bekennen.²⁹⁸

4.2 Feinanalyse: „ihr habt *unseren* Anweisungen zu folgen!“²⁹⁹

(a) Lutz Bachmann, 24.11.2014³⁰⁰

Es handelt sich um eine der ersten erhaltenen Reden von Pegida. Die Demonstrationen finden seit einigen Wochen statt, es haben sich erste Ableger in anderen Städten gebildet und die kritischen Reaktionen von Politiker*innen und Medien rücken thematisch ins Zentrum. Die Stimmung auf der Kundgebung (5.500 Teilnehmende) ist ruhig, der Applaus höflich bis begeistert, Zwischenrufe und Sprechchöre sind selten. LB fasst die Ereignisse der ver-

²⁹⁵ Vgl. Antifa Recherche Team Dresden, „Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung“, Abschn. Einleitung.

²⁹⁶ Aus „sogenannten Volksvertretern“ werden z.B. „Volksverräter“, Zu „Überfremdung“ und „Islamisierung“ kommt „Umvolkung“ hinzu.

²⁹⁷ Z.B. „Ficki-ficki-Geschenk-Männer“ (162:12); „Surenöhne“ (142:14), vgl. auch Michael Bittner, „Tatjana Festerling, PEGIDA-Bürgermeisterin für Dresden“, *michaelbittner.info*, 10. April 2015, <http://michaelbittner.info/2015/04/10/tatjana-festerling-pegida-buergermeisterin-fuer-dresden/>.

²⁹⁸ Etwa forderte Bachmann anfangs klar, gar keine Asylsuchenden aufzunehmen (27.10.14), und veränderte dies zum Bekenntnis zur Aufnahmen von Kriegsflüchtlingen (19-Punkte-Papier), wobei in den Reden immer wieder nahe gelegt wird, dass kaum Asylsuchende diesen Status zu Recht beanspruchen würden, weil sie aus „Urlaubsländern“ kämen, vgl. Andrea Hübler, „Pegida – ein Aufstand von Rechts“, *weiterdenken Heinrich Böll Stiftung Sachsen*, 16. Januar 2015, <http://www.weiterdenken.de/de/2015/01/16/pegida-ein-aufstand-von-rechts>.

²⁹⁹ TF, 150:1f.

³⁰⁰ Die Reden werden hier nach Seiten- und Zeilenzahl der Transkripte zitiert, siehe Anhang S. 129-31.

gangenen Woche zusammen: die Ausbreitung von Pegida und die Reaktionen von Politik und Medien, die Pegida als Nazis abstempeln würden. Er hat das Ziel, die Forderungen von Pegida gegen ihre Kritik zu rechtfertigen; dabei geht es um Asylpolitik sowie den Dialog zwischen politischen Funktionsträger*innen und Bürger*innen. Die Kritik an der Politik – sowohl die Forderung nach mehr Dialog als auch die Unterstellung absichtlicher Exklusivität – hat ihren Anlass in der Asylpolitik. Es geht dabei um dreierlei: die Integrationsforderung an Asylsuchende, die Umsetzung geltenden Rechts in der Asylpolitik und „Ängste“ wegen Asylsuchenden.

LB stellt Pegida in die Tradition der „Friedlichen Revolution“ von 1989 (129:6ff.) und vergleicht die aktuelle Politik mit dem politischen System der DDR (131:8ff.). Das Kollektivsymbol „Friedliche Revolution“ fungiert dabei als Legitimation der Bewegung und Forderungen; es steht für Gewaltfreiheit, demokratischen Widerstand gegen eine Diktatur, ein Bekenntnis zur Vereinigung der deutschen Staaten und Volkssouveränität. Für die meisten Deutschen ist es unmittelbar mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ verbunden, der die Priorität des Volkes vor den Herrschenden ausdrückt. „Wir sind das Volk“ heißt auch, ihr seid es nicht: Die aktuelle Regierung repräsentiert das Volk nicht (mehr). Wenn sich Pegida auf „1989“ beruft, werden also ihre Rechte im Namen der Volkssouveränität geltend gemacht. Die BRD sei wie die DDR, denn Bürger*innen, die sich zum Thema Asyl äußern wollten, sollen sich „per Brief sich an die Stadt wenden. Das erinnert mich, genau das erinnert mich an eine Zeit vor 1989, da nannte man das ‚eine Eingabe machen‘. [Applaus] Dass diese Eingaben meist als belanglos abgetan wurden, dass sollte eigentlich hinlänglich bekannt sein.“ (131:7-10) Die öffentliche Verwaltung wird also kritisiert, weil sie wie die realsozialistische sei. Demgegenüber fordert LB die persönliche Unterhaltung, die mit Kommunikation auf Augenhöhe verbunden wird:

„Des Weiteren im selben Atemzug verbot Herr Avenarius den Bürgern bei der Bürgerversammlung in Leuben das Wort, und auf Nachfrage, was ihn dazu ermächtigte, sagte er, dass ihn sein Status als gewählter Volksvertreter dazu berechtigt. [Pfiu]“ (130:23ff.)

Diese Erzählung ist nicht überprüfbar. Sie untermauert allerdings das Anliegen, dass beim Dialog die Bürger*innen ohne Ansicht ihres Status Gelegenheit haben, ihre Meinung zu artikulieren. Es geht darum, Gehör zu erhalten. Das „persönliche Gespräch“ ist „fällig“ (131:12), weil es angemessener sei, „wo es um Ängste und Befürchtungen von Menschen geht“ (131:2). Es handelt sich dabei um Ängste bezogen auf Asylsuchende, die nach Sachsen kommen, Bachmann benennt Integration (129:25-27), Kriminalität (130:9-19) und ökonomische Ängste (131:4-6). Sorgen, Nöte und Ängste sind ein Grundmotiv bei Pegida, das meist dazu dient, rassistische Ressentiments zu äußern, und dabei den Vorwurf des

Rassismus zu entkräften, sich selbst positiv³⁰¹ darzustellen. Ängste erwecken im Gegensatz zu Ablehnung oder Hass ein Bild von Harmlosigkeit³⁰² und Fürsorgebedürftigkeit, können aber ebenso durch rassistische Stereotype motiviert sein.³⁰³ Pegidas Forderungen werden hier emotional und nicht rational begründet. Die politischen Verantwortlichen sollen sich im Gespräch der Sorgen annehmen, die ihrerseits indiskutabel bleiben. Stattdessen schaffe die „aktuell praktizierte Politik, welche nach dem Motto ‚Friss oder stirb‘ handelt“, „Fakten“, ohne sich dabei um die Gefühle der Bürger*innen zu kümmern (130:30f.). So kontrastiert Bachmann die Aussagen von Innenminister Markus Ulbig und Dresdens SPD-Vorsitzendem Christian Avenarius bezüglich Kriminalität um Asylunterkünfte (130:14-23).

„Herr Ulbig spricht in dem Falle eine ganz andere Sprache als zum Beispiel Herr Avenarius von der SPD Dresden. [vereinzelt *Pfui*] Dieser Herr Avenarius behauptete nämlich, das wäre nicht so, es gäbe keine Probleme im Umfeld von diesen Heimen. [Gelächter, vereinzelte Kommentare]“ (11:20-23)

Zwar fordert LB den Dialog ein, jedoch ist schon vor der Aushandlung klar, welche Meinung und sogar welche Tatsachenbeschreibung die zutreffende ist. Weil es sich um „Ängste der Menschen“ (130:32) handelt, ist das Ergebnis der Debatte nicht mehr offen.

Den politisch Verantwortlichen unterstellt er ohnehin, dass sie die Belange der Bürger*innen absichtlich ins Leere laufen ließen. So auch die Kritik am digitalen Bürgerforum: „Ich halte die ganze Geschichte also für nichts anderes als eine Hinhaltenaktik und eine Bürgerverdummung. [Applaus]“ (131:13f.) LB übt nicht Kritik an bürokratischen Prozessen, sondern unterstellt eine Strategie, die verschleiern soll, dass Forderungen nicht umgesetzt werden, dass „nichts gegen die Ängste der Menschen unternommen“ (130:31f.) werde. Das Volk tritt hier als öffentliche Meinung in Erscheinung, die Politik kontrollieren bzw. korrigieren soll. Die Politiker*innen wiederum stehen in der Pflicht, sich um Ängste zu kümmern und ihre Politik an Meinungen und Emotionen der Bürger*innen auszurichten, die so dargestellt werden, als seien sie die verallgemeinerbare Meinung des Volkes und als sei ihnen nur durch Nachgeben beizukommen.

³⁰¹ Vgl. hierzu Wodak u. a., *Wir sind alle unschuldige Täter*, 353.

³⁰² Vgl. Barp und Eitel, „Weil die Mitte in der Mitte liegt“, Abschn. Verharmlosung: Denn sie wissen nicht, was sie tun.

³⁰³ Häufig wird Pegida derart kritisiert, dass sie von Ängsten sprächen, doch eigentlich voller Hass seien. Dem zugrunde liegt eine ähnlich idealistische Vorstellung von Gefühlen wie bei Pegida selbst. Weder widersprechen sich Hass und Angst notwendig, noch können rassistische Ängste einfach als Hass entlarvt werden. Es ist durchaus möglich, dass weiße Frauen mehr Angst vor Männern of Color haben als vor weißen Männern. Das macht diese Angst weder rational, berechtigt, noch spricht es sie vom Rassismus frei. Gefühle sind kulturell vermittelt und dementsprechend voreingenommen, vgl. etwa Arlie Russell Hochschild, *The Managed Heart / Commercialization of Human Feeling* (Berkeley, Los Angeles: University of California Press, 2012), Kap. 9. Dies bedeutet hingegen der von LB proklamierten authentischen Ängste jedoch auch, dass Gefühle sehr wohl hinterfragbar und veränderbar sind.

Als konkrete Forderungen, deren Verschleppung überhaupt Anlass für den Bezug auf 1989 ist, nennt Bachmann „schärfere Einreisekontrollen und konsequente Umsetzung der vorhandenen rechtlichen Mittel zum Thema Abschiebung, auch und speziell für innereuropäische grüne Grenzen“ (130:5ff.) und stärkeren polizeilichen Schutz bezüglich vermeintlicher Kriminalität von Asylsuchenden (130:14-19).

„Wir sind für Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, aber gegen Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen. [Applaus] Außerdem stehen wir dafür, dass jede Minderheit, gleich woher sie kommt, wenn sie bei uns leben, arbeiten und essen will, auch deutsch sprechen, unsere Gesetze und unsere Kultur respektieren sollte. [Applaus] Es ist ganz klar gesetzlich geregelt, dass Flüchtlinge in dem EU-Land ihren Asylantrag stellen müssen, in dem sie zuerst ihren Fuß auf europäischen Boden gesetzt haben. Nun, da Deutschland in der Mitte von Europa liegt und nur Zugang zur Ost- und Nordsee hat, frage ich mich ernsthaft, wie es sein kann, dass europaweit die meisten Asylanträge in Deutschland und Schweden gestellt werden und diese Länder auch die meisten aufnehmen. Ich habe nämlich noch nichts von irgendwelchen überfüllten Flüchtlingsbooten gehört, die über die Nordsee oder Ostsee schippern. [Applaus]“ (129:23-130:5)

Der erste Satz ist anhand einer Einleitungsformel³⁰⁴ „ja, aber“ aufgebaut, die vom sozial Erwünschten zur Artikulation von Vorurteilen überleitet; das Bekenntnis zum Asylrecht für Kriegsflüchtlinge wird als positive Selbstdarstellung verwendet. LB schränkt die asylberechtigte Personengruppe jedoch umfassend ein, indem er neben „Wirtschaftsflüchtlingen“³⁰⁵ allen das Bleiberecht abspricht, die auf dem Landweg nach Deutschland gekommen sind. Diese Forderung entspricht tatsächlich den Regelungen des Schengen-Abkommens, die 2015 zeitweise von der BRD ausgesetzt wurden, eben weil sie eine Flucht nach Deutschland fast unmöglich machen. Dass bei Pegida strikte Einhaltung und Abschiebung gefordert wird, zeigt eine Mitleidlosigkeit³⁰⁶ mit Geflüchteten. Anstatt die Schengen-Regelung kritisch zu hinterfragen, wird auf die Umsetzung von Recht gepocht, weil es Recht ist. Das weist auf autoritäre Ordnungsvorstellungen hin, gemäß derer dem Gesetz zu gehorchen ist und ein Abfall mit großer Not nicht zu rechtfertigen, sondern mit Bestrafung zu ahnden ist.³⁰⁷

Das Volk bezeichnet in dieser Rede durch die Bezugnahme auf 1989 sowie die Gegenüberstellung zu Politiker*innen zunächst jene, die keine Ämter innehaben. Zusätzlich wird es ethnisch und national bestimmt:

„So sind wir hier in Dresden nach der Friedlichen Revolution vor 25 Jahren auf bestem Wege, eine weitere Mauer einzureißen. Eine Mauer, die viel höher war, als die Berliner Mauer der SED-Schergen, oder wie sie jetzt heißen, der Linken. [Applaus] Ich rede über die Mauer in den Köpfen der Deutschen in Ost und West. Ich bekomme Gänsehaut, wenn ich die tausenden PNs, Mails und Kommentare lese, in denen es nicht mehr um Deutsche in Ost und West geht, sondern um uns Deutsche. Der erste Schritt ist also getan und es wächst auch endlich in den Köpfen zusammen, was zusammen gehört, denn wir sind ein Volk.[Applaus]“ (129:5-13)

³⁰⁴ Wodak u. a., *Wir sind alle unschuldige Täter*, 356.

³⁰⁵ Zudem hat Pegida eine derart breite Definition von „Wirtschaftsflüchtlingen“, in der Tunesien noch als Urlaubsland gilt, sodass außer Syrer*innen kaum Menschen politische Fluchtgründe anerkannt werden.

³⁰⁶ Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, 237ff.

³⁰⁷ Vgl. zu autoritärer Unterwürfigkeit und gleichzeitig autoritärer Aggression Sandford u. a., „Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur“, 48–53.

Wenn ein Volk zusammenwachsen kann, ein seit der Wende verbreitetes Bild, impliziert das die Vorstellung eines natürlichen Organismus. Das Volk ist kein reiner Rechtsverband, sondern vorpolitisches nationales Kollektiv; die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht nur politische Entscheidung, sondern Umsetzung einer bestehenden natürlichen Ordnung. Dies ist ein kollektivistischer Volksbegriff, denn der Staat wird schon aus dem Kollektiv hergeleitet und das Individuum nur als Teil eines Körpers begriffen. Die rechtliche Vereinigung reicht nicht aus, sondern das Volk muss sich auch als solches wahrnehmen, „in den Köpfen“ zusammenwachsen. Es braucht also eine gemeinsame Identität, um *wirklich* Volk zu sein. Dies erinnert vereinfacht an die Schmittsche Definition von Nation als vorpolitisch verbundenes Volk mit einem gemeinsamen Willen, sich politisch als Volk zu formieren. Die Forderungen nach Anpassung von Asylsuchenden (129:25ff.) spricht zudem für eine Bestimmung des Volkes als kulturell homogen.

(b) Lutz Bachmann, 01.12.2014³⁰⁸

Eine Woche später versucht LB abermals die Forderungen von Pegida zu konkretisieren, dabei wird der Zusammenhang von Volkssouveränität, Widerstand, ‚Islamisierung‘ und Asylpolitik deutlich. Zudem widerspricht er erneut der Kritik an Pegida. Die Stimmung auf der Kundgebung mit 7.500 Teilnehmenden ist deutlicher erregter, besonders gegenüber Politiker*innen. Im Hintergrund ist die Gegenkundgebung zu sehen und zu hören; später wird Pegidas Demonstrationszug von Gegendemonstrant*innen blockiert.

„Nun Pegida will ganz einfach, dass die vom Volk gewählten Politiker endlich wieder zuhören und sich der wirklichen Probleme annehmen. [Applaus] Ganz abgesehen von der unsäglichen Asylpolitik unserer Bundesregierung haben wir nämlich noch weitere Fragen: Was ist mit der Versorgung unserer Alten? Es gibt Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben, und sich an Weihnachten trotzdem kaum ein Stück Stollen leisten können, die in kalten Wohnungen sitzen, oder keinen Strom haben. Es gibt in unserem Land Mütter, die ihren Kindern nichts zum Fest der Liebe schenken können, da die finanziellen Mittel fehlen. Es gibt Menschen in unserem Land, die auf der Straße leben müssen und nicht genug zu essen haben, für diese werden keine Heime eingerichtet, geschweige denn über eine dezentrale Unterbringung mit Vollausrüstung diskutiert. Anstatt solche Probleme anzugehen, wird über unsere Sprache diskutiert. [Schnitt im Video]“ (132:15-26)

LB nutzt die Unterstellung, Politiker*innen würden sich nicht um arme Deutsche kümmern, um seine Ablehnung der Unterbringung von Asylsuchenden zu rechtfertigen; er unterscheidet zwischen „wirklichen Problemen“ und anderen basierend auf einer Dichotomie zwischen einer Wir-Gruppe, den deutschen Bedürftigen, auf die er sich solidarisch bezieht, und einer abgegrenzten ‚Fremd‘-Gruppe, den Asylsuchenden, denen angeblich eine luxuriöse Unterbringung („Vollausrüstung“) zuteilwerden soll.³⁰⁹ Die Wir-Gruppe besteht aus

³⁰⁸ Transkript siehe Anhang, S. 132f.

³⁰⁹ Die solidarisierende und die ausgrenzende Argumentationsstrategie hängen zusammen und bilden die Grundlage für positive Selbstdarstellung sowie Abwertung der „Anderen“. Sprachlich realisiert LB dies durch Kontrastieren: deutsche Armut versus Vollausrüstung, vgl. Wodak u. a., *Wir sind alle unschuldige Täter*, 352, 354, 357.

„ewig Betrogenen“, die das entbehren müssen, was die Fremdgruppe genießen kann; konkrete Vorschläge für soziale Gerechtigkeit bleiben jedoch aus.³¹⁰ Arme deutsche Staatsbürger*innen kommen bei Pegida nur dann ins Spiel, wenn deren Bedürfnisse entgegen den Belangen von Asylsuchenden in Stellung gebracht werden; Pegida hat nie umfassende sozialpolitische Forderungen erhoben. Die Forderung, die Politiker*innen sollten sich um die Anliegen des Volkes kümmern, wieder „zuhören“, hat ihren Anlass also darin, dass sie sich zu viel mit Asylsuchenden beschäftigen würden. Der Appell im Namen des Wahlvolks erfolgt wegen der vermeintlichen Überfremdung bzw. Islamisierung.

Diese ‚Islamisierung‘ assoziiert LB mit der DDR, also mit Diktatur:

„Ich rede hier von der schrittweisen Abschaffung christlichen Kulturgutes aus unserer Gesellschaft wie in Berlin und anderen Städten bereits begonnen. Auch zu DDR-Zeiten wurde das wieder versucht, diese ganze/ da hieß es dann ‚Jahresendflügelfigur‘. Das sollte dann einen Engel darstellen.“ (133:3-9)

Islamisierung wird als ein Prozess beschrieben, bei dem die christliche Kultur der muslimischen geopfert würde, Berlin soll Städte mit hohem Migrantanteil symbolisieren. Das irrealer Szenario der Abschaffung weihnachtlicher Symbole dient der Verstärkung der Argumentation; die Islamisierung erscheint mächtig wie einst das DDR-Regime. Und sie scheint mit einer gewissen Absicht verfolgt zu werden, weil „das wieder *versucht*“ würde. Die Verbreitung muslimischer Praktiken und Symbole, die mit einer Zunahme an muslimischer Bevölkerung durchaus einher gehen kann, wird als geplante und genuin negative Entwicklung dargestellt, die es zu verhindern gelte – wie in der Diktatur Widerstand zu leisten war. Dementsprechend ist den aktuellen Politiker*innen nicht zu trauen, weil sie beschönigen und lügen, um das Volk ruhig zu stellen:

„Mit Freude aber auch gebotener Vorsicht las ich die Aussagen unseres Bundesinnenministers de Maizière. Dieser will eine schnellere Abschiebung krimineller und radikaler Ausländer durchsetzen. Genau wie ein zehnjähriges Wiedereinreiseverbot für selbige. Außerdem hat Herr de Maizière Mitglieder terroristischer Vereinigung und Ausländer im Visier, die aus politischen oder religiösen Motiven an Gewalt beteiligt sind. Dies ist natürlich zu begrüßen, aber ich halte auch dies für Augenwischerei und Beruhigungstaktik, damit das Volk wieder auf der Couch vorm RTL2-Programm platznimmt und ja nicht anfängt zu denken. [Applaus]“ (133:10-17)

In diesem Fall kritisiert LB den Politiker nicht aufgrund inhaltlicher Differenzen, sondern drückt ein Misstrauen darüber aus, ob den Worten auch Taten folgen. Ansonsten handele es sich um eine „Beruhigungstaktik“ für das Volk. Die Sorge vor einer Depolitisierung des Volkes gibt es auch bei Rousseau: ein privatisiertes, desinteressiertes Volk, das sich Vertreter gibt, hört auf ein Volk im republikanischen Sinne zu sein. In der Repräsentativdemokratie sind für LB nicht Vertreter*innen an sich problematisch, sondern das mangelnde Engagement des Volkes, dass sie schalten und walten lässt, worauf sie dezidiert hinarbeiten würden. Hier deutet sich das Verschwörungsdenken bei Pegida an, auch wenn es sich

³¹⁰ Vgl. die Beschreibung der Themen und Strategie des Agitators zu „Die ewig Betrogenen“ sowie „Verbotene Früchte“, Löwenthal und Guterman, „Lügenpropheten“, 17–20, 22ff.

nicht um ein komplettes Welterklärungssystem handelt. Adorno hat das den „Usurpator-komplex“ der Pseudokonservativen genannt: Scheinbar unterstützen die Mächtigen eine sich anbahnende Diktatur oder zumindest Gefahr für die Demokratie, zu deren Erhalt und Verteidigung die Pseudokonservativen aufrufen.³¹¹

(c) Tatjana Festerling, 09.02.2015³¹²

Tatjana Festerlings erste Rede in Dresden findet nach der Spaltung des Organisationskreises vor deutlich weniger (2.000) Teilnehmenden statt (siehe 4.1.2). TF verschärft die Sprache gegenüber Politiker*innen und politischen Gegner*innen deutlich. Ihre Rede ist eine Beschreibung einer verschwörerischen diktatorischen Politik gegen das Volk, wie sie bei Pegida imaginiert wird. Aus der Volkssouveränität leitet sie den Widerstand gegen die etablierten Politiker*innen und den Islam ab.

Pegida habe bewirkt, „dass immer mehr Menschen die Konspiration aus Politik und Medien erkennen. Sie sehen, wie echte, offene und demokratische Willensbildung verhindert wird.“ (137:1ff.) Ein Mittel dazu sei die „Meinungsdiktatur“ (135:33), die Kritik am Islam angeblich verunmöglicht:

„Bestes Beispiel ist die Nazi-Paranoia. Überall lauern Nazis, Nazi hier, Nazi da. Ob Sarrazin, Pirinçi, Helmut Schmidt, Heino oder wir hier alle. Die Presse ist sofort dabei, die Keule zu schwingen, und Nazi-, Hitler-, oder gar Breivik-Vergleiche aufzustellen. [*Lügenpresse*] [...] Denkt ihr, liebe Dresdner, von morgens bis abends an Nazis? Wer hat denn nun den Nazi-Fimmel, ihr, von den Gegendemos, oder wir? Wir sind keine Nazis, wir denken nicht an Nazis, also ist das jawohl *euer* Problem! Vielleicht mal Therapie machen, um die Nazi-Obsession in den Griff zu kriegen. [Applaus]“ (135:22-31)

Die Kritik an rassistischen Aussagen und nationalsozialistischem Vokabular bei Pegida interpretiert TF als Wahn und gezieltes Beherrschungsinstrument; vermeintlich wird die nationalsozialistische Vergangenheit dazu verwendet, das Volk an der Ausübung seiner Rechte, besonders der Meinungsfreiheit, zu hindern. Während sie demokratische Willensbildung einfordert, erklärt TF widersprüchliche Meinungen und Kritik damit zur Verschwörung gegen das Volk. Diese drücke sich in der aktiven Bekämpfung von Pegida aus:

„Doch Politik und Medien legitimieren den gewalttätigen Mob, denn der erledigt die Drecksarbeit für die herrschende Klasse. Ich nenne das bewussten und gezielten Missbrauch junger Menschen. Gehen wir davon aus, dass die Extreme des politischen Spektrums, also die staatsfinanzierte Antifa wie auch die vom Verfassungsschutz unterwanderte NPD, gezielt an den äußeren Rändern platziert sind, um das Volk in der Mitte zu regulieren.“ (135:8-13)

Das Volk wird reguliert und beherrscht. TF konstruiert eine Verschwörung aus Staat, Medien und deren vermeintlichen Gehilfen. Die komplexen und widersprüchlichen politischen Zusammenhänge, mit denen sich Pegida konfrontiert sieht, werden durch scheinbar eindeutige und unmittelbare Machtverhältnisse erklärt, was auf die eigenen Vorstellungen

³¹¹ Vgl. Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, 215–24, bes. 219.

³¹² Transkript siehe Anhang, S. 134-38.

von Politik und Gesellschaft als oben-unten-Verhältnis hindeutet.³¹³ Bei den von TF ausgemachten ‚Verschwörern‘, die das Volk durch politische Extreme zu steuern scheinen, handelt es sich um die etablierten Politiker*innen:

„Wenn wir Pegidianer uns zusammen tun in Deutschland, in Europa, wer will uns dann stoppen? Genau das ist die Horrorvorstellung der Etablierten. [*Wir sind das Volk*] Schaut euch diese pöbelnden und pestenden Apparatschiks in unseren Parlamenten an, diese Verräter westlicher, aufgeklärter, kultureller Werte. Wie kommen die eigentlich an ihre Posten? Indem sie jahrelang durch Parteien, Parteihierarchien buckeln. Jede ausgeprägte Haltung wird durch Kriecherei und Abhängigkeiten solange rundgeschliffen, bis ein stromlinienförmiger Parteisoldat herauskommt. [Applaus] Und den kriegen wir dann auf (Wahlplakaten) vorgesetzt. So einer tut natürlich alles, um diese Günstlingswirtschaft zu erhalten. Er braucht ja schließlich auch Abnicker und buckelnde Gehilfen. [...] Genau genommen sind sie leitende Angestellte des Souveräns, des Volkes, also unsere Angestellten. Wir sollten sie *feuern, und zwar fristlos!* [Jubel]“ (134:7-20)

Aufbegehren gegen Diktatur und Tyrannei, gegen Politik zum privaten Zweck und gegen das öffentliche Wohl ist eine Kernkomponente der Volkssouveränität. Bei den Monarchomachen und bei Rousseau speist sie sich aus den historischen Umständen: dem französischen Absolutismus. Diktator*innen handeln tatsächlich mithilfe Untergebener gegen die von ihnen Beherrschten, die dann als Volk dagegen rebellieren können. In Maus’ Aktualisierung steht das Volk einer Entdemokratisierung politischer Entscheidungen durch Verrechtlichung gegenüber; Volkssouveränität soll Entscheidungen wieder demokratisch verfügbar machen. Bei TF ist allerdings ein Ausdruck von Usurpations- und Verschwörungsdenken zu sehen, vom ‚Staat‘ werden scheinbar alle gelenkt, die sich gegen Pegida positionieren. Sie denkt in stereotypen Tickets und Personalisierungen: Sie teilt Politik in rigide Dichotomien von Freund und Feind ein. Wer nicht für Pegida ist, steht auf der anderen Seite „an der Front“ (137:33).³¹⁴ Hier ist eine Nähe zu Carl Schmitts Souveränitätskonzept zu sehen, nach dem Politik gerade auf der Freund-Feind-Unterscheidung beruhe, zu der die Nation im Stande sein muss, um souverän zu sein.

Die Macht des Volkes scheint demgegenüber in unzumutbarer Weise beschränkt:

„Welche Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe sieht denn diese Elite für uns vor? Wahlen. Alle vier Jahre dürfen wir antanzen, um die Funktionäre in den Parlamenten zu legitimieren, oder anderen zu Posten zu verhelfen. Und wie sieht diese Macht, die vom Volke ausgeht, genau aus? Wie lange brauchen Sie, um zwei Kreuze zu machen? Eine Sekunde, zwei Sekunden, fünf Sekunden, das war’s! Dieser Moment in der Wahlkabine ist die Macht des Souveräns. Und dann: Tschüss, bis in vier Jahren. Das soll Macht sein?“ (137:7-13)

Die Kritik an einer reinen Wahldemokratie als Legitimationsbeschaffung teilen die verschiedenen Theorien von Volkssouveränität, allen voran Maus, die eine direkte Einflussnahme des Volkes konzipiert. Nur Kielmanseggs Kritik sieht die Rolle des Volkes hauptsächlich in Wahlen. Dies liegt in seinem erklärten Ziel begründet, die Macht des Volkes zu begrenzen. TF übt hier eine Kritik an den politischen Strukturen der Bundesrepublik, in

³¹³ Machtdenken drückt sich laut Adorno „in einer übermäßigen Betonung des Machtmotivs in den menschlichen Beziehungen“ aus, „in der Disposition, diese unter Kategorien wie stark-schwach“ oder „Führer-Gefolgschaft“ zu verstehen, Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, 57.

³¹⁴ Vgl. für stereotypes, d.h. Ticket-Denken im Zusammenhang mit Personalisierung ebd., 187–91.

denen das Volk seine Macht nur unzureichend ausüben könne. Stattdessen schlägt sie Streik, Boykott und eine „Volks-Gewerkschaft“ als „echte Interessensvertretung des Volkes“ vor (137:27). Das Fernbleiben von der ökonomischen Sphäre soll die politischen Eliten zum Einlenken und zum Dialog bringen.

(d) Tatjana Festerling, 09.03.2015³¹⁵

Zu diesem Zeitpunkt hat sich Pegida von der Spaltung erholt, es sind wieder mehr Teilnehmende (6.500) gekommen. Die Sprechchöre sind häufiger und unterschiedlicher geworden. TF hat zwei Teilreden gehalten, eine vor und eine nach dem Demonstrationzug. Im ersten Teil geht sie auf Aktuelles ein, insbesondere kritisiert sie das sächsische Dialogforum, das als Antwort auf Pegida initiiert wurde. Hier wird die Haltung Pegidas zum demokratischen Diskurs deutlich. Im zweiten Teil der Rede, die sie selbst mit „Grünes Reich“ betitelt, stellt sie eine Vision eines künftig geteilten Deutschland dar. Daraus lassen sich ihre Vorstellungen ableiten, was ein Volk und speziell das deutsche Volk definiert.

„Als sich Pegida ja leider nicht durch die Nazikeule kaputt machen ließ, sondern im Gegenteil immer mehr Bürger auf die Straße gingen, hat sich Herr Tillich ein Dialogforum ausgedacht, ein Gesprächsangebot von sächsischer Staatsregierung und der Stadt Dresden. Entlarvend, oder? Erst wenn 20.000 Bürger in Dresden auf die Straße gehen, offeriert die Politik Bürgerbeteiligung. Natürlich darf da nicht jeder einfach so reinspazieren. Beim ersten Forum am 21. Januar waren 300 ausgewählte Bürger zugelassen. Die Ergebnisse sind im Internet auf ‚Bürgerbeteiligung Sachsen.de‘ zu sehen. Schaut euch das bitte an, was da als Ergebnis zu Asyl, Zuwanderung und Integration präsentiert wird. Sätze wie frisch aus der Phrasendresch-Maschine. Keine Substanz, nichts Konkretes, keine Verbindlichkeit. Dieses Forum ist einfach nur wieder eine Alibi-Maßnahme. Es sind Quasselrunden, die ein demokratisches Miteinander vorgaukeln, eine Beruhigungsspiel ohne etwas dahinter und natürlich finanziert von Steuergeld. Pegida hat ja selber klare Forderungen und Thesen aufgestellt, eine Charta an die Muslime gerichtet. Was ist denn damit? Das wird totgeschwiegen. Darüber will bis heute keiner dieser bürgernah tuenden Politiker sprechen.“ (140:23-141:4)

TF kritisiert als erstes die späte Einrichtung und die Exklusivität des Dialogforums. Bürgerbeteiligung sei erst durch die zahlreichen Demonstrationen von Pegida erstritten worden, obwohl sie, wie aus der Kritik ableitbar ist, permanent und universal sein müsste. Diese Kritik und Anspruch teilen alle positiven Konzeptionen von Volkssouveränität sowie viele Demokratietheorien. Als zweites kritisiert TF die Ergebnisse des Dialogs als „Phrasen“: „Keine Substanz, nichts Konkretes, keine Verbindlichkeit“. Auch die persönliche Unterredung wird nun als Mittel interpretiert, um die Bürger*innen ruhig zu stellen und weiterhin Politik an ihnen vorbei machen zu können. TF nennt den Diskurs deswegen auch „Quasselrunden“. „Quasseln“ bezeichnet unaufhörliches und sinnloses Reden und wertet somit den Gesprächsprozess ab, der Meinungs austausch und -bildung ermöglichen soll, indem eben auch unqualifizierte Meinungen geäußert werden können oder Bedenken, die das Ergebnis hinauszögern können. Je widersprüchlicher die Meinungen, desto länger, intensiver und kompromisslastiger tendieren Debatte und Ergebnisse zu werden. Hier wird

³¹⁵ Transkript siehe Anhang, S. 139-45.

deutlich, dass Pegida Dialog zwar oft einfordert, aber darunter nicht den langwierigen Prozess des Habermas'schen Diskurses versteht.

Stattdessen soll Diskurs konkrete und verbindliche Ergebnisse³¹⁶ zeitigen. Dies setzt die Möglichkeit voraus, sich während weniger Gesprächsrunden zu einigen, bzw. die eigenen Forderungen durchsetzen zu können und dabei zu *eindeutigen* Resultaten zu kommen, denn widersprüchliche Ergebnisse wären entsprechend unkonkret und substanzlos. Die Priorität liegt also auf der Entscheidung und nicht deren Entstehungsprozess. Volkssouveränität kann hier eindeutig von der diskursiven Konzeption Habermas' abgegrenzt werden. Sie kommt Rousseaus Kritik langer Debatten und Schmitts Dezisionismus, nach dem eine klare Entscheidung vom Volk zu fällen ist, näher. Maus' Konzeption, die zwischen diesen Positionen angesiedelt ist, betont zwar stärker die plebiszitäre Entscheidung als den reinen Diskurs, jedoch gewinnt diese ihre Legitimität nur auf Basis des demokratischen Prozesses. Diesen zu verwerfen würde bedeuten, die Prozeduralität des Rechts infrage zu stellen. In der Folge redet TF darüber, wer am Dialog teilhaben sollte. Die Partei *Die Grünen* hat zuvor verlangt, die Dialogforen auch für Migrant*innen und Asylsuchende zu öffnen:

„Und das gilt auch für den letzten Satz aus dieser Grünen-Forderung zu Flüchtlingen, Asylbewerbern, Ausländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Muslimen. Zitat: ‚Wenn über Asyl, Integration und Zuwanderung geredet werde, müssten auch all diese Menschen ihre Interessen vortragen können.‘ Nein, ganz sicher nicht! Erstmal diskutieren wir Bürger und Deutsche miteinander, so wie es im Grundgesetz steht! Ein spezielles Recht auf Dialog haben weder Ausländer, Asylsuchende, noch Wirtschaftsflüchtlinge. Wir Bürger, Steuerzahler und Wähler entscheiden nämlich über unseren Sozialstaat noch selber. [*Wir sind das Volk*]“ (142:5-12)

Das Recht auf Partizipation am Dialog spricht TF Deutschen und Bürger*innen zu, folgerichtig werden Ausländer*innen, Asylsuchende und ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ abgegrenzt. Diese Begriffe können jeweils formal-rechtlich verstanden werden, dann haben die jeweiligen Gruppen im Nationalstaat anhand ihres Status demokratische Teilhaberechte oder nicht. Als Rechtsbegriffe wären jedoch die Aufzählung von „Bürger *und* Deutsche“, „Steuerzahler“ sowie „Ausländer, Asylsuchende, noch Wirtschaftsflüchtlinge“ überflüssig, letzterer ist ohnehin eine diffamierende Bezeichnung für Menschen, die vermeintlich ‚nur‘ vor Armut und nicht vor Krieg flüchten, eine bisher im Asylrecht nicht anerkannte Flucht-begründung. Dies und die Fremdheitszuschreibungen bei Pegida im Allgemeinen deuten darauf hin, dass Zugehörigkeit nicht rein rechtlich bestimmt wird, sondern mit Identität und sozialen und ökonomischen Faktoren, wie etwa der Kontrast Steuerzahler–Wirtschaftsflüchtling andeutet.³¹⁷ Eindeutig ist, dass Migrant*innen nicht nur von den Rechten ausgeschlossen werden, die an die Staatsbürger*innenschaft gekoppelt sind, etwa

³¹⁶ Es wäre tatsächlich hochproblematisch, wenn aus solchen nicht repräsentativen Gesprächsrunden verbindliche Beschlüsse hervorgingen. Sie können öffentliche Meinung bilden, aber sie haben keine demokratische Entscheidungskompetenz.

³¹⁷ Siehe für die sozio-ökonomische Definition von Volk bei Pegida: Knopp, „Abstand halten“, Kap. 1.

das Wahlrecht. TF verwehrt ihnen die Redefreiheit, die im Grundgesetz ausdrücklich als Menschenrecht festgehalten ist. Wenn wie bei Habermas der Diskurs eine öffentliche Meinung produziert und die politische Entscheidung erst in einem weiteren Schritt getroffen wird, kann die Teilhabe am Diskurs unproblematisch über den Rechtsstatus hinweg ausgeweitet werden. Maus will ohnehin alle an Entscheidungen beteiligen, die von ihnen betroffen sein können, das würde Asylsuchende hier definitiv einschließen. Die Exklusion vom Dialog ergibt sich aus TFs Gleichsetzung von Dialog und Entscheidung, bzw. aus dem Primat der Entscheidung vor der Diskussion.

Im zweiten Teil der Rede erläutert TF anhand der Geschichte einer Sezession Ostdeutschlands von Westdeutschland, was deutsch ist und was nicht.³¹⁸

„Wir, die Pegida-Mischpoke, gründen einen unabhängigen Staat im Osten Deutschlands und pflegen dort weiter all die verwurzelten Werte, die Ihr so hasserfüllt und herablassend bekämpft. Wir belästigen Euch nicht mehr mit den Tugenden, die unser Deutschland einst an die Weltspitze brachten: in den Geisteswissenschaften als ‚Dichter und Denker‘ und in der Industrie durch Erfindergeist, Ingenieurskunst, Präzision und ‚Made in Germany‘ als Exportweltmeister.“ (143:3-8)

„Wir im ostdeutschen Freiheitsgebiet hingegen pflegen weiter unser Ideal, sind höflich, pflichtbewusst, fleißig, ehrlich, pünktlich, gewissenhaft, treu, romantisch. Unsere Frauen lassen wir Frauen sein und unsere Männer machen das, was Männer gern tun. Dabei pflegen wir ein gesundes Maß an Patriotismus und besinnen uns selbstbewusst auf konservative Werte, den ‚Erhalt des Eigenen‘. Wir übernehmen gerne Verantwortung für unser Land, unseren Lebensraum, für Menschen, Tiere und die Natur, für das Lebensrecht der hier Geborenen.“ (145:4-10)

Klarer wird diese Identität noch durch die Abgrenzung von Abweichendem:

„Ihr könnt neue okkulte Riten der Multi-Toleranz-Weltanschauung einführen! Und die von euch hochgejubelten Ideologien wie Genderismus, Feminismus, Veganismus, Islamismus hemmungslos ausleben und in den Alltag implementieren: Rudelfick-statt-Physik-Veranstaltungen, Kondom-Abrollwettbewerb in Kindergärten mit anschließender Karottenkönig-Krönung, dazu Beschneidungen, Amputationen und gendergerechte Steinigungen – schließlich möchte jeder seine kleinen, kulturellen Besonderheiten wahrnehmen dürfen.“ (144:30-145:2)

TF führt bekannte deutsche Tugenden an, deutsche Arbeit und Technik, kulturelle Leistungen und Romantik sowie starre dichotome Geschlechterbilder. Es handelt sich insgesamt um Zuschreibungen des deutschen Nationalismus. Verwurzelung und der Hinweis auf konservative Werte entstammen dem Konservatismus. Deutschsein wird kulturalistisch und nationalistisch begründet. Hinzu kommt Patriotismus als „gesundes“ Bewusstsein über die eigene Identität. Kulturelle Pluralität lehnt TF hingegen als „Multi-Toleranz-Weltanschauung“ dezidiert ab, bezeichnet den Islam als „Blutausch-Ideologie“ von „Surenöhnen“ (144:13f.), die sich ausbreite bis zur „Parallelgesellschaft für Alle“ (144:28). Überhaupt zeigt sich eine extrem homogene Vorstellung von Volk, denn auch politische Differenzen wie Feminismus und Veganismus sind mit ihrer Darstellung des deutschen Volkes unvereinbar. „Nur gelegentlich erlauben wir uns ein Späßchen und singen gemein-

³¹⁸ Wie ernst dieser Vorschlag einer Sezession zu nehmen ist, ist umstritten. TF behauptet auf ihrer Internetseite, die Rede sei Satire, jedoch wiederholte sie den Vorschlag in einer späteren Rede und formulierte ihn z.T. noch deutlicher aus (TF 14.12.15).

sam [singend]: ‚So geh’n die Linken, die Linken, die gehen so. So geh’n die Deutschen, die Deutschen, die gehen so!‘“ (145:11ff.) Dieser Schlusssatz zeigt, dass TF die dargestellten Einstellungen und Lebensweisen nicht nur als unterschiedliche politische Meinungen begreift, sondern Linke und die anderen Gruppen, die sie als vom Ideal abweichend beschreibt, als nicht deutsch. Hier kristallisiert sich ein Verständnis von Volk heraus, das der Gleichartigkeit nahekommmt, wie Schmitt sie postuliert. Zudem spielt ihr Liedchen auf die Aktion³¹⁹ der deutschen Fußballnationalmannschaft der Männer nach dem Spielgewinn gegen die argentinische Mannschaft bei der Weltmeisterschaft 2014 an: Demnach laufen die Deutschen aufrecht und die Linken gebückt. Dieses Kollektivsymbol weckt Assoziationen an Leistungen im Sport, an Erfolg und chauvinistisch gefärbten Siegestaumel. Die Deutschen werden als Gewinner, die Linken als Verlierer dargestellt.

„Warum eigentlich nicht, warum nicht ein Grünes Reich? Denken wir doch mal konstruktiv. Was spricht eigentlich gegen die Sezession, die Abspaltung? Schande-für-Deutschland-Staat im Osten, Konstantin-Wecker-Wunderland im Westen. Ja, lasst uns einen Deal machen, liebe Grüne und liebe Linke und liebe Sharia-Partei Deutschland: Ihr nehmt den Westen und errichtet dort ein links-grünes Vollversorgungs-Paradies. Wir, die Pegida-Mischpoke, gründen einen unabhängigen Staat im Osten Deutschlands [...] In der Mitte ziehen wir eine Mauer hoch, aber diesmal so richtig hoch.“ (142:32-143:9)

Das Recht auf Sezession und Neugründung ist in Theorien der Volkssouveränität eingeschlossen, die ja den Staat aus dem souveränen Willen des Volkes ableitet. Bei TF ist die Sezession aus dem Anspruch auf Homogenität begründet: Die kulturellen, politischen und vermeintlich essentiellen Unterschiede in der Bevölkerung scheinen so groß, dass sie nicht innerhalb einer gemeinsamen staatlichen Ordnung vermittelt werden können, sondern ‚jedes Volk‘ soll seinen eigenen Staat gründen. Gegenüber der „Selbstvernichtungsphantasien“, die sich im Slogan „no border, no nation“ ausdrücken würden (142:28), soll sich in der Abspaltung der Wille zum deutschen Staat als „gesunder Patriotismus“ ausdrücken. TF beschreibt ein homogenes Volk, das vorpolitische Ursprünge hat, aber dazu noch den Schmittschen Willen zur politischen Existenz braucht.³²⁰

Dieser zweite Redeteil lässt Rückschlüsse darauf zu, wer als „Bürger und Deutsche“ ein Recht zum Diskurs hat, nämlich Menschen mit ohnehin äußerst ähnlichen Wertevorstellungen. Diese müssen dann auch keine langen Debatten aushalten, sondern können schnell eindeutige Entscheidungen treffen. Durch die Vorstellung eines homogenen Volkes kann TF Entscheidung und den Diskursprozess, der erst dahin führen muss, in eins setzen.

³¹⁹ Vgl. das Video: Maudi Lugner, *So gehn die Gauchos HD*, 2014, <https://www.youtube.com/watch?v=BLpFpzzRYtY>.

³²⁰ Zum gleichen Schluss kommt auch Philipp Knopp in seiner Analyse von Ein- und Ausschlüssen bei Pegida: „Aber auch innerhalb des Staatsbürgerkollektivs werden Ausgrenzungen deutlich gemacht, die sich nicht mehr an der Nationalität als Kriterium orientieren, sondern an der Zustimmung zum politischen Projekt Pegidas.“, „Abstand halten“, Kap. 3.

(e) Tatjana Festerling, 30.03.2015³²¹

An der Kundgebung nehmen ca. 2.900 Personen teil, die Stimmung ist relativ ruhig. LB ist abwesend, weshalb Siegfried Däbritz moderiert. TF beginnt ihre Rede mit ruhiger Stimme, spricht jedoch immer wieder laut und aufgeregt. Sie formuliert ihr Verständnis von Volkssouveränität aus, nachdem sie eine Inkompetenz des politischen Personals und Herrschaft der Minderheiten über die Mehrheit konstatiert hat. Zu Beginn der Rede appelliert TF an die Einigkeit von Pegida und ruft die Teilnehmenden auf, sich nicht spalten zu lassen, ein Thema, das im März regelmäßig wiederkehrt; unter anderem wird eine durch Parteien verursachte Spaltung der Bewegung in Organisationskreis und Teilnehmende befürchtet.³²²

Hieraus lässt sich ableiten, was bei Pegida unter dem Mehrheitswillen verstanden wird:

„Wir sind aber alle nicht hier, um einen lustigen Abend zu verbringen. Dazu ist die Lage viel zu ernst. Wir werden gezielt [Applaus], wir werden gezielt damit beschäftigt, uns gegenseitig die Köpfe einzuschlagen. Zum Beispiel durch Bildung vieler kleiner Interessengruppen, die um ein Budget konkurrieren müssen. Es ist das alte Machiavelli-Spiel ‚Teile und herrsche‘. Und wenn die Fronten derartig verhärtet sind, wird der Dialog irgendwann unmöglich. Und die Spaltung der Gesellschaft, der Gemeinschaften, die Spaltung, die sich bis in die Familien durch zieht, das ist es, was wir dringend überwinden müssen.“ (146:27-147:4)

Es geht hier sowohl um die Spaltung der Pegida-Bewegung als auch um eine gesamtgesellschaftliche Spaltung, die sich bis tief ins Private ziehen würde. Da die politischen Kreise um Pegida vom Gerücht und der Vermutung leben, kommt es immer wieder zu wechselseitigen Anschuldigungen, die Bewegung zu spalten, vom Staat oder von Parteien gesteuert zu sein oder der Bewegung durch zu deutliche rechte Agitation zu schaden.³²³ TF appelliert also einerseits an Pegida-Teilnehmende, dem Organisationskreis zu vertrauen. In ähnlicher Weise kritisiert Rousseau Parteien und Interessengruppen, die Einigkeit verhindern würden, weil sie Sonderwillen organisieren würden. Dies wird hier verschwörungstheoretisch aufgeladen: Unstimmigkeiten entsprechen nicht unterschiedlichen Ansichten, sondern werden vermeintlich von außen oder oben geschürt, damit die Bewegung vom Wesentlichen auf „Nebenkriegsschauplätze[]“ (147:10f.) abgelenkt oder „zersetzt“ (147:12) wird. Dagegen bittet TF um Einigkeit: „auch wenn nicht immer allen alles gefallen wird, was Pegida macht, bitte lasst euch nicht von den spaltenden Kräften zu Gegnern

³²¹ Transkript siehe Anhang, S. 146-52.

³²² Etwa warnte die ausgetretene Kathrin Oertel vor einer erneuten Spaltung: „Ihr lasst euch wieder durch Politik und Medien in ‚böse‘ (Lutz Bachmann) und ‚gute‘ (diejenigen, welche jetzt wieder mit der Politik in Dialog getreten sind) Pegidianer einteilen“, zit. nach Winfried Schenk, „Ex-Sprecherin Kathrin Oertel warnt Pegida vor neuer Spaltung - Parteien kritisieren CDU“, *Menschen in Dresden*, 10. März 2015, <http://menschen-in-dresden.de/2015/ex-sprecherin-kathrin-oertel-warnt-pegida-vor-neuer-spaltung-parteien-kritisieren-cdu/>; die verschwörungstheoretische Interpretation hat eine reale Grundlage, entsprach doch die Trennung in bösen Organisationskreis und gute Demonstrierende zu deren Aufwertung der Strategie von u.a. Markus Ulbig, vgl. Barp und Eitel, „Weil die Mitte in der Mitte liegt“, Abschn. Verharmlosung: Denn sie wissen nicht, was sie tun.

³²³ Vgl. etwa die Verschwörungstheorien um Pegida aus anti-amerikanischen und antisemitischen Kreisen, Patrick Gensing, „Wird PEGIDA von den USA gelenkt?“, 22. Dezember 2014, <http://publikative.org/2014/12/22/wird-pegida-von-den-usa-gelenkt/>.

unserer eigen/ unserer gemeinsamen Sache instrumentalisieren.“ (147:20ff.) Hier geht es erstmals darum, Konflikt auszuhalten, zumindest innerhalb der Bewegung auf Basis einer „gemeinsamen Sache“.

Während ein Zerwürfnis Pegidas zu verhindern ist, ist die Spaltung der Gesellschaft bereits vollzogen und zu „überwinden“. TF formuliert nicht aus, worin diese Spaltung besteht und wie ihr beizukommen wäre. Klar wird nur, dass die ‚Spalter‘ immer Andere sind, die TF stereotyp beschreibt, wobei sie die Eigenschaften der Eigengruppe ruhig und tief aufzählt, und die der Feindgruppe mit aufgeregter und hoher Stimme kontrastiert:

„Die Mehrheit der Deutschen will genau das, was ebenfalls in dem hetzerischen Aufruf steht, Zitat: ‚Die deutschen Bürgerinnen wollen ihre Ruhe und sicher leben.‘ [Ab hier kreischend] *Genauso* ist es! Und wir wollen den ganzen linksgrünen Mist nicht! [Applaus] Wir Deutschen sind ein *freundliches*, ein *friedliches*, ein *gutmütiges*, und ein hilfsbereites Volk! Und wir sind weder Rassisten noch sind wir Nazis. Aber um in Deutschland sicher zu leben, müssen wir wohl wieder anfangen, unsere eigenen Grenzen zu sichern und linksgrünen Spinnern Grenzen zu setzen! [Applaus] Wir wollen keine linksextreme gewalttätige Minderheit, die der Mehrheitsgesellschaft vorschreibt, wie sie zu denken, zu handeln und was sie zu zahlen hat.“ (149:1-9)

Die deutsche Gesellschaft will „ihre Ruhe“ und ist grundsätzlich „friedlich“, der Konflikt wird erst von den Ansprüchen einer „linksextremen Minderheit“ in die Gesellschaft eingetragen, die sich als Reaktion darauf schützen muss, also viktimisiert wird. Linke Gesellschaftskritik wird für illegitim erklärt, weil sie Ruhe und Einigkeit stört; Meinungsfreiheit wird nur für die vermeintliche Mehrheit verteidigt. Die Einigkeit der Gesellschaft wird zudem von „dauerbeleidigten, dauerfordernden, unverschämten Minderheiten aus islamischen Ländern“ (149:10f.) und vom „Terror der schwul-lesbisch-queren-intersexuellen Minderheit“ (149:19f.) gestört, also nicht nur von politischer Differenz, sondern bereits von unterschiedlichen Einstellungen und Lebensentwürfen, denen unterstellt wird, sich auszubreiten und potentiell die Gesellschaft zu unterwerfen: „Wie kommen all diese ideologisch verbohrteten Minderheiten dazu, der Mehrheitsgesellschaft ihre Minderheitenmeinungen aufzuzwingen?“ (149:30f.) All diesen stereotypen Feindbildgruppen wird das Ziel unterstellt, ihre „Minderheitenmeinung“ universalisieren zu wollen. Man könnte hier von einem verallgemeinerten Usurpatorkomplex ausgehen: Nicht nur die politischen Eliten üben widerrechtlich Macht aus, was Widerstand im Namen der Demokratie verlangt.³²⁴ Zusätzlich versuchen gesellschaftliche ‚Rand‘-Gruppen die Diskurshoheit zu erringen. Es liegt an der Vorstellung, das Volk sei homogen und hätte eine einheitliche Meinung, dass Minderheitenansichten für TF so gefährlich erscheinen. Denn die Meinung, die sich durchsetzt, muss – zumindest scheinbar – als die allgemeine Meinung gelten, den Status des Volkswillens usurpieren. Nur weil der Wille der Mehrheit (der hier nicht nur quantitativ zu verstehen ist, sondern im Sinne von Mehrheitsgesellschaft als der etablierten Gesellschaft,

³²⁴ Vgl. Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, 219–24.

die den hegemonialen Normalvorstellungen entspricht) als der ‚normale‘ universale Wille, homogen und eindeutig auffindbar sein soll, scheint es überhaupt möglich, diesen Willen zu verdecken, zu verschieben, zu manipulieren oder zu unterdrücken und somit die Gesellschaft zu spalten. Abweichungen von einer vermeintlichen Mehrheitsmeinung sind hier nicht pluralistisch auszuhalten, sondern Ausdruck terroristischer Minoritäten.

Gegen solche „Minderheitenmeinungen“ besonders seitens der „Politiker“, die meinen sie „mit Brutalität, mit Erpressung, mit Unterstellung und Lügen durchsetzen zu müssen [...] [Volksverräter]“ (150:4ff.), deren Machtstreben (150:31) und den politischen Ausdruck dieser Meinungen, die Asyl- und Migrationspolitik (151:4-11), stellt TF ein Selbstbewusstsein der Mehrheit (150:10ff.) und die Volkssouveränität:

„Wir sind Mütter und Väter, wir sind hier geboren, wir leben hier seit hunderten von Generationen und wir sind *nicht* mehr abhängig davon, was *ihr* über *uns* berichtet oder denkt. [Applaus] Ihr habt lange genug diese Macht gegen uns ausgespielt und gutmütig und gutgläubig wie wir sind, haben wir lange genug versucht, es euch recht zu machen. Damit ist jetzt Schluss! [Applaus]

Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland besagt: ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.‘ Mit diesem Absatz des Ewigkeitsartikels wird die Demokratie begründet! Das Volk ist der konstitutive Begründer der Staatsgewalt! Und damit wird festgehalten, dass es keine Gewalt mehr geben darf, die nicht vom Volk ausgeht. [Applaus] Und wir müssen nicht irgendeiner Obrigkeit danken, dass sie uns freundlicherweise wählen lässt. Nein, wir, die Bürger sind der Souverän in diesem Land und ihr Politiker ihr seid *unsere* Angestellten, in welchem Parlament ihr auch immer sitzt, ihr habt *unsere* Anweisungen zu folgen! [Wir sind das Volk]

In den letzten Jahrzehnten ließen wir unsere Angestellten an der langen Leine, aber antiautoritäre Erziehung hat noch nie funktioniert. Wir werden euch jetzt schärfer kontrollieren. Und deshalb lautet eine der wichtigsten Pegida-Forderungen, allen Bürgern zu ermöglichen, über Schicksalsfragen mittels direkter Demokratie auf der Basis von Volksentscheidungen selber entscheiden zu können. [Applaus]“ (151:21-152:7)

Das Volk als „Begründer der Staatsgewalt“ ist nicht abhängig von den Regierenden, sondern es ist Autorität, die die Regierenden kontrolliert, befiehlt und grundlegende Entscheidungen („Schicksalsfragen“) direkt entscheidet. In Grundzügen ist dieses Verhältnis zwischen verfasster Politik und verfassungsgebender Gewalt des Volkes in allen Theorien der Volkssouveränität enthalten, nur Kielmansegg übt Kritik an der Herleitung demokratischer Legitimität von ihrem Ursprung her. Die institutionelle Form von Volkssouveränität wird auch bei Schmitt, Rousseau und Maus in direkten Volksentscheiden gesehen. Maus führt das Plebiszit dezidiert an, um dem Volk gegenüber staatlichen Funktionsträger*innen wieder mehr Macht zukommen zu lassen.

Die Wahl der Begriffe erlaubt weitergehende Differenzierungen: Politiker*innen werden als „Angestellte“ bezeichnet, die „unsere Anweisungen zu folgen“ hätten. Bei Rousseau soll es zwar keine repräsentative Legislative geben, seine Beschreibung des Verhältnisses von Volk und Exekutive aber ist vergleichbar: Die Regierung soll im engeren Sinne exekutieren, was der Gemeinwille beschlossen hat und ist nur Beauftragte des Volkes. Bei Pegidas Kritik der Repräsentativdemokratie werden auch die legislativen Vertreter*innen

(„in welchem Parlament ihr auch sitzt“) zu solchen Beauftragten, die nur umsetzen dürfen, was das Volk will. Dem entspräche dann ein imperatives Mandat anstatt des freien Mandats,³²⁵ das den Abgeordneten während ihrer Amtszeit erlauben soll, nur ihrem eigenen Gewissen nach zu entscheiden, wobei dieses Modell voraussetzt, dass sie ihr Handeln auch an der zu antizipierenden Reaktion der Wähler*innen ausrichten. Dass Wahlen kein angemessener Ausdruck der Volkssouveränität seien, hat TF schon in einer anderen Rede argumentiert. Daher will sie die Abgeordneten direkt an den Volkswillen binden, der ihnen Anweisung, ja Befehl sein soll. Dies ist von Maus' Modell abzugrenzen, denn sie schlägt eine sich ergänzende Legislative aus repräsentativem Beschluss der Verfahrensordnung und plebiszitärer Entscheidung über Einzelgesetze vor, die gemeinsam Exekutive und Judikative klare Rahmen- und inhaltliche Vorgaben machen. Das Delegationsmodell wäre eine Alternative oder Ergänzung zu Plebisziten, die aber der Dezentrierung gegenläufig wäre, die Maus aufgrund der starken Pluralität des Volkes anstrebt. Die repräsentative Entscheidung über die Verfahrensordnung soll gerade von den aktuellen Willen der Bürger*innen entkoppelt werden, damit die Kompetenzen über die Verfahrensform und Gesetzesinhalte strikt getrennt werden.

Die *unmittelbare* Bindung von Regierung und Repräsentation an den Volkswillen anstelle der Bindung an demokratische Verfahrensregeln kommt stattdessen dem Gedanken von Carl Schmitt näher: Das Volk kann nicht angemessen repräsentiert werden, weshalb Identität zwischen Regierenden und Regierten vorherrschen muss. Das Volk kann zwar Befugnisse delegieren, aber es muss „absolute[] Willensidentität mit Regierung und Staat“³²⁶ bestehen. Die Akklamation oder das Plebiszit sollen dann grundlegende Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken, gerade zu Fragen politischer Existenz, was TF „Schicksalsfragen“ nennt. Die bei Pegida aus der Idee der Volkssouveränität abgeleitete Ordnung tendiert also zur identitären Demokratie, in der Abgeordnete und Regierung den Anweisungen des Volkes folgen.³²⁷

(f) Lutz Bachmann, 06.04.2015³²⁸

LB übernimmt wie üblich die Moderation vor den 7.100 Teilnehmenden, verliert Auflagen, stellt Bezüge zu anderen Städten und Ländern her und begrüßt drei Gastredner, auf

³²⁵ In der Demokratietheorie wird das Verhältnis zwischen der Legislative und dem Volk auch in Treuhandschaft und Delegation unterschieden. Delegation bedeutet ständige Rückbindung an den Willen der Wähler*innen, Repräsentation als Treuhandschaft entspricht dem freien Mandat, vgl. Ian Budge, *The New Challenge of Direct Democracy* (Cambridge: Polity Press, 1996), 46ff.

³²⁶ Pfahl-Traughber, *Konservative Revolution und Neue Rechte / Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, 73.

³²⁷ Vgl. die Einschätzung von Vorländer et al. als „vulgärdemokratisch“, *Pegida / Empörungsbewegung*, 124.

³²⁸ Transkript siehe Anhang, S. 153-55.

die der Schweizer Ignatz Bearth folgt, mit dem LB auf der Bühne und die Teilnehmenden gemeinsam einen Rütlichswur ablegen. Dann verkündet LB die Kandidatur von Festerling für die Wahl zur Oberbürgermeisterin in Dresden am 7. Juni 2015. Er zählt dabei auf, welche Qualitäten sie als Politikerin besonders auszeichnen würden, und legt die Vorzüge der Direktwahl dar. LB ist bei seiner Rede ungewöhnlich aufgeregt, wie er selbst sagt. Bei der Verkündung der Kandidatur versucht er zudem, wie er treffend beschreibt, Spannung und Entertainment wie in Fernsehsendungen aufkommen zu lassen.

„Man kann sagen, es ist eine historische Chance, die uns Dresden/ und Dresdnern bietet. Ein Dreivierteljahr nach dem ersten Spaziergang und ausgerechnet in der Gründungsstadt von Pegida steht eine Wahl zum Oberbürgermeister an. Eine Wahl, welche nicht auf die sonst übliche Weise durch den üblichen Politiker- und Parteienklüngel mit verschobenen und verkauften Listenplätzen entschieden wird, sondern es ist die Stimme jedes Einzelnen, es ist eine Direktwahl, und jeder einfache Bürger ist gefragt. Wir können hier ein Zeichen setzen für kommende Wahlen in ganz Deutschland, ja sogar in ganz Europa. Wir haben in Dresden die Chance, einen Oberbürgermeister zu wählen direkt aus dem Volk, der nicht nur Marionette ist, sondern dann wirklich etwas zu sagen hat und der unserem rot-rot-grün versifften Stadtrat ordentlich auf die Finger schauen kann! [Applaus]“ (154:14-24)

Er stellt die Direktwahl der Listenwahl gegenüber. Letztere zeichne sich durch verfälschte weil „verschobene“ Ergebnisse aus, werde durch „Klüngel“ von Politiker*innen und Parteien beeinflusst und bringe „Marionetten“ hervor. Ein Großteil der in der BRD stattfindenden Wahlen haben für LB also kein korrektes Ergebnis, was letztendlich bedeutet, dass die aktuellen Vertretungskörperschaften nicht hinreichend demokratisch legitimiert seien. Die Kritik intransparenter Wahllisten³²⁹ wird jedoch nicht auf die eigenen Verfahren übertragen: Festerlings Kandidatur wird vom Organisationskreis beschlossen, verkündet und von den Teilnehmenden mit nachträglichem Applaus legitimiert. LB betont zwar „tausende Mails, PNs, Briefe, Faxe, alles mögliche“ (154:32), die sich für TF ausgesprochen hätten und ihr Gewinn einer Art Vorwahl wäre sehr wahrscheinlich gewesen, doch wird der Prozess der Nominierung nicht transparent und inklusiv gestaltet, sondern von einem inneren Kreis entschieden; prozedurale Legitimität ist also zumindest für die Wahl von TF nicht das ausschlaggebende Kriterium.

Die gewählten Politiker*innen sind in aller Regel nur „Marionetten“, ein gängiges Symbol vor allem antisemitischer und antiamerikanischer (früher auch antikommunistischer) Verschwörungstheorien.³³⁰ Die Marionette kann nicht frei entscheiden, weil sie an Fäden

³²⁹ Kritik an der Listenwahl ist z.T. begründet: Denn die Wähler*innen können die Bildung der Listen kaum beeinflussen, sondern diese sind unter anderem von Parteihierarchien, Bekanntheitsgraden, Absprachen und Flügelkämpfen abhängig. Das Verhältniswahlrecht mit Listenwahl bietet jedoch den Vorteil, dass Stimmen nicht automatisch verloren gehen, die nicht mit der Wahl der Mehrheit übereinstimmen. Außerdem sind die Wahlsysteme komplexer, als LB sie dargestellt: Bei Kommunalwahlen können Einzelstimmen an Personen vergeben werden, wodurch sich Positionen auf der Liste verschieben können. Auch bei Bundestagswahlen gibt es zusätzlich zu den Listenwahlen die Erststimme zur Personenwahl, daher auch die Bezeichnung personalisierte Verhältniswahl.

³³⁰ Vgl. Moishe Postone, „Nationalsozialismus und Antisemitismus / Ein theoretischer Versuch“, *KRITIK & KRISE* 4/5 (Sommer 1991), <http://www.krisis.org/1979/nationalsozialismus-und-antisemitismus/>.

hängt, die jemand führt; vermeintlich werden die Politiker*innen gesteuert von einer größeren, von LB hier nicht benannten, Macht. Im Zusammenhang mit dem Verständnis von Volkssouveränität und Delegation bei Pegida – „Die Politiker müssen endlich verstehen, dass die Macht, alle Macht, vom Volke ausgeht und sie nur auf Zeit unsere Angestellten sind, um das umzusetzen, was wir wollen, und was für uns gut ist!“ (154:2ff.) – ist dieser Vorwurf projektiv. Denn das freie Mandat soll von der unmittelbaren Umsetzung des Volkswillens ersetzt werden; Politiker*innen sollen nach diesem Verständnis nicht gemäß ihres Amtes frei entscheiden, sondern nur einen Willen exekutieren. Der eigene Wunsch, Politiker*innen und darüber gesellschaftliche Entwicklungen souverän zu steuern, wird auf eine anonym bleibende Macht projiziert. Projektion wird in der Kritischen Theorie als Grundlage von Verschwörungstheorien beschrieben.³³¹ Hier geht es nicht darum, psychoanalytische Aussagen über LB zu treffen, sondern über den ideologischen Gehalt der Reden. Projektion dient einerseits als Argumentationsstrategie, mit der positive Selbstdarstellung in Kontrast zur den ‚bösen Anderen‘ realisiert wird.³³² Werden die Politiker*innen von Anderen gesteuert, scheint es nur folgerichtig, dass Pegida sich erhebt und Widerstand ausruft. Andererseits ist das auch Ausdruck real vorhandener Ideologie: komplexe, widersprüchliche und entfremdete Prozesse und nicht nachvollziehbares oder gering geschätztes politisches Handeln werden vereinfacht und personalisiert³³³ Einzelnen zugeschoben.

In der Direktwahl hingegen zähle die Stimme „jedes Einzelnen“, des „einfachen Bürgers“; die Oberbürgermeisterin komme „direkt aus dem Volk“ und habe „wirklich etwas zu sagen“. Wichtige Eigenschaften solch einer Politikerin aus dem Volk, die LB bei Festerling beschreibt, sind entsprechend „Durchsetzungsvermögen“ (155:5), „Redegewandtheit, Charme, und souveränes Auftreten“, „Zuverlässigkeit und ein[] unglaublich starke[r] Willen, etwas im Sinne des Volkes zu verändern.“ (155:9ff.) Es geht hier vorrangig um zwei-erlei: die Macht einer direkt gewählten Person und deren Bindung an das Volk. Die Verbundenheit mit dem Volk stellt LB dar, indem er die Kandidatin als ‚eine von uns‘ vorstellt, die dann natürlich auch die Interessen des Volkes vertritt, wohingegen andere Politiker*innen regelmäßig zu „Verrätern“ (154:28) würden. Die Direktwahl soll die Politiker*innen an den Willen des Volkes binden, weil keine Partei oder Liste zwischen ge-

³³¹ Vgl. z.B. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung / Philosophische Fragmente* (Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2006), 199.

³³² Vgl. auch Wodak u. a., *Wir sind alle unschuldige Täter*, 352ff.

³³³ Personalisierung bezeichnet „die Tendenz, objektive gesellschaftliche und ökonomische Prozesse, politische Programme, innere und äußere Spannungen mittels Personen zu bezeichnen, die mit dem jeweiligen Fall identifiziert werden, anstatt sich selbst der Anstrengung der unpersönlichen geistigen Arbeit zu unterziehen, die die Abstraktheit der gesellschaftlichen Prozesse erfordert“ (Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, 190).

schalten ist, es ist ein Versuch, jenen Wunsch der unmittelbaren Entscheidungsmacht des Volkes in der institutionellen Ordnung zu verorten. LB schafft ein Gefühl von Volksnähe, wenn er „die Stimme jedes Einzelnen“ betont, denn die einzelne Stimme zählt in der Direktwahl nicht mehr oder weniger als in der Listenwahl. Wenn er zudem den „einfachen Bürger“ und die Kandidatin als „direkt aus dem Volk“ beschreibt, basiert das auf einer impliziten Gegenüberstellung zum bürokratischen, akademischen und professionalisierten politischen Personal,³³⁴ das sich weit vom Volk entfernt nicht um die Belange des ‚kleinen Mannes‘ kümmert. Direktwahl soll also die Identität zwischen Regierenden und Regierten wahren, die auch Schmitt einfordert. Regierung und Volk sollen den gleichen Willen haben, sich ihrer Art nach gleichen und zudem eine große emotionale Nähe zueinander haben. Dann kann dieser einzelnen gewählten Person vertraut werden (154:26f.), sie kann also auf einen starken Legitimitätsglauben hoffen. Deswegen kann auch die Oberbürgermeisterin „unserem rot-rot-grün versifften Stadtrat ordentlich auf die Finger schauen“. Die Kontrollfunktion des Parlaments wird hier verkehrt, indem die Exekutive die Legislative beaufsichtigt, eben weil erstere unmittelbar durch das Volk legitimiert ist und seinen Willen vertritt, während letztere sich aus einem „Klüngel“ rekrutiert.

Vom Legitimitätsglauben ist bei Schmitt abhängig, wie streng und weitreichend regiert werden kann. Auch bei LB ist Macht das zweite Thema bei der Beschreibung einer direkt gewählten Person: „Durchsetzungsvermögen“ und „einen unglaublich starken Willen“ braucht sie, und hat „am Ende wirklich etwas zu sagen“. Die Rolle der Oberbürgermeisterin liegt nicht in der Vermittlung verschiedener Interessen der Bürger*innen in der Stadt noch in der Teilnahme an einem Aushandlungsprozess, sondern sie ist Entscheiderin, die sagt, ‚wo es lang geht‘, sie setzt durch und sie setzt um, „was wir wollen“, denn „es ist an der Zeit, etwas grundsätzlich zu ändern.“ (153:29f.) Sprachlich drückt sich hier ein „Willen zur Bewegung, zum Handeln“³³⁵ aus, es geht darum, dass ‚etwas getan wird‘.³³⁶ Statt langer komplexer politischer Prozesse, will LB Taten sehen. Dafür gilt die Direktwahl einer Persönlichkeit aus dem Volk als beste Option, weil sie von langen Diskussionsprozessen und uneindeutigen Kompromissen zu befreien scheint.

³³⁴ Vgl. die verkürzte Kritik an Politiker*innen und Bürokrat*innen bei ebd., 230ff.

³³⁵ Victor Klemperer, *LTI / Notizbuch eines Philologen* (Berlin: Aufbau-Verlag, 1947), 345.

³³⁶ Das ist auch ein Zug des manipulativen Charaktertypus. Er versteht die Welt als Objekt, dass verwendet werden muss, vgl. Adorno, „Typen und Syndrome“, 234ff. Der manipulative Charakter ist zudem ein unemotionaler, sachlich nüchterner Verwalter und Organisator, was auf LB nicht zutrifft. Er soll hier auch nicht als manipulativer Typus analysiert werden, sondern nur darauf hingewiesen werden, dass der Wunsch zu Tat und Bewegung mit autoritären Ordnungsvorstellungen zusammenhängt.

(g) Tatjana Festerling, 21.09.2015³³⁷

Bei der Kundgebung mit 6.400 bis 7.000 Teilnehmenden ist die Stimmung laut und aufgeregt. Der Monat September war (auch in der medialen Berichterstattung) von großen Zahlen Asylsuchender geprägt, die in Lagern ausharren mussten, oder aber in Zügen und Bussen und sogar zu Fuß versuchten, nach Westeuropa und dabei maßgeblich Deutschland zu gelangen. Dabei kam es an mehreren europäischen Grenzen zu teils gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Grenzbeamt*innen und Asylsuchenden sowie zu kollektiven Grenzübertritten. TF besuchte nach eigener Angabe einen solchen Grenzübergang in Ungarn kurz nach den Ausschreitungen, sprach mit Beamt*innen und demonstrierte Solidarität in Budapest. Ihre Rede ist ein Lob auf den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. In dieser Rede geht es konkret darum, was ein guter Politiker tun sollte.

TF stellt Orbán als guten Politiker dar, der das Volk gegen hereinbrechende Gefahren verteidigt, im Gegensatz zu deutschen Politiker*innen, die das Unheil ins Land holen würden:

„Tja Freunde, so sieht verantwortungsvolle Politik zum Wohle des eigenen Volkes aus, oder!?! *Vielen Dank Ungarn, vielen Dank Viktor Orbán!* [Orbán]

Und Merkel? Merkel nimmt alles rein ins Land, was zwei Beine hat und lässt sich in den arabischen Ländern als ‚Mutter Merkel‘ feiern. [pfui] Dass man die eigene Kinderlosigkeit derart pervers kompensieren kann, war mir neu. Merkel will Mutter Teresa spielen und zwingt uns ungefragt und ohne Mandat in Sippenhaft und tauscht uns aus, volkt uns um!“ (159:3-9)

Die Politik von Angela Merkel führe zur Verstärkung der Gefahren, zur

„vollständige[n] Islamisierung und damit [der] Unterwerfung Europas unter die Fuchtel von Allah. [pfui, Widerstand] Aber Merkel und ihre Berliner Bande lenken die muslimischen Migranten geradewegs nach Deutschland und damit sorgen sie ohne Mandat für eine vollständige Veränderung unserer Kultur und die Zerstörung des Lebens/ des Lebensraums des deutschen Volkes.“ (159:31-160:2)

Wird das Volk zusammen mit seinem „Lebensraum“ genannt, handelt es sich um biologische und rassistische Vorstellungen des völkischen Nationalismus. Die Bevölkerung wird als biologische Art gedacht, die in ihrer natürlichen Umgebung gedeihen kann, aber von Verdrängung bedroht ist, von „Umvolkung“. Dabei wirkt TFs Argument von Merkels fehlendem Mandat für diese Politik merkwürdig deplatziert, als bestünde theoretisch die Möglichkeit, für eine reale Politik der „Umvolkung“ ein politisches Mandat des Volkes zu erhalten. Was die völkische Biologisierung der Nation hingegen impliziert, ist, dass Politik und Ordnung aus der Natur abzuleiten sind und in dem Sinne keines vermittelnden Mandats mehr bedürfen – schon gar nicht, wenn es sich um eine existentielle Bedrohung des Volkes handelt: Die Nation ist ein Organismus, der beinahe schon ums Überleben kämpft und letztendlich Schmitts existentielle Entscheidung zu treffen hat; ein politisches Mandat kann logisch nur noch die Ermächtigung zur Verteidigung bedeuten, ein repräsentatives

³³⁷ Transkript siehe Anhang, S. 156-61.

Mandat in einem Institutionengefüge mit Verfahrensnormen (wie bei Maus oder Kielmannsegg) wäre unangemessen.

Neben dieser völkischen Begründung und Untergangspanthasie untergrabe die Migrationspolitik der Bundesregierung auch das Grundgesetz: Es

„schaffen die Regierungskriminellen unser Grundgesetz und die darin manifestierten Grundwerte gleich mit ab. Die Gleichheit von Mann und Frau ist bald das Papier nicht mehr wert, auf das sie gedruckt sind. [...] unsere Sozialsysteme werden hoffnungslos überfordert zusammenbrechen. Und damit ist dann auch bald das Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes Geschichte.“ (160:5-12)

Die Regierungspolitiker*innen greifen mit ihrer Politik das Grundgesetz an, also die Menschenrechte und die Verfassungsordnung, die ja der erste Ausdruck der Volkssouveränität ist und die Grenze, die das Volk dem staatlichen Gewaltmonopol setzt. Wenn also die Regierung das Grundgesetz abschaffen will oder aushöhlt, muss sie abgewählt, absetzt oder der Staatsapparat aufgelöst werden, das wäre etwa nach Rousseau die folgerichtige Konsequenz. Mindestens legitimiert solch eine Diagnose den Widerstand des Volkes. Der Angriff auf die Verfassung gefährdet den Staat fundamental und letztendlich auch das Volk. Andersherum wäre das Ende der Verfassung spätestens mit der erfolgten „Umvolkung“ gegeben, weil der Verfassung das souveräne Subjekt fehlen würde. Laut dieser Darstellung von TF besteht eine wechselseitige Bedingtheit von verfassungsmäßigen Menschenrechten und Volkssouveränität. Diese Prinzipien sind dann gegen die „Regierungskriminellen“ „Berliner Banden“ zu verteidigen.

Löwenthal und Gunterman vertreten die These, dass die*der Agitator*in die staatliche Ordnung nicht offen angreifen will, sondern stattdessen das politische Personal so heftig diffamiert, dass dies auf die Institutionen ausstrahlt, eine „Desillusionierung förder[t], während man gleichzeitig Lobreden auf den Staat als solchen hält und scheinbar Respekt für seine Institutionen fordert.“³³⁸ Die Kritik an den Einzelpersonen lässt sie dann immer als Teil einer Verschwörung dastehen, die man vermeintlich durchschaut habe. Usurpatoren denken („ohne Mandat“, „Kriminelle“) und Verschwörungsideologien („vollständige Islamisierung“, „Unterwerfung“) bilden die Basis, der Regierung einen Angriff auf die Verfassung vorzuwerfen. Die ‚schlechten‘ Politiker*innen werden also verschwörungstheoretisch so dargestellt, als griffen sie Grundrecht und Volk an. Sie würden sogar versuchen, andere Staaten „per Mehrheitsentscheidung zu Quoten“ (158:18f.) zu zwingen. Der Mehrheitsentscheid gilt TF hier als illegitim, weil er nationale Souveränität untergrabe, um Politik gegen das Wohl der Völker durchzusetzen. Die Gefahr für Verfassung und Volk scheint existentiell und muss daher abgewehrt werden – die Aufgabe des ‚guten‘ Politikers:

³³⁸ Löwenthal und Guterman, „Lügenpropheten“, 39.

Orbán formuliert die Ziele seiner Politik klar und deutlich: *Politik* soll die *Heimat* verteidigen und deshalb heißt die ungarische Armee auch: Heimatschutz! [Orbán, Zwischenruf] (Unverständlich) und, (lacht über Zuruf), und er will zeigen, dass diese Politik funktioniert, er will beweisen, dass, wenn ein jeder innerhalb der EU seine Aufgaben erfüllen würde, man die große Migrantenflut aufhalten, sie organisieren und sie handhabbar machen könne.“ (158:10-15)

Die Inhalte und Ziele guter Politik sind „Heimatverteidigung“, die Abwehr eines „selbstmörderischen Liberalismus, der die Köpfe der europäischen Medien und Politik beherrsche und die Lebensform der Europäer gefährde“ (157:17f.) und demgegenüber Schutz und Verteidigung der Grenzen (157:7), Schutz von „Lebensmöglichkeiten“, der „eigenen Werte“ und „Lebensweise“ (alle 157:20ff.). Orbán gilt TF deshalb als guter Politiker, weil sie augenscheinlich der gleichen Meinung sind: Sie sehen die europäischen Völker, deren Leben und Werte in Gefahr.

Den guten Politiker als Person macht aus, dass er „klar und deutlich“ seine Ziele benennt, „Verantwortung“ (157:30) übernimmt, und Widerstand leistet gegen als unfair wahrgenommene Politik. Orbán etwa nenne die Quotenregelung für Asylsuchende „reine Erpressung“ und „politisches Verbrechen“ (158:20f.). Er ist also niemand, der klein beigt und lange verhandelt; das Bild, das nie detailliert beschrieben wird, trägt eher die Umrisse eines Mannes, der ‚auf den Tisch haut‘. Zudem ist er ein Mann der Tat,³³⁹ der „seine Aufgaben erfüllt“ und dadurch „die große Migrantenflut aufhalten, sie organisieren und sie handhabbar machen“ will. Diese Beschreibung ähnelt der des manipulativen Charaktertypus, der *machen*, ordnen, organisieren und dadurch beherrschen will.³⁴⁰ Legal, sachlich und letztlich notwendig zur Beherrschung der Lage sollen denn auch die politischen Mittel sein.

Form und Mittel guter Politik bestehen vor allem in der Verteidigung der „Grenzen der EU gegen die hereinströmenden Asylansprucher.“ (157:25f.) „Und erst als die Angreifer in ungarisches Staatsgebiet einbrachen, ordneten die Befehlshaber vor Ort den Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern an. [Applaus] Die Situation war mit anderen Mitteln nicht mehr beherrschbar.“ (156:10-13) TF erklärt, dass die politischen Mittel in legalem Rahmen liegen sollen. Denn illegal würden die Asylsuchenden handeln, die TF „Flutung“ und „Invasoren“ (158:32) nennt,³⁴¹ sowie die „Regierungskriminellen“, denn Ungarn hielte sich als einziger Staat an das Schengen-Abkommen (158:3). „Orbán stellt auch klar, dass Ungarn sowohl die Genfer Konventionen peinlich genau einhält, wie alle anderen Bestimmungen, und beklagt die ungerechten und unwahren Angriffe.“ (158:7ff.) Die Rechtsför-

³³⁹ Zur Forderung „Handeln statt Reden“ siehe auch ihre Rede zur OB-Wahl (TF 01.06.2015).

³⁴⁰ Vgl. Adorno, „Typen und Syndrome“, 333ff.

³⁴¹ Vgl. zu den Kollektivsymbolen Flut und Welle Jäger, *BrandSätze / Rassismus im Alltag*, 252. Kollektivsymbole dienen nicht nur der Vereinfachung, sondern die Bilder stoßen ganze Gedankengänge an, die nicht mehr einfach zu stoppen sind; der Weg von der „Flutung“ zum Ertrinken oder erdrückt Werden ist nicht weit.

migkeit von Orbáns Politik betont TF mehrfach, jedoch ohne dies zu belegen oder die „unwahren Angriffe“ zu entkräften,³⁴² während sie Merkels Politik jedwedem Mandat abspricht. Sie berichtet also selektiv von Regierungshandeln und legt doppelte Standards an, um von ihr inhaltlich bevorzugte Politik auch verfahrensmäßig und rechtlich als legitim – als demokratisch – darzustellen.

(Staatliche) Ordnung ist TF enorm wichtig. Sie greift sie nicht direkt an, sondern über die Diffamierung von Politiker*innen und sie will sogar bei der Abwehr von Flüchtenden keine sichtbaren Menschenrechtsverstöße, sondern die legalisierte, geordnete Abwehr zur Beherrschung der vermeintlichen Gefahr und zum Schutz des Volkes und seines Territoriums. Der gute Politiker hält sich an diese Ordnung und verteidigt sie, wozu er effektive Mittel in die Hand nimmt; seine Sprache ist kontrovers bis angriffslustig; vor allem tut er ‚das Richtige‘, was dem ‚Wohle des Volkes‘ dient und dadurch legitimiert ist.

(h) Tatjana Festerling, 18.01.2016³⁴³

Vor 3.500 bis 4.000 Teilnehmenden spricht TF hauptsächlich über die aktuellen Ereignisse: Sie hat eine Woche zuvor als Rednerin bei Legida in Leipzig gesagt: „Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern prügeln.“³⁴⁴ Dass sie daraufhin angezeigt worden ist, erklärt sie als Mittel eines „Unrechtsstaates“ gegen Kritiker*innen. Sie ruft zur Revolution auf, wobei sie immer wieder Friedlichkeit betont, und erklärt die Mistgabel als Symbol des Volksaufstandes.

Die Anzeige gegen sie wegen Volksverhetzung nimmt TF als Aufhänger, um die BRD zum „Unrechtsstaat“ (164:23) zu erklären. Erstens, weil die Medien „das Volk mit Regierungspropaganda“ (163:10) beschallen würden und „über den extra präparierten Paragraph 130 diejenigen mundtot machen, die Presse und Politik kritisieren.“ (163:15f.) Die Medien seien keine kontrollierende Gewalt mehr, sondern Teil des Staatsapparates. „Es darf also nur der freisprechen, der im Einklang mit der regierungstreuen Weltsicht ist.“ (162:26f.) Der Umgang mit Meinungsfreiheit ist bei Pegida durchweg projektiv: Während die Bewegung abweichende Meinungen regelmäßig als undemokratisch und terroristisch diffamiert,

³⁴² Etwa menschen- und verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich der Asylgesetzgebung in Ungarn, vgl. FAZ/evah./AFP/dpa, „Schärfere Gesetze: Ungarn will Flüchtlinge internieren und notfalls einsperren“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. August 2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/ungarn-will-fluechtlinge-mit-schaerferen-gesetzen-abschrecken-13774827.html>.

³⁴³ Transkript siehe Anhang, S. 162-66.

³⁴⁴ Zit. nach Tagesspiegel/KNA, „Journalistenverband zeigt Pegida-Anführerin an“.

wirft sie selbiges ihren Kritiker*innen vor. Die Unterschiede zwischen legitimen und menschenfeindlichen Äußerungen werden dadurch unscharf.

Zweitens erklärt TF, auch der Unabhängigkeit der Justiz im Falle des zu erwartenden Prozesses gegen sie skeptisch gegenüber zu stehen:

„Und dann warten wir mal auf die Beobachter der internationalen Medien und die europäischen Politiker. Sie sollen sehen, was in diesem Willkürstaat Deutschland inzwischen möglich ist. Sie sollen sehen, dass politisch gesteuerte Verbände gegen die Oppositionellen schießen, also gegen die, die schon im Bundestag keine Interessenvertretung haben. Sie sollen sehen, dass im Merkel-Maas-Deutschland, ein Schauprozess wegen einer rhetorischen, bildlichen Äußerung geführt wird. Sie sollen sehen, dass hier Methoden von 1933 angewendet werden; die Nazis von heute sind nun nicht mehr braun, sie tragen die Farben der Regierungsparteien. Und sie sollen sehen, in welchem Verhältnis dieser Mistgabelprozess zu den juristischen Konsequenzen steht, die inzwischen tausenden unregistrierten, frei rumlaufenden Ficki-ficki-Geschenk-Männer, Vergewaltiger und potentiellen Steiniger nicht zu befürchten haben.“ (164:3-15)

Deutschland scheint fest in der Hand von Angela Merkel und einiger anderer Politiker*innen zu liegen, die Verbände, Medien und Justiz „steuern“. Die BRD wird nicht mit der DDR gleichgesetzt, sondern wende „Methoden von 1933“ an, die Regierung seien letzten Endes die „Nazis von heute“. Männliche Asylsuchende, die TF hier vulgär und rassistisch beschreibt, werden als Günstlinge dieses ‚Regimes‘ dargestellt, die vermeintlich ungestraft schwere Straftaten begehen können. Der bundesrepublikanische Staat wird als ‚totalitäre Diktatur‘³⁴⁵ dargestellt, als Staat ohne Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Regierungslegitimation und mit weitem Zugriff auf die Rechte der Bevölkerung, als Staat, der *gegen* die Bevölkerung agiert. TF sieht sich als Opfer dieses Staatsapparats, der der internationalen Beobachtung bedarf. Im Zusammenhang mit ihrem Vergleich zum Nationalsozialismus lassen sich daraus auch Schlüsse über ihr Verständnis des letzteren ziehen: Ein Willkürstaat, als dessen Opfer TF die Deutschen sieht.³⁴⁶ Es lässt sich die These aufstellen, dass das (deutsche) Volk für TF immer nur Opfer einer Regierung sein kann, und nicht selbst Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Shoah, Porrajmos und Vernichtungskrieg begehen könnte. Nationalsozialismus wird nicht als bestimmte Ideologie und Herrschaftsform verstanden, sondern als – besonders abscheuliche – Diktatur gegen das ‚eigene‘ Volk.

Drittens fehle es an einer wirklichen Opposition im Bundestag:

„Merkels Rechtsverstöße interessieren nämlich auch im Reichstag keinen. Es gibt keinen Aufstand, kein Misstrauensvotum, keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, einfach nichts! Im Gegenteil: Die illegale und unkontrollierte Flutung mit Migrant*innen aus islamischen Staaten wird von der parlamentarischen Opposition ausdrücklich begrüßt. Und Schäuble, dieser/ [Buh, Pfiffe] Und Schäuble, dieser verbitterte alte Mann plant sogar eine gesetzliche Regelung, um die Bundeswehr im Inneren einzusetzen, Panzer gegen Bür-

³⁴⁵ Die Verfasserin findet den Begriff „totalitäre Diktatur“ für den Nationalsozialismus unzutreffend, weil er der Vorstellung einer kleinen verantwortlichen Herrscherclique entspricht, und die Bevölkerung aus der Verantwortung nimmt. Er wird hier verwendet, weil er am ehesten die Beschreibung von TF wiedergibt.

³⁴⁶ Vgl. auch die Rede von LB am 22.06.2015, in der er den Vergleich von derzeitigen Asylsuchenden mit den deutschen Vertriebenen aus den ehemaligen ‚Ostgebieten‘ als „Volksverhetzung und Verunglimpfung von Opfern des Zweiten Weltkriegs“ bezeichnet. Die „Vertriebenen und deren Nachfahren“ hätten „schreckliches erlebt ..., erst durch Nazis dann durch Truppen der Roten Armee“.

ger! Damit will er Deutschland [*Pfui, Pfiffe, Volksverräter*] Damit will er Deutschland nun auch zum Militärstaat umformen. Nein! Es gibt keine parlamentarische Stimme, die sich gegen die deutsche Unrechtsregierung erhebt. Die einzige Opposition in Deutschland ist die Straße, das sind wird, das ist Pegida und das ist die AfD! [Applaus]“ (165:12-22)

Pegida fühlt sich im Bundestag nicht vertreten; die beiden Oppositionsparteien verorten sich in aller Regel links von der Großen Koalition, sodass es zumindest so scheint, als gäbe es keinen Widerspruch ihrerseits zur Regierungspolitik, zumindest nicht im Sinne Pegidas. Daraus schließt TF, dass es überhaupt keine parlamentarische Opposition gegen die Regierung gebe, sondern nur die Opposition auf der Straße. Die (wahrgenommene) Abwesenheit einer eigenen Interessenvertretung wird gleichgesetzt mit der Abwesenheit jeglichen Pluralismus und politischer Opposition, sodass die Regierung weiterhin illegale Politik betreiben und den Umsturz der Ordnung zum Militärstaat vorbereiten könne. Im Kontext der häufigen DDR-Bezüge kann die Warnung „Panzer gegen Bürger“ auch als Anspielung auf den Arbeiter*innenaufstand am 17. Juni 1953 verstanden werden, was der Selbstdarstellung als friedlicher Volksaufstand entspricht.

„Strafanzeigen sollen Menschen wie Lutz und mich und damit die gesamte Pegida-Bewegung kriminalisieren. Und sie sollen wie immer ablenken. Von einer Auseinandersetzung über die verfassungsfeindlichen Machenschaften unsere Politiker, die inzwischen einen Unrechtsstaat installiert haben. Sie sollen ablenken vom Cäsarenwahn der Kanzlerin. Sie agiert wie ein, wie ein von Allmachtsphantasien besessener römischer Imperator, der sich nur noch mit untertänigen Hofschranzen und Speichelleckern umgibt und jeglichen Kontakt mit der Lebenswelt der Bürger verloren hat. [Applaus, *Merkel muss weg*] Und das Mistgabel-Muskelspiel soll ablenken von der Umvolkung durch massenweise unqualifizierter, integrationsunwilliger Jungmuslime und der damit einhergehenden Destabilisierung und letztlich der Zerstörung Deutschlands und Europas. *Mistgabeln sind ein Symbol für Revolution!* [Applaus] Und nichts anderes brauchen wir hier in Deutschland! Es ist höchste Zeit für eine Revolution!“ (164:22-33)

Viertens stehe an der Spitze des „Willkürstaats Deutschland“ die Bundeskanzlerin, als „Imperatorin“ im „Cäsarenwahn“ beschrieben, die von der Realität der Bürger*innen distanziert sei und sich nur mit Schmeichler*innen umgebe, und die brutale Politik gegen Volk, Land und Europa machen würde. Angela Merkel wird hier mit den klassischen Eigenschaften einer Tyrannin³⁴⁷ beschrieben. Sie erscheint als Alleinherrscherin oder zumindest oberste Machthaberin über den „Willkürstaat“, in dem auch zivilgesellschaftliche Institutionen staatlich gelenkt seien. In der Klimax vor ihrem Aufruf zur Revolution geht es bei TF ausschließlich um die Kanzlerin: Sie personifiziert den Staatsapparat mitsamt totalitären Ansprüchen und Verschwörung gegen das Volk. TF wendet also die widersprüchlichen Strategien von Stereotypie und Personalisierung an.³⁴⁸ Stereotypie organisiert in starren Dichotomien eine Realität, die sich als widersprüchlich und unordentlich darstellt. Gut und Böse werden eindeutig festgelegt und alle Ereignisse unter diese Kategorien subsumiert, was noch die Abstraktheit des politischen Prozesses widerspiegelt. Die Dichotomie

³⁴⁷ Vgl. die Definition von Tyrannei bei den Monarchomachen, Kapitel 3.1.

³⁴⁸ Zum Zusammenspiel von Ticket-Denken und Personalisierung siehe Adorno, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, 188–91.

etwa ist bestimmt durch Volk – nicht Volk: Immigration wird als Gefahr für das Volk gesehen, Angela Merkel lässt die Grenzen nicht sofort schließen, Orbán schließt Grenzen und baut Zäune – alle Ereignisse und Personen werden strikt zugeordnet, die Welt ist in ein unüberbrückbares Entweder-oder eingeteilt.³⁴⁹ Die Personalisierung zeigt die Flucht vor dieser Abstraktheit an, quasi die Vermenschlichung strukturelle Verhältnisse. Angela Merkel scheint als Einzelperson verantwortlich und alle Prozesse zu steuern.

Die Monarchomachen begründeten mit der Volkssouveränität die Illegitimität absolutistischer – als tyrannisch begriffener – Herrschaft: Die konstitutive Suprematie des Volkes setzte der Regierung Grenzen und band sie an das Wohl des Volkes. Der Verstoß gegen den Vertrag mit dem Volk rechtfertigt dessen Widerstand. Daran schließt Rousseau an und begründet aus dem Recht zum Widerstand auch das Recht zur Revolution, allerdings nur, wenn dies dem Willen des ganzen Volkes entspricht. Mit der Volkssouveränität kann TF also ihren Aufruf zur Revolution rechtfertigen, weil sie die komplexen, abstrakten Prozesse in ‚objektiv‘ gute und schlechte einteilt, und die Kanzlerin als verantwortliche, tyrannische Herrscherin konstruiert. Wenn Verbände Anzeige erstatten, falls das Gericht sie schuldig spricht, wenn Asylsuchende nach Deutschland kommen – dann wird all dies stereotyp dem Schlechten, ‚Volksfeindlichen‘ zugeordnet, auch wenn es dem Interesse und Gerechtigkeitsempfinden anderer Bürger*innen durchaus entsprechen könnte, und es wird Merkel (oder auch anderen Personen oder bestimmten Gruppen) unterstellt, all dies zu steuern und zu beherrschen.

Die Revolution wird symbolisiert von der Mistgabel. „Es ist das Werkzeug der Arbeiter und Bauern und spielte schon immer bei Volksaufständen eine Rolle.“ (162:3f.)

„Sie waren immer dabei, bei der Französischen Revolution, bei den Bauernaufständen und sogar vor Kurzem in Italien, beim „Movimento dei ... Forconi“. Forconi heißt Mistgabeln. Die haben 2013 durch Großdemonstrationen mehrere italienische Großstädte lahmgelegt. Wir, also die selbstbewussten Deutschen, die ohne Büßerhaltung und geerbtem Schuldkomplex, haben es gestrichen satt, nicht gefragt zu werden, nicht mitbestimmen zu können, sondern diese desolote Mutti-Politik von oben aufgezwungen zu bekommen.“ (165:3-9)

Die Mistgabel steht historisch für das Aufbegehren des Volkes gegen Knechtschaft und Leibeigenschaft sowie gegen die Monarchie, steht für den Kampf um Rechte für die, die bisher keine hatten, sondern von Willkürherrschaft abhängig waren. Es ist die Waffe derer, die keine Waffen tragen und daher ihr Werkzeug für den Kampf einsetzen. Mit der Forconi-Bewegung³⁵⁰ bildet sie auch die nationalistische Reaktion auf die Sparpolitik der Euro-

³⁴⁹ Vgl. Löwenthal und Guterman, „Lügenpropheten“, 75ff.; dieses Entweder-Oder bedeutet in letzter Konsequenz einen unauflösbaren Konflikt, was eine Ursache dafür ausmacht, dass in der faschistischen Propaganda und Bewegung das Recht des Stärkeren zählt; Koexistenz scheint auf Dauer unmöglich.

³⁵⁰ Die Forconi-Bewegung kämpfte gegen die Krisen- und Austeritätspolitik der Europäischen Union und Italiens, es handelte sich Großteils um Menschen, die in der Krise ökonomische Verluste erlitten hatten. Die Bewegung war national, und wurde vereinzelt von neonazistischen Gruppen unterstützt, vgl. Regina Kerner,

päischen Union und die pro-EU-Regierung Italiens ab. Im aktuellen Fall soll sie den Aufstand der „selbstbewussten Deutschen, die ohne Büßerhaltung und geerbtem Schuldkomplex,“ symbolisieren. Ein deutsches Volk, das seine Souveränität einfordert, muss sich als von einem vermeintlichen Schuldkomplex wegen des Nationalsozialismus befreien, muss Schuld und Erinnerung an die Vernichtungsverbrechen überwinden.³⁵¹

„Und bis heute symbolisiert die Mistgabel Widerstand und Wehrhaftigkeit gegen Unterdrücker, Ausbeuter, gescheiterte Politik und die Kapitulation. Und natürlich steht sie im übertragenen Sinn für Ausmisten. Und das ist auch heute dringend nötig! *Raus mit dem Mist aus den Parlamenten* [Bravo], aus den Parlamenten, den Gerichten, den Kirchen, den Pressehäusern und den Gewerkschaftspalästen! *Wir werden nicht locker lassen und ihr werdet euch an uns die Zähne ausbeißen!* [Applaus, Ausmisten]“ (166:1-6)

Das „Ausmisten“, den „Herrschenden das Handwerk“ (165:31) legen, ist die Handlung, die die Mistgabel symbolisiert. Die Revolution muss passieren, das heißt, die Regierung muss entmachtet werden, aber wie dies zu bewerkstelligen ist, bleibt offen. TF wiederholt nur das Bild der Mistgabel sowie die Gründe für die Revolution. Sie erwähnt zwar Wahlen, doch nur als „Vorbeben“ (165:1). Auch vom Aufruf zum unmittelbar gewalttätigen „Herausprügeln“ der Vorwoche distanziert sie sich:

„Und liebe Freunde, und liebe Freunde, trotz aller Rhetorik, Überspitzungen und ganz bewusst ausgeteilter Kränkungen hier am Mikro, denn wer in die Ecke gedrängt wird, macht Fehler und offenbart Schwächen, Pegida war, ist und bleibt eine friedliche Bewegung. Keine Gewalt!“ (166:7-11)

„Pegida bekennt sich voll und ganz zum Grundgesetz, zur Demokratie und zum Rechtsstaat. Und genau dafür, für die Einhaltung von Recht und Gesetz gehen wir auf die Straße. [Applaus] Wir fordern, wir fordern von der Bundesregierung und dieser völlig Durchgeknallten an der Spitze, dass sie als, dass sie sich als Vertreter der deutschen Bevölkerung gefälligst an Verträge, Recht und Gesetz halten.“ (165:26-31)

TF ruft die Revolution im Namen der bestehenden Ordnung aus. Es geht also vielmehr um Affirmation und Widerstand als um Revolution und Neugründung. Die Regierung soll an die Verfassung rückgebunden werden. Einerseits kann das als positive, demokratische Selbstdarstellung begriffen werden. Andererseits versteht Pegida unter Demokratie offenbar den Staat in seiner jetzigen Form, dessen Regierung aber stärker an den Volkswillen rückgekoppelt ist. Die letzte Passage ist auch interessant für die Frage, wie Pegida das Verhältnis von Verfassung und Volkssouveränität sieht. Denn auf der einen Seite ist die Revolution radikal-souverän. Auf der anderen Seite schwingt im „Bekennen“ zum Grundgesetz eine Anerkennung der Suprematie der Verfassung mit, die dem Volkswillen nicht

„Forconi-Bewegung in Italien: ‚Uns verbindet der Zorn‘“, *Berliner Zeitung*, 15. Dezember 2013, <http://www.berliner-zeitung.de/forconi-bewegung-in-italien--uns-verbindet-der-zorn--3862310>.

³⁵¹ In seiner Studie zu Demokratie und Judenbild versteht Lars Rensmann solches Reden über einen zu überwindenden „Schuldkomplex“, also die Forderung, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, als Umkehrung der Schuld, die statt die Opfer der Vernichtung anzuerkennen, die Täter*innengesellschaft zum Opfer der Erinnerung erklärt. Die Proklamation eines neuen nationalen Selbstbewusstseins seit den 1990er Jahren bedarf der Verdrängung von Schuld, die der Identifizierung und Glorifizierung der Nation nicht mehr im Weg stehen soll. Andererseits erleichtern Appelle an ein selbstbewusstes Deutschland die Äußerung von Ressentiments, vgl. *Demokratie und Judenbild / Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, 1. durchges. Nachdr. (VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), 496. Am Jahrestag der Reichspogromnacht im Vorjahr forderte TF bereits ein kollektives „Loslassen“ und ein „Ende des Schuld-kults“ (09.11.2015).

zur Disposition steht, wie etwa in Kielmanseggs Einhegungstheorie. Sie ist kein historisch-politisches Produkt, das man gut- oder schlechtheißen kann, sondern universal geltendes Recht und Legitimationspunkt, der Bekenntnis verlangt. Wer sich zu etwas bekennt, legt Zeugnis ab, erklärt sich. Die Verfassung gilt im bundesrepublikanischen Diskurs als unantastbar, gleichwohl selbst Grundrechte bereits verändert worden sind, und das beeinflusst sogar die Selbstdarstellung einer Bewegung, die zur Revolution aufruft, also eigentlich zum Umwerfen der Ordnung und einer radikalen Neugründung. In diesem Sinne will Pegida keine Revolution.

5. Mit der Mistgabel gegen das Verschwörungsphantasma

Ausgangspunkt der Analyse war, dass die Pegida-Bewegung ihre Forderungen, Ordnungsvorstellungen und Legitimität aus der Volkssouveränität herleitet. Diese kann verschiedentlich konzeptualisiert werden, was mit unterschiedlichen Demokratie- und Volksbegriffen in Zusammenhang steht. Die Analyse der Reden von Lutz Bachmann und Tatjana Festerling hat folgendes ergeben:

1. Pegida hat ein konkretistisches Verständnis von Volkssouveränität.

Erstens ist die Bewegung diskursfeindlich: Zwar fordert sie den Dialog mit den Bürger*innen regelmäßig ein, jedoch gelten ihr widersprüchliche Meinungen als „Minderheitenterror“, Gespräche, die nicht unmittelbar zu eindeutigen Ergebnissen führen, als „Quaselsrunden“ und Zugeständnisse von Politiker*innen als „Beruhigungstaktik“. Die Abwertung langwieriger Debatten steht dem Modell diskursiver Volkssouveränität radikal entgegen, das davon ausgeht, dass legitime (Mehrheits-) Entscheidungen nur aus ebensolchen Debatten hervorgehen können. Die in dieser Ablehnung implizite Vorstellung schneller und eindeutiger Entscheidungen spricht für eine Homogenität der Willen: Was die Bürger*innen bzw. das Volk wollen, scheint klar und muss nicht erst verhandelt werden, noch müssen verschiedene Meinungen erfragt, einander erklärt und abgewogen werden. Dies wird dadurch verstärkt, dass politische Einstellungen als Ängste essentialisiert werden, die nicht durch Argumente zu reflektieren seien und denen daher politischen entgegengekommen werden muss.³⁵²

Zweitens besteht Pegidas eigene Verfahrensweise in elitärer Vorgabe und nachträglicher populärer Akklamation. Das bedeutet nicht, dass die Entscheidungen des Organisationskreises nicht im Sinne eines Großteils der Teilnehmenden sind und dass diese auf dessen Entscheidungen gar nicht einwirken können. Aber Pegida institutionalisiert kein diskursiv-demokratisches Verfahren zur Entscheidungsfindung. Entgegen der Beteuerung, ‚alles anders zu machen‘ und eine basisdemokratische Partei zu gründen (LB 14.09.15), setzt das Organisationsteam der Masse Entscheidungen zur Akklamation vor – zur grundlegenden Zustimmung oder Ablehnung, die durch Sprechchöre, Applaus oder missbilligende Laute kundgetan werden. Das Volk kann immer nur ja oder nein sagen, behauptet Carl Schmitt. Bei Pegida äußert das Volk seinen Willen in ebendieser Form. Der wahre Bürgerdialog im Sinne Pegidas ist keine Diskussion, sondern ein gemeinschaftliches Zurufen des Volkswil-

³⁵² Vgl. auch Luisa Keller und David Berger, „Pegida entdemokratisiert / Zur Instrumentalisierung von Angst im öffentlichen Raum“, in *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, hg. von Tino Heim, im Erscheinen (Wiesbaden: Springer VS, 2016).

lens zu den Politiker*innen. Für die Entscheidung spielt nicht der Prozess ihres Zustandekommens eine Rolle, sondern ihr Ursprung aus dem Volk und der Akt des Treffens einer Entscheidung. Volkssouveränität bedeutet nicht Diskurs sondern Dezision.

Drittens und damit zusammenhängend bestimmt Pegida die Legitimität politischer Entscheidungen inhaltlich. Nun verlangt Pegida die Einhaltung der Verfassung, von Gesetzen und Verträgen und fordert demokratische Entscheidungen ein. Jedoch zeigt die synoptische Analyse, wie widersprüchlich die Bewegung auf Verfahrensprinzipien besteht. Etwa verlangen sie die klare Anwendung der Mehrheitsregel gegen einen „Minderheitenterror“. Schon die Diffamierung der Interessen von Minderheiten als Terror widerspricht jeder demokratisch-menschenrechtlichen Verfahrensordnung, die der Mehrheit die Entscheidungsgewalt zuspricht, aber abweichende Minderheiten nicht als Problem versteht. Die Strategie besteht außerdem darin, Entscheidungen nicht auf prozedurale Kriterien hin zu überprüfen, sondern Regierungsentscheidungen entgegen dem eigenen Willen von vorneherein als Minderheiteninteressen oder Verschwörungen zu delegitimieren, und ihnen einen scheinbar bekannten Volkswillen gegenüberzustellen. Weichen andere Teile der Bevölkerung offensichtlich davon ab, wird nicht das Konzept des einheitlichen Volkswillens infrage gestellt. Stattdessen werden sie als „Verräter“ eines bereits entschiedenen oder erkannten ‚Wohls des Volkes‘ dargestellt oder eben als „Minderheitenterror“. Darüber hinaus wendet sich Pegida an anderen Stellen gegen einen Zwang durch Mehrheitsentscheidung, die ihren Interessen zu widersprechen droht.³⁵³ Das Recht der Mehrheit wird dann eingefordert, wenn man die eigene Meinung in der Mehrheit wähnt; ansonsten wird Manipulation unterstellt oder die ‚Tyrannei der Minderheit‘ – oder wahlweise der Mehrheit – kritisiert. In diesem Zusammenhang sind auch Pegidas Forderungen nach Plebisziten zu sehen. Mit diesem Mittel soll das Volk politische Entscheidungen selbst treffen. Weil der Volkswille längst festzustehen scheint, muss er nur noch durch eine Volksabstimmung abgerufen werden. Dass ein Plebiszit entgegen den Vorstellungen Pegidas ausgehen könnte, scheinen die beiden Redner*innen zu verdrängen. Damit hängt Pegidas strikt homogene Konzeption von Volk zusammen, das so einheitlich ist, dass es keiner Diskussion bedarf.

Auch Rousseau geht davon aus, dass der Gemeinwille immer „offenbar“ sei und weiter Bestand habe, wenn das Volk oder die Mehrheit sich einmal täuschen. Allerdings fordert er einen konsequenten Umgang mit demokratischen Verfahrensprinzipien, sodass abweichende Sonderwillen generell zur Befolgung des Gemeinwillens gezwungen werden. Von dieser Grundregel soll eben nicht abgewichen werden können, weil der Gemeinwille sonst

³⁵³ Etwa wenn TF kritisiert, dass osteuropäischen Staaten eine Quote für die Aufnahme Asylsuchender per Mehrheitsentscheid aufgezwungen werden soll (siehe oben (g)).

impotent wäre und alle wie im Naturzustand nur ihrem eigenen Willen zu folgen brauchen. Die aktualisierte prozedural-rechtliche Volkssouveränität verlangt daher eine strikte Trennung zwischen Entscheidungen über die Verfahrensordnung und Gesetzesentscheidungen innerhalb dieser Ordnung. Gemeinwille, Entscheidung und gesetztes Recht gelten dann als legitim, wenn sie innerhalb der demokratischen Verfahrensordnung zustande gekommen sind. Auch wenn sie die Position des Volkes stärken will und für Plebiszite argumentiert, kann Ingeborg Maus' Ansatz deutlich von Pegidas unterschieden werden; die strikte Verfahrenslegitimität, die sie als konstitutiv annimmt, ist Pegida nicht bereit einzuhalten. Für Peter Kielmansegg liegt das in der Problematik des Souveräns begründet; dem Souverän ist die willkürliche Verfügungsgewalt eben auch über die Art der Entscheidungsfindung inhärent. In den Reden Pegidas scheint der Wille des Volkes eindeutig und einheitlich zu sein; er muss nicht im Diskurs vermittelt werden, sondern nur entschieden und durch Akklamation oder Plebiszit kundgetan. Volkssouveränität bei Pegida kann klar als konkretistisch interpretiert werden, sie entspricht in vielen Punkten der Schmitt'schen Konzeption und den konkretistischen Elementen Rousseaus, dessen prozeduralistischen Anteilen sie hingegen nicht gerecht wird.

2. Pegidas Vorstellungen guter demokratischer Ordnung sind identitär-autoritär.

Pegida will wichtige Entscheidungen durch Plebiszite treffen lassen und präferiert die personalisierte Direktwahl gegenüber einer Listenwahl. Es wird dabei angenommen, dass eine Direktwahl erlaubt, eine Person aus dem Volk zu wählen, die im Sinne des Volkes handelt und versteht, was die anderen Politiker*innen ignorieren, nämlich dass sie eine Angestellte des Volkes ist und dem Willen auch des „einfachen Bürgers“ zu gehorchen hat. Die Direktwahl soll die nötige Identität zwischen Regierung und Volk herstellen. Außerdem ermöglicht sie die Bindung der Gewählten an den Volkswillen, den diese im engeren Sinne nur exekutieren sollen. Diese Vorstellung entspräche einem imperativen Mandat. Hier sollte die vereinheitlichende Konzeption des Volkswillens in Betracht gezogen werden: Es geht nicht etwa um eine rätendemokratische Vertretungskörperschaft, in die unterschiedliche Gruppen Delegierte entsenden, denen sie das Mandat wieder entziehen können. Es geht im engeren Wortsinn um Volksvertreter, die den Willen des Volkes regelmäßig abzufragen und auszuführen haben. Die politischen Prozesse sind versachlicht und entfremdet und erscheinen gar als fremdgesteuert. Direktwahl und Volksentscheide bedeuten demgegenüber zumindest das Gefühl von Unmittelbarkeit, Volksnähe der Regierung und Identität der Willen. Unmittelbare Mitbestimmung verspricht den einzelnen Bürger*innen mehr Macht und Einflussnahme; sie wird als die Erfüllung kollektiver Autonomie dargestellt.

Plebiszitär entschiedene Gesetze und direkt gewählte Personen genießen dementsprechend eine hohe Legitimität. Das birgt die Gefahr einer umfassend ermächtigten Exekutive, deren Legitimität vom Volk als höher erachtet wird als die des uneinheitlichen Parlaments.

Neben diesem Wunsch nach Identität und Unmittelbarkeit deuten Bachmanns und Festerlings Ausführungen zudem auf eine autoritäre Ordnung hin. Erstens drücken die Vorstellungen einer unmittelbaren Bindung an den Volkswillen zusätzlich ein Verhältnis von Befehl und Gehorsam zwischen dem souveränen Volk und seinen Angestellten aus, die nur Anweisungen des Volkes ausführen dürfen. Zweitens haben die direkt gewählten Politiker*innen große Macht und sollen mit harter Hand den Volkswillen durchsetzen, klare Entscheidungen treffen und handeln. Das ergeben die Analysen sowohl von Bachmanns Rede über Festerling als auch von deren Rede über Orbán. Zögern, Zweifel und Kompromiss kommen im Bild des guten Politikers nicht vor. Letztendlich personifiziert er die Volkssouveränität, die ihrerseits ja konkretistisch formuliert wird: Eindeutigkeit, Primat der Dezision und Akklamation entsprechen Entschlossenheit, Primat der Tat und Organisation. Orbán wird dargestellt als jener, der noch die als Naturgewalt beschriebene hohe Zahl Asylsuchender beherrschbar machen könnte. Politik wird in klaren Kategorien von oben und unten beschrieben, von Macht und Kraft, von Tat und Bewegung und von Organisation und Beherrschung. Das Volk steht dem einerseits passiv und schutzbedürftig gegenüber. Gleichzeitig besteht der Anspruch auf Unmittelbarkeit und bloße Exekutive, sodass das Volk sich als Prinzipal emotional beteiligt fühlt, beinahe ohne selbst tätig zu werden.

Neben dieser identitären und wechselseitig autoritären Beziehung zwischen Volk und Regierung besteht ein autoritär-rebellisches Verhältnis zur geltenden politischen Ordnung. Einerseits zeigt sich aus dem Bisherigen eine gewisse Verachtung für die abstrakt-formelle Repräsentativdemokratie. Auch wird die Volkssouveränität als Grundlage des Staates immer wieder betont, wenn Widerstand und Rebellion gefordert werden: Der Staat existiert nur wegen der Willensentscheidung des Souveräns. In den Begriffen Aufstand, Sezession und Revolution drückt sich die Vorstellung radikaler Souveränität aus. Andererseits wird die Repräsentativdemokratie nicht direkt angegriffen, sondern nur in Form ihrer Repräsentant*innen. Selbst beim Aufruf zur Revolution bekennt sich Festerling noch zum Grundgesetz; andauernd positioniert Pegida sich gegen Extremismus. Zentraler als die Forderung nach Revolution ist der Aufruf zum Widerstand. Hier mag der verfassungspolitische Diskurs im postnationalsozialistischen Deutschland eine Rolle spielen, gemäß dem die staatliche Ordnung und das Grundgesetz als unantastbar gelten (gleichwohl es das weder rechtlich noch faktisch ist). Es ist ein etatistisches Denken wie das Kielmanseggs, das die politische Verfassung der Verfügbarkeit entzieht und in einigen Varianten Kritik an Staat

und Verfassung gar nicht zulässt. Pegida gehorcht diesem Verfassungsverständnis und sucht weniger nach systemischen Fehlern, die es zu transformieren gälte, als nach persönlichem Versagen oder Verschwörungen, gegen die Widerstand geboten ist. Ingeborg Maus sieht im Berufen auf „Widerstand“ eine Rehabilitierung feudalistischer Varianten der Volkssouveränität, die nicht selbst produktiv tätig wird, sondern nur auf Vertragsbruch reagieren kann.³⁵⁴ Pegida vernachlässigt mit dem „Bekenntnis“ zum Grundgesetz das für die Volkssouveränität entscheidende Recht, eine politische Form hervorzubringen und zu verändern.

Mit der Strategie des pseudodemokratischen Agitators rufen sie stattdessen zur Verteidigung des Grundgesetzes auf und vermeiden es, den Staat direkt anzugreifen, fördern aber durch die ständige Enthüllung vermeintlicher Usurpation und Verschwörungen eine „Desillusionierung“, die Vorstellung, dass „Ideale und Werte und der Schutz durch Institutionen Illusionen seien“:³⁵⁵ Das widersprüchliche Reden im Namen des Grundgesetzes, die Beteuerung, nicht rassistisch oder nazistisch zu sein, die Beschuldigung der Regierung, eine totalitäre Diktatur zu installieren, Verschwörer*innen und Nazis zu sein, die Beschimpfung der Gegner*innen als „Gutmenschen“ aber auch als getrieben von Hass und Selbstvernichtungsphantasien, die Affirmation des Grundrechts auf Asyl und das gleichzeitige Bloßlegen seines ‚Missbrauchs‘ durch Islamisten und ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ dienen letztendlich dazu, Grenzen zwischen nationalstaatlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf der einen und Rassismus und autoritären Herrschaftsformen unter Volkes Willkür auf der anderen Seite zu verwischen.³⁵⁶ Der Respekt für Recht und Gesetz, den Pegida immer wieder betont, hat eine rebellische Gegenseite. Diese fordert aber nicht die Revolution, sondern affirmiert die bestehende Ordnung und versucht gleichzeitig, sie als Illusion zu entlarven. Als Strategie einer politischen Bewegung ist dies wenig zielführend; es gibt keine wirklichen Lösungsvorschläge, sondern Desillusionierung und Unbehagen über den Status quo werden mehr und mehr zum Selbstzweck, binden Teilnehmende wie Organisationskreis an die Bewegung.³⁵⁷ Erich Fromms psychoanalytischer Begriff der konformistischen Revolte scheint diese Beziehung zur bestehenden Ordnung in der Tat zu treffen.³⁵⁸

³⁵⁴ Vgl. Maus, *Über Volkssouveränität*, 25f. sowie oben 3.3.4.

³⁵⁵ Löwenthal und Guterman, „Lügenpropheten“, 24.

³⁵⁶ Vgl. ebd., 24ff.

³⁵⁷ Vgl. „soziales Unbehagen“ sowie „Unzufriedenheit“ in ebd., 7–16; 25ff.

³⁵⁸ Vgl. Schiedel, „Abendland in Christenhand!“, 20.

3. Pegida begründet den Widerstand mit Stereotypie und Verschwörungsdenken.

Die Begründung des Widerstands bei Pegida hat verblüffende Ähnlichkeit mit der frühneuzeitlichen Theorie der Monarchomachen. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel wird wie die klassische Tyrannin porträtiert, nicht einfach eine schlechte oder harte Herrscherin, sondern eine, die ihr Volk betrügt, verrät und verkauft. Während der Aufruf zum Tyrannenmord der Calvinisten und die damit einhergehende Bindung der Ordnung an das Volk im 15. Jahrhundert emanzipatorische politische Ideologien waren, und dies heute gegenüber Diktator*innen mitunter sein können, bedürfen sie als Widerstand gegen eine repräsentativdemokratische Regierung im globalisierten Spätkapitalismus der brutalen Vereinfachung der abstrakten politischen und gesellschaftlichen Prozesse: Durch Personalisierung und Verschwörungsdenken werden Politiker*innen zu Marionetten und Angela Merkel zur Tyrannin konstruiert, die unmittelbare Herrschaft ausübt. Das anfängliche Unbehagen und Gefühl von Politiker*innen betrogen zu werden, das Bachmanns frühe Reden noch ausdrücken, wird bald zur immer umfassenderen Verschwörungsideologie. Während Pegida von Anfang an auf einer stereotypen Einteilung der Welt in ‚Wir‘ und ‚die Fremden‘, Gut gegen Böse usw. bestand, die sich vor allem rassistisch gegen Asylsuchende und Muslimas/Muslime äußerte, und die ‚Islamisierung‘ mit der DDR-Diktatur gleichsetzte, hat sich diese zu einem Ticket verschärft anhand dessen schematisch jede Person und jedes Ereignis sortiert werden kann. Neben dem personalisierten Usurpationsvorwurf an die Eliten steht ein verallgemeinerter Usurpationskomplex im Raum, der abweichende Meinungen als Minderheitenterror disqualifiziert, die im Begriff seien, sich zu universalisieren und den wahren Volkswillen zu überdecken. Die Vorwürfe von der Lenkung globaler Prozesse, wie etwa von Fluchtbewegungen, und von der gewaltsamen Durchsetzung einer Meinung haben sich zudem als projektiv herausgestellt: Pegida fordert selbst die souveräne Beherrschung eben dieser Prozesse durch die Angestellten des Volkes. Dem zugrunde liegt eine falsche Vorstellung von Gesellschaft als steuerbar und von Politik als unmittelbarem Herrschaftsverhältnis.

4. Pegida versteht das Volk als homogenes Kollektiv mit dem Willen zur Existenz.

In der Selbstbezeichnung als „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ist die Grundausrichtung Pegidas festgehalten. Eine klar abgrenzbare Kultur scheint gegen eine ebenso eindeutig definierbare zu verteidigen. Dem zugrunde liegt ein homogenes und essentialistisches Verständnis von Volk. Dieses wird kulturalistisch anhand ‚abendländischer‘ Werte bestimmt, sodass eine multikulturelle Migrationsgesellschaft als unmöglich und sogar als Gefährdung des Volkes interpretiert wird. Gemäß der

Tradition des deutschen Nationalismus wird das Volk auch als Organismus verstanden, der biologisch bedroht scheint. Dem entsprechen patriarchale Geschlechterbilder, der ‚Schutz der deutschen Frau vor dem Fremden‘ und ein geschlechtlicher Blick auf die Nation, die als Opfer inszeniert wird. Das so konstruierte Volk ist homogen und kollektivistisch, denn es geht nicht vorrangig um die einzelnen Bürger*innen, sondern um das Überleben der Nation. Das Volk ist kein reiner Rechtsverband, der sich historisch gründet, sondern besteht als Nation davon unabhängig. Während sich diese Beschreibung anfangs noch mit einem in der Bundesrepublik seit 1989 verbreiteten nationalistischen Bild des wieder zusammenwachsenden Volkes deckt, wird sie mit der Zeit offensiv völkisch, etwa mit der Propagierung einer „Umvolkung“.

Die Homogenität des Volkes beschränkt sich nicht auf eine allgemeine kulturelle Gleichheit, sondern schließt die Forderung nach gleicher Lebensweise und politischer Einstellung ein. Als Linke und Volksverräter Bezeichnete gehören gemäß der essentialistischen Definition zum Volk, werden jedoch als ‚Feind*innen im Inneren‘ in letzter Konsequenz aus dem Volk ausgeschlossen.³⁵⁹ Während die Wiedervereinigung als Realisierung einer vorpolitischen Gegebenheit betrachtet wird, zieht Festerling mehrfach die Sezession der Patriot*innen in Betracht, die den Willen zur politischen Existenz teilen. Sind die Interessen und Einstellungen im Volk also zu ungleich, wird sogar eine Teilung der Nation als Lösungsoption diskutiert; die abstrakte Gleichheit im modernen Nationalstaat, so kulturalistisch er auch in Deutschland verstanden sein mag, soll durch eine vermeintlich konkrete und umfassende Gleichheit aufgegeben werden. Die kollektive Autonomie der Volkssouveränität, sich zum Volk zusammenzufinden, ist bei Pegida keine freie Entscheidung, sondern notwendige Konsequenz für ein ‚bedrohtes Volk‘. Diese rassistische Imagination führt erst zur Anrufung der Volkssouveränität.

Pegidas Konzeption von Volk kann zudem als Teil einer Aktualisierung des völkischen Nationalismus im Kontext des Postnazismus verstanden werden. Statt der Überlegenheit einer ‚Rasse‘ werden Ethnopluralismus und die Gefahr von Vermischung propagiert,³⁶⁰ immer verbunden mit der demokratischen Selbstinszenierung, nichts gegen ‚Fremde‘, aber sehr wohl etwas gegen Nazis zu haben. Dementsprechend ist die Ablehnung der Konzepte Führer und Diktatur nicht verwunderlich, noch widerspricht sie den autoritären Ordnungs-

³⁵⁹ Vgl. auch Knopp, „Abstand halten“, Kap. 3.

³⁶⁰ Der Ethnopluralismus ist ein Ideologem der „Neuen Rechten“, vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, o. V., „Ethnopluralismus“, *Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung*, 2012, <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8664>; es basiert auf einem kulturalistischen „Rassismus ohne Rassen“, einer Aktualisierung des Rassismus weg vom dezidiert biologistisch-darwinistischen Rassismus des Nationalsozialismus, vgl. Étienne Balibar, „Gibt es einen ‚Neo-Rassismus‘?“, in *Rasse, Klasse, Nation / ambivalente Identitäten*, von dems. und Wallerstein (Hamburg: Argument-Verlag, 1990), 23–38.

vorstellungen. Damit das Volk wieder souverän werden kann, muss es jedoch die ‚Last der Vergangenheit‘ abschütteln – die Erinnerung an den Nationalsozialismus überwinden. So ist Pegida auch, was nur selten thematisiert wird, sekundär antisemitisch.³⁶¹ Denn das „gutmütige Volk“ scheint durch eine vermeintliche Meinungsdictatur gezeißelt und daran gehindert, sich politisch zu realisieren. Ein souveränes deutsches Volk, so fordert es Festerling, muss die nationalsozialistische Geschichte vergessen.

³⁶¹ Vgl. Wolfram Stender, „Der Pegida-Antisemitismus“, *IDA, Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismus in Nordrhein-Westfalen* 21, Nr. 2 (2015): 5–9.

6. Ausblick: Mit Volkssouveränität gegen abstrakte Herrschaft?

Die Analyse der Reden zwei der wichtigsten Protagonist*innen bei Pegida hat ergeben, dass bei den Kundgebungen ein konkretistisches Verständnis von Volkssouveränität vertreten wird, das auf einem homogenen, nationalistischen Verständnis von Volk basiert. Dem entsprechen die Vorstellungen guter politischer Ordnung als identitäre, autoritäre und unmittelbare Demokratie. Die staatliche Ordnung soll dabei nicht grundsätzlich angetastet werden und auch Verfassung und Menschenrechte werden – zumindest als Selbstdarstellung – affirmiert. Sie werden nicht direkt angegriffen, sondern als Illusionen dargestellt und ausgehöhlt. Dabei wähnt sich Pegida im Widerstand gegen eine vermeintlich unmittelbare Herrschaft und direkte Gefahr für das Volk, die sie aufgrund völkischer Verschwörungsideologien und Usurpationskomplexen diagnostizieren. Das spricht für einige Einschätzungen früherer Studien und theoretischer Versuche über Pegida.³⁶² Zudem hat sich herausgestellt, dass kein Entweder-oder besteht zwischen einer „vulgärdemokratischen“ Autorität des Volkes über bloße Angestellte³⁶³ und dem Verlangen nach starker Führung³⁶⁴ und einer „paternalistische[n] [...] Repräsentativdemokratie“³⁶⁵: Das Volk gibt den Regierenden autoritär Anweisungen, welche diese dann mit großer Legitimität und Autorität umsetzen. Dementsprechend sind Pegida-Teilnehmende im allgemeinsten Sinne nicht diktaturaffin, sondern verstehen Demokratie als *unvermittelte Herrschaft des Volkswillens*.³⁶⁶ Man könnte das eine plebiszitäre Führerdemokratie nennen, wenngleich damit nicht Max Webers Modell zu verwechseln ist, das ein Gleichgewicht herstellen soll, denn die Demokratie Pegidas ist Bewegung – verstanden als Gegenbewegung.

Als unzureichend haben sich damit jene Forschungsansätze herausgestellt, die die Frage nach Demokratie nur abstrakt und mit der Gegenüberstellung zu Extremismus und Diktatur beantworten wollen.³⁶⁷ Dies betrifft auch jene quantitativen Umfragen, die auf Items basieren, die „Zustimmung zu Demokratie“ oder „Zustimmung zu Diktatur“ messen, was z.T. selbst für Ansätze der kritischen Rechtsextremismusforschung gilt. Es ist in Anbetracht postnationalsozialistischer Transformationen von Konzepten notwendig, diese Items anzupassen. Ähnliches wie für die Aktualisierung des ‚Rasse‘-Begriffs im Neo-Rassismus gilt auf Basis der Ergebnisse dieser Arbeit für autoritäre Ordnungsvorstellungen: (Fast)

³⁶² Siehe Kap. 1, S. 5-10.

³⁶³ Vgl. Vorländer, Herold, und Schäller, *Pegida / Empörungsbewegung*, 46.

³⁶⁴ Vgl. Rucht, *Pegida & Co.–Aufstieg und Fall eines populistischen Unternehmens*, 15; sowie Nachtwey, „Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom“.

³⁶⁵ Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“, Abschn. Einleitung.

³⁶⁶ Vgl. Geiges, Marg, und Walter, *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, 107.

³⁶⁷ Dazu zählen vor allem die Ansätze von Patzelt, vgl. „Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!“; sowie teilweise Vorländer, Herold, und Schäller, *Pegida / Empörungsbewegung*.

niemand will die Diktatur ausdrücklich wollen, und strebe er*sie eine noch so autoritäre Herrschaftsform an. Auch bezüglich der Frage nach politischer Führung kann konstatiert werden, dass einer durch Umfragen gemessenen Ablehnung durch eine qualitative und kritische Untersuchung zu widersprechen ist: Sehr wohl verlangen die Redner*innen nach starker politischer Führung und ernten dafür Applaus bis hin zu „Orbán“-Rufen. Das widerspricht – auf Pegida bezogen – teilweise dem Ansatz des sekundären Autoritarismus. Produktivität wird zwar gelegentlich als Qualität des Volkes angeführt, die kapitalistische Gesellschaft wird affirmiert. Doch die Autorität des Marktes kann nicht als Hauptbezugspunkt ausgemacht werden, stärker werden personalisierte und national-kollektive Autoritäten eingefordert.³⁶⁸

Insgesamt bestärken die Ergebnisse die Relevanz qualitativer und kritischer Forschung. Bezieht sich die Bewertung einer Bewegung für demokratisches Zusammenleben auf die Kategorien „für/gegen Diktatur“, ist damit nicht viel gewonnen. Ist die Darstellung ‚des Anderen‘ als Gefahr konstitutiv für modernen Antisemitismus und Rassismus, kommt in der postnationalsozialistischen Gesellschaft ‚das demonstrative Zurschaustellen [der eigenen] Harmlosigkeit‘³⁶⁹ verstärkt hinzu. Diese Problematik sah auch Adorno und forderte die Kritik autoritärer Tendenzen *in* der Demokratie. Es bedarf also ergänzend zu quantitativen Umfragen qualitativer Analysen von Konzeptionen und Ordnungsvorstellungen und kritischer Erörterungen verschwörungstheoretischer, nationalistischer und anderer ideologischer Begründungen. Die politikwissenschaftlichen Ansätze hingegen haben häufig einen rationalistischen und formalistischen Blickwinkel, der Emotionalität und Irrationalität sowie Zusammenhänge von Formvorstellungen mit ideologischen Inhalten nur unzureichend erfassen kann. Kategorien wie die konformistische Revolte fehlen in der etablierten Politikwissenschaft mit wenigen Ausnahmen kritischer Populismusforschung.³⁷⁰

Nicht abschließend geklärt werden konnte das finale Objekt der Verschwörungsideologien. So gelten ‚die Medien‘ als Verschwörung, oft wird Angela Merkel oder eine „Politikerkas- te“ als Verschwörer*innen identifiziert, an anderer Stelle sind diese nur „Marionetten“, die ihrerseits gesteuert werden. Die ‚Islamisierung‘ erscheint meist als Ausdruck der Ver-

³⁶⁸ Daraus sollte jedoch nicht auf die Irrelevanz der Ökonomie geschlossen werden, wie dies bei Vorländer et al. der Fall ist, vgl. *Pegida / Empörungsbewegung*, 123. Diese Arbeit hat keine ökonomischen Kategorien untersucht, weshalb sie dahingehend keine tiefgehenden Aussagen erlaubt. Zudem sollte die Kritische Theorie der modernen Gesellschaft nicht als pure Ökonomiekritik verstanden werden, sondern als Gesellschaftskritik. Wie sehr dabei die Ökonomie Gesellschaftliches strukturiert, zeigt Vorländers eigene Aussage, wenn er bei Pegida vom Gefühl „kultureller Enteignung“ spricht.

³⁶⁹ Astrid Messerschmidt, „Rassismusanalyse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft“, in *Rassismuskritik / Rassismustheorie und -forschung*, hg. von Claus Melter und Paul Mecheril, Bd. 1 (Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2011), 70.

³⁷⁰ Vgl. etwa Rensmann, „Populismus und Ideologie“.

schwörung.³⁷¹ Verschwörungsideologien können als strukturell antisemitisch erklärt werden, auch wenn sie sich auf die politische Klasse kaprizieren,³⁷² sodass die inhaltliche Aufladung als antiamerikanische, antisemitische Ideologie der Ostküstenverschwörung jederzeit möglich ist. Klar ist, dass die Strategie der Andeutung diese Frage für die Interpretation des Publikums offen lässt. Redner*in und Zuhörende müssen sich also nur auf die Existenz einer böartigen Verschwörung einigen, ohne diese genau zu bestimmen. Diese Vagheit spiegeln auch die widersprüchlichen Lösungsvorschläge wider.

Diese Arbeit konnte zudem zeigen, dass die rassistischen Forderungen bei Pegida nicht zufällige Auslöserinnen eines Protest gegen postdemokratische Verhältnisse sind, der auch mit beliebigen anderen Inhalten gefüllt werden könnte. Sie entsprechen vielmehr ihrer völkisch-nationalistischen Begründung des Kollektivs und bedingen sich mit der Anrufung der Volkssouveränität wechselseitig. Erst die völkisch-nationalistische Definition von Volk führt dazu, dieses in einer Gefahr durch ‚Überfremdung‘ zu wähen, und lässt es daher als notwendig erscheinen, gegen die Eliten derart aufzubegehren. Der Aufstand als Volk wiederum verlangt umso mehr danach, das Volk konkret zu bestimmen. Das Volk wurde zudem regelmäßig als geschlechtliche Kategorien eingeführt und Geschlechterfragen ihrerseits nationalistisch gedeutet – dieser Zusammenhang wurde hier nur am Rande betrachtet und bedarf weiterer Untersuchungen.³⁷³

Was bedeuten die Ergebnisse rückwirkend für die Theorien der Volkssouveränität?

Dem essentialistischen Verständnis von Volk wäre nach Maus (und Habermas) mit der Re-formalisierung von Volk und rechtsetzender Souveränität zu antworten. „Wir sind das Volk“ als „Wir sind der Demos“, der aushandelt und entscheidet. Und tatsächlich wird Pegida zuweilen dafür kritisiert, den 1989er Sprechchor „Wir sind das Volk“ zu missbrauchen.³⁷⁴ Diesen Ruf im Jahr 1989 als rein prozedural zu interpretieren, basiert jedoch auf Idealisierung. Denn schon bald ging es damals um das zusammenwachsende Volk, ein weit über Pegida hinaus akzeptiertes Kollektivsymbol. Und wie 2015 dem Sprechchor an-

³⁷¹ Zwar werden auch im Rassismus die „Fremden“ als Bedrohung inszeniert, jedoch erklärt nur der Antisemitismus auch immer die vermeintliche verborgene Ursache „hinter“ akuten Bedrohungen. Vgl. zur Diskussion von Rassismus und Antisemitismus bei Pegida auch Jérôme Seeburger, „Thesen zum ‚Primat des Antisemitismus‘“, *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 58–62.

³⁷² Vgl. Adorno zu Bürokraten und Politikern, „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“, 230f.

³⁷³ Vgl. auch Insa Kleimann, „... unter ferner liefen: Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Trans*phobie / Der blinde Fleck der (radikalen) Linken bei der Kritik an und den Mobilisierungen gegen Pegida, AfD und Co“, *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 87–91.

³⁷⁴ So Angela Merkel in ihrer Neujahrsansprache 2014, siehe Spiegel Online, „Dokumentation: Neujahrsansprache von Angela Merkel im Wortlaut“, *Spiegel Online*, 31. Dezember 2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neujahrsansprache-angela-merkel-2014-im-wortlaut-a-1010884.html>.

dere folgten: „Abschieben!“³⁷⁵, so wurde in den 1990er Jahren mit „Ausländer raus!“ die Einigkeit des nationalen Kollektivs verlangt. Der politische Theoretiker Bernard Yack erklärt das aus dem Prinzip der Volkssouveränität: „For wherever popular sovereignty leads, nationalism seems to follow.“³⁷⁶ Die Ursache liege gerade in der Vorstellung *indirekter* Souveränität des Volkes als konstituierender, vorstaatlicher Gewalt und dem daraus folgenden *abstrakten* Volksbegriff: Das Volk der Volkssouveränität bezeichne keinen konkret herrschenden Demos noch die Plebs gegenüber den Eliten, sondern auf abstrakte Weise alle, aus denen sich die Legitimität staatlicher Herrschaft ableiten soll. Dabei bleibt jedoch offen, woher das vorstaatliche Volk und seine Souveränität eigentlich kommen, denn „if the people precede the establishment and survive the dissolution of a political authority, then they must share something beyond a relationship to that authority.“³⁷⁷ Daher tendiert die Idee der Volkssouveränität dazu, politische Gemeinschaften zu nationalisieren; die Nation addiert die fehlende präpolitische Identität. Nicht Demokratie als solche, sondern die Volkssouveränität als verfassungsgebende Gewalt und das Volk entsprechend abstrakt zu denken, lädt also zumindest dazu ein, nach vorpolitischen, nationalen und kulturellen Identifikationsmerkmalen zu suchen.³⁷⁸ Genau das passiert bei Pegidas Selbstpositionierung als das Volk: Teil eines rechtlichen Konstrukts zu sein, ist ihnen nicht ausreichend, sodass sie diesem eine ebenso konstruierte Substanz hinzufügen wollen.

Gleichzeitig neigt das Konzept Volkssouveränität zur Politisierung der Nation. Während eine Nation im älteren Wortsinn durchaus oft mit einem Territorium verbunden ist, wird diese Beziehung erst durch die Idee souveräner Staatlichkeit exklusiv gedacht, denn „[popular] sovereignty doctrines teach us to think of states as masters of territories and peoples as masters of states.“³⁷⁹ Mehrere Nationen können ihre imaginierte Herkunft an ein und dasselbe Gebiet koppeln, mehrere Souveränitäten auf einem Territorium können nicht nebeneinander bestehen, sodass sich die politisierten Nationen gegeneinander durchsetzen müssen.³⁸⁰ Dies passiert auch bei Pegida: Eben weil es darum geht, wer Anspruch auf Souveränität hat, werden die vermeintlichen oder tatsächlichen Ansprüche ‚Fremder‘ als existentielle Konkurrenz begriffen. Laut Yack öffnet der Gedanke, dass ein abstraktes

³⁷⁵ Vgl. dpa o. V., „Dresden: Ausschreitungen nach Pegida-Kundgebung“, *Frankfurter Rundschau*, 19. Oktober 2015, Abschn. Kundgebung, <http://www.fr-online.de/pegida/dresden-ausschreitungen-nach-pegida-kundgebung,29337826,32200192.html>.

³⁷⁶ Yack, „Popular Sovereignty and Nationalism“, 517; siehe auch Robert H. Jackson, *Sovereignty / Evolution of an Idea*, 1. publ. (Cambridge: Polity Press, 2007), 97–104.

³⁷⁷ Yack, „Popular Sovereignty and Nationalism“, 524.

³⁷⁸ Vgl. für diesen Absatz ebd., 520–26. Yack sagt dabei nicht, dass dies bei den Vordenkern geplant oder bereits entfaltet war, sondern in ihrer Denkfigur angelegt sei.

³⁷⁹ Ebd., 527.

³⁸⁰ Vgl. ebd., 526–30.

Volk staatliche Herrschaft konstituiere, Tür und Tor für Appelle an die nationale Gemeinschaft und für die Überhöhung einzelner Gemeinschaften als universelles Volk.

Abstrakter formuliert wird das Problem bei Michel Foucaults Erörterung der Diskurse der Französischen Revolution: Der bourgeoise Diskurs verdränge Eroberung, gewaltsame innergesellschaftliche Konflikte und Kriege aus der Staatlichkeit und verdecke die gegenläufige Erzählung, nach der „Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“³⁸¹ sei. Sieyes begründe den Herrschaftsanspruch der Bourgeoisie weniger durch einen gewaltsamen Sieg über konkurrierende Stände bzw. Nationen wie den Adel, sondern er universalisiert den Dritten Stand zur Nation, und den Staat zu einer abstrakten Einheit: „The bourgeoisie or Third Estate thus becomes the people, and thus becomes the nation. It has the might of the universal.“³⁸² Gemessen an der dynastischen Herrschaftsbegründung des Adels oder Carl Schmitts antiuniversalistischer Resubstantialisierung ist die konstituierende Souveränität eines abstrakten Volkes als progressiv zu werten,³⁸³ eröffnet sie doch erst den Möglichkeitsraum, Zugehörigkeit und rechtliche Geltungsansprüche zu problematisieren. Die abstrakte Volks- und Staatskonzeption nimmt jedoch einen konsensualen Akt der Souveränität als gegeben an und blendet dabei den hegemonialen Charakter auch der republikanischen Staatsform aus. Diese abstrakte Universalisierung eines Partikularen,³⁸⁴ also der Erklärung einer Nation, Klasse oder ethnischen Gruppe zu *dem* Volk, provoziert antiuniversalistische Reaktionen, Versuche, das Besondere zum Verschwinden zu bringen sowie Bestrebungen sich als universales Volk in Szene zu setzen. Dem entspricht die Annahme von Volkssouveränität als gemeinschaftlicher Autonomie. Tatsächlich jedoch regiert das Volk auch immer Individuen und andere Kollektive. „Die Volkssouveränität muss“ gegenüber der Heteronomie in ihrer Autonomie jedoch „blind bleiben, da die Fiktion vollständiger Immanenz zu ihren konstitutiven Legitimationsbedingungen gehört.“³⁸⁵ Pure Autonomie ist bereits auf individueller Ebene als idealistische Vorstellung strikter Gegensätzlichkeit von Autonomie und Heteronomie zu erklären, weil der Mensch als gesellschaftliches Wesen nicht souverän handeln kann, ohne dass dies andere anbelangt.³⁸⁶ Peter Kielmansegg stiftet daher den Versuch, den Souverän einzuhegen und die Verfassung seiner Verfügung zu entziehen, weil gesellschaftliche Autonomie ohnehin unmöglich

³⁸¹ Michel Foucault, *Society Must be Defended / Lectures at the Collège de France, 1975-76* (New York: Picador, 2003), 15.

³⁸² Ebd., 236.

³⁸³ So etwa Maus, „Zur begrifflichen Differenzierung von völkischem und konstitutionellen Nationalismus“.

³⁸⁴ Auch Karl Marx kritisiert den bürgerlichen Staat dahin gehend, dass sich in ihm das Partikularinteresse der Bourgeoisie zum Allgemeininteresse erhebt, vgl. Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, in *Marx Engels Werke*, Bd. 1 (Berlin: Dietz Verlag, 1956), 378–91.

³⁸⁵ Loick, *Kritik der Souveränität*, 107f.

³⁸⁶ Vgl. Kielmansegg, *Volkssouveränität*, 99–106, 149–52.

sei. Das entspricht letztendlich dem etablierten bundesrepublikanischen Verfassungsverständnis, welches jedoch auf der Vorstellung gründet, politische Eliten würden bessere Entscheidungen treffen als das Volk, eine historisch³⁸⁷ wie aktuell³⁸⁸ kaum haltbare Einschätzung. Hannah Arendt, deren Kritik der Volkssouveränität mit Kielmansegg in vielen Teilen übereinstimmt, widerspricht zudem der Unmöglichkeit herrschaftsfreien gemeinschaftlichen Handelns.³⁸⁹ Gerade gemeinsames spontanes Handeln bedeuten für sie Freiheit und sie besteht auf der Möglichkeit politischer Neugründung und freier Assoziation, nicht jedoch auf einen souveränen Staat mit Gesetzen von Zwangscharakter.³⁹⁰ Kielmansegg erhebt dagegen die politische Entfremdung zum Programm, die doch als (Teil-) Ursache angenommen werden kann, dass es Pegida-Teilnehmenden an Erfahrung über Pluralität, widersprüchliche Interessen und deren Vermittlung fehlt.³⁹¹

Durch die moderne Trennung von Staat und Gesellschaft und der Spaltung der Menschen in politische Bürger*innen mit einem Gemeinwillen und zugleich in isolierte Privatbürger*innen mit Sonderinteressen³⁹² stehen die Gesetze den konkreten Menschen entfremdet und beinahe fetischisiert gegenüber: „Der Staat setzt sich noch in der Immanenz der Volkssouveränität den Menschen als extern gegenüber, weil diese vergessen haben, dass sie ihn selbst produzieren.“³⁹³ Gesetze und Staat erscheinen als geschichtslos und unverfügbar, die Menschen erscheinen als durch das Gesetz bestimmte Wesen, als Produkte ihres Produktes.³⁹⁴ Anders formuliert etabliert Volkssouveränität im Gegensatz zur monarchischen Herrschaft eine Form subjektloser oder abstrakter Herrschaft – eine zunehmend anonyme Herrschaft, weswegen das politische Bewusstsein der Bürger*innen schwächer werde, sodass sich Menschen bereitwillig zum Objekt der Administration degradieren ließen.³⁹⁵ Diese Herrschaft wird heute vermehrt als ‚postdemokratische‘ beschrieben, in der nun auch Legitimität entsubjektiviert wird,³⁹⁶ indem politische Prozesse und Entscheidung verobjektiviert werden – also als alternativlose Umsetzung ökonomischer Notwendigkeiten

³⁸⁷ Vgl. Maus, *Über Volkssouveränität*, 82.

³⁸⁸ Vgl. Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“, Kap. I.1, I.2.

³⁸⁹ Anstelle absoluter Autorität steht sie für freiheitliche Assoziationen und Räte ein, vgl. Arendt, *On Revolution*, 152, 181f., 189ff.

³⁹⁰ Vgl. für diese Interpretation Loick, *Kritik der Souveränität*, 68ff.

³⁹¹ Vgl. Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“, I.2, laut dem eine wechselseitige Entfremdung zwischen Eliten und Bevölkerung besteht.

³⁹² Vgl. Karl Marx, „Zur Judenfrage“, in *Marx Engels Werke*, Bd. 1 (Berlin: Dietz Verlag, 1956), 354.

³⁹³ Loick, *Kritik der Souveränität*, 159.

³⁹⁴ Vgl. Karl Marx, „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“, in *Marx Engels Werke*, Bd. 1 (Berlin: Dietz Verlag, 1956), 231; zur Erläuterung siehe Behre, *Volkssouveränität und Demokratie*, 162–78.

³⁹⁵ Vgl. Maus, *Über Volkssouveränität*, 99. Maus bezieht sich hier auf Herbert Marcuse.

³⁹⁶ Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie / Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, 1. Aufl., Orig.-Ausg. (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013), 203–29.

verstanden werden. Diese „*Entpolitisierung* des Politischen“³⁹⁷ erklärt Entscheidungen zu Sachzwängen und gesellschaftliche Entwicklungen und Ereignisse zu Naturereignissen und Schicksal. Auf ebensolche abstrakte Herrschaft, politische Entfremdung und Unverfügbarkeiten reagiert Pegida mit der Einforderung unmittelbarer Herrschaft.

Kann Habermas' Diskursmodell schließlich eine Antwort geben, auf politische Entfremdung und auf die regressiven Versuche ihrer Aufhebung durch unmittelbare Willensbekundung und -umsetzung? Denn mit dem Diskurs wird das Recht seinen Autor*innen als ihr Produkt bewusst gemacht, und der Entfremdung soll die nur vorläufige Gültigkeit der Gesetze entgegenstehen. Maus hat bereits infrage gestellt, inwieweit eine verflüssigte, entsubjektivierte Macht dem Staatsapparat etwas entgegen setzen kann. Auch die Marxsche Kritik politischer Entfremdung richtet sich an prozessuale Konzeptionen der Volkssouveränität, die zumal den internen Zusammenhang mit den Menschenrechten betonen: Die „Rechtsgenossen“ sind nur durch das Recht verbundene Einzelmenschen, ihre Sozietät und Geschichte werden ausgeblendet. Sie sollen das Recht konstituieren, aber die somit etablierte Gewalt verfügt rückwirkend über sie selbst.³⁹⁸ Die „Identität der Gesetzgebenden und Gesetzadressaten“³⁹⁹ behebt dieses Problem nicht, weil sie dem Staat zwar rechtlich Grenzen setzen kann, aber ihn auch konstituiert und ermächtigt:

„Staatlichkeit und selbstbestimmte, demokratische Verhältnisse [schließen einander aus], denn das Gesetz tritt dem Menschen der bürgerlichen Gesellschaft als vom Staat gesetzter *Zwang* gegenüber. Mit der bürgerlichen Gesellschaft als Voraussetzung des Staates sind zugleich Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse gesetzt ...“⁴⁰⁰

In einem frühen Aufsatz hat Habermas selbst das Volk im spätkapitalistischen, intervenierenden, massendemokratischen Staat zum passiven Objekt der Fürsorge erklärt, dessen Meinung nicht souverän, sondern weitgehend irrelevant ist.⁴⁰¹ Der Staat habe sich demgegenüber zum autoritären Apparat entwickelt, der mit der Gesellschaft wechselseitig durchdrungen sei; ein Problem, das die vermittelnde kommunikative Macht aus *Faktizität und Geltung* nicht löst. Hingegen besagt Habermas' früheres Argument, dass auch verstärkte politische Beteiligung einen Entfremdungscharakter behält, wenn sie als *Selbstzweck* und als staatliche Funktion bestimmt ist: „Der Formalisierung der Demokratie zu einem Set von Spielregeln entspricht die Fetischisierung der staatsbürgerlichen Teilnahme am politischen Leben.“⁴⁰² Dabei setze die politische Beteiligung voraus, was in der liberalen De-

³⁹⁷ Heim, „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“, Kap. II.3.

³⁹⁸ Vgl. Loick, *Kritik der Souveränität*, 318.

³⁹⁹ Maus, *Zur Aufklärung der Demokratietheorie / rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*, 91.

⁴⁰⁰ Behre, *Volkssouveränität und Demokratie*, 7, Herv. i. Org.

⁴⁰¹ Vgl. Habermas, „Über den Begriff der politischen Beteiligung“, 46ff.

⁴⁰² Ebd., 15.

mokratie nicht zu lösen sei: soziale Gleichheit, die Partizipation erst ermögliche.⁴⁰³ Die politische Beteiligung im Staat führe den Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft fort: Menschen glauben, nur ihrem autonomen Willen zu folgen, während sich „hinterrücks der Zwang der Verhältnisse durchsetzt“⁴⁰⁴. Zugleich enthalten die Verhältnisse im demokratischen Staat „die Ahnung der Möglichkeit, dieses Zwangs ledig zu sein.“⁴⁰⁵ Partizipation darf laut dieser frühen Kritik nicht auf selbstzweckhafte Teilnahme an einem rein formalen Prozess reduziert werden; stattdessen sei demokratische Beteiligung als Selbstbefreiung hin zur Selbstbestimmung der Menschen zu begreifen. Dabei kann es weder darum gehen, Demokratie zum vorbestimmten Volkswohl zu substanzialisieren, noch ‚Gesetze der Geschichte‘ umzusetzen. Im Gegenteil ist die potentielle Offenheit der demokratischen Entscheidung beim Wort zu nehmen und politische wie gesellschaftliche Form der Unverfügbarkeit zu entziehen. Die staatsbegründende Volkssouveränität kann keinesfalls der Überwindung politischer Entfremdung und abstrakter staatlicher Herrschaft dienen, sondern begründet als rechtsetzende Gewalt staatlichen Zwang. Bürgerschaftskonzepte, die auf der Abstraktion vom Individuum basieren, tragen das Potential ihrer regressiven Resubstanzialisierung zudem mit sich, weil sie das Konkrete verdrängen. Beizubehalten sind die Ansprüche der prozeduralen Konzepte, offen und öffentlich ohne Zugangsbeschränkung zu sprechen.

Aus der Untersuchung Pegidas geht letztendlich hervor, dass es so viel Neues zu berichten nicht gibt; die Ideologien sind Aktualisierungen mehr als 100 Jahre alter völkischer Phantasien und von einem gesellschaftlich breit akzeptierten und etablierten Nationalismus nicht unabhängig.⁴⁰⁶ Es wäre also eher an der Zeit politisch Neues zu versuchen, neue Formen freier Assoziation und gemeinsamen Handelns. Wissenschaft kann hierfür keine Pläne auf dem Reißbrett entwerfen, aber durch Kritik falscher Versuche Hinweise geben. Diese Arbeit versteht sich als solcher Beitrag; sie sollte vor allem zeigen, dass Demokratie nicht als leere Worthülle begriffen werden kann. Es ist darüber zu streiten, was Demokratie sein kann und soll.

⁴⁰³ Vgl. ebd., 32.

⁴⁰⁴ Ebd., 51.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Vgl. Keil, „Botschaften aus der Vorhölle“, 70f.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. „Politik und Wirtschaft im Interview-Material“. In *Studien zum autoritären Charakter*, 176–279. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013.
- . „Typen und Syndrome“. In *Studien zum autoritären Charakter*, 303–59. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013.
- . „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“ In *Eingriffe / neun kritische Modelle*, von dems., 125–46. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1964.
- Althusius, Johannes. *The Politics of Johannes Althusius*. Übersetzt von Frederick S. Carney. Boston: Beacon Press, 1964.
- Antifa Recherche Team Dresden. „Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung“. In *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, herausgegeben von Tino Heim, Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Arendt, Hannah. *On Revolution*. New York: Viking Press, 1969.
- . „What is Freedom?“ In *Between Past and Future / Six Exercises in Political Thought*, 143–72. New York: Viking Press, 1961.
- Aristoteles. *Politik / Schriften zur Staatstheorie*. Herausgegeben von Franz Ferdinand Schwarz. Stuttgart: Reclam, 2007.
- Baetz, Brigitte, und Bernhard Pörksen. „RT Deutsch - ‚Dahinter steht ja der Kreml‘ / Bernhard Pörksen im Gespräch mit Brigitte Baetz“. *Deutschlandfunk*, 15. November 2014. http://www.deutschlandfunk.de/rt-deutsch-dahinter-steht-ja-der-kreml.761.de.html?dram:article_id=303297.
- Balibar, Étienne. „Gibt es einen ‚Neo-Rassismus‘?“ In *Rasse, Klasse, Nation / ambivalente Identitäten*, von dems. und Immanuel Maurice Wallerstein, 23–38. Hamburg: Argument-Verlag, 1990.
- Barp, Francesca, und Hannah Eitel. „Weil die Mitte in der Mitte liegt. Warum Pegida mit dem Extremismus-Paradigma nicht zu erklären ist und es zur Verharmlosung der Bewegung beiträgt“. In *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, herausgegeben von Tino Heim, Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Bartel, Daniel, Peter Ullrich, und Kornelia Ehrlich. „Kritische Diskursanalyse: Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien“. In *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*, herausgegeben von Ulrike Freikamp u. a., 53–72. Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung 42. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2008.
- Behre, Jürgen. *Volkssouveränität und Demokratie / Zur Kritik staatszentrierter Demokratievorstellungen*. Hamburg: VSA-Verlag, 2004.
- Bittner, Michael. „Tatjana Festerling, PEGIDA-Bürgermeisterin für Dresden“. *michaelbittner.info*, 10. April 2015. <http://michaelbittner.info/2015/04/10/tatjana-festerling-pegida-buergermeisterin-fuer-dresden/>.
- Blühdorn, Ingolfur. *Simulative Demokratie / Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013.
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, o. V. „Ethnopluralismus“. *Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung*, 2012. <http://www.politischebildung-brandenburg.de/node/8664>.
- Brunkhorst, Hauke. *Demokratie und Differenz / Vom klassischen zum modernen Begriff des Politischen*. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1994.
- Bruns, Julia, Kathrin Glösel, und Natascha Strobl. *Rechte Kulturrevolution / Wer und was ist die Neue Rechte von heute?* 1. Aufl. Hamburg: VSA, 2015.
- Budge, Ian. *The New Challenge of Direct Democracy*. Cambridge: Polity Press, 1996.
- Carrozza, Paolo. „Constitutionalism’s Post-Modern Opening“. In *The Paradox of Constitutionalism / Constituent Power and Constitutional Form*, herausgegeben von Martin

- Loughlin und Neil Walker, 1. publ., 169–87. Oxford: Oxford University Press, 2007.
- Celikates, Robin. „Die Demokratisierung der Demokratie / Etienne Balibar über die Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht“. In *Das Politische Denken / Zeitgenössische Positionen*, herausgegeben von Ulrich Bröckling und Robert Feustel, 59–78. Bielefeld: Transcript, 2010.
<http://www.academia.edu/download/30278752/celikates-balibar-transcript-final.pdf>.
- Condorcet, Marie Jean Antoine Nicolas Caritat Marquis de. „On the Principles of the Constitutional Plan Presented to the National Convention“. In *Condorcet: selected writings*, herausgegeben von Keith Michael Baker, 143–82. Indianapolis: Bobbs-Merrill Company, 1976.
- Decker, Oliver. „Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus“. In *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*, herausgegeben von Oliver Decker und Johannes Baldauf, Orig.-Ausg., 21–33. Gießen: Psychosozial-Verl, 2015.
- dpa o. V. „Dresden: Ausschreitungen nach Pegida-Kundgebung“. *Frankfurter Rundschau*, 19. Oktober 2015, Abschn. Kundgebung. <http://www.fr-online.de/pegida/dresden-ausschreitungen-nach-pegida-kundgebung,29337826,32200192.html>.
- Dresing, Thorsten, und Thorsten Pehl. *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse / Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende*. Marburg: Eigenverlag, 2015.
http://www.audiotranskription.de/audiotranskription/upload/Praxisbuch%206.%20Auflage_web.pdf.
- Drobot, Marc, und Martin Schroeder. „Wie man bekämpft, was man selbst repräsentiert / Pegida – eine fundamentalistische Gruppierung“. In *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, herausgegeben von Tino Heim, Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Durchgezählt, Forschungsgruppe. „Statistik zu Pegida in Dresden“. *Durchgezählt / Klickern, Zählen und Schätzen*, 2016. <http://durchgezaehlt.org/pegida-dresden-statistik/>.
- Erbentraut, Philipp. *Volkssouveränität / ein obsoletes Konzept?* Marburg: Tectum-Verlag, 2009.
- Eumann, Jens, und Oliver Hach. „Pegida-Positionen im Faktencheck: Zuwanderung oder Abschottung?“ *freipresse.de*, 20. Dezember 2014.
<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Pegida-Positionen-im-Faktencheck-Zuwanderung-oder-Abschottung-artikel9068425.php>.
- FAZ/dpa/AFP. „Ein Jahr Pegida: ‚Bleiben Sie weg von denen, die Hass in unser Land spritzen‘“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. Oktober 2015.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ein-jahr-pegida-harte-rechtsextremisten-13863942.html>.
- FAZ/evah./AFP/dpa. „Schärfere Gesetze: Ungarn will Flüchtlinge internieren und notfalls einsperren“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. August 2015.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/ungarn-will-fluechtlinge-mit-schaerferen-gesetzen-abschrecken-13774827.html>.
- Fetscher, Iring. „Volk und Gesellschaftsvertrag bei Jean-Jacques Rousseau“, 1994.
<http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr110.htm>.
- Fischer, Christian. „PEGIDA-Erfinder: Wir hören erst auf, wenn die Asyl-Politik sich ändert!“ *Bild*, 1. Dezember 2014.
<http://www.bild.de/regional/dresden/demonstrationen/pegida-erfinder-im-interview-38780422.bild.html>.
- Foucault, Michel. *Society Must be Defended / Lectures at the Collège de France, 1975-76*. New York: Picador, 2003.

- Geiges, Lars, Stine Marg, und Franz Walter. *Pegida / Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld: transcript-Verlag, 2015.
- Gensing, Patrick. „Wird PEGIDA von den USA gelenkt?“, 22. Dezember 2014. <http://publikative.org/2014/12/22/wird-pegida-von-den-usa-gelenkt/>.
- Habermas, Jürgen. *Faktizität und Geltung / Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 5. Aufl. Suhrkamp, 1997.
- . „Staatsbürgerschaft und nationale Identität“. In *Faktizität und Geltung / Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 5. Aufl., 632–60. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1997.
- . „Über den Begriff der politischen Beteiligung“. In *Student und Politik / eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten*, herausgegeben von Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Weltz, und Jürgen Habermas, 2. Aufl., 11–55. Neuwied: Luchterhand, 1967.
- . „Volkssouveränität als Verfahren“. In *Faktizität und Geltung / Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 5. Aufl., 600–631. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1997.
- Heim, Tino. „Einleitung“. In *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, herausgegeben von dems., Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- . , Hrsg. *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*. Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- . „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen / Das Verhältnis von Pegida, Politik und Massenmedien als Symptom multipler Krisen“. In *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, herausgegeben von dems., Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Hochschild, Arlie Russell. *The Managed Heart / Commercialization of Human Feeling*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press, 2012.
- Horkheimer, Max, und Theodor W. Adorno. *Dialektik der Aufklärung / Philosophische Fragmente*. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2006.
- Hübler, Andrea. „Pegida – ein Aufstand von Rechts“. *weiterdenken Heinrich Böll Stiftung Sachsen*, 16. Januar 2015. <http://www.weiterdenken.de/de/2015/01/16/pegida-ein-aufstand-von-rechts>.
- Hüglin, Thomas O. *Sozietales Föderalismus / die politische Theorie des Johannes Althusius*. Berlin, New York: de Gruyter, 1991.
- Jackson, Robert H. *Sovereignty / Evolution of an Idea*. 1. publ. Cambridge: Polity Press, 2007.
- Jäger, Siegfried. *BrandSätze / Rassismus im Alltag*. Duisburg: DISS, 1992.
- . *Kritische Diskursanalyse / eine Einführung*. 5., Gegenüber der 2., Überarb. Erw. (1999), Unveränd. Aufl. Münster: Unrast-Verlag, 2009.
- . „Von der Ideologiekritik zu Foucault und Derrida / Ein (noch sehr vorläufiger) Beitrag zu einer möglichen Wende kritischer Wissenschaft“. In *Wie kritisch ist die kritische Diskursanalyse? / Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft*, herausgegeben von Siegfried Jäger, 1. Aufl., 1–37. Münster: Unrast-Verlag, 2008.
- Junius Brutus, Stefan, the Celt. *Vindiciae Contra Tyrannos / or, concerning the legitimate power of a prince over the people, and of the people over a prince*. Herausgegeben von George Garnett. Cambridge, New York: Cambridge University Press, 1994.
- Kalyvas, Andreas. „Constituent Power“. *Political Concepts. A Critical Lexicon*, 2013. <http://www.politicalconcepts.org/constituentpower/>.
- . *Democracy and the Politics of the Extraordinary / Max Weber, Carl Schmitt, and Hannah Arendt*. Cambridge, New York: Cambridge University Press, 2008.
- . „Popular Sovereignty, Democracy, and the Constituent Power“. *Constellations: An International Journal of Critical & Democratic Theory* 12, Nr. 2 (Juni 2005): 223–44. doi:10.1111/j.1351-0487.2005.00413.x.

- . „The Sublime Dignity of the Dictator / Republicanism and the Return of Dictatorship in Political Modernity“. In *African, American and European Trajectories of Modernity / Past Oppression, Future Justice?*, herausgegeben von Peter Wagner. Edinburgh: Edinburgh University Press, 2015.
- . „The Tyranny of Dictatorship / When the Greek Tyrant Met the Roman Dictator“. *Political Theory* 35, Nr. 4 (2007): 412–442.
- Keil, Daniel. „Botschaften aus der Vorhölle / Pegida und die Wiederbelebung des Völkischen“. *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 66–73.
- Keller, Luisa, und David Berger. „Pegida entdemokratisiert / Zur Instrumentalisierung von Angst im öffentlichen Raum“. In *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, herausgegeben von Tino Heim, Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Kerner, Regina. „Forconi-Bewegung in Italien: ‚Uns verbindet der Zorn‘“. *Berliner Zeitung*, 15. Dezember 2013. <http://www.berliner-zeitung.de/forconi-bewegung-in-italien--uns-verbundet-der-zorn--3862310>.
- Kielmansegg, Peter. *Volkssouveränität / eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität*. Stuttgart: Klett, 1977.
- Kleimann, Insa. „... unter ferner liefen: Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Trans*phobie / Der blinde Fleck der (radikalen) Linken bei der Kritik an und den Mobilisierungen gegen Pegida, AfD und Co“. *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 87–91.
- Klemperer, Victor. *LTI / Notizbuch eines Philologen*. Berlin: Aufbau-Verlag, 1947.
- Knopp, Philipp. „Abstand halten / Zur Deutung gesellschaftlicher Krisen im Diskurs Pegidas“. In *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*, herausgegeben von Tino Heim, Im Erscheinen. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Kriele, Martin. *Einführung in die Staatslehre / Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates*. 5., Überarb. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994.
- Lindner, Nadine. „‚Pegida‘-Demo in Dresden - Diffuse Ängste“. *Deutschlandfunk*, 25. November 2014. http://www.deutschlandfunk.de/pegida-demo-in-dresden-diffuse-aengste.1769.de.html?dram:article_id=304310.
- Lobo, Sascha. „Die Mensch-Maschine: Nichts sehen, nichts hören, viel sagen“. *Spiegel Online*, 17. Dezember 2014. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sascha-lobo-ueber-pegida-der-latenznazi-a-1008971.html>.
- Locke, Stefan. „Kundgebung in Dresden: ‚Putin, hilf uns!‘“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Dezember 2014. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/noch-mehr-zulauf-fuer-pegida-in-dresden-13324123.html>.
- Loick, Daniel. *Kritik der Souveränität*. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, 2012.
- Loughlin, Martin, und Neil Walker. „Introduction“. In *The Paradox of Constitutionalism / Constituent Power and Constitutional Form*, herausgegeben von dens., 1–8. Oxford: Oxford University Press, 2007.
- Löwenthal, Leo, und Norbert Guterman. „Lügenpropheten / Eine Studie über die Techniken und Themen des amerikanischen Agitators“. In *Der autoritäre Charakter / Studien über Autorität und Vorurteil*, herausgegeben von Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main, 1:3–87. Amsterdam: de Munter, 1968.
- Marx, Karl. „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“. In *Marx Engels Werke*, 1:203–333. Berlin: Dietz Verlag, 1956.
- . „Zur Judenfrage“. In *Marx Engels Werke*, 1:347–77. Berlin: Dietz Verlag, 1956.
- . „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“. In *Marx Engels Werke*, 1:378–91. Berlin: Dietz Verlag, 1956.
- Maus, Ingeborg. *Über Volkssouveränität / Elemente einer Demokratietheorie*. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Suhrkamp, 2011.

- . *Zur Aufklärung der Demokratietheorie / rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*. 1. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1994.
- . „Zur begrifflichen Differenzierung von völkischem und konstitutionellen Nationalismus“, 1994. <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr106s.htm>.
- Mausi Lugner. *So geht die Gauchos HD*, 2014.
<https://www.youtube.com/watch?v=BLpFpzzRYtY>.
- Meinhold, Philip. „Die Nazis haben den Ruf der Nazis so versaut, dass heute nicht mal mehr Nazis Nazis sein wollen.“ Microblog. *Twitter*, 15. Dezember 2014.
https://twitter.com/Philip_Meinhold/status/544577804814532608.
- Messerschmidt, Astrid. „Rassismusanalyse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft“. In *Rassismuskritik / Rassismustheorie und -forschung*, herausgegeben von Claus Melter und Paul Mecheril, 1:59–74. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2011.
- Mitscherlich, Alexander. „Massen - oder: Zweierlei Vaterlosigkeit“. In *Analytische Sozialpsychologie / Texte aus den Jahren 1910-1980*, herausgegeben von Helmut Dahmer, 401–40. Gießen: Psychosozial-Verlag, 2013.
- Möllers, Christoph. „„We Are (Afraid of) the People“ / Constituent Power in German Constitutionalism“. In *The Paradox of Constitutionalism / Constituent Power and Constitutional Form*, herausgegeben von Martin Loughlin und Neil Walker, 87–105. Oxford: Oxford University Press, 2007.
- Nachtwey, Oliver. „Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom“. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3 (2015): 81–89.
- Negri, Antonio. *Insurgencies / Constituent Power and the Modern State*. Bd. 15. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999.
- Patzelt, Werner J. „Die Verortung von Pegida / Edel sei der Volkswille“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. Januar 2015.
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-verortung-von-pegida-edel-sei-der-volkswille-13381221.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.
- . „Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? / Vergleichende Analyse der Pegida-Demonstrationen vom 25. Januar, 27. April und 04. Mai 2015 in Dresden“. Dresden, 2015. https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf.
- . „„Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten! Hat sich Pegida radikalisiert? / Januar 2015 - Januar 2016: Ein Jahr Pegida im Vergleich“. Dresden, 26. Februar 2016. https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-praesentation_pk_pegida-februar-2016.pdf.
- Patzelt, Werner J., Philipp Buchallik, Stefan Scharf, und Clemens Pleul. „Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? / Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht“. Dresden, 2015. https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf.
- Paul. „PEGIDA ist (nicht) friedlich“. *Alternative Dresden News*, 2. Januar 2016.
<https://www.addn.me/nazis/pegida-ist-nicht-friedlich/>.
- Pfahl-Traughber, Armin. *Konservative Revolution und Neue Rechte / Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*. Opladen: Leske + Budrich, 1998.

- Plato. *Republic*. Herausgegeben von Chris Emlyn-Jones und William Preddy. Loeb Classical Library. Cambridge: Harvard University Press, o. J.
- Postone, Moishe. „Nationalsozialismus und Antisemitismus / Ein theoretischer Versuch“. *KRITIK & KRISE* 4/5 (Sommer 1991).
<http://www.krisis.org/1979/nationalsozialismus-und-antisemitismus/>.
- . *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft / eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*. Freiburg im Breisgau: Ça-ira Verlag, 2003.
- Radau, Lars. „Pegida-Kandidatin Festerling schafft fast zehn Prozent“. *Der Tagesspiegel*, 7. Juni 2015. <http://www.tagesspiegel.de/politik/oberbuergermeisterwahl-in-dresden-pegida-kandidatin-festerling-schafft-fast-zehn-prozent/11882698.html>.
- Reinbold, Fabian. „Spaltung der Anti-Islam-Bewegung: Pegida gegen Pegida“. *Spiegel Online*, 29. Januar 2015. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/dresden-kathrin-oertel-gruendet-pegida-konkurrenten-a-1015619.html>.
- Rensmann, Lars. *Demokratie und Judenbild / Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. 1. durchges. Nachdr. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
- . „Populismus und Ideologie“. In *Populismus / Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, herausgegeben von Frank Decker, 60–80. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- Rousseau, Jean-Jacques. *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. Herausgegeben von Hans Brockard. Ditzingen: Reclam, 2008.
- Rucht, Dieter. *Pegida & Co.–Aufstieg und Fall eines populistischen Unternehmens*. Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung, 2015.
<https://www.fes.de/buergergesellschaft/documents/BB-41PegidaInternet.pdf>.
- Rucht, Dieter, Priska Daphi, Piotr Kocyba, Michael Neuber, Jochen Roose, Franziska Scholl, Moritz Sommer, Wolfgang Stuppert, und Sabrina Zajak. „Protestforschung am Limit / Eine soziologische Annäherung an Pegida“. Berlin: ipb working paper, 2015. https://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf.
- Salzborn, Samuel. „Demokratiefeerne Rebellionen“. *Deutsche Polizei* 3 (2015): 24–17.
- . „Demokratiefeerne Rebellionen / Pegida und die Renaissance völkischer Verschwörungsphantasien“. In *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ / Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen*, herausgegeben von Wolfgang Frindte, Daniel Geschke, Nicole Haußecker, und Franziska Schmidtke, 359–66. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Sandford, R. Nevitt, Theodor W. Adorno, Elke Frenkel-Brunswik, und Daniel J. Levinson. „Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur“. In *Studien zum autoritären Charakter*, 37–104. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2013.
- Schenk, Winfried. „Ex-Sprecherin Kathrin Oertel warnt Pegida vor neuer Spaltung - Parteien kritisieren CDU“. *Menschen in Dresden*, 10. März 2015. <http://menschen-in-dresden.de/2015/ex-sprecherin-kathrin-oertel-warnt-pegida-vor-neuer-spaltung-parteien-kritisieren-cdu/>.
- Schiedel, Heribert. „Abendland in Christenhand! / Autoritäre und rassistische Mobilisierungen in der Post-Demokratie“. *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 13–31.
- Schmitt, Carl. *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot, 1991.
- . *Politische Theologie / Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*. Berlin: Duncker & Humblot, 2004.
- . *Verfassungslehre*. Berlin: Duncker & Humblot, 2012.
- Schneider, Theo. „Rechtsextremer Feindbildmix“. *Blick nach Rechts*, 15. März 2016. <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechtsextremer-feindbildmix>.
- Seeburger, Jérôme. „Thesen zum ‚Primat des Antisemitismus‘“. *Freie Assoziation, Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* 18, Nr. 2 (2015): 58–62.

- Sieyès, Emmanuel Joseph. *Political writings: including the debate between Sieyès and Tom Paine in 1791*. Herausgegeben von Michael Sonenscher. Indianapolis, Cambridge: Hackett Publishing, 2003.
- Spiegel Online. „Dokumentation: Neujahrsansprache von Angela Merkel im Wortlaut“. *Spiegel Online*, 31. Dezember 2014. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neujahrsansprache-angela-merkel-2014-im-wortlaut-a-1010884.html>.
- Stender, Wolfram. „Der Pegida-Antisemitismus“. *IDA, Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismus in Nordrhein-Westfalen* 21, Nr. 2 (2015): 5–9.
- Tagesspiegel/KNA. „Journalistenverband zeigt Pegida-Anführerin an“. *Der Tagesspiegel*, 15. Januar 2016. <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-mistgabel-aufruf-journalistenverband-zeigt-pegida-anfuhrerin-an/12837678.html>.
- Vorländer, Hans, Maik Herold, und Steven Schäller. *PEGIDA / Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016. <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-10982-0>.
- . „Wer geht zu PEGIDA und warum / Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden“. *Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung Dresden*, Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung, 2015. https://www.researchgate.net/profile/Maik_Herold/publication/281120960_Wer_geht_zu_PEGIDA_und_warum_Eine_empirische_Untersuchung_von_PEGIDA-Demonstranten_in_Dresden/links/55e02df608ae2fac47196bca.pdf.
- welt.de/epd/dpa/ith. „Das Pegida-Fußvolk hört Bachmann gar nicht zu“. *Die Welt online*, 20. Januar 2016. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151256658/Das-Pegida-Fussvolk-hoert-Bachmann-gar-nicht-zu.html>.
- Wodak, Ruth, und Florian Menz. „Vorwort“. In *Sprache in der Politik - Politik in der Sprache / Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch*, herausgegeben von dies., 7–11. Klagenfurt: Drava, 1990.
- Wodak, Ruth u. a. „*Wir sind alle unschuldige Täter*“ / *diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*. 1. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1990.
- Yack, Bernard. „Popular Sovereignty and Nationalism“. *Political Theory* 29, Nr. 4 (August 2001): 517–36.

Internetseiten zuletzt besucht am 1. April 2016

Anhang

Inhaltsverzeichnis

A. Übersicht der zitierten Reden	120
A.1 Tatjana Festerling.....	120
A.2 Lutz Bachmann.....	122
A.3 Themen und Unterthemen des Korpus.....	124
B. Timeline: Relevante Ereignisse, Papiere und Institutionen	127
C. Transkripte der Reden für die Feinanalyse	129
(a) Lutz Bachmann, 24.11.2014.....	129
(b) Lutz Bachmann, 01.12.2014.....	132
(c) Tatjana Festerling, 09.02.2015.....	134
(d) Tatjana Festerling, 09.03.2015	139
(e) Tatjana Festerling, 30.03.2015.....	146
(f) Lutz Bachmann 06.04.2015	153
(g) Tatjana Festerling, 21.09.2015.....	156
(h) Tatjana Festerling, 18.01.2016	162
D. Übersicht der Transkriptionssymbole.....	167
Quellenverzeichnis	168

A. Übersicht der zitierten Redenⁱ

A.1 Tatjana Festerling

Datum	Titel, Inhalte	Besonderheiten / Hintergründe	Teilnehmende ⁱⁱ
09.02.2015 ⁱⁱⁱ	Parteien, Rolle des Souveräns	1. Rede in Dresden 1. Kundgebung nach Abspaltung von DDFE	2.000 (Polizei)
09.03.2015 ^{iv}	Dialog nur Deutsche, Symbolik Grünes Reich, Sezession	Sächsische Dialogforen finden statt	6.500 (Polizei)
30.03.2015 ^v	Volkssouveränität ausformuliert: Politiker als Angestellte Mahnung gegen Spaltung der Bewegung	Spaltung wiederkehrendes Thema im Monat März 2015	2.900 (Polizei)
11.05.2015 ^{vi}	„Vertrauensrede“: produktive Arbeit und Arbeitsteilung bestimmten deutsche Identität und „Vertrauenskultur“	Wahlkampf	2.600-2.900
01.06.2015 ^{vii}	OB-Wahl als Volkstentscheid	Letzte Kundgebung vor der Wahl	2.150-2.750

ⁱ Die Tabelle enthält die transkribierten Reden für die Feinanalyse und zusätzlich zitierte Reden (grau hinterlegt).

ⁱⁱ Zahlen gemäß den Angaben der Forschungsgruppe Durchgezählt, „Statistik zu Pegida in Dresden“, *Durchgezählt / Klickern, Zählen und Schätzen*, 2016, <http://durchgezaehlt.org/pegida-dresden-statistik/>.

ⁱⁱⁱ Angela Maier, *PEGIDA: 09.02.2015 Eröffnungsrede und Rede von Tatjana Festerling*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=ViFns1pKPk4>.

^{iv} Angela Maier, *PEGIDA: 09.03.2015 Rede von Tatjana Festerling.*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=d2PvFw7-VX8>.

^v Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Pegida Redebeiträge und Spaziergang vom 30.März.2015*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=BM8vXDtiMsg>.

^{vi} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Pegida 11.Mai.2015 mit Lutz Bachmann und Tatjana Festerling*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=KU2M4OOjJJ4>.

^{vii} Tatjana Festerling, „Rede vom 01.06.2015“, *tatjanafesterling.de*, 1. Juni 2012, http://www.tatjanafesterling.de/download/150601_Dresden_TF.pdf.

	Anpacken statt Reden, Unterjochung autarker Völker		
21.09.2015 ^{viii}	Viktor Orbán als guter Politiker	Grenzüberschreitungen	6.400-7.000
09.11.2015 ^{ix}	Loslassen: Ende des „Schuld-kults“	Jahrestag Reichspogrom- nacht	7.100-8.000
14.12.2015 ^x	Sezession und ihre Ausgestaltung		5.400-5.800
18.01.2016 ^{xi}	Mistgabeln als Revolu- tionssymbol Tyrannie, Verfassungs- bruch Revolution	Vorwoche: Festerlings „Mistgabel-Rede“ in Leipzig, gefolgt von Straf- anzeigen gegen sie wegen Volksverhetzung	3.500-4.000
25.01.2016 ^{xii}	souveräne Nationen Eu- ropas gegen EU Kampf unter Le- benseinsatz	Verkündung „Fortress Eu- rope“ nachträgliche Akklamation	3.000-4.000
14.03.2016 ^{xiii}	Merkel als Vergewalti- gerin der Nation		k.A.

^{viii} Angela Maier, *PEGIDA Dresden 21.09.2015 Rede von Tatjana Festerling Eine eine Hommage an Viktor Orban*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=OMWvkWpIMtE>.

^{ix} Angela Maier, *PEGIDA Dresden 09.11.2015 Rede von Tatjana Festerling (1) Vor 30000 Patrioten*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=APFgnSKdncU>.

^x Lutz Bachmann, *14.12.2015 PEGIDA Abendspaziergang Dresden*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=BrGzvb4Z-M0>.

^{xi} Frank Winter, *Teil 1 - Rede von Tatjana Festerling PEGIDA Dresden 18.01.2016*, 2016, <https://www.youtube.com/watch?v=SePI861HVjg>; Frank Winter, *Teil 2 - Rede von Tatjana Festerling PEGIDA Dresden 18.01.2016*, 2016, <https://www.youtube.com/watch?v=k2cZuq1lNy8>.

^{xii} Lutz Bachmann, *25.01.2016 PEGIDA Dresden live vom Theaterplatz*, 2016, <https://www.youtube.com/watch?v=iS2ZRIxhQzs>.

^{xiii} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Pegida 14.März.2016 auf dem Altmarkt und Abendspaziergang*, 2016, <https://www.youtube.com/watch?v=HNCspUm7cPI>.

A.2 Lutz Bachmann

Datum	Titel, Inhalte	Umstände	Teilnehmende
27.10.2014 ^{xiv}	Forderung, gar keine Asyl-suchenden aufzunehmen	Zweite Kundgebung, kaum mediale Aufmerksamkeit	500 (Polizei)
24.11.2014 ^{xv}	Wir sind ein Volk, DDR-Eingabemethoden	Abschlussrede ist gekürzte Rede	5.500 (Polizei)
01.12.2014 ^{xvi}	Volk versus Elite Beruhigungstaktik der Parteien	Abschlussrede ist gekürzte Rede	7.500 (Polizei)
15.12.2014 ^{xvii}	Fordert erstmals Ende der „Kriegstreiberei“ gegen Russland für den Frieden		15.000 (Polizei)
12.01.2015 ^{xviii}	6 konkrete Forderungen: Qualitative Zuwanderung, Pflicht zur Integration, direkte Demokratie, Frieden mit Russland und nationale Souveränität gegenüber der EU, innere Sicherheit		17.000 (Rucht et al.)
09.03.2015 ^{xix}	Teilnehmende sollen auf den Kundgebungen kurze Reden halten können, müssen diese im Vorfeld dem Organisationskreis vorlegen		6.500 (Polizei)

^{xiv} Privates Transkript liegt der Autorin vor.

^{xv} Ostwind, *Pegida 24.11.2014 Anfangsrede*, 2014, <https://www.youtube.com/watch?v=Gd3YiaTpYiU>.

^{xvi} Freie Presse, *Pegida Demonstration Dresden 01.12.2014 | Live & Unzensuriert*, 2014, <https://www.youtube.com/watch?v=4Qiyn7PhOMg>.

^{xvii} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Pegida 17.000 Menschen auf der Montagsdemo vom 15. Dezember 2014 Redebeiträge*, 2014, https://www.youtube.com/watch?v=i4M5T1w_fRI.

^{xviii} Pegida Dresden, „Rede von Lutz im Wortlaut“, *Facebook*, 12. Januar 2015, <https://www.facebook.com/pegidaevdresden/posts/848334451871646>.

^{xix} DresdenAktuell, *MONTAGSDEMOS IN DRESDEN 09.03.2015 (#PEGIDA [REDE: Lutz Bachmann])*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=k6wv6xsc3LY>.

06.04.2015 ^{xx}	OB als Volksvertreter Qualitäten von Festerling	Verkündung OB- Kandidatur	7.100 (Polizei)
11.05.2015 ^{xxi}	Spricht sich gegen Grün- dung einer Pegida-Partei aus		2.600-2.900
18.05.2015 ^{xxii}	Diktatur und Widerstand Schlimmer als 1989/DDR Sparsame pol. Organe	Wahlkampf	2.700-3.000
08.06.2015 ^{xxiii}	Bachmann wirbt dafür, in der OB-Stichwahl Dirk Hilbert zu unterstützen	Buh-Rufe; klare Kritik an Festerlings Rückzug	1.900-2.100
22.06.2015 ^{xxiv}	totale Kontrolle Reisefreiheit Wahlrecht für Ausländer Gleichsetzung Asylsu- chender mit Vertriebenen ist Verunglimpfung		1.800-2.000
14.09.2015 ^{xxv}	Politik klaue Forderungen Kündigt Gründung einer Pegida-Partei an Anti-EU, Antiamerikanis- mus	Debatten um Grenzüber- schreitungen und Ober- grenzen	5.700-6.200
29.02.2016 ^{xxvi}	spricht sich für gemeinsa- me Wahllisten mit AfD aus	Kommunalwahl in Hes- sen	2.800-3.400

^{xx} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Ungekürzt und in voller Länge: Pegida Redebeiträge und Spaziergang vom 06.April.2015*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=ImlKzDeaegs>.

^{xxi} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Pegida 11.Mai.2015 mit Lutz Bachmann und Tatjana Festerling*.

^{xxii} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Pegida Montagsdemo vom 18.Mai.2015 in Dresden*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=HvIwIRSkBsU>.

^{xxiii} Angela Maier, *PEGIDA: 08.06.2015 Dresden. Lutz Bachmann Warum Hilbert in Dresden wählen*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=xUF7v746zGQ>.

^{xxiv} Angela Maier, *PEGIDA Dresden. 22.06.2015 Eröffnungsrede mit Lutz Bachmann.*, 2015, https://www.youtube.com/watch?v=S2_xK82I92M.

^{xxv} Angela Maier, *PEGIDA Dresden 14.09.2015 Rede von Lutz Bachmann.Zur Gründung einer PEGIDA Partei*, 2015, https://www.youtube.com/watch?v=N9Y_BATV_ao.

^{xxvi} Lutz Bachmann, *29.02.2016 PEGIDA live vom Neumarkt*, 2016, <https://www.youtube.com/watch?v=Hb6g3nYcQc8>.

A.3 Themen und Unterthemen des Korpus

Volksbegriff

- ❖ ethnisch-national
 - „Wir sind ein Volk.“, zusammenwachsen (LB 24.11.14)
 - Multikulturalismus als Selbstzerstörung
 - Anrecht auf Diskurs nur für „Bürger und Deutsche“
 - Deutsch (TF 09.03.15)
 - Pflicht, Fleiß, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Treue, Romantik
 - Klare Geschlechterbilder
 - Verwurzelte Werte
 - Dichter und Denker, Exportweltmeister
 - Individualismus und Aufklärung
 - Arme Opfer (LB 01.12.14)
 - Christliches Kulturgut (LB 01.12.14)
- ❖ In Abgrenzung zu Funktionsträger und Eliten
 - Einfacher Bürger (L.B. 06.04)
- ❖ Kollektivistisch vs. plural
 - Teil von etwas Großem (LB 06.04.)
- ❖ Emotional
 - Seele, Hoffnung, Freude (TF 09.03.15)
 - Zusammenhalt
 - Gesundes Maß an Patriotismus (TF 09.03.15; 8 Forderungen 10.11.14)
 - Ängste, Sorgen (LB 24.11.14)
- ❖ ex negativo (TF 09.03.15)
 - „Grünes Reich“: Genderismus, Veganismus, Feminismus, Antifa
 - Islam, Multikulturalismus
 - „no border, no nation“
- ❖ existentiell
 - Sezession und Abspaltung nach politischem Willen, Werten (TF 09.03.15)
 - Linke sind nicht Deutsche (TF 09.03.15)
 - Grundlegende Unterscheidung der Menschen: Freiheitsliebe (TF 09.02.15)

Konzeption von Volkssouveränität

- ❖ Konzeption als solche

- Reaktion auf Verhältnisse, Widerstand, Diktatur (siehe Widerstand)
- Volk ist souverän
 - Nicht nur im Moment der Wahlen (T.F. 09.02.15)
 - Macht (T.F. 09.02.15)
- Politiker
 - Als Angestellte des Volkswillens (LB 01.12.14, 06.04.15, TF 09.02.15)
 - Als aktive Umsetzer gegenüber (passiv) forderndem Volk
 - Gutes Beispiel: Orban (TF 21.09.15), Festerling (LB 06.04.15)
- ❖ Direktwahl und Direkte Demokratie (L.B. 06.04.15)
 - Volksvertreter, direkt aus dem Volk nicht nur Marionette, sondern hat wirklich etwas zu sagen, Vertrauen, nicht Verräter, schützt das Volk, kann sich durchsetzen, Willen, im Sinne des Volkes zu handeln
 - Unmittelbarkeit und Identität
- ❖ Widerstand
 - DDR (so wie oder schlimmer als) (LB 24.11.14)
 - Meinungsdictatur (TF 09.02.15)
 - Totalitarismus (LB 22.06.15)
 - Konspiration (TF 09.02.15)
 - Politische Eliten/Funktionsträger*innen betrügen Volk, machen Politik gegen das Volk, aber fürchten auch Volk
 - Volk beruhigen (LB 01.12.14)
 - Antifa macht Drecksarbeit (TF 09.02.15)
 - Parteien (TF 09.02.15)
 - Merkel als Vergewaltigerin der Nation (TF 14.03.16)
 - Revolution (TF 18.01.16)
 - Etwas grundsätzlich ändern, historische Chance (LB 06.04.15)
- ❖ Diskurs
 - Einfordern von Bürgerdialog (LB 24.11.14)
 - Dialog nur für Deutsche (TF 09.03.15)
 - Schwafelrunden (unklare Ergebnisse) (TF 09.03.15)
 - Handeln/Umsetzen statt Reden (LB 24.11.14)
 - Akklamation als eigene Praxis
- ❖ Weitere Themen
 - „Nazikeule“ und Vergangenheit (LB 01.12.14, TF 09.02.15)

- Menschenrechte: Meinungs- und Versammlungsfreiheit vs. Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit (LB 01.12.2014)
- „Fremde“, Asyl, Migration, Flucht, Asylpolitik, Islam, Islamismus, Islamisierung/Überfremdung (alle, TF 21.09.15)
- Geschlecht, „Genderisierung“, „Frühsexualisierung“, Frauenrechte, Vergewaltigung (TF, 19-Punkte-Papier)
- Frieden, Russland, Antiamerikanismus, Anti-EU

B. Timeline: Relevante Ereignisse, Papiere und Institutionen

	gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Kurd*innen und Islamisten in
Oktober	Hamburg und Celle (daher „Glaubenskriege“);
2014	Demonstration gegen den IS und für die Unterstützung des kurdischen Widerstands in Dresden
<hr/>	
	Bachmann gründet Facebook-Gruppe <i>Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes</i>
<hr/>	
20.10.2014	Erste Pegida-Demonstration mit ca. 350 Teilnehmenden
<hr/>	
	Vier Forderungen ^{xxvii}
	„1. Bewahrung und Schutz unserer deutschen Identität und unserer christlich-jüdischen Abendlandkultur
	2. Faire, kontrollierte Zuwanderung nach einem Modell von Kanada,
03.11.2014	Australien oder der Schweiz
	3. Eine konsequente Ausschöpfung und Durchsetzung der vorhandenen Gesetze zum Thema Zuwanderung und Abschiebung
	4. Sofortige Abschiebung straffällig gewordener Zuwanderer und scharfe Wiedereinreisekontrollen in ganz Europa“
<hr/>	
	Acht Forderungen ^{xxviii}
10.11.2014	neuartig: „8. Es muss für uns wieder normal sein, öffentlich die Liebe zu seinem Vaterland zum Ausdruck zu bringen! Gegen Antipatriotismus!“
<hr/>	
15.12.2014	Das „19-Punkte-Papier“ wird vorgestellt ^{xxix}
	Erste Solidarisierung mit Putin und Russland ^{xxx}
<hr/>	
10.01.2015	Pegida e.V. Antrag beim Finanzamt
<hr/>	
19.01.2015	Bei der Pressekonferenz für Pegida anlässlich der Absage ihrer Demonstration aufgrund einer Terrordrohung sagen Lutz Bachmann und Kathrin Oertel, sie wollten „keine Revolution“ ^{xxxxi}

^{xxvii} Privates Transkript liegt der Autorin vor.

^{xxviii} Vgl. Pegida Dresden, „WIR BEDANKEN UNS BEI GUT 2000 MENSCHEN“, *Facebook*, 10. November 2014, https://de-de.facebook.com/permalink.php?story_fbid=800506859987739&id=790669100971515.

^{xxix} Vgl. Jens Eumann und Oliver Hach, „Pegida-Positionen im Faktencheck: Zuwanderung oder Abschottung?“, *freipresse.de*, 20. Dezember 2014, <http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Pegida-Positionen-im-Faktencheck-Zuwanderung-oder-Abschottung-artikel9068425.php>.

^{xxx} Vgl. Julia Bruns, Kathrin Glösel, und Natascha Strobl, *Rechte Kulturrevolution / Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, 1. Aufl. (Hamburg: VSA, 2015), 53.

28.01.2015	Abspaltung von fünf Mitgliedern des Orgateams um Kathrin Oertel und René Jahn. Sie kritisieren die dominante Rolle Bachmanns, die enge Zusammenarbeit mit Legida (Leipzig) und wollen sich von „rechtsextremen Tendenzen“ abgrenzen. ^{xxxii} Später gründen sie „Direkte Demokratie für Europa“ (DDfE)
15.02.2015	„10 Dresdner Thesen“ ^{xxxiii} werden veröffentlicht, radikaler formuliert als das 19-Punkte-Papier
28.02.- 02.03.2015	Refugee-Camp vor der Semperoper
09.02.2015	Tatjana Festerling hält erste Rede bei Pegida in Dresden
07.06.2015	1. Wahlgang Oberbürgermeisterwahl: Tatjana Festerling erhält knapp 10 Prozent der Stimmen ^{xxxiv}
05.07.2015	2. Wahlgang Oberbürgermeisterwahl; Festerling zog ihre Kandidatur zurück
09.10.2015	„10 Forderungen an die deutsche Asylpolitik“ ^{xxxv}
11.01.2016	Festerling hält „Mistgabel-Rede“ in Leipzig
18.01.2016	Festerling ruft zur Revolution auf
25.01.2016	Festerling verkündet Gründung Plattform „Fortress Europe“

^{xxxii} Vgl. Florian Rötzer, „Pegida: ‚Wir wollen keine Revolution‘“, *Telepolis*, zugegriffen 22. März 2016, <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43902/1.html>.

^{xxxiii} Vgl. Fabian Reinbold, „Spaltung der Anti-Islam-Bewegung: Pegida gegen Pegida“, *Spiegel Online*, 29. Januar 2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/dresden-kathrin-oertel-gruendet-pegida-konkurrenten-a-1015619.html>.

^{xxxiv} Vgl. US-Fan-Gruppe für Pegida, o.V., „Zehn Thesen in Dresden angeschlagen / Dafür geht PEGIDA auf die Straße“, *Pegida Offiziell*, 16. Februar 2015, <https://pegidaoffiziell.wordpress.com/2015/02/16/zehn-thesen-in-dresden-angeschlagen-dafur-geht-pegida-auf-die-strase/>.

^{xxxv} Vgl. Lars Radau, „Pegida-Kandidatin Festerling schafft fast zehn Prozent“, *Der Tagesspiegel*, 7. Juni 2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/oberbuergemeisterwahl-in-dresden-pegida-kandidatin-festerling-schafft-fast-zehn-prozent/11882698.html>.

^{xxxvi} Pegida Dresden, „10 Forderungen an die deutsche Asylpolitik“, *Facebook*, 10. September 2015, <https://www.facebook.com/pegidaevdresden/posts/979362725435484:0>.

C. Transkripte der Reden für die Feinanalyse

(a) Lutz Bachmann, 24.11.2014^{xxxvi}

1 [Video beginnt im Satz ...] Abendspaziergang begrüßen zu dürfen. Auch heute wieder
2 unter dem Motto „Friedlich und engagiert gegen Glaubenskriege und für die Meinungs-
3 freiheit“. [Applaus]

4 Ich werde euch heute ein wenig länger in Anspruch nehmen, da unserer Meinung nach
5 viel Aufklärungsbedarf entsteht. Es hat sich in den letzten fünf Wochen vieles getan. So
6 sind wir hier in Dresden nach der Friedlichen Revolution vor 25 Jahren auf bestem We-
7 ge, eine weitere Mauer einzureißen. Eine Mauer, die viel höher war, als die Berliner
8 Mauer der SED-Schergen, oder wie sie jetzt heißen, der Linken. [Applaus] Ich rede
9 über die Mauer in den Köpfen der Deutschen in Ost und West. Ich bekomme Gänse-
10 haut, wenn ich die tausenden PNs, Mails und Kommentare lese, in denen es nicht mehr
11 um Deutsche in Ost und West geht, sondern um uns Deutsche. Der erste Schritt ist also
12 getan und es wächst auch endlich in den Köpfen zusammen, was zusammen gehört,
13 denn wir sind ein Volk. [Applaus]

14 Mit Stolz kann ich berichten, dass unser Dresdner Vorbild in den ersten Städten Nach-
15 ahmer gefunden hat. Ich grüße hiermit unsere Freunde in Baden-Württemberg, in Bay-
16 ern, in Nordrhein-Westphalen, in der Pfalz, an der Nordsee und an der Ostsee. [Ap-
17 plaus] Diese alle bereiten sich im Moment auf ihre Montagsspaziergänge nach unserem
18 Dresdner Vorbild vor und werden sicherlich in Kürze mehr werden, viel viel mehr.
19 Denn Dresden zeigt, wie’s geht! [Applaus]

20 Aber wir haben auch Fehler gemacht. So haben wir zum Beispiel unsere Forderungen
21 nicht konkret genug formuliert und an die falschen Adressaten zugestellt. Nur so war es
22 antidemokratischen Kräften möglich, uns in eine hässliche Ecke zu drängen. Es wird
23 behauptet, wir stünden für eine Antiasylpolitik. Ich sage nein! Wir sind für Aufnahme
24 von Kriegsflüchtlingen, aber gegen Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen. [Applaus]

25 Außerdem stehen wir dafür, dass jede Minderheit, gleich woher sie kommt, wenn sie
26 bei uns leben, arbeiten und essen will, auch deutsch sprechen, unsere Gesetze und unse-
27 re Kultur respektieren sollte. [Applaus] Es ist ganz klar gesetzlich geregelt, dass Flücht-
28 linge in dem EU-Land ihren Asylantrag stellen müssen, in dem sie zuerst ihren Fuß auf
29 europäischen Boden gesetzt haben. Nun, da Deutschland in der Mitte von Europa liegt

^{xxxvi} Ostwind, *Pegida 24.11.2014 Anfangsrede*.

1 und nur Zugang zur Ost- und Nordsee hat, frage ich mich ernsthaft, wie es sein kann,
2 dass europaweit die meisten Asylanträge in Deutschland und Schweden gestellt werden
3 und diese Länder auch die meisten aufnehmen. Ich habe nämlich noch nichts von ir-
4 gendwelchen überfüllten Flüchtlingsbooten gehört, die über die Nordsee oder Ostsee
5 schippern. [Applaus] Darum unsere Forderung an die Bundesregierung für schärfere
6 Einreisekontrollen und konsequente Umsetzung der vorhandenen rechtlichen Mittel
7 zum Thema Abschiebung, auch und speziell für innereuropäische grüne Grenzen, über
8 die kommen nämlich die meisten. [Applaus]

9 Sachsens Innenminister Markus Ulbig sagte heute in der Morgenpost zum Thema Asyl
10 und Abschiebung: „Da sollten wir Recht und Gesetz künftig konsequenter durchset-
11 zen.“ Diese Forderung ist nahezu identisch zu unserer, allerdings wird Herr Ulbig nicht
12 von der Presse als Nazi hingestellt. [Applaus] Des Weiteren wird behauptet, wir betrie-
13 ben Stimmungsmache gegen Asylbewerber und würden diese unter kriminellen Gene-
14 ralverdacht stellen. Ich sage nein, das tun wir nicht. Es ist aber schon merkwürdig, dass
15 selbst jener Innenminister Ulbig heute von der Schaffung von Sondereinheiten gegen
16 kriminelle Asylbewerber gesprochen hat, Zitat Ulbig dazu: „Natürlich gibt es auch
17 Kriminalität im Umfeld von Asylbewerberheimen. Es gibt auch Asylbewerber, die im-
18 mer wieder stark auffällig werden bei der Polizei. Das will ich nicht verschweigen.“
19 [Applaus]

20 Herr Ulbig spricht in dem Falle eine ganz andere Sprache als zum Beispiel Herr Avena-
21 rius von der SPD Dresden. [vereinzelt *Pfui*] Dieser Herr Avenarius behauptete nämlich,
22 das wäre nicht so, es gäbe keine Probleme im Umfeld von diesen Heimen. [Gelächter,
23 vereinzelte Kommentare] Des Weiteren im selben Atemzug verbot Herr Avenarius den
24 Bürgern bei der Bürgerversammlung in Leuben das Wort, und auf Nachfrage, was ihn
25 dazu ermächtigte, sagte er, dass ihn sein Status als gewählter Volksvertreter dazu be-
26 rechtigt. [*Pfui*] In diesem Zusammenhang bedanken wir uns bei den Beamten und Be-
27 amtinnen, die heute Abend wieder für unsere Sicherheit sorgen werden, [Applaus] **und**
28 **fordern von der Politik**, und fordern von der Politik einen Stopp des Personalabbaus bei
29 der Polizei und Aufstockung der Mittel für diese. [Applaus]

30 Wir wollen diese aktuell praktizierte Politik, welche nach dem Motto „Friss oder stirb“
31 handelt, nicht mehr tolerieren! Da werden Fakten geschaffen und nichts gegen die
32 Ängste der Menschen unternommen. So werden einfach seitens der Stadtverwaltung
33 und speziell durch Sozialbürgermeister Seidel Infoveranstaltungen abgesagt und eine
34 Internetseite eingerichtet, auf welcher die Bürger ihre Fragen stellen sollen. Ich persön-

1 lich halte das für völligen Unsinn, da es einfach nicht möglich ist, bei so einem komple-
2 xen Thema, wo es um Ängste und Befürchtungen von Menschen geht, eine Internetseite
3 ins Leben zu rufen, anstatt sich dem persönlichen Gespräch zu stellen. Ich habe auch
4 keine Ahnung, wie dies überhaupt funktionieren soll, denn viele der Betroffenen Men-
5 schen sind Rentner oder kurz vorm Rentenalter, die jetzt um ihre Altersvorsorge, ihr
6 Häuslein, fürchten da diese natürlich im Wert fallen werden mit dieser Nachbarschaft.
7 Diese sollen aber dann, laut Bürgermeister Seidel, per Brief sich an die Stadt wenden.
8 Das erinnert mich, genau das erinnert mich an eine Zeit vor 1989, da nannte man das
9 „eine Eingabe machen“. [Applaus] Dass diese Eingaben meist als belanglos abgetan
10 wurden, dass sollte eigentlich hinlänglich bekannt sein. Außerdem kann man Fragen
11 und Ängste, wirklich die mit so etwas Schwierigen zusammenhängen, das funktioniert
12 nicht übers Internet. Hier ist das persönliche Gespräch fällig. [Applaus]
13 Ich halte die ganze Geschichte also für nichts anderes als eine Hinhaltetaktik und eine
14 Bürgerverdummung. [Applaus] Genau dieser Bürgermeister Seidel äußerte sich auf
15 meine Frage hin, ob er vergessen habe, wer ihn gewählt hat, mit den Worten: „Ich wur-
16 de nicht gewählt, Herr Bachmann, sondern das ist ein Posten, den man zugewiesen be-
17 kommt.“ Ich hätte es ja nicht, also ich persönlich hätte es ja sowieso nicht so mit den
18 Fakten. Obgleich es sachlich richtig ist, dieser Posten wird wirklich nicht durch direkte
19 Wahl entschieden. Aber die Leute, die wir gewählt haben, entscheiden das. Also ich
20 halte das also für legitim zu sagen, er ist indirekt doch gewählt worden. [Video endet]

(b) Lutz Bachmann, 01.12.2014^{xxxvii}

1 Ich schätze mich glücklich von so vielen Ratten wie euch umgeben zu sein [Johlen]. Ja,
2 ihr habt richtig gehört, Ratten! Ihr seid laut Innenminister Ulbig Ratten. Er betitelt alle
3 Mitglieder des Orga-Teams von Pegida öffentlich als Rattenfänger und somit sind die
4 Leute, die heute hier unserem Aufruf gefolgt sind, Ratten. Tja lieber Herr Ulbig, die
5 Ratten werden mehr und sie werden lauter [Jubel, vereinzelt *Wir sind das Volk*]. Davon
6 abgesehen sehe ich nur einen hier, der aktiv auf allen Seiten Stimmung macht und ver-
7 sucht, Wählerstimmen für seine Oberbürgermeisterwahl zu sammeln. So fordert er auf
8 einer Seite Sondereinheiten gegen Intensivtäter aus Asylantenheimen und auf der ande-
9 ren Seite bezeichnet er euch alle als Ratten.

10 Und damit sind wir schon beim ersten aktuellen Thema: Pegida wächst. Ja, unser Vor-
11 bild hat viel inspiriert und die Medien haben es nicht geschafft mit ihrer gezielten Dif-
12 famierung und Diskreditierung insbesondere meiner Person diese Entwicklung aufzu-
13 halten. Ich will die Zeit nutzen, auf einige Fragen einzugehen, die am häufigsten gestellt
14 werden.

15 Da wäre zum ersten die Frage: Was wollen Sie eigentlich? Nun Pegida will ganz ein-
16 fach, dass die vom Volk gewählten Politiker endlich wieder zuhören und sich der wirk-
17 lichen Probleme annehmen. [Applaus] Ganz abgesehen von der unsäglichen Asylpolitik
18 unserer Bundesregierung haben wir nämlich noch weitere Fragen: Was ist mit der Ver-
19 sorgung unserer Alten? Es gibt Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben, und sich
20 an Weihnachten trotzdem kaum ein Stück Stollen leisten können, die in kalten Woh-
21 nungen sitzen, oder keinen Strom haben. Es gibt in unserem Land Mütter, die ihren
22 Kindern nichts zum Fest der Liebe schenken können, da die finanziellen Mittel fehlen.
23 Es gibt Menschen in unserem Land, die auf der Straße leben müssen und nicht genug
24 zu essen haben, für diese werden keine Heime eingerichtet, geschweige denn über eine
25 dezentrale Unterbringung mit Vollausrüstung diskutiert. Anstatt solche Probleme anzu-
26 gehen, wird über unsere Sprache diskutiert. [Schnitt im Video]

27 Ich bleibe gleich beim Thema und komme zur am zweithäufigsten gestellten Frage: Wo
28 sehen Sie die angebliche Islamisierung in unserer Gesellschaft? Dazu betone ich aus-
29 drücklich, dass Pegida nicht gegen den Islam ist, sondern gegen Islamismus und Islami-
30 sierung, das ist ein Riesenunterschied. Da es einfach zu viele Beispiele gibt, welche die
31 Islamisierung belegen, angefangen von extra Schwimmzeiten für Trägerinnen der frau-

^{xxxvii} Freie Presse, *Pegida Demonstration Dresden 01.12.2014 | Live & Unzensuriert*, Min 01:40-07:25.

1 enverachtenden Burka bis zum getrennten Unterricht für Jungs und Mädels, will ich nur
2 einen Punkt ausführen und weise darauf hin, dass mir völlig bewusst ist, dass es ein
3 grundgesetzlich verbrieftes Recht auf freie Religionsausübung gibt. Ich gebe aber zu
4 bedenken, dass diese Dinge, die jetzt ablaufen in unserem Land, nicht im Sinne des Er-
5 finders dieser Gesetze sein können. [Applaus] Ich rede hier von der schrittweisen Ab-
6 schaffung christlichen Kulturgutes aus unserer Gesellschaft wie in Berlin und anderen
7 Städten bereits begonnen. Auch zu DDR-Zeiten wurde das wieder versucht, diese gan-
8 ze/ da hieß es dann „Jahresendflügelfigur“. Das sollte dann einen Engel darstellen.
9 Weil wir gerade beim Schützen sind: Mit Freude aber auch gebotener Vorsicht las ich
10 die Aussagen unseres Bundesinnenministers de Maizière. Dieser will eine schnellere
11 Abschiebung krimineller und radikaler Ausländer durchsetzen. Genau wie ein zehnjäh-
12 riges Wiedereinreiseverbot für selbige. Außerdem hat Herr de Maizière Mitglieder ter-
13 roristischer Vereinigung und Ausländer im Visier, die aus politischen oder religiösen
14 Motiven an Gewalt beteiligt sind. Dies ist natürlich zu begrüßen, aber ich halte auch dies
15 für Augenwischerei und Beruhigungstaktik, damit das Volk wieder auf der Couch vorm
16 RTL2-Programm platznimmt und ja nicht anfängt zu denken. [Applaus]
17 Beim Thema Kriminalität komme ich auf etwas unangenehmes für mich. Auch ich habe
18 ein Vorleben und, nachdem die Nazikeule gegen Pegida nicht gewirkt hat, ist die Dis-
19 kreditierung meiner Person an der Reihe. [Schnitt im Video] ... zwischen 5 und 20 Jah-
20 re, zwischen 5 und 20 Jahren zurückliegen und für mich, für die ich gerade stehen
21 musste schon. Ich habe meine Zeit dafür abgetan. Meine persönlichen Fehler haben rein
22 gar nichts mit Pegida und unseren Zielen zu tun. Ich bin *austauschbar* und wenn es bes-
23 ser für unsere Sache ist, trete ich auch gern zurück aus dem ungewollten Rampenlicht.
24 Lasst uns nun gemeinsam, wie jedes Mal in Ruhe mit Würde und Anstand, durch unsere
25 wundervolle Stadt spazieren. *Dresden zeigt wie's geht!* [lauter Applaus, *Wir sind das*
26 *Volk*]

(c) Tatjana Festerling, 09.02.2015^{xxxviii}

1 Liebe Dresdner, liebe Freunde, es ist Balsam für die Seele, bei euch sein zu dürfen. Hier
2 tanken wir Kraft, Hoffnung und Zuversicht. Gemeinsam atmen wir den Geist der Frei-
3 heit und spüren einen Zusammenhalt, wie es ihn sonst fast nirgendwo mehr gibt. Am
4 22. Dezember waren wir hier in Dresden weit über 20.000 Menschen. Wisst ihr, dass
5 das bereits die komplette Mitgliedschaft einer Partei ist, aus der ich gerade ausgetreten
6 bin?
7 Wenn wir Pegidianer uns zusammen tun in Deutschland, in Europa, wer will uns dann
8 stoppen? Genau das ist die Horrorvorstellung der Etablierten. [*Wir sind das Volk*]
9 Schaut euch diese pöbelnden und pestenden Apparatschiks in unseren Parlamenten an,
10 diese Verräter westlicher, aufgeklärter, kultureller Werte. Wie kommen die eigentlich
11 an ihre Posten? Indem sie jahrelang durch Parteien, Parteihierarchien buckeln. Jede
12 ausgeprägte Haltung wird durch Kriecherei und Abhängigkeiten solange rundgeschlif-
13 fen, bis ein stromlinienförmiger Parteisoldat herauskommt. [Applaus] Und den kriegen
14 wir dann auf (Wahlplakaten) vorgesetzt. So einer tut natürlich alles, um diese Günst-
15 lingswirtschaft zu erhalten. Er braucht ja schließlich auch Abnicker und buckelnde Ge-
16 hilfen. Ein solches System spuckt dann irgendwann auch Oberbürgermeister aus. [Ge-
17 lächter] Eine Frau Orosz in Dresden, einen Herrn Jung in Leipzig, [*Buh*] einen Herrn
18 Roter in Köln, einen Herrn Geißel in Düsseldorf. Die Herren übrigens alle von der Sha-
19 ria-Partei Deutschlands. Genau genommen sind sie leitende Angestellte des Souveräns,
20 des Volkes, also unsere Angestellten. Wir sollten sie *feuern, und zwar fristlos!* [Jubel]
21 Und mit aller Macht versuchen diese Leute, Pegida zu verhindern, weil sie freie Bürger
22 als massive Bedrohung ihrer Pfründe erkennen. Überall da... und deshalb heizen diese
23 regionalen Feudalherren auch die Gegendemonstrationen an. Überall dabei die Antifa,
24 vom Verfassungsschutz [*Buh*] Bewertung gewaltbereit und linksextremistisch. Sie nen-
25 nen sich zynisch Anti-Faschisten und führen doch brutal Krieg gegen angebliche Ras-
26 sisten und die Feinde ihrer No-Border-No-Nation-Ideologie. Diese neuen Herrenmen-
27 schen schrecken nicht mal vor Terroranschlägen zurück, zum Beispiel auf Bahnanlagen
28 und Polizeiwachen [*Pfui*]. Die zerstörerische Brigade aus Leipzig kündigt ihre 50 An-
29 schlagsziele sogar dreist im Internet an. Bei den jungen Leuten handelt es sich um die
30 Enkel der 68er. Unter dem Deckmäntelchen der Freiheit wurden sie größtenteils antiau-
31 toritär sich selbst überlassen. Persönlichkeit reift aber im Wechsel aus liebevoller Zu-

^{xxxviii} Angela Maier, *PEGIDA*, 2015, Min 03:33-Ende.

1 wendung und Grenzen Setzen. Diese Menschen erlitten narzisstische Verletzungen und
2 konnten eben kein Wertegerüst und keinen inneren Halt aufbauen. Sie zeichnen sich
3 durch Bindungsunfähigkeit, Egozentrik, ein labiles Selbstwertgefühl und die Unfähig-
4 keit zu Empathie aus. Je brutaler, entfesselter und irrationaler sie sich zeigen, desto grö-
5 ßer scheinen die seelischen Verletzungen zu sein. Leider sind sie nicht zu argumentati-
6 ven Auseinandersetzungen fähig.

7 Doch Politik und Medien legitimieren den gewalttätigen Mob, denn der erledigt die
8 Drecksarbeit für die herrschende Klasse. Ich nenne das bewussten und gezielten Miss-
9 brauch junger Menschen. Gehen wir davon aus, dass die Extreme des politischen Spekt-
10 rums, also die staatsfinanzierte Antifa wie auch die vom Verfassungsschutz unterwan-
11 derte NPD, gezielt an den äußeren Rändern platziert sind, um das Volk in der Mitte zu
12 regulieren. Gerade geschehen durch Oberbürgermeister Jung in Leipzig, [*Buh*] der die
13 Gewalttätigkeit der Antifa benutzt, um die Legida-Demonstration zu verbieten. Was wir
14 sehen, ist die krachende Niederlage der Demokratie. Menschen wie wir, die ihr Grund-
15 recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrnehmen, werden bepöbelt, be-
16 drängt, drangsaliert und sogar körperlich angegriffen. Gleichzeitig kommen Politiker
17 daher und verunglimpfen uns, friedliche Bürger, als Rechtsextremisten und Rassisten.
18 Doch wie umgehen mit Widersprüchlichkeit und eiskalter Gefühllosigkeit. Wir müssen
19 wohl verstehen lernen, dass es nichts zu verstehen gibt. Willkommen in der Freiluftpsy-
20 chatrie Deutschland. [Applaus]

21 **Bestes Beispiel** ist die Nazi-Paranoia. Überall lauern Nazis, Nazi hier, Nazi da. Ob
22 Sarrazin, Pirinçci, Helmut Schmidt, Heino oder wir hier alle. Die Presse ist sofort dabei,
23 die Keule zu schwingen, und Nazi-, Hitler-, oder gar Breivik-Vergleiche aufzustellen.
24 [*Lügenpresse*] Damit sind die journalistischen und politischen Eskalationsmöglichkei-
25 ten auch schon ausgereizt. Was kommt dann, Schlägertrupps, Gefängnis? Überhaupt,
26 wer spricht eigentlich ständig von Nazis und Rassisten? Denkt ihr, liebe Dresdner, von
27 morgens bis abends an Nazis? Wer hat denn nun den Nazi-Fimmel, ihr, von den Gegen-
28 demos, oder wir? Wir sind keine Nazis, wir denken nicht an Nazis, also ist das jawohl
29 *euer* Problem! Vielleicht mal Therapie machen, um die Nazi-Obsession in den Griff zu
30 kriegen. [Applaus]

31 **Alle, die wir** hier stehen, sind nicht bereit, unser Denken einem so absurden Denk-
32 Kollektiv, einer Meinungsdictatur zu unterwerfen. Übrigens auch nicht, wenn es um
33 den Islam geht. Der kulturelle Unterschied zwischen dem Islam mit seiner Familien-
34 und Clanwirtschaft zu uns, zum aufgeklärten freiheitlichen Westen ist viel zu groß. Hier

1 prallt Kollektivismus auf Individualismus, man kann auch sagen: Das Prinzip der Un-
2 terwerfung gegen das Prinzip der Freiheit.

3 Nicht links-rechts, oben-unten, gestreift-kariert, hetero-homo usw. machen den Unter-
4 schied zwischen den Menschen. Die Menschen teilen sich durch ein Kriterium: Die, die
5 die Freiheit über alles stellen und für sie durch die Hölle gehen würden und die, die den
6 Wert der Freiheit nicht erkennen und Normen, Richtlinien und Verbote brauchen, um
7 angepasst und fehlerfrei durchs Leben zu kommen. Oder eben auf den Koran schwören,
8 der mit seinen haarkleinen Vorschriften selbst intimste Privatangelegenheiten regelt.
9 Nur lassen sich die mit dem unbändigen Freiheitswillen auf Dauer nichts von rechthabe-
10 rischen Obrigkeitsfanatikern und Kulturrelativisten erzählen. Deshalb ist es völliger
11 Stuss zu fabulieren, dass dieser Graben durch Integration überbrückt werden könnte. So
12 was behaupten nur die *vorhin erwähnten rundgelutschten Polit-Apparatschiks*. [Geläch-
13 ter, Applaus] Der Islam gehört nicht zu Deutschland. [Rufe, Applaus] Die Muslime, die
14 hier leben, und die Werte und die Möglichkeiten zur Entfaltung in unserem Land schät-
15 zen und achten, ja, ihr gehört zu Deutschland. [leiserer Applaus]

16 Das eng [gesteckte] Meinungsdictat gilt inzwischen sogar für evangelische Pfarrer. Olaf
17 Latzel aus Bremen wird öffentlich in die Ecke des salafistischen Hasspredigers Vogel
18 gehetzt, weil er konsequent und bibeltreu predigt. Ein Ermittlungsverfahren wegen
19 Volksverhetzung läuft und seine Predigt gestern fand unter Polizeischutz statt. Damit ist
20 die Christenverfolgung nun in Deutschland angekommen. [Pfiffe, *Buh ...*] waren dazu
21 nötig, nein, die 70 Bremer Pastoren haben das selbst erledigt. „Wir distanzieren uns ent-
22 schieden von Fundamentalismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamphobie, blablabla, *70 tote*
23 *Fische, die mit dem Strom schwimmen! Kirche schafft sich ab!* [Applaus]

24 **Noch ein Beispiel.** Das berühmte Bärtchen-Foto von Lutz hätte einfach nur ein Bärt-
25 chen-Foto bleiben können. Doch nein, Lachen wurde verboten. Die Presse schrieb eine
26 nationale Katastrophe herbei. Verdacht auf Volksverhetzung. Quasi am gleichen Tag
27 malte sich eine 23-jährige Studentin und Piratenpolitikerin den Satz „Bomber Harris, do
28 it again“ auf die Brüste [Rest unverständlich, *Buh*]. Mit der Bildunterschrift „Das Volk
29 muss weg“. Deutlicher kann man Selbstvernichtungsphantasien nicht ausdrücken. Und
30 alles bleibt ruhig. Kein Aufschrei, keine Schlagzeile, keine Gegendemo, Zustimmung?
31 Nur die Menschen dieser Stadt reagierten erschüttert auf diesen Aufruf zum Massen-
32 mord. 1945 starben hier 25.000 Menschen. [Rufe, Kommentare]

33 [Ein erster] Erfolg der Pegida-Bewegung ist, dass immer mehr Menschen die Konspira-
34 tion aus Politik und Medien erkennen. Sie sehen, wie echte, offene und demokratische

1 Willensbildung verhindert wird. Wundert uns, dass die Bereitschaft zu zivilem Unge-
2 horsam wächst und die Ohren klingeln, wenn sogar ein Schauspieler wie Matt Damon
3 zum zivilem Ungehorsam aufruft? Habt ihr `89 auf einen Demonstrationserlaubnis eines
4 Oberbürgermeisters gewartet?

5 Welche Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe sieht denn diese Elite für uns vor?
6 Wahlen. Alle vier Jahre dürfen wir antanzen, um die Funktionäre in den Parlamenten zu
7 legitimieren, oder anderen zu Posten zu verhelfen. Und wie sieht diese Macht, die vom
8 Volke ausgeht, genau aus? Wie lange brauchen Sie, um zwei Kreuze zu machen? Eine
9 Sekunde, zwei Sekunden, fünf Sekunden, das war's! Dieser Moment in der Wahlkabine
10 ist die Macht des Souveräns. Und dann: Tschüss, bis in vier Jahren. Das soll Macht
11 sein? Nein, Macht sieht anders aus. Streik ist Macht. Die Philosophin Ayn Rand hat das
12 bereits in den 50er Jahren beschrieben. Auch Frank Schäffler hat kürzlich etwas zum
13 Thema Generalstreik publiziert. Berufsgewerkschaftler haben Macht. Verabreden sich
14 Lokführer, Piloten, Fluglotsen am gleichen Tag zum Streik, steht dank globalisierter
15 Vernetzung der Welthandel still. Streik kann auch andere Gesichter haben. Übelkeit.
16 Jeden Dienstag im Monat, jeden ersten Dienstag im Monat einen Tag zuhause im Bett
17 bleiben alle Arbeitnehmer. Nichts kaufen: nicht tanken, einmal im Monat, alle am glei-
18 chen Tag. Produktboykott, Artikel für die Werbung und Anzeigen geschaltet werden
19 nicht kaufen, dann kommt ganz schnell Leben in die Bude. Markenverzicht: Viele be-
20 kannte Marken gehören nur wenigen Konzernen, also zum Beispiel Produkte von Nest-
21 le, Unilever, (...) im Supermarkt lassen. Sobald diese Kaufverweigerung messbar wird,
22 sorgt die Wirtschaft schon dafür, dass der Dialog mit den Verbrauchern aufgenommen
23 wird.

24 Und vielleicht brauchen wir ja gar keine Partei, vielleicht brauchen wir eher so etwas
25 wie eine echte Interessensvertretung des Volkes: eine Volks-Gewerkschaft. [Applaus]
26 Wir, die Patrioten Europas, haben nichts zu befürchten, denn wir haben den Anstand auf
27 unserer Seite. Und die Aufrichtigkeit, die Liebe zum Vaterland und zu dem, was die
28 Söhne und Töchter einer jeden Nation auf die Beine gestellt haben. Jeder, der unsere
29 aufgeklärten, freiheitlichen Werte teilt, sie achtet, für sie einsteht, ist uns willkommen.
30 Denn wir brauchen jeden aufrechten Mann und jede Frau auf der Straße beim Gesicht
31 zeigen, bei der Unterstützung derer, die auf unserer Seite an der Front stehen. [Applaus]
32 **Liebe Freunde**, wir kommen nun zum Schluss, eins noch: Bitte lasst uns gemeinsam
33 hier, vom Pegida-Mutterschiff in Dresden einige unserer internationalen Pegida-
34 Freunde grüßen. Ich lese unseren Ruf „Wir sind das Volk“ in der jeweiligen Landes-

1 sprache und danach seid ihr dran mit einem kräftigen deutschen „Wir sind das Volk“,
2 das wir um die Welt schicken. Okay, los geht's. [Grüße in englisch, französisch, spa-
3 nisch, italienisch, norwegisch, schwedisch, portugiesisch, niederländisch] Prima Pegida,
4 ihr seid wunderbar. Gebt eurem Nachbarn die Hand, von Herzen, und verabredet euch
5 schon jetzt fürs nächste Mal. Dankeschön, danke Dresden!

(d) Tatjana Festerling, 09.03.2015^{xxxix}

1 [Menge singt Geburtstagslied]
2 Dankeschön, Dankeschön! Wie schön, euch hier wiederzusehen und ihr seid so viele!
3 Pegida ist gut für die Seele!
4 Zu Beginn will ich ein paar aktuelle Dinge aufgreifen und kommentieren: Was ist so
5 passiert? Unser Edwin wurde von Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen angegriffen.
6 Ed hat ihn einfach nur der Anzahl der Asylanten im Zelt gefragt. Das Wort „Asylant“
7 reichte, um den edlen Rechtsextremismusbekämpfer zu provozieren. Ein einfacher
8 Trigger und schon flippt das dressierte Linkenpferdchen aus und wird handgreiflich.
9 Sind das also die friedliebenden und toleranten Dresden Gutmenschen? (...) wirklich
10 humanitären Zielen gewidmet? Man gewinnt eher den Eindruck, dass diese zynischen
11 empathiefreien Leute die Flüchtlinge nur als Fallzahlen für die Migrationsindustrie
12 nutzen, wo sie dann vorzugsweise als Opfer vermarktet werden. Und dieser Mitarbeiter
13 der „Fachstelle Jugendhilfe - Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus“, so heißt das,
14 sichert sich durch den Aktivismus am Camp einfach nur den Job. Der Kampf gegen
15 rechts und die Migrantenindustrie sind nämlich prima Jobversorgungsmaschinen, die
16 stets gefüttert werden wollen, damit die staatlichen Gelder weiter strömen. (...) Millio-
17 nen Euro lässt allein das Familienministerium für den Kampf gegen rechts springen, 6
18 Millionen [*Pfui*], 6 Millionen kommen nochmal extra nur für Ostdeutschland hinzu. Die
19 Gelder von Stiftungen und so weiter sind da noch nicht einmal enthalten. Und das Geld
20 sollte dringend für den Kampf gegen links eingesetzt werden. [Applaus] Jeder, der in
21 Leipzig, Frankfurt, Bonn, Köln, Braunschweig oder Rostock bei Pegida-Demos dabei
22 war, weiß, wie hochaggressiv und gewaltbereit die Toleranz-Heißluftgebläse von der
23 Linkenfront sind.
24 Was war noch los? Das Hitlerbärtchenfoto von Lutz entpuppt sich als billige Fälschung.
25 Aber schön in die weite Welt hinaus geblasen und skandalisiert von der Lügenpresse.
26 Hat sich die Bild-Zeitung [*Lügenpresse*], hat sich die Bild-Zeitung eigentlich schon mal
27 entschuldigt oder die Tagesschau?
28 Und es gibt neues von der Pfarrerfront: Ihr wisst, ihr erinnert euch, das sind die toten
29 Fische, die mit dem Strom schwimmen. Also die, die sich so gern als das gute Gewissen

^{xxxix} PEGIDA Dresden von 9.3.2015 - 18. Abendspaziergang, 2015,
https://www.youtube.com/watch?v=0jJAVD_OVjQ, Min. 12:32-26:02, sowie 28:34-40:04; die Sezession
Ostdeutschlands ist auch das Thema in einer Rede neun Monate später, Lutz Bachmann, 14.12.2015
PEGIDA Abendspaziergang Dresden, Std. 1:20:46-1:49:00.

1 mit Courage inszenieren und ganz mutig Kirchenlichter ausknipsen, sich aber nicht für
2 ihre Glaubensbrüder und -schwestern in Syrien und im Irak einsetzen. Dafür stellen sie
3 beim Weltgebetstag der Frauen die Bahamas in den Mittelpunkt. Klar, das ist ja auch
4 sicherer als sich dem Islam entgegenzustellen. Und der Kirchenpräsident fordert den
5 raschen Ausstieg aus der Atomenergie. Das wiederum ist sicher mit den Grünen abge-
6 stimmt. All das ging dem narzisstisch veranlagten Pfarrer Ulrich Wagner aus Siegerts-
7 brun in Bayern nicht weit genug. Er fordert freies Vögeln für Asylbewerber! [Buh] Ja,
8 ja meine Herren, nun wissen wir langsam wie das Schlaraffenland aussieht. Nur haben
9 wir leider Pech gehabt, wir sind nämlich nicht diejenigen, denen die Schecks ins Porte-
10 monnaie, die Smartphones in die Hosentaschen und die Prostituierten ins Bett flattern.
11 Aber dieser Vorstoß des Pfarrers, der auch nochmal Aufmerksamkeit in Sachen Asyl
12 haben wollte, ist doch sehr interessant. Er begründet ihn mit, Zitat: „Ich möchte doch
13 bestimmt kein Flatrate-Bordell für Asylbewerber, aber klar ist, diese Männer haben ein
14 sexuelles Bedürfnis.“ Was? Ich denke da kommen hauptsächlich verfolgte Familien mit
15 traumatisierten Kindern zu uns. Das sind doch die, die uns Claudia Roth immer auf ih-
16 ren Prospekten und Plakaten zeigt. Jetzt sind es also doch nur Männer, die ein Problem
17 sind, weil sie Frauen belästigen und möglicherweise vergewaltigen? Immer häufiger im
18 Gang-Bang-Stil, wie das die Bild-Zeitung gerade aus Hamburg meldet? Das heißt viele
19 Männer vergewaltigen eine Frau. Die Vorboten hattet ihr ja gerade auch hier in Meißen.
20 Ja und wenn es so schlimm kommt, dann will sogar der Pfaffe ne Runde Nutten spen-
21 dieren, Problem gelöst!

22 Soweit sind wir hier inzwischen. Und wir sind hier nicht im Satirefilm, sondern in der
23 Realität. Apropos Realität, kommen wir mal zur sächsischen Politik. Als sich Pegida ja
24 leider nicht durch die Nazikeule kaputtmachen ließ, sondern im Gegenteil immer mehr
25 Bürger auf die Straße gingen, hat sich Herr Tillich ein Dialogforum ausgedacht, ein Ge-
26 sprächsangebot von sächsischer Staatsregierung und der Stadt Dresden. Entlarvend, o-
27 der? Erst wenn 20.000 Bürger in Dresden auf die Straße gehen, offeriert die Politik
28 Bürgerbeteiligung. Natürlich darf da nicht jeder einfach so reinspazieren. Beim ersten
29 Forum am 21. Januar waren 300 ausgewählte Bürger zugelassen. Die Ergebnisse sind
30 im Internet auf „Bürgerbeteiligung Sachsen.de“ zu sehen. Schaut euch das bitte an, was
31 da als Ergebnis zu Asyl, Zuwanderung und Integration präsentiert wird. Sätze wie frisch
32 aus der Phrasendresch-Maschine. Keine Substanz, nichts Konkretes, keine Verbindlich-
33 keit. Dieses Forum ist einfach nur wieder eine Alibi-Maßnahme. Es sind Quasselrun-
34 den, die ein demokratisches Miteinander vorgaukeln, eine Beruhigungsspiel ohne etwas

1 dahinter und natürlich finanziert von Steuergeld. Pegida hat ja selber klare Forderungen
2 und Thesen aufgestellt, eine Charta an die Muslime gerichtet. Was ist denn damit? Das
3 wird totgeschwiegen. Darüber will bis heute keiner dieser bürgernah tuenden Politiker
4 sprechen.

5 Und morgen nun [*Volksverräter*], und morgen findet nun das zweite Dialogforum im
6 Albertinum statt. Da wollen jetzt auch die Grünen mitmachen, und meinen [*Buh*] ganz
7 groß auftrumpfen zu müssen. Aus der Mopo, der von gestern, Überschrift: „Grüne stel-
8 len Bedingungen für Dialog mit Pegida. Klare Regeln für den Dialog mit Pegida-
9 Anhängern.“ Und weiter, Zitat Grüne: „Dialog erfordert Respekt vor anderen Meinun-
10 gen. Und viele Pegida-Anhänger können Widerspruch zur eigenen Meinung nur schwer
11 ertragen.“ Was, geht’s noch? Wer kann denn hier den Widerspruch nicht ertragen? Ha-
12 ben wir es hier etwa mit einem klassischen Fall von Projektion zu tun, also dem psychi-
13 schen Abwehrmechanismus, bei dem man die eigenen miesen, bösen Anteile, die man
14 bei sich selber so gar nicht akzeptieren kann, stattdessen in verstärkter Form dem Ge-
15 genüber in die Schuhe schiebt? Könnte es also sein, dass die Grünen ihre eigene Intole-
16 ranz gerade auf uns projizieren? Wer verweigert denn bitteschön anderen die eigene
17 Meinung? Das sind ja wohl vor allem die Grünen! Weil ihnen nicht passt, was Pegida
18 macht, unterstützen die Grünen die Antifa. Sie tun alles, um uns Pegida-Anhänger ins
19 unserer Meinungsfreiheit zu beschränken. Da wird gedroht, drangsaliert und diffamiert.
20 Und mit ihren Trillerpfeifen kreischen sie uns montags überall in Deutschland an. Sie
21 blockieren die Straßen und verhindern das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Wir
22 können hier mit 20.000 Menschen friedlich durch Dresden spazieren, wir brauchen
23 nicht mal Polizisten. Die müssen erst in Massen anrücken, weil ihr, die Grünen und
24 Linken, eure Schlägertrupps und Wähler gerade keinen Respekt vor der Meinung ande-
25 rer zeigt.

26 Und der Hass der Grünen geht ja noch viel weiter. Cem Özdemir nennt uns Pegida-
27 Spaziergänger [*Buh*], Özdemir nennt uns Pegida-Spaziergänger pauschal „Nazi-
28 Schweine und rechte Mischpoke“. Aber jetzt [*Volksverräter*], und jetzt sülzen die Grü-
29 nen rum und setzen die Anerkennung der Menschenwürde als eine Grundvoraussetzung
30 zum Dialog voraus. Ist das nicht süß? Ja dann mal los! Dann fangt mal gefälligst bei
31 euch selber an! Erstens, wir Grüne distanzieren uns von Steine- und Flaschenwerfern.
32 Zweitens, wir Grüne wollen künftig Andersdenkende nicht mehr anspucken und mit
33 Eiern bewerfen. Drittens, wir Grüne sind für die Freiheit der Meinungsäußerung und
34 werden Demonstrationen Andersdenkender nicht mehr behindern, sondern dafür sorgen,

1 dass jeder seiner Meinung Ausdruck verleihen kann. So könnt ihr grünen Gutmenschen
2 euer Schwadronieren von Menschenwürde, Toleranz und Dialog gleich mal glaubwür-
3 dig in die Tat umsetzen.

4 Ja Freunde, die Regeln ändern sich gerade, das habt ihr Grüne und Co. nur noch nicht
5 mitbekommen. Und das gilt auch für den letzten Satz aus dieser Grünen-Forderung zu
6 Flüchtlingen, Asylbewerbern, Ausländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Muslimen.
7 Zitat: „Wenn über Asyl, Integration und Zuwanderung geredet werde, müssten auch all
8 diese Menschen ihre Interessen vortragen können.“ Nein, ganz sicher nicht! Erstmal
9 diskutieren wir Bürger und Deutsche miteinander, so wie es im Grundgesetz steht! Ein
10 spezielles Recht auf Dialog haben weder Ausländer, Asylsuchende, noch Wirtschafts-
11 flüchtlinge. Wir Bürger, Steuerzahler und Wähler entscheiden nämlich über unseren
12 Sozialstaat noch selber. [*Wir sind das Volk*]

13 So, das war's von mir zum aktuellen Geschehen, es gibt gleich noch 'nen zweiten Teil,
14 aber jetzt sagt Lutz erst nochmal was.

15 [Unterbrechung und Fortsetzung nach der Demonstration]

16 Dankeschön. Ja, dann haben wir zum Abschluss hier heute, hätt ich noch 'ne kleine Ge-
17 schichte für euch. Und vielleicht ist es auch so eine kleine Utopie oder ein möglicher,
18 ein Blick in eine mögliche Zukunft. Und die ist mir eigentlich eingefallen, als ich am
19 22. Dezember hier von Pegida aus Dresden wieder zurück nach Hamburg fuhr.

20 Mit wunderschönen Bildern und Eindrücken im Kopf mache ich mich wieder auf den
21 Weg, muss leider nachts wieder 'rübermachen. Es ist das vertrauensvolle, verlässliche,
22 geborgene Deutschland, das mir jedes Mal Wehmut beschert, wenn ich es in Richtung
23 wilder Westen verlassen muss.

24 Dieser Westen steht inzwischen für nahezu perfekt nach linksgrüner Ideologie berei-
25 cherte Erfolgshochburgen wie Duisburg, Köln, Dortmund, Wuppertal, Berlin, Offen-
26 bach, Frankfurt...

27 Ein knackiger Marketing-Slogan soll uns diese Ideologie schmackhaft machen, er bringt
28 die Selbstvernichtungsphantasien ganz sexy auf den Punkt: „no border, no nation“ –
29 keine Grenzen, keine Nation. Um ihn fürs Gutmenschen-Herzchen noch mit etwas Ge-
30 fühl aufzuladen, gehört ein „Refugees Welcome“ (in Großbuchstaben) dahinter – das
31 wird in guter Graffiti-Manier an Mauern gesprüht oder auf Gebäude gestrahlt.

32 Warum eigentlich nicht, warum nicht ein Grünes Reich? Denken wir doch mal kon-
33 struktiv. Was spricht eigentlich gegen die Sezession, die Abspaltung? Schande-für-
34 Deutschland-Staat im Osten, Konstantin-Wecker-Wunderland im Westen. Ja, lasst uns

1 einen Deal machen, liebe Grüne und liebe Linke und liebe Sharia-Partei Deutschland:
2 Ihr nehmt den Westen und errichtet dort ein links-grünes Vollversorgungs-Paradies.
3 Wir, die Pegida-Mischpoke, gründen einen unabhängigen Staat im Osten Deutschlands
4 und pflegen dort weiter all die verwurzelten Werte, die Ihr so hasserfüllt und herabblas-
5 send bekämpft. Wir belästigen Euch nicht mehr mit den Tugenden, die unser Deutsch-
6 land einst an die Weltspitze brachten: in den Geisteswissenschaften als „Dichter und
7 Denker“ und in der Industrie durch Erfindergeist, Ingenieurskunst, Präzision und „Made
8 in Germany“ als Exportweltmeister.
9 In der Mitte ziehen wir eine Mauer hoch, aber diesmal so richtig hoch. Wir im Osten
10 brauchen nicht einmal zu fürchten, dass da welche von Euch ’rübermachen, denn Euer
11 Kampf gegen Rechts endet dann schlicht und ergreifend – an der Mauer!
12 Das setzt natürlich enorme humane Ressourcen und Arbeitskraft frei – die Antifa wird
13 ja quasi funktionslos. Überhaupt, die Idee birgt sensationelle Vorteile! Ihr könnt nach
14 Gutmenschenart einen ungebremsten Asylantenstrom willkommen heißen, keiner redet
15 Euch rein! Das von Euch erwirtschaftete Geld könnt Ihr kompromisslos für Soziales
16 verteilen! Da die Schande für Deutschland dann getrennt von Euch in einem Staat im
17 Osten lebt, macht auch politische Agitation keinen Sinn mehr und weitere Kapazitäten
18 stehen für wirklich wichtige Aufgaben zur Verfügung.
19 Und da es im links-grünen Vorzeigestaat nichts mehr zu integrieren, sondern Vollver-
20 sorgung gibt, könnten die zukünftig arbeitslosen Beschäftigten der Integrationsindustrie
21 gemeinsam mit der Grünen Jugend Ackerbau und Viehzucht betreiben. Die Antifa
22 könnte ersatzweise „Porno statt Adorno“-Veranstaltungen ab der dritten Klasse organi-
23 sieren. Ohne lästige Debatten könnt ihr im „Grünen Reich“ neue Leitfiguren aufbauen.
24 In idealer Weise verkörpert Conchita Wurst diesen neuen, EU-geförderten Einheitsmen-
25 schen. Kann sich nur leider nur noch nicht selber befruchten. Um Gestalten wie die
26 Wurst in Massen zu entwickeln, zieht ihr einfach das Frühsexualisierungsprogramm für
27 Kinder durch. Über die Kindergärten und Schulen legt ihr ’ne Kulturrevolution hin, da
28 schlackern selbst den 68ern die Ohren! So schafft ihr dann den neuen neutralen Men-
29 schen – ohne dass euch demonstrierende, altmodische Retro-Nazis dabei stören!
30 In der links-grünen Bio-Zone wird selbstverständlich kein Fleisch serviert. Dafür
31 mümmeln die Vegetarier, Veganer, die Laktose-Intoleranzler und Gluten-Allergiker
32 tapfer Möhrchen und es gibt lecker Detox-Drinks und grüne Smoothies.
33 Natürlich nehmt ihr hemmungslos Rücksicht auf die Moslems und stellt die Schweine-
34 zucht ein. Ein paar blasse Hühnerstücke und halal geschächtetes Rindfleisch in der Aus-

1 lage reichen für die paar unverbesserlichen Fleischfresser unter den Bio-Deutschen.
2 Und deshalb gibt es auch keinen Streit mehr darüber, ob irgendwelche Werbe-
3 Pappschweine in Metzger-Schaufenstern religiöse Gefühle verletzen könnten. Und bei
4 den türkisch-arabischen Schlachtern, die die Tiere zwölf langsame Minuten ausbluten
5 lassen, drücken die heroischen Kämpfer von Vier-Pfoten einfach mal ganz tolerant die
6 Augen zu.

7 In diesem Wunderland herrschen dann endlich auch die Vorstellungen von „Anstand“
8 der moralischen Elite: Gas-Gerhard, Sonne-Mond-und-Sterne-Claudia, Antifa-Family-
9 Küstenbarbie Schwesig, NRW-Nazi-Jäger, Hicks-Käßmann, Isis- und Hamas-
10 Versteh-er-Todendingsbums, Bonusmeilen-Cem, Kinderfreund-Daniel, Geldkoffer-
11 Wolfgang. Die Liste dieser Moral-Maßstäbler ist natürlich unvollständig. Spannend
12 wird es, wenn die Werte des Grünen Reiches auf die Islamisierung treffen. Vielleicht
13 gelingt es Euch ja, diese Blutrausch-Ideologie mit Gender-Mainstreaming-Maßnahmen
14 so zu erschüttern, dass sich die bärtigen Suren-Söhne für die jahrhundertelange Ernied-
15 rigung der Frau entschuldigen. Da sagen wir doch mal toi, toi, toi!

16 Kommen wir zur Wirtschaft. Das Brutto-Nationaleinkommen Eures Staates wird explo-
17 dieren, weil die Gummimuschi- und Plüschpimmel-Produktion für die Sexualaufklä-
18 rung in Kindergärten und Schulen massiv ankurbelt werden muss.

19 Auch der stationäre Obst- und Gemüsehandel, die Döner-Gastronomie, Nagelstudios,
20 Brautkleid-Shops und der Vinyl-Schallplattenhandel können nach allen Regeln der
21 volkswirtschaftlichen Kunst zu globalen Industriezweigen hochgepimpt werden.

22 Die Sarrazin'schen „Kopftuchmädchen“ mausern sich zu tiefschwarz, voll-
23 verschleierten Vorzeige-Integrierten, die dominieren dann natürlich auch die Werbung:
24 Sie posieren im Ikea-Katalog vor Billy; verwöhnen ihre Lieben zum Mittagessen mit
25 veganer Tütensuppe und werben als Anlageberaterinnen in Banken um Euer Geld und
26 Euer Vertrauen. Und selbstverständlich wird in einem „no border, no nation“-Paradies
27 auch die Psychotherapeutin in Burka zur Realität. Ja, ja, Ihr werdet schon die Grenzen
28 heutiger Vorstellungskraft sprengen! Also her mit der Parallelgesellschaft für Alle!

29 Und ich habe auch noch ein Schmankerl, um Euch das Grüne Reich so richtig
30 schmackhaft zu machen: Ihr könnt neue okkulte Riten der Multi-Toleranz-
31 Weltanschauung einführen! Und die von euch hochgejubelten Ideologien wie Gend-
32 erismus, Feminismus, Veganismus, Islamismus hemmungslos ausleben und in den All-
33 tag implementieren: Rudelfick-statt-Physik-Veranstaltungen, Kondom-
34 Abrollwettbewerbe in Kindergärten mit anschließender Karottenkönig-Krönung, dazu

1 Beschneidungen, Amputationen und gendergerechte Steinigungen – schließlich möchte
2 jeder seine kleinen, kulturellen Besonderheiten wahrnehmen dürfen. Alles andere wäre
3 im höchsten Maße diskriminierend.

4 Wir im ostdeutschen Freiheitsgebiet hingegen pflegen weiter unser Ideal, sind höflich,
5 pflichtbewusst, fleißig, ehrlich, pünktlich, gewissenhaft, treu, romantisch. Unsere Frau-
6 en lassen wir Frauen sein und unsere Männer machen das, was Männer gern tun. Dabei
7 pflegen wir ein gesundes Maß an Patriotismus und besinnen uns selbstbewusst auf kon-
8 servative Werte, den „Erhalt des Eigenen“. Wir übernehmen gerne Verantwortung für
9 unser Land, unseren Lebensraum, für Menschen, Tiere und die Natur, für das Lebens-
10 recht der hier Geborenen.

11 Nur gelegentlich erlauben wir uns ein Späßchen und singen gemeinsam [singend]: „So
12 geh’n die Linken, die Linken, die gehen so. So geh’n die Deutschen, die Deutschen, die
13 gehen so!“ Vielen Dank, dass ihr mir so lange zugehört habt. (Ende 40:04)

(e) Tatjana Festerling, 30.03.2015^{x1}

1 Ja, guten Abend, Dresden! Hallo und guten Abend auch an Lutz und Vicky, die im Ur-
2 laub auf Fuerteventura jetzt bestimmt am Bildschirm sitzen und hier zuschauen und mit
3 Sicherheit sehnsüchtig sind. Und bei der Gelegenheit möchte ich auch die vielen Men-
4 schen begrüßen, die überall in Deutschland jetzt an den Bildschirmen sitzen und die
5 nicht, aus welchen Gründen auch immer, zu Pegida gehen können und das ganze über
6 das Internet verfolgen. Und ein ganz, ganz dickes Dankeschön an Ruptly, an Russia To-
7 day, dass ihr immer dabei seid, und zwar auch da, wo deutsche Politiker Webcams ab-
8 schalten! Dankeschön! [Applaus]

9 Schon zum dritten Mal darf ich jetzt hier bei euch stehen und diesen wunderschönen
10 Anblick genießen. Liebe Freunde, ich habe lange gebraucht, um diese Rede zu schrei-
11 ben. Themen, Missstände, Ungerechtigkeiten und Absurdes, das man anprangern kann,
12 gibt es mehr als genug. Nur: bringt uns das weiter? Wir fluchen und schimpfen auf die
13 Politiker, die Lügenpresse und die Antifa. Unsere Gegner unterstellen uns im Gegenzug
14 Rassismus, rechtes Gedankengut und seit neustem Ängstlichkeit. Wir arbeiten zehn
15 Dresdner Thesen aus und eine Charta an die Muslime, beides mit ganz konkreten
16 Standpunkten und Forderungen. Und die Gegenseite kommt im Hasenkostüm, verteilt
17 Möhrchen und wirft mit Eiern. Unsere Politiker lassen sich gönnerhaft herab, unter be-
18 stimmten, von ihnen diktierten Bedingungen, damit wir mit ihnen in den Dialog treten
19 dürfen. So sieht eine ernst gemeinte Auseinandersetzung mit uns ganz sicher nicht aus.
20 Und wollen wir dieses Pingpong bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag weiterführen? Das
21 bringt uns nicht weiter.

22 Natürlich macht es Spaß, in den Zeitungen zu schauen, den beklopptesten Irrsinn der
23 Woche heraus zu pflücken, zusammen zu stellen, ein wenig zu überspitzen und hier auf
24 dem Platz eine Comedy reife Rede zu halten. Natürlich ist der Humor, das lächerlich
25 Machen dessen was ist, eine Waffe. Er hilft die aufgeblasenen Ideologien zu entzau-
26 bern. Er hilft zu zeigen, wie konfus und planlos bei uns Politik gemacht wird.

27 Wir sind aber alle nicht hier, um einen lustigen Abend zu verbringen. Dazu ist die Lage
28 viel zu ernst. Wir werden gezielt [Applaus], wir werden gezielt damit beschäftigt, uns
29 gegenseitig die Köpfe einzuschlagen. Zum Beispiel durch Bildung vieler kleiner Inte-
30 ressengruppen, die um ein Budget konkurrieren müssen. Es ist das alte Machiavelli-

^{x1} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Pegida Redebeiträge und Spaziergang vom 30.März.2015*
Min. 11.30-36.48.

1 Spiel „Teile und herrsche“. Und wenn die Fronten derartig verhärtet sind, wird der Dia-
2 log irgendwann unmöglich. Und die Spaltung der Gesellschaft, der Gemeinschaften, die
3 Spaltung, die sich bis in die Familien durch zieht, das ist es, was wir dringend überwin-
4 den müssen.

5 Wir alle sollten unsere Sinne schärfen, um Spaltungsversuche zu erkennen, offen zu le-
6 gen und zu lernen, besonnener damit umzugehen. Es ist nämlich ein gängiges Reakti-
7 onsmuster, sofort drauf anzuspringen, sich zum empören, Unterstützer für die eigene
8 Meinung zu sammeln und immer feste druff zu schlagen. Und wisst ihr, was dann pas-
9 siert? Wir beschäftigen uns ausschließlich mit uns. Unsere Ressourcen, unsere Ener-
10 gien, unser Denken sind dann gebunden durch Stellvertreterschlachten auf Neben-
11 kriegsschauplätzen. Wir werden mit Sensationen, Skandalen und Nebelkerzen abgelenkt
12 beschäftigt und zersetzt. Das Wesentliche verlieren wir dabei aus den Augen.

13 Meine ehemaligen Parteifreunde werden das nicht gerne hören, aber das beste Beispiel
14 für diese Strategie ist die AfD. Seit zwei Jahren beschä/ seit zwei Jahren ist diese Partei,
15 die mal *alles* anders machen wollte, ausschließlich mit sich selbst und internen Kämp-
16 fen beschäftigt. Inzwischen stehen die Reste der beiden Flügel einander so unversöhn-
17 lich gegenüber, dass es sich fraglich ist, ob die Partei überhaupt noch zu retten ist. Je-
18 denfalls hinterlässt die Partei keine Impulse, kein Programm, keine klaren Standpunkte,
19 an denen sich die politischen Gegner abarbeiten könnten.

20 In diese Falle wird Pegida nicht treten. Auch wenn nicht [Applaus], auch wenn nicht
21 immer allen alles gefallen wird, was Pegida macht, bitte lasst euch nicht von den spal-
22 tenden Kräften zu Gegnern unserer eigen/ unserer gemeinsamen Sache instrumentalisie-
23 ren. Und wir haben es mit hochprofessionellen Leute zu tun. Angela Merkel hat gerade
24 zwei Psychologen, die uns – den widerspenstigen Wahlurnenpöbel – mit Psychotricks
25 in die richtige Richtung stupsen sollen. „Nudging“ nennt man das unter Politstrategen
26 und Spindoctors.

27 Unsere Widerstandsbewegung ist ein Zusammenschluss von Patrioten und Verfechtern
28 von Freiheit, Recht und Demokratie. Wir sind der Souverän. Wir sind das Volk. [*Wir*
29 *sind das Volk*] Und wir haben kraft Grundgesetz die Macht, uns einen Staat zu gestal-
30 ten, der uns gut tut und dem Wohle des deutschen Volkes dient. Und wir haben auch
31 das Wissen. Unter uns sind viele mit dringend benötigten Kompetenzen. Sie hatten bis-
32 her keine Möglichkeit, sich einzubringen, denn dazu müssten sie sich durch das hierar-
33 chische Parteien- und Politsystem quälen. Dazu fehlt vielen intelligenten und freiheits-
34 liebenden Menschen die Machtgeilheit und die Gier nach Bedeutung. Der elende Weg

1 von unten nach oben über die Negativauslese in der Politik, der am Ende rundgebuckel-
2 te Polit-Apparatschiks ausspuckt, stößt viele kluge Köpfe ab! [Applaus]
3 Mit Pegida ist nun erstmal eine Möglichkeit entstanden, in der eine *selbstbewusste Wi-*
4 *derstandsbewegung* politisch horizontal angreift. Pegida stellt die Ergebnisse der bishe-
5 rigen Politik infrage. Pegida legt den Finger in die Wunde. Pegida fordert Diskussionen
6 über Positionen und Pegida nimmt dem politischen Spitzenpersonal den Nimbus des
7 allwissenden.

8 Da wird eine niedersächsische Ärztin und siebenfache Mutter 2003 Ministerin für Sozi-
9 ales, Frauen, Familie und Gesundheit. 2005 Bundesfamilienminister, 2009 Bundesar-
10 beitsminister und seit 2013 sagt sie als Verteidigungsminister unseren Soldaten, wo's
11 langgeht. Man munkelt, demnächst kann sie auch noch Kanzler. Haben wir wirklich
12 nichts besseres für den Job? Hat schon mal ein Politiker gesagt, er mache nicht mehr
13 mit beim Postenspiel, weil es seine Kompetenzen überschreite? In der Wirtschaft nennt
14 man das Peter-Prinzip: Man wird so lange nach oben befördert, bis man keine Ahnung
15 mehr von dem hat, was man tut. Frau von der Leyen dürfte genau dort angekommen
16 sein!

17 Thomas de Maizière ist auch so ein Spezialist. Noch nie hat er sich in der freien Wirt-
18 schaft behaupten müssen! Dafür ist er gleich nach dem Studium in den Staatsdienst ge-
19 gangen. Und nach über 30 Jahren hat er nun alle rhetorischen Tricks drauf, mit denen er
20 sich lästige Wähler und unangenehme Fragen vom Hals hält. Sein lustloser Auftritt in
21 Freital letzte Woche war ein beeindruckendes Beispiel dafür. Hegen diese abgehobenen,
22 von sich selber begeisterten Menschen je einen Zweifel? Frau von der Leyen war immer
23 eine glühende Verfechterin des Gender/ der Gender-gaga-Ideologie. Wenn so viele
24 Menschen das ablehnen, warum ziehen diese Politiker das dann trotzdem durch?

25 Wie einige von euch wissen, komme ich aus Hamburg, der Partnerstadt von Dresden.
26 Das ist eine der Hochburgen des Minderheitenterrors. Weil er da so erfolgreich ist. Da
27 leben zum Beispiel viele Leute in Top-Wohnungen in der Hafensstraße. Und gestern
28 wurde zu einer antirassistischen Demonstration im Reichenviertel an der Alster aufgeru-
29 fen. Es ging um Solidarität mit Refugees. Zitat aus dem Aufruf: „Die deutsche Mehr-
30 heitsgesellschaft hat eine rassistische Ideologie verinnerlicht und ist dem vermeintlich
31 Fremden feindlich gesinnt.“ Eine solche Diagnose über die Deutschen zu stellen ist *un-*
32 *verschämt* und anmaßend. Hier meint mal wieder eine Minderheit, den Begriff „rassis-
33 tisch“ zu nutzen, um die Mehrheit zu diffamieren und zu beschuldigen.

1 Die Mehrheit der Deutschen will genau das, was ebenfalls in dem hetzerischen Aufruf
2 steht, Zitat: „Die deutschen Bürgerinnen wollen ihre Ruhe und sicher leben.“ [Ab hier
3 kreischend] *Genaus*o ist es! Und wir wollen den ganzen linksgrünen Mist nicht! [Ap-
4 plaus] Wir Deutschen sind ein freundliches, ein friedliches, ein gutmütiges, und ein
5 hilfsbereites Volk! Und wir sind weder Rassisten noch sind wir Nazis. Aber um in
6 Deutschland sicher zu leben, müssen wir wohl wieder anfangen, unsere eigenen Gren-
7 zen zu sichern und linksgrünen Spinnern Grenzen zu setzen! [Applaus] Wir wollen kei-
8 ne linksextreme gewalttätige Minderheit, die der Mehrheitsgesellschaft vorschreibt, wie
9 sie zu denken, zu handeln und was sie zu zahlen hat.

10 Wir wollen hier auch keine dauerbeleidigten, dauerfordernden, unverschämten Minder-
11 heiten aus islamischen Ländern, die uns mit ihrem Koran und ihren Sonderrechten auf
12 die Nerven gehen! [Applaus] Wir wollen hier keine Massen von muslimischen Män-
13 nern, die das Bundesamt für Migration, für Migranten und Flüchtlinge ins Land flutet
14 und gezielt intakte Gemeinden in Sachsen destabilisiert! Wer sind überhaupt diese
15 *Männer*, die ihre Frauen und Kinder im Stich lassen und nun mit ihren Helfern aus der
16 Migrationsindustrie jede Menge Forderungen stellen? Wurde eigentlich schon mal dis-
17 kutiert, ob sie der Gesellschaft hier etwas zurück geben oder sich irgendwie nützlich
18 machen können?

19 Wir wollen übrigens auch nicht den Terror der schwul-lesbisch-queeren-intersexuellen
20 Minderheit, die unsere Kinder mit ihrem überzogenen Sexuelscheiß schon in der
21 Grundschule traumatisieren! [Applaus] Wer hat überhaupt jemals gefragt, ob es unseren
22 Kindern gut tut, mit sechs Jahren zu lernen, wie sich lesbische Paare befriedigen?

23 Wir wollen auch keine Hassprediger, wir wollen keine Mega-Moscheen und schon gar
24 keine fünfmal am Tag von Türmen krähenden Muezzine! Und wir wollen keine Kopf-
25 tücher in Schulen, ja wir wollen nicht einmal die nervige Diskussion darüber! Wir ha-
26 ben bereitwillig unsere Kreuze in unseren Schulen abgeschraubt und jetzt schleicht sich
27 mithilfe unserer Justiz das Symbol der Frauenunterdrückung und der Abgrenzung, also
28 das Symbol des Integrationsunwillens in die Klassenzimmer! Das ist doch *unglaublich!*
29 [pfui]

30 [deutlich ruhiger] Wie kommen all diese ideologisch verbohrten Minderheiten dazu, der
31 Mehrheitsgesellschaft ihre Minderheitenmeinungen aufzuzwingen? Wie demokratisch
32 ist das eigentlich? Wer am lautesten, am lobbystärksten, am hinterhältigsten, am gewalt-
33 tätigsten fordert, setzt sich am Ende durch, oder was. Wir haben bereits ganze Regionen
34 durch die Politik linksgrüner Menschenexperimente verloren. In vielen Stadtteilen sieht

1 es aus wie in Pakistan! Neulich in Wuppertal, ich habe meine eigene Geburtsstadt nicht
2 mehr wieder erkannt. Fast zwei Drittel der Deutschen sind gegen Einwanderung aus
3 Ländern außerhalb der Europäischen Union. In unseren Nachbarstaaten ist die Ableh-
4 nung sogar noch höher. Wie kommen also diese Politiker dazu, ihre Minderheitenmei-
5 nungen mit Brutalität, mit Erpressung, mit Unterstellung und Lügen durchsetzen zu
6 müssen? [*Volksverräter*]

7 Unser Dilemma ist unsere Gutmütigkeit, unser tief verwurzeltetes Vertrauen, dass und
8 niemand etwas Böses will. Wir haben doch alle selber lange versucht, irgendeinen
9 halbwegs vernünftigen Sinn in einer so hochgejubelten Ideologie wie dem
10 Gendermainstreaming zu finden. Doch jetzt ist das Maß voll. Die Zeiten ändern sich.
11 Wir lassen uns nicht mehr von Minderheiten terrorisieren. Wir sind uns der *Mehrheit*,
12 die *wir* in diesem Land darstellen, *bewusst!*

13 Und euch Linken und Grünen werden wir ab jetzt ganz genau auf die Finger schauen.
14 Die Zeiten, in denen ihr die Deutungshoheit und euch in eurer moralischen Überlegen-
15 heit sonnen konntet, sind vorbei. Ich sage euch hier und jetzt den Kampf an! Die Men-
16 schen, die Pegida mobilisiert hat, lassen sich nicht mehr wegpöbeln, im Gegenteil! [Ap-
17 plaus]

18 Auf jeden von uns hier kommen Tausende zuhause, die sich nicht trauen, die es sich
19 nicht leisten können, auf der Straße mitzulaufen, denn einige Arbeitgeber verbieten ih-
20 ren Mitarbeitern, zu Pegida zu gehen! Man munkelt, es handelt sich hier in Dresden um
21 VW, um Infineon, um die TU Dresden und um Global Foundaries. Mitarbeiter berich-
22 ten, sie würden bespitzelt und müssten zum Personalgespräch, wenn sie bei Pegida ge-
23 sehen werden. [Schnitt] Mit ihren Leitlinien und Policies rauben diese Unternehmen
24 den Mitarbeitern die Freiheit, die das Recht ausdrücklich gewährt! Und damit, meine
25 Damen und Herren, sind wir dann endgültig in der Gesinnungsdiktatur angekommen.
26 Wir fordern diese Unternehmen auf, mitzuteilen, auf welcher Rechtsgrundlage sie ihre
27 Mitarbeiter unter Druck setzen, nicht zu Pegida zu gehen. Und gleichzeitig bitten wir
28 jeden, uns die Unternehmen zu nennen, die ihren Mitarbeitern das Recht auf Versamm-
29 lung verwehren.

30 Ziehen wir doch mal Bilanz: Ihr Politiker aller Parteien in den Landtagen, im Bundes-
31 tag, im Europaparlament, ihr habt überhaupt keine Ideen, keine Visionen, keinen Plan
32 für die Zukunft. Ihr gesteht ja nicht einmal eure Fehler ein. Ihr klebt an der Macht. Und
33 damit euer völliges Versagen nicht zu offensichtlich wird, heißt euer einziges Konzept:
34 weiter so. Nach dem Motto: Wenn wir alle in irgendeiner Form vom Staat abhängig

1 machen, kann uns keiner. Die einen werden durch Sozialleistungen alimentiert, die an-
2 deren durch direkte oder indirekte Beschäftigungsverhältnisse. Und wieder andere
3 durch Auftragsvergaben. So hat man eine gigantische Bevölkerungsmasse geschaffen,
4 die alle mehr oder weniger abhängig sind vom staatlichen Geldfluss.

5 Und dann denkt man sich wohl so insgeheim: Hm, wenn wir ganz Deutschland plattma-
6 chen, fällt das olle Neukölln nicht mehr so auf, oder das bereicherte Offenbach. Oder
7 das bunte Duisburg. Und die 30 Prozent Arbeitslosigkeit in Dortmund-Nordstadt oder
8 Essen-Altendorf auch nicht. Und wenn wir ganz Europa platt machen, fällt das bankrot-
9 te Griechenland und das Kalifat Malmö nicht mehr so auf. Wenn wir also jeden noch
10 gut funktionierenden Maßstab platt machen, dann fällt die Katastrophe insgesamt nicht
11 mehr so auf. Wir konditionieren die Menschen um und das eigenständige Denken trei-
12 ben wir ihnen mit der Nazi- und Rassismuskeule aus.

13 Und irgendwann übernimmt dann der Fatalismus, das Schicksal die Herrschaft: „Tja wir
14 wundern uns auch, wie es dazu kommen konnte, aber es ließ sich ja nicht mehr verhin-
15 dern.“ Dann seid ihr alle fein raus, ihr Politiker. Dachtet ihr euch das so, in etwa? Ihr
16 verlangt von uns, dass wir offenen Auges auf den Abgrund zu laufen, schon wieder,
17 nach 80 Jahren? Könnt ihr Politiker euch überhaupt nicht mehr vorstellen, dass es außer
18 narzisstischen Psychopathen und intellektuellen Scharlatanen wie euch noch freiheits-
19 liebende, lebenswillige und vor allem: verantwortungsbewusste Menschen gibt? Und
20 das sind wir! [Applaus]

21 Wir sind Mütter und Väter, wir sind hier geboren, wir leben hier seit hunderten von Ge-
22 nerationen und wir sind *nicht* mehr abhängig davon, was *ihr* über *uns* berichtet oder
23 denkt. [Applaus] Ihr habt lange genug diese Macht gegen uns ausgespielt und gutmütig
24 und gutgläubig wie wir sind, haben wir lange genug versucht, es euch recht zu machen.
25 Damit ist jetzt Schluss! [Applaus]

26 Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland besagt: „Alle Staatsge-
27 walt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und
28 durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Recht-
29 sprechung ausgeübt.“ Mit diesem Absatz des Ewigkeitsartikels wird die Demokratie
30 begründet! Das Volk ist der konstitutive Begründer der Staatsgewalt! Und damit wird
31 festgehalten, dass es keine Gewalt mehr geben darf, die nicht vom Volk ausgeht. [Ap-
32 plaus] Und wir müssen nicht irgendeiner Obrigkeit danken, dass sie uns freundlicher-
33 weise wählen lässt. Nein, wir, die Bürger sind der Souverän in diesem Land und ihr Po-

1 litiker ihr seid *unsere* Angestellten, in welchem Parlament ihr auch immer sitzt, ihr habt
2 *unseren* Anweisungen zu folgen! [*Wir sind das Volk*]
3 In den letzten Jahrzehnten ließen wir unsere Angestellten an der langen Leine, aber an-
4 tiautoritäre Erziehung hat noch nie funktioniert. Wir werden euch jetzt schärfer kontrol-
5 lieren. Und deshalb lautet eine der wichtigsten Pegida-Forderungen, allen Bürgern zu
6 ermöglichen, über Schicksalsfragen mittels direkter Demokratie auf der Basis von
7 Volksentscheidungen selber entscheiden zu können. [Applaus]
8 Und Herr de Maizière, sie müssen ganz tapfer sein, wir fordern auch die sofortige Aus-
9 weisung Ihrer adoptieren Söhne und Töchter! Mehr noch, wir fordern auch ein Wieder-
10 einreiseverbot für Islamisten und religiöse Fanatiker, die in den Heiligen Kriegen ge-
11 kämpft haben! [Applaus]
12 Tja, aus dem schüchternen, immer etwas unsicheren Deutschen, wird jetzt ein selbstbe-
13 wusster, ein patriotischer und ein fordernder Bürger! Gewöhnt euch schon mal dran!
14 Vielen Dank!

(f) Lutz Bachmann 06.04.2015^{xli}

1 Frohe Ostern, Dresden! [Applaus] Wir begrüßen euch zu unserem Osterspaziergang
2 nach dem Motto: gemeinsam gegen Glaubenskriege, gegen Radikalismus, gegen die
3 Fehlpolitik und für die Meinungsfreiheit! [Applaus]
4 Ihr kennt alle das Spiel, wie immer am Anfang die organisatorischen Dinge: Es besteht
5 wie immer striktes Alkoholverbot, das Verbot zum Mitführen von Hunden abgesehen
6 von Blindenhunden und genauso das Verbot, Laserpointer mitzuführen und diese zu
7 verwenden. Des weiteren die Fahnenstangen-Maximallänge zwei Meter, bitte etwas
8 runternehmen, es geht um eure Sicherheit an den Leitungen der Straßenbahn. Den An-
9 weisungen der Ordner ist wie immer Folge zu leisten, genauso der Polizei. Und wie
10 immer bedanken wir uns mit einem Riesenapplaus bei den Sicherheitskräften für die
11 hervorragende Arbeit! [Applaus]
12 So Dresden, es ist Ostern und wir haben heute ein buntes Programm für euch zusam-
13 mengestellt. Bevor unsere Gäste aber zu Wort kommen, will ich ein paar Worte des
14 Dankes an euch richten: Ich danke allen hier, aber genauso den unzähligen Pegida-
15 Spaziergängern in allen anderen deutschen Städten, den Orgateams, den Unterstützern,
16 den Spendern für jede einzelne Sekunde, für jeden Schritt, für jeden Cent, den diese, ihr
17 mutigen Menschen getan haben, mit und für Pegida. Aber damit nicht genug, ich freue
18 mich mittlerweile auch Pegidas in ganz Europa, ja auf der ganzen Welt, genauso danken
19 zu dürfen. Einen besonderen Gruß deshalb heute nach Australien, **wo am vergangenen**
20 **Samstag [Jubel]**, wo am vergangen Samstag in sechzehn Großstädten parallel Demonst-
21 rationen in unserem Sine stattfanden. Vielen Dank Australien, ihr seid spitze! Einen
22 weiteren besonderen Gruß nach London, wo Pegida UK erfolgreich den ersten Spazier-
23 gang absolviert hat. Danke London! Ihr alle seid Teil von etwas Großem, und ich bin
24 stolz auf jeden Einzelnen von euch, der sich nicht mehr von den Medien und den Politi-
25 kern einlullen lässt und der Gesicht zeigt auf der Straße für die Zukunft unseres Landes,
26 unseres Kontinents, ja sogar unserer Welt! Ihr alle zeigt Gesicht gegen die Fehlpolitik,
27 welche offensichtlich nicht nur von unserer Pfarrerstochter und dem Pfaffen hier in
28 Deutschland, sondern in ganz Europa und auf anderen Kontinenten praktiziert wird.
29 Hier läuft ganz offensichtlich etwas Gewaltiges schief und es ist an der Zeit, etwas
30 grundsätzlich zu ändern.

^{xli} Pegida in Dresden - Die Dokumentation, *Ungekürzt und in voller Länge* Min. 0:00-04:51; 21:30-25:20.

1 Wir alle stehen heute wieder hier, um für diese Änderung einen Grundstein zu legen.
2 Die Politiker müssen endlich verstehen, dass die Macht, alle Macht, vom Volke ausgeht
3 und sie nur auf Zeit unsere Angestellten sind, um das umzusetzen, was wir wollen, und
4 was für uns gut ist! Da ich später noch einige Male heute zu Wort kommen werde, will
5 ich euch jetzt nicht weiter auf die Folter spannen und kündige direkt unsere ersten Gäste
6 an. Das sind heute Mitglieder von verschiedenen Gidas aus allen möglichen Städten und
7 Bundesländern, unter anderem den Michael Viehmann, der unser Chef hier sozusagen
8 in Hessen ist, Marco Probach aus Nordrhein-Westfalen, Silvio Rösler aus Leipzig. Ich
9 bitte euch auf die Bühne und ich freue mich, dass ihr jeder ein kurzes Grußwort hier an
10 Dresden richtet. Die sind nämlich heute alle mit Bussen und so weiter hierher gekom-
11 men. Vielen Dank!

12 [Ende 04:51; Reden der genannten Gäste und von Ignatz Bearth; Fortsetzung 21:30]

13 Vielen Dank, Ignatz! Danke für die bewegenden Worte! Freunde, nun ist es soweit: Es
14 ist der Moment, auf den wir alle gewartet haben. Man kann sagen, es ist eine historische
15 Chance, die uns Dresden/ und Dresdnern bietet. Ein Dreivierteljahr nach dem ersten
16 Spaziergang und ausgerechnet in der Gründungsstadt von Pegida steht eine Wahl zum
17 Oberbürgermeister an. Eine Wahl, welche nicht auf die sonst übliche Weise durch den
18 üblichen Politiker- und Parteienklüngel mit verschobenen und verkauften Listenplätzen
19 entschieden wird, sondern es ist die Stimme jedes Einzelnen, es ist eine Direktwahl, und
20 jeder einfache Bürger ist gefragt. Wir können hier ein Zeichen setzen für kommende
21 Wahlen in ganz Deutschland, ja sogar in ganz Europa. Wir haben in Dresden die Chan-
22 ce, einen Oberbürgermeister zu wählen direkt aus dem Volk, der nicht nur Marionette
23 ist, sondern dann wirklich etwas zu sagen hat und der unserem rot-rot-grün versifften
24 Stadtrat ordentlich auf die Finger schauen kann! [Applaus]

25 Es war wahrlich nicht leicht, dafür jemand passendes zu finden, den wir mit gutem Ge-
26 wissen ins Rennen schicken können. Es war nicht leicht, jemanden zu finden, dem wir
27 vertrauen, der aber ebenso/ wo wir sicher sein können, dass er nicht dazu mutiert wie
28 die meisten Politiker nach den Wahlen, nämlich zu diesen sogenannten Verrätern. Wir
29 hatten drei Personen auf dem Zettel, daraus wurden zwei, und am Ende, ganz kurz vorm
30 Ziel, kam eine zwar ungewollte, aber dann doch glückliche Veröffentlichung in Chem-
31 nitz uns zur Hilfe. Die Zahl der Zuschriften auf diese unglückliche Veröffentlichung
32 waren so überwältigend, es waren tausende Mails, PNs, Briefe, Faxe, alles mögliche.
33 Und das hat uns geholfen, die endgültige Entscheidung zu treffen. Es ist ein Kandidat,
34 der unsere Stadt und die Menschen mit allen Ecken und Kanten lieben gelernt hat, der

1 Erfahrung auf dem politischen Parkett hat, und unser schönes Dresden vor solchen Zu-
2 ständen, wie in seiner ursprünglichen Heimatstadt schon an der Tagesordnung sind, ge-
3 nau diese vor uns schütz/ uns vor diesen schützen will. Entschuldigung bitte, ich bin
4 etwas aufgeregt heute.

5 Es ist ein Kandidat, der Durchsetzungsvermögen hat, was er schon einmal eindrucksvoll
6 bewiesen hat, als er gegen Widerstand von allen, inklusive Deutscher Bahn, anderen
7 Politikern, Antifa, Fußballfans und vielen anderen, ein Alkoholverbot in öffentlichen
8 Nahverkehrszügen in Niedersachsen, Bremen und Hamburg durchgesetzt hat. Es ist ein
9 Kandidat, der Redegewandtheit, Charme, und souveränes Auftreten verbindet mit Zu-
10 verlässigkeit und einem unglaublich starken Willen, etwas im Sinne des Volkes zu ver-
11 ändern.

12 So Freunde, jetzt fang ich schon an wie bei RTL 'ne, die überspannen den Bogen auch
13 immer mit dem nächsten Satz, dem nächsten Satz, dem nächsten Satz. Deswegen ist ge-
14 nug, begrüßt mit uns unsern Kandidaten für die Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt
15 Dresden, *Tatjana Festerling!* [Jubel, umarmt Festerling, *Tatjana*-Rufe]

(g) Tatjana Festerling, 21.09.2015^{xlii}

1 Junge Junge, ist das voll hier. *Guten Abend, Dresden!*
2 Wie ja sicher einige von euch wissen, bin ich Mittwochnacht nach Ungarn an die Gren-
3 ze nach Röszke-Horgoš gefahren, direkt also an den Grenzzaun, wo es letzten Mittwoch
4 zu den blutigen Kämpfen kam. Die angeblich so traumatisierten Asylansprucher auf
5 serbischer Seite bewaffneten sich mit Steinen und Metallstücken und stellten den Poli-
6 zisten des ungarischen Grenzschutzes ein Ultimatum: [*pfui*, Pfiffe] **Sollten sie die Gren-**
7 **ze nicht in einer Stunde öffnen, würden sie angreifen!** Und nachdem die Polizeikette
8 über Stunden mit Stein, Metall, Beton und Ziegelstücken beworfen wurde und 20 unga-
9 rische Polizisten verletzt wurden, brachen die Migranten erst durch den serbischen und
10 dann durch den ungarischen Zugang. Und erst als die Angreifer in ungarisches Staats-
11 gebiet einbrachen, ordneten die Befehlshaber vor Ort den Einsatz von Tränengas und
12 Wasserwerfern an. [Applaus]
13 Die Situation war mit anderen Mitteln nicht mehr beherrschbar. Und im Verlauf ihres
14 gewaltsamen Vordringens missbrauchten die Migranten mehrfach Kinder als lebendige
15 Schilde **und zwei Kinder wurden sogar über den Grenzzaun auf ungarisches Territorium**
16 **geworfen.** [*Pfui*, Pfiffe] Und schon jetzt weiß man, dass mindestens ein IS-Terrorist un-
17 ter den Angreifern war. Und bei der Auswertung kam heraus, dass der Angriff auf ara-
18 bisch und in englisch über Lautsprecher geleitet wurde. Die ungarischen Behörden er-
19 mitteln noch.
20 Einen Tag später, am Donnerstag herrschte Ruhe dort vor Ort. Der Grenzübergang nach
21 Serbien war gesperrt, die Autobahn vollkommen leer, eine Geisterautobahn, am Stra-
22 ßenrand, in den Feldern, überall lag Müll, Klamotten, Koffer, Dreck... Die Soldaten und
23 Polizisten, alles junge Männer und Frauen, machten ihren Job vor Ort. Und als ich sie
24 ansprach, waren sie zurückhaltend, schüchtern, fast scheu.
25 Natürlich wird die Politik von Viktor Orbán von den linksliberalen Medien in Ungarn
26 mit Verachtung und Beschimpfung herabgewürdigt, und die ungarische Linke zitiert
27 besonders gern deutsche Politiker, um die, die dort vor Ort ihre Heimat verteidigen zu
28 diffamieren. [*Buh*] Als ich sagte, dass ich von Pegida, einer großen Dresdner, nein einer
29 großen deutschen Bürgerbewegung bin, in der tausende von europäischen Patrioten seit
30 einem Jahr gegen die Islamisierung auf die Straße gehen und wir die Merkel-Politik zu-

^{xlii} Patriot für unsere Zukunft, *Redebeitrag von Tatjana Festerling. Pegida Dresden, 21.09.2015*, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=D2hwbO36POw>.

1 tiefst ablehnen und ich ihnen stellvertretend für Millionen Deutsche für ihren Einsatz an
2 der Grenze zutiefst dankte, da freuten sie sich riesig. [Applaus] Man sah, wie gut ihnen
3 dieser Zuspruch und die Solidarität tat.

4 Ich hatte die Gelegenheit mit dem Einsatzleiter der militärischen Einheit dort am Zaun
5 zu sprechen und mit dem Polizeichef, der den Einsatz während des Angriffs am Mitt-
6 woch geleitet hat. Beides freundliche, zurückhaltende Männer, die dort nichts anderes
7 tun, als die Heimat vor den angreifenden Horden zu verteidigen. [Applaus] Und von der
8 großen Solidarität und Unterstützung bei den Deutschen für die klare Kante Ungarns in
9 der Asylchaospolitik der EU erfährt in Ungarn keiner! Und dementsprechend im Stich
10 gelassen fühlen sich die Ungarn.

11 Und am nächsten Tag bin ich als Ein-Frau-Demo mit meinem Schild durch Budapest
12 gegangen und habe vor dem ungarischen Parlament einen kurzen Filmbeitrag gemacht.

13 Immer wieder kamen Ungarn dazu, lasen das Schild, Daumen hoch, Applaus und sogar
14 Kuschhände. Große Zustimmung kam übrigens auch von vielen europäischen Touristen,
15 die das Schild sahen. Die Ungarn können derzeit weder von den Serben noch von den
16 Kroaten, aber was noch schlimmer ist, auch nicht vom Westen auf Hilfe hoffen. Orbán
17 nennt es einen selbstmörderischen Liberalismus, der die Köpfe der europäischen Medi-
18 en und Politik beherrsche und die Lebensform der Europäer gefährde. [leiser Applaus]

19 Ich möchte einen Satz aus einem Interview mit Orbán am Freitag zitieren: „Mit dem,
20 was wir tun, engen wir unsere eigenen Lebensmöglichkeiten ein, verringern die Qualität
21 unseres eigenen Lebens, riskieren wir unsere eigenen Werte, bringen wir unsere eigene
22 Lebensweise in Gefahr. Das ist Selbstmord. Wenn jemand vom 20. Stock hinunter-
23 springt, dann kann man ihn aus der liberalen Perspektive als einen freien Menschen be-
24 trachten, doch von hier aus gesehen ist es ein Selbstmörder.“ Und während also Merkel
25 die, mit Flüchtlingsselfies die Völkerwanderung anheizt, verteidigt Ungarn schon seit
26 Monaten die Grenzen der EU gegen die hereinströmenden Asylansprucher.

27 Aber diese EU, die sich um Gurkenkrümmungen, Staubsaugerwattzahlen und Schnul-
28 lerkettenverordnungen kümmert, hat Ungarn genau wie Italien und Griechenland mit
29 den Auswirkungen dieser islamischen Massenflutung vollkommen allein gelassen. Und
30 genau [Pfu], und genau da übernimmt Viktor Orbán Verantwortung und spricht von
31 Heimatverteidigung! [Applaus, erste Orbán-Rufe] Die Ungarn sichern nun die Grenzen
32 zu Serbien ab, übrigens mit dem Einverständnis der Serben, die den Zaun ausdrücklich
33 nicht gegen sich gerichtet sehen. Und weil Kroatien schon einen Tag nach dem Ansturm

1 der Invasoren kapituliert, bauen die Ungarn nun auch noch einen 41 kilometerlangen
2 Zaun, eine Verteidigungslinie an der Grenze zu Kroatien. [Applaus]
3 Die Ungarn sind die einzigen, die die EU-Vereinbarung, den Schengen-Vertrag, einhal-
4 ten. Interessant wird es jetzt zu sehen, wie die Slowenen/ wie sich Slowenien verhält.
5 Die Slowenen sind im Schengen-Abkommen, sie wären also verpflichtet. Aber was
6 zählst das schon in einer EU, in der es schon zum guten Ton gehört, Verträge zu bre-
7 chen. [lauter] Orbán stellt auch klar, dass Ungarn sowohl die Genfer Konventionen
8 peinlich genau einhält, wie alle anderen Bestimmungen, und beklagt die ungerechten
9 und unwahren Angriffe.
10 Orbán formuliert die Ziele seiner Politik klar und deutlich: *Politik* soll die *Heimat* ver-
11 teidigen und deshalb heißt die ungarische Armee auch: Heimatschutz! [Orbán, Zwi-
12 schenruf] (Unverständlich) und, (lacht über Zuruf), und er will zeigen, dass diese Politik
13 funktioniert, er will beweisen, dass, wenn ein jeder innerhalb der EU seine Aufgaben
14 erfüllen würde, man die große Migrantenfut aufhalten, sie organisieren und sie hand-
15 habbar machen könne. Orbán wurde auch auf die europäische Quotenregelung ange-
16 sprochen, die der deutsche Außenminister Steinmeier [*pfui, Volksverräter*] sogar gegen/
17 die Steinmeier sogar gegen den Willen der osteuropäischen Länder durchsetzen will.
18 Wer also nicht so pariert, wie die deutsche Regierung das für richtig hält, soll per
19 Mehrheitsentscheidung zu Quoten gezwungen werden! [*Pfui*] Auch ist von einem Ent-
20 zug struktureller EU-Fördergelder die Rede, die Ungarn betrachten das als reine Erpres-
21 sung! Orbán nennt es ein politisches Verbrechen, die Geldfrage mit der Frage der Ein-
22 wanderung zu verwinden. [Applaus]
23 Und Orbán zitiert den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Sarkozy. Der sag-
24 te, dass sich die führenden europäischen Politiker unlogisch verhalten, denn die Lage
25 sei so, wie wenn man einen Wasserschaden in der Wohnung hat. Man kann darüber dis-
26 kutieren, wie viel Wasser wir in welches Zimmer reinlassen wollen, doch dadurch hört
27 der Wasserschaden nicht auf. Man müsse also die Kräfte/ erste die Kräfte einmal auf die
28 Beseitigung des Wasserschadens konzentrieren. Und dazu gibt es Vorschläge: Dass die
29 europäischen Politiker nämlich endlich den Schutz die Grenzen an die erste Stelle set-
30 zen sollen, also Europas Grenzen sichern, die euro/ die euro/ die Festung Europa aus-
31 bauen nach australischem Vorbild! [*Heimatschutz, andere Rufe*]
32 Und über die Auswirkung der Flutung, also über die Invasoren, die schon drin sind,
33 kann dann erst dann eine sinnvolle Diskussion geführt werden, wenn der Wasserschad-
34 den behoben wurde. Orbán plädiert eindringlich dafür, alle Kräfte darauf zu konzentrie-

1 ren, dass der Nachschub an illegaler Einwanderung beendet und die lukrative Geschäft-
2 temacherei der Schleuserketten unterbrochen wird. [Applaus]
3 Tja Freunde, so sieht verantwortungsvolle Politik zum Wohle des eigenen Volkes aus,
4 oder!? *Vielen Dank Ungarn, vielen Dank Viktor Orbán!* [Orbán]
5 Und Merkel? Merkel nimmt alles rein ins Land, was zwei Beine hat und lässt sich in
6 den arabischen Ländern als „Mutter Merkel“ feiern. [pfui] Dass man die eigene Kinder-
7 losigkeit derart pervers kompensieren kann, war mir neu. Merkel will Mutter Teresa
8 spielen und zwingt uns ungefragt und ohne Mandat in Sippenhaft und tauscht uns aus,
9 volkt uns um!
10 Und wie geht das überhaupt weiter? Die islamische Terrororganisation Boko Haram
11 besteht aus rund 10.000 Mann. Blutrünstig mordend ziehen sie durch Nigeria. Das
12 heißt, die 180 Millionen Nigerianer sind bei uns in Deutschland *asyl*berechtigt, wie ist
13 denn das, nehmen wir die auch *alle hier auf*? Durch Terrororganisationen kriert man
14 Vertriebene. Und Vertriebene, das ist nach Flüchtling, Schutzsuchenden und Refugees
15 der neuste Schrei im Sprachgebrauch der Moralisten. Nein, man muss sich inzwischen
16 ernsthaft fragen, ob Merkel einen Dachschaten hat. Die [Applaus] Die Frage nach Mer-
17 kels Psyche stellen inzwischen auch ausländische Medien. [Merkel muss weg] Ja auch
18 ausländische Medien stellen die Frage nach Merkels Psyche, zum Beispiel aus dem Na-
19 zi-unverdächtigen Kanada. Und auch in Ungarn wurde ich mehrfach gefragt: Was will
20 Merkel?
21 Es ist verbrecherisch, was diese Kanzlerin macht. Sie unterscheidet nicht mehr zwi-
22 schen christlichen Familien, die vor den Schächtern der IS nach Deutschland flüchten,
23 und den Schächtern selber, die jetzt hier, ebenfalls, unregistriert in Massen ins Land
24 strömen. Wenn schon der libanesischer Bildungsminister von mindestens – mindestens –
25 zwei Prozent eingeschleuster IS-Terroristen warnst, dann muss erlaubt sein, zu fragen,
26 ob Merkel noch weiß, was sie tut. Islamische Terroristen, als Flüchtlinge getarnt und
27 von den linken Dummschädeln zur Begrüßung mit Blumenkränzen behängt, sind längst
28 in Deutschland. Und die befinden sich nicht einfach friedlich harmlos im Park, nein die
29 werden europaweit militärtaktisch verteilt und betreut. Sie wollen hier das beenden und
30 vollenden, das vor 332 Jahren in der Schlacht am Kahlenberg noch abgewehrt wurde:
31 die vollständige Islamisierung und damit die Unterwerfung Europas unter die Fuchtel
32 von Allah. [pfui, Widerstand]
33 Aber Merkel und ihre Berliner Bande lenken die muslimischen Migranten geradewegs
34 nach Deutschland und damit sorgen sie ohne Mandat für eine vollständige Veränderung

1 unserer Kultur und die Zerstörung des Lebensr/ des Lebensraums des deutschen Volkes.
2 Deutschland schafft sich ab. Und mit dem Ausmaß und mit dem Tempo hat nicht mal
3 Thilo Sarrazin gerechnet.
4 Und nicht nur das: Indem hier muslimisch dominierte Parallelgesellschaften und die
5 Sharia akzeptiert und durch millionenfachen Zustrom gestärkt werden, schaffen die Re-
6 gierungskriminellen unser Grundgesetz und die darin manifestierten Grundwerte gleich
7 mit ab. Die Gleichheit von Mann und Frau ist bald das Papier nicht mehr wert, auf das
8 sie gedruckt sind. Und wir importieren einen hemmungslosen Antisemitismus. Der Ju-
9 denhass der Surensöhne kratzt aber hier im Deutschland der Nazi-raus-Krakeler keinen
10 dieser Gutmenschen. Und die Kriminalität, der Terror werden massiv ansteigen, unsere
11 Sozialsysteme werden hoffnungslos überfordert zusammenbrechen. Und damit ist dann
12 auch bald das Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes Geschichte.
13 Die echten, anerkannten Flüchtlinge sind es, die neben den Patrioten Europas zu den
14 großen Verlieren gehören, weil sie und ihr Schicksal nicht mehr wahrgenommen wer-
15 den. Wer kümmert sich denn heute noch darum, wie es den Christen in Syrien geht.
16 [Applaus]
17 Und wir alle sind Verlierer, weil sich in Deutschland inzwischen Fremdenhass und Ag-
18 gressionen gegen Ausländer ausbreiten. Und dafür sind die eigenen, voll verblödeten
19 Landsleute verantwortlich, die in ihrer Überheblichkeit und völliger Kritikresistenz al-
20 les, was reinkommt, mit Willkommensritualen begrüßen! Die in ihrem simplen
21 schwarz-weiß-Denken nicht einmal eine Diskussion über die Gefahren einer liberal-...
22 der Islamisierung, der Völkerwanderung und der Flutung einer liberalen, aufgeklärten
23 Vertrauenskultur mit kulturell völlig Fremden zulassen können.
24 Doch jetzt zückt die Regierung ihren letzten Trumpf: Die Unternehmensberatung
25 McKinsey soll das von der Bundesregierung angerichtete Flüchtlingschaos ordnen.
26 Ausgerechnet McKinsey. Welche Töne da zu erwarten sind, zeigt uns heute schon ein
27 ehemaliger McKinsey-Partner, Frank Appel, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen
28 Post. In Deutschland gäbe es hunderttausende offene Stellen, tönt er im Handelsblatt. Er
29 fordert, den Flüchtlingen ganz schnell Arbeitsbewilligungen auszustellen, damit die Un-
30 ternehmen das Potential der Migranten nutzen können. Na klar [*Buh*, Pfiffe] na klar, die
31 Post. Dort wurde vor zwei Wochen ein Brief durch die Betriebsräte verteilt, in dem den
32 Mitarbeitern unverhohlen mit Kündigung gedroht wurde, wenn sie zu Pegida gehen o-
33 der sich fremdenfeindlich äußern. [*pfui*]

1 Aber wie will man denn das Potential der hereinströmenden Analphabeten nutzen? Na-
2 türlich haben die Schlauberger in den Führungsetagen längst ein lukratives Geschäft im
3 Kopf und ich wage mal eine Prognose: Der Mindestlohn wird für Refugees und Ver-
4 triebene demnächst auf Anraten von McKinsey durch einen „Schutzsuchenden-
5 Sonderlohn“ ersetzt, der selbstverständlich staatlich subventioniert wird. Und uns wird
6 das dann als Flüchtlingsintegrationshilfe verklickert! Und dann hat der Appel von der
7 Post endlich seine Postzusteller zum Dumpingpreis. Und wer guckt in die Röhre? Die
8 *Deutschen!* Züge und Büros putzen, Essen verkaufen, Briefe zustellen, das werden also
9 zunächst die Zwei-Euro-Flüchtlingskräfte übernehmen. Und was sagen eigentlich die
10 echten alten Sozialdemokraten zu solchen Plänen? Die müssen sich doch für den Verrat
11 an der Arbeiterklasse ihrer eigenen Partei in Grund und Boden schämen. [*pfui*]

12 Liebe Freunde, die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Wir müssen unsere Nach-
13 barn im Osten offensiv darin unterstützen, die herrenmenschliche Zuweisung von ille-
14 galen Einwanderern aufs Schärfste zurück zu weisen. Und allen Bereicherungsverhei-
15 ßungen zum Trotz sehen wir in Italien, Frankreich, Großbritannien, Schweden und bei
16 uns sehr deutlich, wohin diese Massenflutung führt. Liebe Freunde, Zusammenhalt,
17 Stärke und Selbstbewusstsein, das ist es, was wir unter uns Deutschen, aber auch mit
18 unseren europäischen Nachbarn aktiv pflegen und ausbauen müssen. Lasst uns fest zu-
19 sammen halten, für unser gemeinsames Ziel: Einigkeit und [Menge stimmt mit ein]
20 Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. Danach lasst uns alle streben brüderlich
21 mit Herz und Hand!

22 Ich danke euch.

(h) Tatjana Festerling, 18.01.2016^{xliii}

1 Guten Abend, [lacht, macht Mikrofon an] Guten Abend, Dresden!
2 Ich hab meine Mistgabel mitgebracht. Die ja eigentlich eine Grabegabel ist, aber blei-
3 ben wir mal bei Mistgabel. Es ist das Werkzeug der Arbeiter und Bauern und spielte
4 schon immer bei Volksaufständen eine Rolle. Wegen meines Mistgabel Gedankenspiels
5 in der Leipziger Rede haben mich der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deut-
6 scher Zeitungsverleger und der Deutsche Journalistenverband wegen Volksverhetzung
7 **Paragraph 130 angezeigt** [Pfiffe, dann *Lügenpresse*]. Die Bedrohung gegen Einzelne
8 wird jetzt auf die Spitze getrieben. Man setzt nun ganz oben an, um die eigenen, kriti-
9 schen Landsleute zu kriminalisieren. Der eine ist ein hochbezahlter Kopf eines opportu-
10 nistischen Lobbyvereins, der sich natürlich mit der Politik gut stellt. Das andere ist der
11 stramm links ausgerichtete Journalistenverband, der die grünen Ideologen vertritt, die
12 uns täglich verklickern, wie super wir die Flutung mit muslimischen Refugee-Männern
13 zu finden haben. Und dass sexuelle Übergriffe doch keine Frage von Islam oder Her-
14 kunft seien.

15 Warum diese Anzeige? Ich habe in Leipzig einen historischen Vergleich gezogen und
16 das Mistgabel-Symbol in einem rhetorischen Bild genutzt. Es ist eine Frechheit, dass so
17 was als Aufruf zur Gewalt auf genommen wird. Pegida war, ist und bleibt friedlich. Wir
18 haben [Applaus], wir haben Übergriffe immer verurteilt. Wir sorgen hier auf dem Platz
19 dafür, dass seit über einem Jahr wöchentlich Tausende friedlich und ohne Angst ihrem
20 Widerstand gegen die Regierungspolitik Ausdruck verleihen können. Wenn jedoch
21 selbst Vergleiche nicht mehr erlaubt sein sollen, welchen Geist offenbaren dann eigent-
22 lich diese Leute, die ja gerade auf die Pressefreiheit und damit auf die Meinungsfreiheit
23 pochen? Die dürfen uns hier ungestraft verleumden, uns drohen. Man erinnere sich nur
24 an den genüsslich zitierten Ausspruch dieses Professors aus Mainz, der uns mit Was-
25 serwerfern beschießen lassen will, damit wir uns vor Angst in die Hosen machen und
26 aufhören, zu demonstrieren. [Pfiffe] Es darf also nur der freisprechen, der im Einklang
27 mit der regierungstreuen Weltsicht ist.

28 Übrigens möchte ich in diesem Zusammenhang ans Grundgesetz, Paragraph 97 Richter-
29 liche Unabhängigkeit Absatz 1 erinnern. „Die Richter sind unabhängig und nur dem

^{xliii} Frank Winter, *Teil 1 - Rede von Tatjana Festerling PEGIDA Dresden 18.01.2016*; Frank Winter, *Teil 2 - Rede von Tatjana Festerling PEGIDA Dresden 18.01.2016*.

1 Gesetz unterworfen.“ Es wird interessant zu sehen sein, ob sich die deutsche Gerichts-
2 barkeit vor den Karren eines narzisstisch gekränkten Berufsverbandes spannen lässt.
3 Apropos Recht: Innerhalb weniger Wochen bestätigen drei Verfassungsrichter die Ver-
4 stöße gegen das Grundgesetz. Merkel verletzt unter anderem vorsätzlich das Aufent-
5 haltsgesetz, den Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes und natürlich das Dublin III
6 Abkommen. Die gefährlichste Frau der Welt ignoriert nicht nur bestehende Gesetze, sie
7 handelt sogar völlig ohne parlamentarische Beschlüsse.
8 Und das interessiert den Hauptgeschäftsführer der Deutschen Zeitungsverleger natürlich
9 nicht. Das interessiert auch nicht die linken Sensibelchen des Journalistenverbandes.
10 Die ehemals vierte Gewalt im Staat, die Medien, haben sich längst zum willfährigen
11 Merkel-Hofberichterstattungs-Ministerium verwandelt. Trotz wie Merkel und immer
12 aggressiv beschallt dieser Apparat das Volk mit Regierungspropaganda. Und vorsätz-
13 lich verschweigt und unterschlägt er Informationen. Informationen die, um Gottes Wil-
14 len, den Rechten in die Hände spielen könnten. Sie fordern Pressefreiheit, Medienfrei-
15 heit ein, wollen aber über den extra präparierten Paragraph 130 diejenigen mundtot ma-
16 chen, die Presse und Politik kritisieren. So was ist gängige Praxis in Bananenrepubli-
17 ken! [Festerling macht Pause, mit einiger Verzögerung *Lügenpresse*]
18 Und übrigens, und übrigens ja das hat gerade heute eine WDR-Journalistin im Interview
19 bestätigt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei so ausgerichtet, eher in Richtung und
20 nicht aus Oppositionssicht zu berichten. Nochmal zum Verinnerlichen: Das Mer-
21 kel'sche Wahrheitsministerium weist Journalisten an, zum Beispiel nur positiv über
22 Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik der Regierung zu berichten. [*pfui*] Sind wir hier
23 in Nordkorea oder was? Wir haben es mit gezielter Irreführung der Menschen zu tun.
24 Mit seriöser, ausgewogener Berichterstattung hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun.
25 Und diese Wahrheitsverdreher der Lügenpresse stellen jetzt Anzeige wegen Volksver-
26 hetzung.
27 Übrigens fordert Herr Hauptgeschäftsführer Wolff die Staatsanwaltschaft auch auf, uns,
28 der Spitze von Pegida, das Handwerk zu legen. [*Buh*] Herr Wolff, reicht Ihnen da diese
29 Anzeige oder soll das Handwerklegen mit einem Angriff durch die Antifa erledigt wer-
30 den? Wissen Sie was, Herr Hauptgeschäftsführer Wolff und ihr Journalistenfunktionä-
31 re? Ich back mir ein Ei auf euren Strafanzeigen. [Applaus] Wenn ihr den Prozess wollt,
32 dann kriegt ihr ihn! [*Widerstand*] Und dann schauen wir mal, ob nicht hunderte oder gar
33 tausende Bürger mit mir zum Gerichtsaal kommen und sehen wollen was da passiert!

1 Wir haben in den 15 Monaten, in denen es Pegida gibt, schon so viel gemeinsam ausge-
2 halten, weil wir zusammenhalten. Und das hier, das kriegen wir auch noch hin!
3 Und dann warten wir mal auf die Beobachter der internationalen Medien und die euro-
4 päischen Politiker. Sie sollen sehen, was in diesem Willkürstaat Deutschland inzwi-
5 schen möglich ist. Sie sollen sehen, dass politisch gesteuerte Verbände gegen die Oppo-
6 sitionellen schießen, also gegen die, die schon im Bundestag keine Interessenvertretung
7 haben. Sie sollen sehen, dass im Merkel-Maas-Deutschland, ein Schauprozess wegen
8 einer rhetorischen, bildlichen Äußerung geführt wird. Sie sollen sehen, dass hier Me-
9 thoden von 1933 angewendet werden; die Nazis von heute sind nun nicht mehr braun,
10 sie tragen die Farben der Regierungsparteien. Und sie sollen sehen, in welchem Ver-
11 hältnis dieser Mistgabelprozess zu den juristischen Konsequenzen steht, die inzwischen
12 tausenden unregistrierten, frei rumlaufenden Ficki-ficki-Geschenk-Männer, Vergewal-
13 tigen und potentiellen Steiniger nicht zu befürchten haben. Und vielleicht fragen unsere
14 europäischen Nachbarländer bei der Gelegenheit ja auch mal, warum linksextreme Ge-
15 walttäter von diesem Willkürstaat regelrecht geschützt und finanziert werden.
16 Unsere europäischen Nachbarstaaten haben vom Mutti-Merkel-Regime längst die Nase
17 voll. Sie lassen Merkel mit ihren Plänen des EU-Verteilungsmechanismus für ihre selbst
18 eingeladenen Asylanten fulminant scheitern.
19 [zweites Video] Und Schäubles neuester Coup, die Kosten [*Buh*, Pfiffe] Und Schäubles
20 neuester Coup, die Kosten für die Merkel-Asylanten per EU-Benzinsteuer zu verge-
21 meinschaften, wird *ebenso* an die Wand krachen.
22 Strafanzeigen sollen Menschen wie Lutz und mich und damit die gesamte Pegida-
23 Bewegung kriminalisieren. Und sie sollen wie immer ablenken. Von einer Auseinander-
24 setzung über die verfassungsfeindlichen Machenschaften unsere Politiker, die inzwi-
25 schen einen Unrechtsstaat installiert haben. Sie sollen ablenken vom Cäsarenwahn der
26 Kanzlerin. Sie agiert wie ein, wie ein von Allmachtsphantasien besessener römischer
27 Imperator, der sich nur noch mit untertänigen Hofschranzen und Speichelleckern
28 umgibt und jeglichen Kontakt mit der Lebenswelt der Bürger verloren hat. [Applaus,
29 *Merkel muss weg*] Und das Mistgabel-Muskelspiel soll ablenken von der Umvolkung
30 durch massenweise unqualifizierter, integrationsunwilliger Jungmuslime und der damit
31 einhergehenden Destabilisierung und letztlich der Zerstörung Deutschlands und Euro-
32 pas. *Mistgabeln sind ein Symbol für Revolution!* [Applaus] Und nichts anderes brauchen
33 wir hier in Deutschland! Es ist höchste Zeit für eine Revolution!

1 Ein Vorbeben kann am 13. März bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-
2 Pfalz und Sachsen-Anhalt ausgelöst werden. *Leute, die Wahlurnen müssen qualmen!*
3 Und dennoch, lasst uns die Mistgabeln im Kopf behalten. Sie waren immer dabei, bei
4 der Französischen Revolution, bei den Bauernaufständen und sogar vor Kurzem in Ita-
5 lien, beim „Movimento dei Forquini/ Forconi“. Forconi heißt Mistgabeln. Die haben
6 2013 durch Großdemonstrationen mehrere italienische Großstädte lahmgelegt. Wir, also
7 die selbstbewussten Deutschen, die ohne Büberhaltung und geerbtem Schuldkomplex,
8 haben es gestrichen satt, nicht gefragt zu werden, nicht mitbestimmen zu können, son-
9 dern diese desolante Mutti-Politik von oben aufgezwungen zu bekommen. Warum wohl
10 gehen hier in Dresden seit über einem Jahr Tausende jeden Montag auf die Straße? Weil
11 wir keine Opposition im Bundestag haben! [leiser Applaus]
12 Merkels Rechtsverstöße interessieren nämlich auch im Reichstag keinen. Es gibt keinen
13 Aufstand, kein Misstrauensvotum, keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss,
14 einfach nichts! Im Gegenteil: Die illegale und unkontrollierte Flutung mit Migranten
15 aus islamischen Staaten wird von der parlamentarischen Opposition ausdrücklich be-
16 grüßt. **Und Schäuble, dieser/** [*Buh*, Pfiffe] Und Schäuble, dieser verbitterte alte Mann
17 plant sogar eine gesetzliche Regelung, um die Bundeswehr im Inneren einzusetzen,
18 **Panzer gegen Bürger! Damit will er Deutschland** [*Pfui*, Pfiffe, *Volksverräter*] Damit
19 will er Deutschland nun auch zum Militärstaat umformen. Nein! Es gibt keine parla-
20 mentarische Stimme, die sich gegen die deutsche Unrechtsregierung erhebt. Die einzige
21 Opposition in Deutschland ist die Straße, das sind wird, das ist Pegida und das ist die
22 AfD! [Applaus]
23 Und deshalb bekämpfen sie uns und dazu sind denen, die an den Hebeln der Macht sit-
24 zen, alle Mittel recht. Im Gegensatz zu denen, die den Kampf gegen Rechts finanzieren
25 und sich mit den Antischl/ Antifa-Schlägertrupps gemein machen, lehnen wir, lehnt
26 Pegida jede Verbindung mit Extremisten und Faschisten ab! Pegida bekennt sich voll
27 und ganz zum Grundgesetz, zur Demokratie und zum Rechtsstaat. Und genau dafür, für
28 die Einhaltung von Recht und Gesetz gehen wir auf die Straße. [Applaus] **Wir fordern,**
29 wir fordern von der Bundesregierung und dieser völlig Durchgeknallten an der Spitze,
30 dass sie als, dass sie sich als Vertreter der deutschen Bevölkerung gefälligst an Verträ-
31 ge, Recht und Gesetz halten. Sonst muss diesen Herrschenden das Handwerk gelegt
32 werden [Gejohle], **um nochmal den,** um nochmal den Hauptgeschäftsführer ins Spiel zu
33 bringen. Das hat das Volk bereits mehrfach geschafft. Und das wird das Volk wieder
34 schaffen, ob es euch da oben passt oder nicht.

1 Und bis heute symbolisiert die Mistgabel Widerstand und Wehrhaftigkeit gegen Unter-
2 drücker, Ausbeuter, gescheiterte Politik und die Kapitulation. Und natürlich steht sie im
3 übertragenen Sinn für Ausmisten. Und das ist auch heute dringend nötig! *Raus mit dem*
4 *Mist aus den Parlamenten* [Bravo], aus den Parlamenten, den Gerichten, den Kirchen,
5 den Pressehäusern und den Gewerkschaftspalästen! *Wir werden nicht locker lassen und*
6 *ihr werdet euch an uns die Zähne ausbeißen!* [Applaus, Ausmisten]
7 **Und liebe Freunde**, und liebe Freunde, trotz aller Rhetorik, Überspitzungen und ganz
8 bewusst ausgeteilter Kränkungen hier am Mikro, denn wer in die Ecke gedrängt wird,
9 macht Fehler und offenbart Schwächen, Pegida war, ist und bleibt eine friedliche Be-
10 wegung. Keine Gewalt! Was du nicht willst, das man dir tu, füge auch keinem andern
11 zu. Vielen Dank euch allen! [Applaus]

D. Übersicht der Transkriptionssymbole

Symbol	Beispiel	Bedeutung
(Klammern)	(Wahlplakaten)	Schwer verständlich
[Klammern]	[<i>Buh</i> , Pfiffe]	Geräusche, Zwischenrufe ab einer Dauer von drei Sekunden
<i>Kursiv</i>	<i>Leute, die Wahlurnen müssen qualmen!</i>	Betonung: laut, schreiend
<u>Unterstrichen</u>	Pegida <u>war, ist und bleibt</u> eine friedliche Bewegung.	Betonung: langgezogen, Pausen zwischen Wörtern, ruhig
/	Und Schäuble, dieser/ [Buh, Pfiffe]	Abbruch, Unterbrechung im Satz
Graue Markierung	Und Schäuble, dieser/ [Buh, Pfiffe]	Im Hintergrund der Rede sind Zwischenrufe hörbar

Quellenverzeichnis

- Angela Maier. *PEGIDA: 09.02.2015 Eröffnungsrede und Rede von Tatjana Festerling*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=ViFns1pKPk4>.
- . *PEGIDA: 08.06.2015 Dresden. Lutz Bachmann Warum Hilbert in Dresden wählen*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=xUF7v746zGQ>.
- . *PEGIDA: 09.03.2015 Rede von Tatjana Festerling.*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=d2PvFw7-VX8>.
- . *PEGIDA Dresden 09.11.2015 Rede von Tatjana Festerling (1) Vor 30000 Patrioten*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=APFgnSKdncU>.
- . *PEGIDA Dresden 14.09.2015 Rede von Lutz Bachmann. Zur Gründung einer PEGIDA Partei*, 2015. https://www.youtube.com/watch?v=N9Y_BATV_ao.
- . *PEGIDA Dresden 21.09.2015 Rede von Tatjana Festerling Eine eine Hommage an Viktor Orban*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=OMWvkWPiMtE>.
- . *PEGIDA Dresden. 22.06.2015 Eröffnungsrede mit Lutz Bachmann.*, 2015. https://www.youtube.com/watch?v=S2_xK82I92M.
- Bruns, Julia, Kathrin Glösel, und Natascha Strobl. *Rechte Kulturrevolution / Wer und was ist die Neue Rechte von heute?* 1. Aufl. Hamburg: VSA, 2015.
- DresdenAktuell. *MONTAGSDEMOS IN DRESDEN 09.03.2015 (#PEGIDA [REDE: Lutz Bachmann])*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=k6wv6xsc3LY>.
- Durchgezählt, Forschungsgruppe. „Statistik zu Pegida in Dresden“. *Durchgezählt / Klickern, Zählen und Schätzen*, 2016. <http://durchgezaehlt.org/pegida-dresden-statistik/>.
- Eumann, Jens, und Oliver Hach. „Pegida-Positionen im Faktencheck: Zuwanderung oder Abschottung?“ *freiepresse.de*, 20. Dezember 2014. <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Pegida-Positionen-im-Faktencheck-Zuwanderung-oder-Abschottung-artikel9068425.php>.
- Festerling, Tatjana. „Rede vom 01.06.2015“. *tatjanafesterling.de*, 1. Juni 2012. http://www.tatjanafesterling.de/download/150601_Dresden_TF.pdf.
- Frank Winter. *Teil 1 - Rede von Tatjana Festerling PEGIDA Dresden 18.01.2016*, 2016. <https://www.youtube.com/watch?v=SePI861HVjg>.
- . *Teil 2 - Rede von Tatjana Festerling PEGIDA Dresden 18.01.2016*, 2016. <https://www.youtube.com/watch?v=k2cZuq1lny8>.
- Freie Presse. *Pegida Demonstration Dresden 01.12.2014 | Live & Unzensiert*, 2014. <https://www.youtube.com/watch?v=4Qiyn7PhOMg>.
- Lutz Bachmann. *14.12.2015 PEGIDA Abendspaziergang Dresden*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=BrGzvb4Z-M0>.
- . *25.01.2016 PEGIDA Dresden live vom Theaterplatz*, 2016. <https://www.youtube.com/watch?v=iS2ZRIxhQzs>.
- . *29.02.2016 PEGIDA live vom Neumarkt*, 2016. <https://www.youtube.com/watch?v=Hb6g3nYcQc8>.
- Ostwind. *Pegida 24.11.2014 Anfangsrede*, 2014. <https://www.youtube.com/watch?v=Gd3YiaTpYiU>.
- Patriot für unsere Zukunft. *Redebeitrag von Tatjana Festerling. Pegida Dresden, 21.09.2015*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=D2hwbO36POw>.
- Pegida Dresden. „10 Forderungen an die deutsche Asylpolitik“. *Facebook*, 10. September 2015. <https://www.facebook.com/pegidaevdresden/posts/979362725435484:0>.

- . „Rede von Lutz im Wortlaut“. *Facebook*, 12. Januar 2015. <https://www.facebook.com/pegidaevdresden/posts/848334451871646>.
- . „WIR BEDANKEN UNS BEI GUT 2000 MENSCHEN“. *Facebook*, 10. November 2014. https://de-de.facebook.com/permalink.php?story_fbid=800506859987739&id=790669100971515.
- PEGIDA Dresden von 9.3.2015 - 18. Abendspaziergang*, 2015. https://www.youtube.com/watch?v=0jJAVD_OVjQ.
- Pegida in Dresden - Die Dokumentation. *Pegida 11.Mai.2015 mit Lutz Bachmann und Tatjana Festerling*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=KU2M4OOjJJ4>.
- . *Pegida 14.März.2016 auf dem Altmarkt und Abendspaziergang*, 2016. <https://www.youtube.com/watch?v=HNCspUm7cPI>.
- . *Pegida 17.000 Menschen auf der Montagsdemo vom 15.Dezember.2014 Redebeiträge*, 2014. https://www.youtube.com/watch?v=i4M5T1w_fRI.
- . *Pegida Montagsdemo vom 18.Mai.2015 in Dresden*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=HvIwIRSkBsU>.
- . *Pegida Redebeiträge und Spaziergang vom 30.März.2015*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=BM8vXDtiMsg>.
- . *Ungekürzt und in voller Länge: Pegida Redebeiträge und Spaziergang vom 06.April.2015*, 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=ImlKzDeaegs>.
- Radau, Lars. „Pegida-Kandidatin Festerling schafft fast zehn Prozent“. *Der Tagesspiegel*, 7. Juni 2015. <http://www.tagesspiegel.de/politik/oberbuergemeisterwahl-in-dresden-pegida-kandidatin-festerling-schafft-fast-zehn-prozent/11882698.html>.
- Reinbold, Fabian. „Spaltung der Anti-Islam-Bewegung: Pegida gegen Pegida“. *Spiegel Online*, 29. Januar 2015. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/dresden-kathrin-oertel-gruendet-pegida-konkurrenten-a-1015619.html>.
- Rötzer, Florian. „Pegida: ‚Wir wollen keine Revolution‘“. *Telepolis*. Zugegriffen 22. März 2016. <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43902/1.html>.
- US-Fan-Gruppe für Pegida, o.V. „Zehn Thesen in Dresden angeschlagen / Dafür geht PEGIDA auf die Straße“. *Pegida Offiziell*, 16. Februar 2015. <https://pegidaoffiziell.wordpress.com/2015/02/16/zehn-thesen-in-dresden-angeschlagen-dafur-geht-pegida-auf-die-strase/>.

